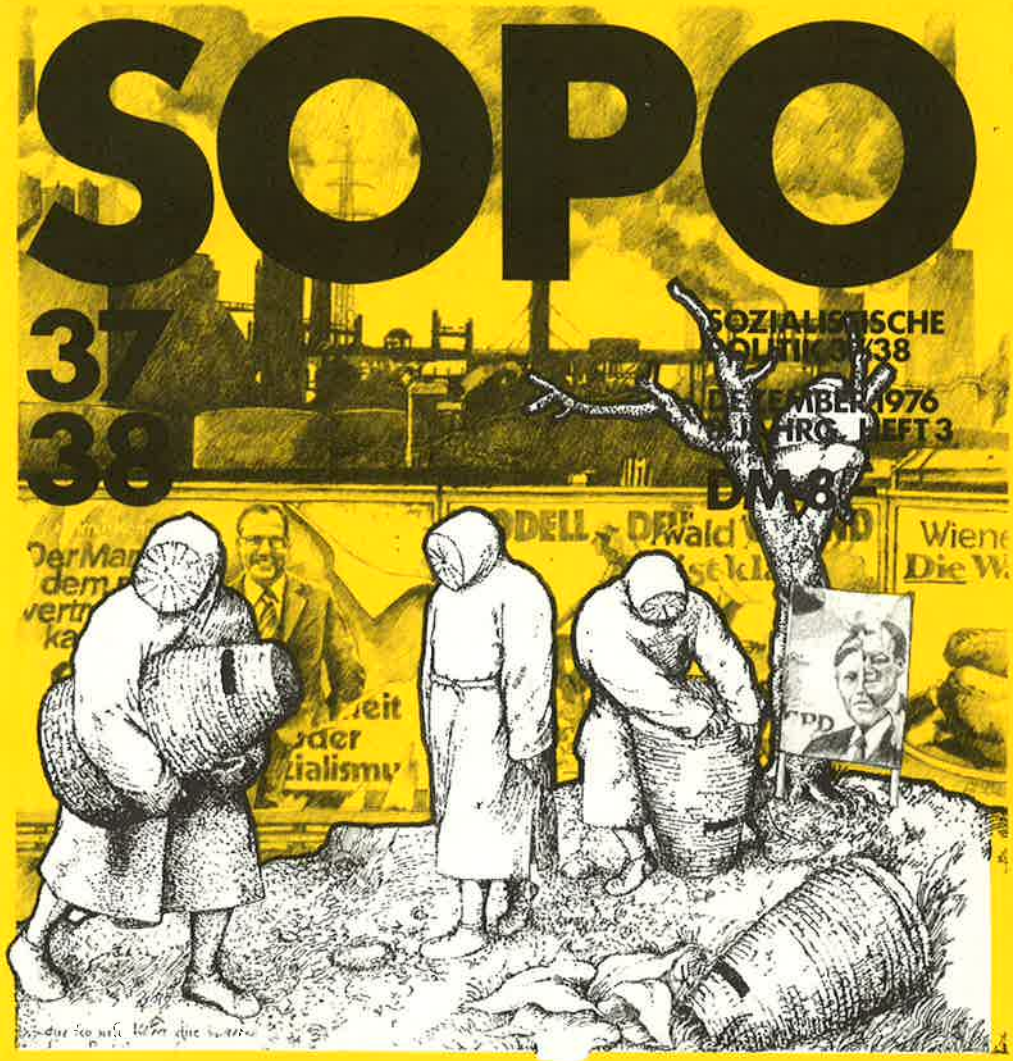
SOPO

37
38



Diskussion um Theorie & Praxis

POLITISCHE PERSPEKTIVEN

Politische Krise und demokratische Bewegung/ S.Herkommer, U.Jaeggi, R.Katzenstein Seite 7

Reservenorm – KPD-Verbot/W.R.Beyer Seite 37

Diktatur des Proletariats L.Sève, O.Lenoir S.47

Philosophie und Politik bei Althusser/M.Tripp, H.-J.Rheinberger, Kolkenbrock-Netz Seite 73

Automation, gesellschaftliche Verhältnisse und Persönlichkeit/ W.Wotschack Seite 117

SOPO 37/38
SOZIALISTISCHE POLITIK
DEZEMBER 1976
8. JAHRGANG
HEFT 3

BILDHINWEIS: Entwurf der Titelgrafik unter Verwendung der Zeichnung „Die Bienenzüchter" 91567/68) von
Pieter Bruegel d.Ä.
Idee: Tripp/Mücke
Entwurf und Zeichnung: Mücke

BEILAGENHINWEIS: Dieser Ausgabe liegen ganz oder teilweise Prospekte der *Deutschen Volkszeitung,* des *Pahl-Rugenstein Verlages* und eine Eigenbeilage bei.

VERLAG & VERTRIEB SOZIALISTISCHE POLITIK

Anschrift: 1 Berlin 41, Postfach 410 269, Telefon (030) 851 11 13 (ISSN 0340–9198)

Herausgeber: Redaktion SOPO, Presserechtlich verantwortlich (auch für Anzeigen): Hella Stern

Redaktion und Werbung unter der angegebenen Anschrift.

Postscheckkonto: Bln/W. 620 10–107

Grafische Gestaltung und Layout: Joachim Mücke
Satz & Druck: Verlag + Druck Informdienst GmbH Westberlin.

Copyright: Verlag und Vertrieb SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH – Nachdruck und Übersetzung ist nach Rücksprache mit der Redaktion möglich.

Jährlich erscheinen insgesamt 4 Hefte. Der Preis des Einzelheftes beträgt DM 6,– zuzüglich Porto (Doppelheft DM 10,– zzgl. Porto); des Jahresabonnements DM 18,– zzgl. DM 2,– Porto, insgesamt DM 20,–. Diese Angaben gelten ab Heft 28/1974. Für die vorhergehenden Hefte bitte Auskunft beim Verlag einholen.

5,—

EDITORIAL 3

Sebastian Herkommer, Urs Jaeggi, Robert Katzenstein
Politische Krise und demokratische Bewegung in der BRD — nach der Wahl 1976 7

Wilhelm Raimund Beyer
Das Problem der Reservenorm 37

DISKUSSION & KRITIK
Diktatur des Proletariats (2)
Lucien Sève
Leninistische Entwicklung der Strategie der friedlichen Revolution ... 47

Olivier Lenoir
J.J. Rousseau — ein Theoretiker erster Ordnung 66

Philosophie und Politik bei Althusser — Kritische Beiträge (1)
Günter Matthias Tripp
Dialektischer Zusammenhang von Philosophie, Praxis, Politik bei Althusser 73

Hans-Jörg Rheinberger
Philosophie und spontane Philosophie der Wissenschaftler 95
Postscriptum: Zur Einschätzung Althussers 103

Jutta Kolkenbrock-Netz
Neue Antworten auf Althusser? ... 107

Winfried Wotschack
Automation, gesellschaftliche Verhältnisse und Persönlichkeit 117

LITERATURBERICHTE
Christoph Butterwegge
Zur Typologie sozialdemokratischer Parteihistoriographie 139

Wolfgang Ackermann
Historisch-materialistische Periodisierung oder Drei-Stadien-Schema? 167

Autorenverzeichnis

Neuerscheinung:

Dieter Fricke

DIE DEUTSCHE ARBEITERBEWEGUNG 1869 - 1914

Ein Handbuch über ihre Organisation und Tätigkeit im Klassenkampf
1. Auflage - Dezember 1976
Etwa 900 Seiten, Leinen, DM 24,--

Diese Arbeit vermittelt einen geschlossenen Überblick über wichtige Grundfragen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Das vielfältige in den Text eingearbeitete oder in Form von Tabellen und Statistiken übersichtlich angeordnete Fakten- und Zahlenmaterial, das umfassende Quellen- und Literaturverzeichnis und der Registerteil verleihen der Publikation den Charakter eines Nachschlage- und Überblickswerks, das sowohl für den Lehrer als auch für den Studierenden eine wesentliche Hilfe ist.

deb verlag das europäische buch
1 Berlin 12, Knesebeckstraße 3

EDITORIAL

Die Auswahl der Beiträge dieses Heftes verdankt sich der Diskussion politischer Alternativen, wie sie auch jenseits unserer Grenzen geführt wird, und ihrer theoretischen Fundierung. Politische Aktualität verbürgt zunächst die Debatte der West-Berliner Sozialwissenschaftler Sebastian Herkommer, Urs Jaeggi und Robert Katzenstein. Anläßlich der Bundestagswahl und der erneuten Installation einer sozialliberalen Regierung thematisiert sie den Zusammenhang von ökonomischer Entwicklung, politischer und ideologischer Bewegung, und dies vor dem Hintergrund veränderter Formen des ökonomisch-gesellschaftlichen Krisenverlaufs. Einige Stichworte: Die konjunkturelle Belebung im Laufe des Jahres 1976 zeigte nicht die für einen Aufschwung sonst typischen Merkmale. Die Industrieproduktion stieg nur zögernd und die Investitionstätigkeit stagnierte. Bei nicht ausgelasteten Kapazitäten in den Betrieben flossen die außergewöhnlichen Gewinnsteigerungen in den Kapitalexport, fanden Anlage in unproduktiven Bereichen oder vertieften, wo sie zu Rationalisierungszwecken verwendet wurden, die Arbeitslosigkeit, die ohnehin schon ein bislang nach dem Kriege unbekanntes Ausmaß erreicht hat. Überdies bleiben Strukturkrisen zurück, die nicht mehr, wie in früheren Aufschwungsphasen, durch eine „freundlichere Konjunktur" verdeckt werden können: die sektoralen und regionalen Disparitäten verschärfen sich zusehends; mit einem hohen Sockel chronischer Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren muß gerechnet werden. Vor diesem Hintergrund diskutieren Herkommer, Jaeggi und Katzenstein die Frage, wie das Wahlresultat in der politischen Landschaft der BRD zu verorten ist und mit welchen politisch-gesellschaftlichen Entwicklungs- und Veränderungsmöglichkeiten für die herrschenden Kräfte ebenso wie für die demokratische Bewegung zu rechnen ist.

Dabei werden Fragestellungen angesprochen, die einer weitergehenden und vertieften Diskussion bedürfen:

- Wie entwickeln sich Strukturkrise und Strukturpolitik international und in der BRD? Was bedeutet die auch von den Gewerkschaften erhobene Forderung nach Strukturpolitik? Ist sie ein wirkungsvolles Instrumentarium staatlicher Steuerung zugespitzter politisch-ökonomischer Widersprüche im Kapitalismus? oder die „Fassade" für einen selektiven Instrumenteneinsatz (Ausgabenstopp, Investitionszulagen etc.) mit gleichzeitiger stabilitätskonformer Verhaltenssicherung (Narr, Offe)?
- Welche Konsequenzen haben die internationalen Entwicklungen auf die gesellschaftlichen Konflikte in der BRD? Wie verändern sich Herrschaftsverhältnisse und demokratische Veränderungsmöglichkeiten im kapitalistischen Weltsystem? Welche Auswirkungen auf die Lebensbedingungen des internationalen Kapitalismus hat die neue Politik der Rohstoffländer zur Beendigung ungleicher Tauschbeziehungen mit den Metropolen?
- Wie muß die demokratische Bewegung sich auf die gegebenen Bedingungen und Entwicklungen einstellen? Was bedeutet das für ihre Politik und ihre Organisation? Welche Chancen der Gegenmacht und welche Möglichkeiten im Kampf um die Köpfe der Menschen ergeben sich für sie?

Das sind nur einige Fragen hinsichtlich des Verhältnisses von Ökonomie, Ideologie und Politik, zu deren Untersuchung beizutragen wir die Leser auffordern und wofür wir die SOPO als Diskussionsforum zur Verfügung stellen.

In einem rechtsphilosophischen Beitrag untersucht W.R. Beyer den Prozeß des Qualitätswandels, den das KPD-Verbot in den vergangenen 20 Jahren erfah-

ren hat. Ausgehend von systemtheoretischen und aussagelogischen Aspekten, zeigt Beyer die Umwandlung des BVerfG-Urteils von einer Rechtsnorm zu einer gesellschaftlichen Reservenorm, zu einer System-Reserve der herrschenden Klassen gegen organisatorische Formen von Kommunismus schlechthin. Beyer arbeitet die spezifische Widersprüchlichkeit einer solchen Reservenorm heraus, die ihre Legitimationsfunktion für ein ganzes Rechtssystem nicht wahrnehmen kann, ohne nicht zugleich ihren eigenen Klassencharakter aufzudecken. Am Beispiel der Vorstellungen Condorcets verweist Beyer abschließend auf die Möglichkeit einer Reservenorm für die fortschrittlichen Kräfte: als Rechtsanspruch auf die Beseitigung überlebter Gesetze, einer überlebten Ordnung.

Mit den weiteren Beiträgen knüpfen wir an Themen der beiden letzten Hefte (Nr. 34/35 und 36) an. Zunächst die Fortsetzung der französischen Diskussion über die „Diktatur des Proletariats". Lucien Sève interpretiert den Verlauf der Ereignisse in Rußland zwischen der bürgerlich-demokratischen Revolution vom Februar und der sozialistischen Revolution vom Oktober 1917. Dabei arbeitet er heraus, warum die Bolschewiki zwar zweimal im Verlauf des revolutionären Prozesses den friedlichen Übergang zum Sozialismus propagierten, daraus aber weder eine Strategie des friedlichen Übergangs abgeleitet wurde noch Schlußfolgerungen für die Form der sozialistischen Herrschaft abgeleitet werden konnten. Auf dieser Grundlage macht Sève dann deutlich, warum der friedliche Übergang — für Lenin im Jahre 1917 nur eine „kostbare, seltene Ausnahme" — für die kommunistischen Parteien der hochentwickelten kapitalistischen Länder im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts jedoch eine strukturell angelegte „reale Möglichkeit" geworden ist, auf die sie ihre strategischen und taktischen Überlegungen konzentrieren müssen.

Der Aufsatz von Olivier Lenoir analysiert den Demokratiebegriff in seiner neuen Bedeutung als auf dem Mehrheitswillen demokratisch begründeter Macht des Volkes einerseits und der Zwangsausübung gegenüber der Großbourgeoisie andererseits.

An Louis Althussers Aufsatz in SOPO 34/35: „Ist es einfach, in der Philosophie Marxist zu sein?" — schließen wir in dieser Nummer eine inhaltliche und politische Theoriedebatte über seine Position an, die in den folgenden Heften fortgeführt wird. In Anbetracht der breiten marxistischen Diskussion über Althussers Beitrag zur Weiterentwicklung der Grundfragen marxistisch-leninistischer Philosophie ist es theoretisch und praktisch notwendig, unter den politischen Bedingungen der BRD und West-Berlins seine Thesen kritisch zu verarbeiten. Die Vermittlung der marxistischen Theorie in der Arbeiterbewegung wird sich der Wissenschaftlichkeit revolutionärer Theorie und sozialistischer Politik immer wieder zu vergewissern haben. Zu Althussers Versuch, den spezifischen Charakter der marxistischen Philosophie in der Bestimmung ihrer Funktion für Politik und Wissenschaft zu erfassen, eröffnen Matthias Tripp, Hans Jörg Rheinberger und Jutta Kolkenbrock-Netz von verschiedenen Seiten aus kritische Zugänge.

Der Aufsatz „Automation, gesellschaftliche Verhältnisse und Persönlichkeit" von Winfried Wotschack bezieht sich kritisch auf den in SOPO 36 veröffentlichten Beitrag von Thomas Waldhubel und Silke Wenk über „Wissenschaftlich-technischen Fortschritt und individuelle Emanzipation". Den Hauptmangel der kritischen Arbeit sieht der Autor in der Abstraktion von der Formationsspezifik sozialistischer Produktion. Das Verweilen bei allgemeinen Bedingungen der Produktion bzw. die Verabsolutierung des stofflichen Inhalts des Arbeitsprozesses lasse seiner Ansicht nach keine Aussagen über die spezifische sozialistische Form der Gesellschaftlichkeit der Arbeit zu und verweise auf die Fragwürdigkeit der unterliegenden Gesellschaftstheorie. Tatsächlich könne es nur die von der kapitalistischen real unterschiedene Form sozialistischer Produktion sein, welche den Sozialismus zum relevanten Forschungsobjekt für fortschrittliche Wissenschaftler in der bürgerlichen Gesellschaft macht. Wotschacks Anliegen besteht darin, die Entwicklung von Arbeitskraft und -mittel als gesellschaftsspezifischen Ausdruck der widersprüchlichen Tendenzen der Automatisierung hervorzuheben.

Die Schwerpunkte politischer Analysen in diesem Heft werden abgerundet durch zwei Literaturberichte: zur SPD-Geschichtsschreibung zum einen, zum reformistischen Geschichtsbegriff (am Exempel des Historikers Immanuel Geiss) zum anderen.

In SOPO 38 werden die bereits angekündigten Beiträge von Hans-Jörg Sandkühler und Erhard Stölting über den produktiven Charakter und die gesellschaftlichen Grundlagen von Wissenschaft erscheinen. Die Diskussionen zur Diktatur des Proletariats und zum Verhältnis von Automation und Persönlichkeit werden ebenso fortgesetzt wie die zum Verhältnis von Philosophie und Politik am Beispiel Althussers. Kritische und fortführende Beiträge erwarten wir insbesondere zur Diskussion über politische Krise und demokratische Bewegung in der BRD.

An unsere Leser und alle Freunde der SOPO

Anfang 1976 haben wir die Leser der SOPO gebeten, die Arbeit der Redaktion durch eine Spende zu unterstützen, da es außerordentlich schwierig geworden war, unter dem ständigen Druck der wirtschaftlichen Krise unsere Arbeit, die wir nach wie vor als wissenschaftlich und politisch wichtige Aufgabe betrachten, fortzusetzen.

Die breiten Bemühungen der Leser der SOPO, unsere politische Arbeit zu unterstützen, haben es uns nicht nur erleichtert, die finanzielle Klippe zu nehmen, sondern waren uns auch Beweis, daß nicht allein Redakteure und Autoren der SOPO eine wichtige Funktion im wissenschaftlichen, publizistischen Bereich zuschreiben.

Wir möchten hiermit allen Spendern für ihre Unterstützung danken.

Mit Heft 34/35,36 und jetzt 37/38 haben wir uns bemüht, dem Vertrauen und der Unterstützung unserer Leser gerecht zu werden. Die Redaktion hatte neben der wissenschaftlichen Arbeit, der gesamten redaktionellen auch die Vertriebs- und Verlagsarbeiten für die SOPO ausgeführt, und so konnten wir dank der eingegangenen Spenden und dank der Konsolidierung der Zeitschrift durch die redaktionelle Arbeit einen Erfolg verzeichnen, der sich nicht zuletzt an einer zunehmenden Abonnentenzahl festmachen läßt.

Unser Bestreben, die inhaltliche Arbeit der Redaktion voranzutreiben und zu intensivieren, führte uns zwangsläufig zu Überlegungen über Rationalisierungs- und Effektivierungsmaßnahmen der mit der Herstellung und dem Vertrieb verbundenen Arbeit und damit auch zur Frage der finanziellen Stabilisierung der Zeitschrift.

Wir haben nun einen Buchverlag gefunden, der bereit ist, die SOPO in sein Programm aufzunehmen, womit sich also die Redaktion völlig auf die inhaltlichen Aufgaben konzentrieren kann. Die SOPO wird ab Heft 1/77 mit gleichbleibender inhaltlicher Konzeption im Verlag das europäische buch erscheinen.

Angesichts des Übergangs in einen neuen Verlag konnten wir bei Erstellung der Schlußbilanz feststellen, daß wir — auch dank der eingegangenen Spenden — rechnerisch ausgeglichen abschließen werden. Doch da zahlreiche Buchhandlungen und Abonnenten unseren Zahlungsaufforderungen bisher noch nicht nachgekommen sind — wir haben ca. 15.000 DM Außenstände —, kommen wir zwangsläufig in Liquiditätsschwierigkeiten. Wir bitten daher alle Abonnenten und Buchhandlungen, die noch nicht bezahlt haben, dies möglichst umgehend nachzuholen.

Da die Übernahme durch den neuen Verlag auf der Basis der ausgeglichenen Bilanz zu erfolgen hat, Erfahrungswerte aber ergeben, daß trotz Bemühungen ein bestimmter Teil von Außenständen (hier ca. 3000 DM) uneinbringbar ist, möchten wir an alle Leser und Freunde appellieren, uns bei Überwindung dieser letzten finanziellen Klippe durch eine Spende zu unterstützen.

Verlag und Vertrieb
SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH

Redaktion SOPO

POLITISCHE KRISE UND DEMOKRATISCHE BEWEGUNG IN DER BRD — NACH DER WAHL 1976

Anläßlich der Bundestagswahlen in der BRD hat die SOPO eine Diskussion veranstaltet, an der die Westberliner Sozialwissenschaftler Sebastian Herkommer, Urs Jaeggi und Robert Katzenstein teilnehmen. Die Wahlresultate selbst sollten nur Ausgangspunkt für weitergehende Analysen sein. Folgende Ausgangsfragen lagen vor:

1. Was für ein politisches Bild vermittelt das Wahlresultat?
2. Wie kann man die künftige Entwicklung einschätzen, wenn man dieses politische Bild mit der erwartbaren ökonomischen Entwicklung in den nächsten Jahren verbindet?
3. Was ergibt sich daraus a) für die Entwicklung der politischen Herrschaftsformen (autoritäre Herrschaft oder Demokratie), b) für die Möglichkeiten gesellschaftlicher Veränderungen?

Jaeggi: Ganz vordergründig ist es ja so, daß sämtliche Parteien vom zweitbesten Ergebnis gesprochen haben; die SPD sagt, wenn man das 72er Ergebnis als ein Sonderergebnis berücksichtige, daß die Bevölkerung jetzt wahlmäßig polarisiert gewesen sei, daß man aufgrund der letzten Landtagswahlen davon ausgehen mußte, daß Verluste stattfinden: Dann könne man zum Wahlergebnis selbst eine Tendenzwende nicht feststellen. Und offensichtlich haben in Westeuropa die Sozialdemokratischen Parteien, dort, wo es keine Kommunistischen Parteien gibt, ein Reservoir von 40 bis 45 % und liberale Gruppierungen zwischen 5 und 10 %. Das Ergebnis entspricht so dem europäischen Durchschnitt. Schmidt sagte ja im Nachhinein sehr polemisch, links von der SPD gebe es nur noch 0,5 % Stimmen; Willy Brandt hat hier freilich meiner Meinung nach sehr viel richtiger von einem linken Reservoir zwischen 5 und 10 % gesprochen. Ich halte das auch unter deutschen Verhältnissen für realistisch. Allerdings muß man sich halt dann die Frage stellen: Wie ist dieses Wählerpotential realisierbar?

Herkommer: In dieser Verteilung der Stimmen ist nicht ohne weiteres schon ausgedrückt, daß es sich um linkes Potential handelt — oder was darunter zu verstehen ist, müßte dann noch diskutiert werden. Die Qualität desselben Stimmenanteils kann sich heute anders darstellen als vor 4 Jahren oder vor 7 Jahren, zumal Befragungen ergeben haben, daß dieses Potential selber eine Rechtsentwicklung durchgemacht hat. Also, ich kann mir nicht vorstellen, warum eigentlich alle großen Parteien diesen starken Rechtstrend mitgemacht haben, wenn es dafür nicht gewisse Voraussetzungen gegeben hätte im Bewußtsein der Bevölkerung. Unsere Untersuchung* hat gezeigt, daß die, wie soll man sagen, Offenheit für autoritäre Parolen recht erklecklich ist. Diesem Rechtstrend hat sich meiner Auffassung nach auch die SPD angeschlossen und deswegen würde ich nicht so ohne weiteres nun in diesen 40 % ein unveränderlich gleiches linkes, gar europäisches Potential ansiedeln wollen.

* Vgl. Ch. Bierbaum, J. Bischoff, D. Eppenstein, S. Herkommer, K. Maldauer, A. Martin, Trend zum Konservativen?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 7'76. Dies., Bewußtsein der Lohnabhängigen 1975/76, in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, Sonderheft 1, 1976.
Dies., Ende der Illusionen? , Frankfurt/M. 1977.

Jaeggi: Das ist schon richtig; aber ob man das schon als Rechtstrend apostrophieren kann, glaube ich nicht; die SPD hat sich zwar seit Brandt nach rechts verschoben; nur daraus jetzt auf ein stets wachsendes rechtes Potential zu schließen, halte ich für falsch. Die Tatsache etwa, daß in Nordrhein-Westfalen — Biedenkopf und andere haben ja gerade dort mit einem Umschwung gerechnet — gerade dort hat es keinen Wählertrend nach Rechts gegeben.

Katzenstein: Wenn ich jetzt mal kurz etwas dazu sagen könnte. Ich gehe ein bißchen anders an die Sache heran. Für mich ist die Wahl eine Art Querschnitt durch politisches Bewußtsein bzw. fehlendes politisches Bewußtsein, aber eben doch Bild der Einstellung der Bevölkerung gegenüber der Entwicklung in der Bundesrepublik. Und mir scheint, daß diese Wahl ganz stark geprägt worden ist durch Unsicherheit. Und zwar erstens einmal ein Gefühl sozialer Unsicherheit, d. h., die Krise hat sich bemerkbar gemacht; Angst um die Lebensgrundlage, um den Arbeitsplatz, um die Lohnentwicklung in der Zukunft, um die Meisterung der Krise. Das hat wahrscheinlich sehr viel dazu beigetragen, daß die Leute SPD gewählt haben, weil sie einfach angenommen haben, daß die SPD diese Fragen doch eher sozial löst als gegen die Interessen der Betroffenen; sie haben dies angenommen, obwohl sie selbst keine genaue Vorstellung von den Möglichkeiten und Grenzen solcher Lösungsformen im Kapitalismus haben. Das zweite Moment war politische Unsicherheit. Einmal in Bezug auf die Siegesmöglichkeit der SPD, d. h. daß eine ganze Reihe von Wählern, die sonst wahrscheinlich links gewählt hätten — linker als SPD —, tatsächlich SPD gewählt haben, weil sie Angst um verlorene Stimmen hatten. Insofern verschwimmt das Bild, und insoweit würde ich Urs Jaeggi unterstützen, wenn er sagt, daß die Wahl nicht unbedingt einen Rechtstrend zeigt. Dazu kommt eine Unsicherheit in bezug auf die Alternative zur SPD. D. h., die Wahl der DKP ist aus politischen Gründen ausgeschieden, weil man relevante Meinungsunterschiede zu ihr hat. Da sind auch Rückstände des Antikommunismus in dem Sinne im Spiel, daß die Bedenken gegenüber der DKP eine Stimmabgabe für sie verhindern, obwohl man eine linke Alternative zur SPD sucht und sich auch dessen bewußt ist, daß sie notwendig ist. Dennoch ist man unschlüssig, ob sich so das richtige linke Spektrum erreichen läßt und wird deshalb in die Bewegung der SPD nach rechts mit hineingezogen.
Das Bild sagt also nicht mit Sicherheit etwas über eine Tendenzwende aus, aber mir scheint doch, daß wir durch die Entwicklung — nicht durch die Wahl, sie ist nur ein Bild dafür — heute an einem gewissen Schnittpunkt angekommen sind, an dem doch wichtige Richtungen der Entwicklung bestimmt werden; Richtungen in bezug auf die Frage, ob die Entwicklung weiter demokratisch verlaufen wird oder ob wir autoritäre Staatsformen zu erwarten haben. Was die Wahl ganz deutlich gezeigt hat, ist eben doch, daß bei ihr weniger das Bewußtsein der Gesamtproblematik als vielmehr das Gefühl oder der Instinkt, wie immer man das nennen will, eine Rolle gespielt hat. Wie weit die Unsicherheit hier bei den Leuten verbreitet ist, das zeigt sich auch darin, daß ein doch starker Trend zu autoritären Persönlichkeiten da ist. Ich habe gerade jetzt noch einmal kurz in die „Stern"-Umfrage „Jugend 76" reingeschaut. Da zeigt sich doch, daß es einem großen Teil der Jugend — 28 % sind es ungefähr, gegenüber 19 % 1968 — völlig egal ist, welche Staatsform herrscht. Hauptsache ist, es ist ein energischer Mann da, ein Sachkenner, ein Mann mit Sachverstand usw. Das sagt noch nichts über die politische Richtung aus. Aber es zeigt eben, was ich vorhin mit „Weichenstellung" meinte, d. h., hier liegt ein Potential, wo über die Richtung entschieden werden kann. Über die Richtung selbst wird noch nichts ausgesagt, denn es zeigt sich auf der anderen Seite, daß innerhalb

dieser Jugend ein größerer Teil eigentlich links eingestellt ist.

Jaeggi: Eben, und ich meine: Selbst die Untersuchung im „Stern" zeigt das, und dies zeigt sich auch an den Universitäten und in den Schulen. Die Frage ist: Inwieweit hat sich nach 68 ein surplus nach links, ein modischer Trend entwickelt, der jetzt wieder abfällt. Daß 25 % der Jugendlichen staatsgläubig und autoritätssüchtig sein sollen: Das finde ich an sich noch nicht so alarmierend. Denn trotz allem hat sich die Mehrheit für die SPD, für die sozialliberale Koalition muß man ja fairerweise sagen, entschieden. Es steht jetzt ungefähr eins zu eins, mit einem kleinen Überhang für die sozialliberale Koalition.

Katzenstein: Ja, sie tendieren an sich nach links, aber das ist Instinkt, wenn man so will: Klasseninstinkt, von ihrer sozialen Lage her fühlen sie sich besser aufgehoben ‚links'.

Jaeggi: Ja, traditionell. „Instinkt" gibt es höchstens bei der Gruppe, die man als Wechselwähler bezeichnen kann; da gibt es inzwischen eine wachsende Zahl auch Hochqualifizierter, die im entscheidenden Moment doch das Gefühl haben, bei der sozialliberalen Koalition auf den Fortschritt zu setzen.

Herkommer: Die Rede von dem ‚an sich tendieren sie nach links' und ‚eigentlich sind sie links orientiert' und dem Instinkt, daß sie eine Vorstellung hätten oder ein Gefühl hätten von ihrer Klassenzugehörigkeit, das erinnert mich sehr an die Untersuchungen, die immer zu dem Ergebnis gekommen sind, die Menschen seien ambivalent in ihren Einstellungen. Sie sind eigentlich links, wie du sagst, aber sie wählen CDU! Gerade unter den Jugendlichen hat sich ja gezeigt, daß die Erstwähler zum ersten Mal in etwas stärkerem Maße CDU gewählt haben.

Jaeggi: Sie haben weniger stark SPD gewählt als die Generation der Erstwähler von 1972.

Herkommer: Also, worauf ich hinausmöchte, ist, daß es doch eigentlich der Erklärung bedarf, wie in diesem von Dir auch beschriebenen konjunkturellen Verlauf — Du hast es sozusagen in politischen Konjunkturen ausgedrückt — überhaupt erklärbar ist, daß einmal die eine Seite und dann offenbar wieder die andere Seite eines offenbar widersprüchlichen oder ambivalenten Verhaltenspotentials zur Geltung kommt.

Katzenstein: Ja, das ist eben das Problem des Bewußtseins. Was da so ganz deutlich zum Ausdruck kommt, ist eben, daß es keine bewußte Haltung ist. Es ist eine Haltung, die aus vielen Faktoren geboren wird, aber die nicht bewußt politische entscheidet. Hier liegt auch der Mangel. Sicherlich kann man von einer Tendenzwende nicht reden. Wenn man die längerfristige Entwicklung nimmt, und den Sprung der Studentenrevolte und der folgenden politisierten Jahre einmal ausklammert, dann zeigt sich ein Rückfall auf das Jahr 1964, aber nicht ganz mit denselben Ergebnissen wie 64, sondern mit einer Verschiebung nach links. Aber was mich bei der Wahl so unerhört beeindruckt hat, ist, daß das Ganze kein bewußter Prozeß und keine bewußte Entscheidung ist. Hier ist eben für die Zukunft noch alles offengelassen. Hier fehlt ganz einfach das, was an sich die Aufgabe der Parteien wäre, speziell die Aufgabe der SPD: die Mobilisierung von Bewußtheit, die Förderung der Bewußtheit, das Streben, Bewußtsein zu schaffen über die eigene Stellung in der Gesellschaft, über die eigene Haltung und über die eigene Handlung.

Jaeggi: Ich würde erst einmal das Gegenteil behaupten. Ich würde sagen: obwohl es im Wahlkampf so ausgesehen hat, als ob es sich um einen Wahlkampf zwischen verschiedenen Sorten Waschmittel handele, hat die CSU nicht zufällig klassenkämpferische Thesen formuliert und mit dem Polarisierungsschlagwort ‚Freiheit oder Sozialismus' die Bewußtseinsbildung forciert,

die Abstimmung darüber angestrebt. Wenn man es von dort her sieht, war es ein Linkserfolg, weil über 50% sich für die Parole ‚Freiheit *und* Sozialismus' entschieden haben, gegen die Parole ‚Freiheit *oder* Sozialismus'. Wenn eine Tendenzwende stattgefunden hat, dann nicht im Bewußtseinsbereich, sondern im ökonomischen. Die „goldenen Jahre" der BRD sind, wie wir wissen, vorbei; wir stehen zum Beispiel vor dem Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit. Ich glaube allerdings nicht, daß für den Wahlentscheid ökonomische Probleme den Ausschlag gegeben haben; diese gelangen zwar zusehends ins Bewußtsein, aber ich glaube nicht, daß es viele Wähler gibt, die davon ausgegangen sind, daß die eine oder andere Regierung jetzt die strukturellen ökonomischen Schwierigkeiten von heute auf morgen bewältigen kann. Es ging wirklich nur darum, denjenigen Parteien das Vertrauen zu schenken, die es ein bißchen besser als die anderen machen.
Und *darin* würde ich die Tendenzwende sehen: Es wurde über etwas entschieden, was auf der Bewußtseinsebene jetzt noch gar nicht so deutlich seinen Niederschlag gefunden hat.

Katzenstein: Na, ja, bloß die Frage ist doch: Wie kann man die ökonomischen Probleme lösen? Und was die Richtung der Entscheidung bei den Wählern veranlaßt hat, ist doch bei denen, die SPD gewählt haben, nicht etwa das Gefühl, daß die SPD das besser lösen kann, sondern, daß sie das Gefühl haben, daß die Lösung sozialer ausfallen wird.

Herkommer: Und dadurch besser.

Jaeggi: Also da würde ich schon jetzt sagen: besser für sie.

Herkommer: Genau.

Herkommer: Ich glaube, die Wähler haben wirklich die Erwartung gehabt, es entscheidet sich in dieser Wahl, ob wir wieder die Verhältnisse zurückerhalten können, die uns diese ganze Prosperität gebracht haben. Und daß die SPD überhaupt noch gerade über die Runden gekommen ist, ist ja tatsächlich zu danken dem langsam spürbaren Aufschwung im neuen ökonomischen Zyklus. Da also das immer identifiziert wird, die ökonomische Bewegung mit den Repräsentanten, die die politische Herrschaft ausüben, würde ich sagen, ist da ein gewisses Vertrauenspotential angesprochen: Man traute eben doch der SPD/FDP-Koalition ein bißchen eher zu, den Karren wieder aus dem Dreck ziehen zu können. Aber die Vorstellung war durchaus die, die vorherigen Prosperitätsverhältnisse wiederherstellen zu können, und das ging zusammen mit den Vorstellungen von der Freiheit, der Gerechtigkeit und den für jeden einzelnen bestehenden individuellen Spielräumen.

Jaeggi: Daß das nicht stärker verfangen hat, ist immerhin unter den gegebenen ökonomischen Schwierigkeiten erstaunlich. Daß viele, eben doch noch die Mehrheit der Wähler, gesehen haben, daß die Rückkehr zu diesem konservativen Denken nicht mehr möglich ist. Daß dieses marktwirtschaftliche und sei's auch noch bißchen sozial verkleisterte Denken nicht die Zukunft sein kann, das gibt doch, wie geringfügig auch immer, der sozialliberalen Koalition eine Chance.

SOPO: Darf ich da noch mal einhaken. Urs Jaeggi geht jetzt schon ein auf die Funktion der Wahlresultate als Basis der künftigen Politik. Wenn wir noch einen Augenblick beim Bewußtsein bleiben. Da würde mich noch mal Herkommers These interessieren, inwieweit die Identität wahrgenommen wird von ökonomischer Bewegung und politischen Repräsentanten. Und inwieweit das gerade für das diesmal besonders umkämpfte Potential der Wechselwähler oder Mittelschichten, die also irgendwo zwischen diesen beiden Parteien angesiedelt sind und fluktuieren, gelten kann. Also die Frage, inwieweit die Schichten,

die der SPD dieses Mal gerade noch mit knapper Not zum Sieg verholfen haben, zumindest nicht deutlich genug auf die CDU-Seite gerutscht sind, um einen Sieg der CDU/CSU gewährleisten zu können, inwieweit bei denen gerade so'n Bild der Einheit von ökonomischer Bewegung und ihren politischen Repräsentanten vorhanden ist oder ob die nicht doch differenzieren und wie das sich zu ihrem Wahlverhalten verhält.

Herkommer: Die Einstellung den politischen Instanzen gegenüber, repräsentiert im Staat, scheint die zu sein, daß vom Staat her die soziale Gerechtigkeit am ehesten herzustellen ist. Es ist festzustellen, daß die Menschen in der Bundesrepublik wie in anderen kapitalistischen Gesellschaften die Vorstellung sehr wohl haben, daß es recht krasse soziale Gegensätze gibt, daß aber diese sozialen Gegensätze mit Hilfe von staatlichen Maßnahmen und mit Hilfe bestimmter sozialer Kräfte, vor allem der Gewerkschaften, beseitigt werden können. Darin steckt die durchaus bürgerliche Vorstellung, daß am wachsenden Reichtum alle, und zwar in gleicher Weise, partizipieren können; sie wird vermittelt über die staatlichen Instanzen, die ja auch sichtbar mit Sozialpolitik und sozialen Reformen zu mehr Gerechtigkeit beitragen können, allerdings nur in günstigen ökonomischen Phasen und unter bestimmten Bedingungen der politischen Kräfteverhältnisse. Nun ist ganz offensichtlich, daß die Bevölkerung verunsichert worden ist durch diesen erheblichen wirtschaftlichen Einbruch, und viele beginnen zu ahnen, daß auf der Basis der bestehenden Verhältnisse diese Gerechtigkeit nicht herstellbar ist. Ob das schon auf die Ebene der Produktionsverhältnisse projiziert wird, kann man in Zweifel ziehen. Es gibt da jedenfalls diese Tendenz, daß der Staat oder die Politiker identifiziert werden mit der ökonomischen Bewegung. Nachdem sich jetzt Anzeichen ergeben haben, daß die SPD/FDP-Koalition im Management der Krise doch noch reüssiert, werden also selbst die eingestellten Reformmaßnahmen sozusagen verkraftet; es wird noch einmal — ein letztes Mal, so hat man den Eindruck — dieser politischen Form hinreichendes Vertrauen geschenkt. Aber es war wirklich ein äußerst knappes Ergebnis, es hätte genauso gut schon umschlagen können. Interessant finde ich jetzt eher noch die Frage, warum schlägt es gerade eben in diese Richtung um? Warum schlägt es also nicht dahin um, daß es ein wirklich geschärftes linkes Politikpotential, Kritikpotential, gibt? Da reicht natürlich die 5%-Klausel als Erklärung nicht hin, obwohl das zunächst einmal eine plausible, auf der politischen Ebene wichtige Erklärung für die Schwierigkeiten der deutschen Kommunisten ist.

Jaeggi: Man muß ja genauso fragen: Warum hat's nicht nach rechts umgeschlagen? Die Wählergruppen, die verunsichert sind und die wissen, und im Grunde genau schon wissen, daß auch ein noch so gutes Krisenmanagement die Krise nicht mehr in der Form bewältigen kann, wie das noch vor 10 bis 15 Jahren möglich schien, haben sich eben trotzdem noch einmal für die sozialliberale Koalition entschieden und sind nicht nach rechts abgewandert, was ja auch eine Möglichkeit gewesen wäre. Oder eben die andere Möglichkeit, Abwanderung nach ‚links', jenseits der sozialliberalen Koalition. Da finde ich es natürlich ein aufsehenerregendes Ergebnis, daß die DKP z. B. nicht über die 0,3 % hinausgekommen ist. Da kann man zwar die 5%-Klausel oder den Antikommunismus wieder anführen, wie man's schon immer gemacht hat; nur gibt's eben diesmal doch einen Unterschied. Im Gegensatz zu den Wahlen von 1972 und zu früheren Wahlen hat mindestens bei der Schicht der Intelligenz eine Verschiebung insofern stattgefunden, als dieses Mal Protestwähler zu einem schönen Teil doch die DKP oder linke Parteien gewählt haben und nicht die SPD oder die FDP. Und trotzdem stagniert

das Wählerpotential. Man hätte dieses Mal tatsächlich davon ausgehen können, daß, und zwar gerade unter der Prämisse, daß die Wahl sehr knapp ausfällt, und gerade unter der These, daß z. B. die Regenerierung der SPD durchaus notwendig gewesen wäre, sie als Oppositionspartei bessere Chancen gehabt hätte; trotzdem hat sich die Linke nicht durchsetzen können. Warum?

Katzenstein: Ich würde sagen, die 5%-Klausel spielt natürlich schon eine Rolle. Das sieht man dort, wo sie überwunden ist. Es spielt einfach eine Rolle, daß der DKP die Möglichkeiten genommen sind, sich zu profilieren. Dort, wo sie sich profiliert hat, einfach weil sie die 5%-Klausel schon überwunden hat und in den Stadtparlamenten drin war, dort zeigt sich ja auch, daß sie das Ergebnis verbessern konnte, daß sie als Alternative tatsächlich einige Anerkennung gefunden hat. Das ist im Gesamtmaßstab Bundesrepublik nicht der Fall. Und das spielt natürlich eine große Rolle, gerade in einer solchen Situation, wo es ein Kopf-an-Kopf-Rennen gibt, wo die potentiellen Wähler, die unter Umständen in der Wahl der DKP eine Alternative sehen könnten, SPD wählen, einfach, um diese Koalition noch einmal zur Regierung zu bringen.
Aber mir scheint doch eins wichtig zu sein: Wie wird die Entwicklung weitergehen, wenn jetzt die Stabilisierung der ökonomischen Situation, die vielleicht möglich ist — sicherlich möglich ist, wenn man nur Kapitalinteressen im Auge hat —, wenn diese Stabilisierung auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung gehen muß, Arbeitslosigkeit mit sich bringt? Anders ist eine Stabilisierung nicht denkbar, das zeigt sich ja jetzt deutlich. (Jaeggi: Frauen aus dem Arbeitsprozeß drängen!) Genau! Und alle anderen Fragen, die damit zusammenhängen, Inflation usw. Wie wird sich das dann auf die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik auswirken, wenn links von der SPD von großen Mehrheiten noch keine Alternative gesehen wird? Kommt dann nicht dieser Ruck nach rechts, d. h. die Akzeptierung autoritärer Strukturen — und das können dann nur rechte autoritäre Strukturen sein —, kommt der dann nicht zum Tragen? In solch einer Situation, meine ich, ist das Bewußtsein außerordentlich wichtig. Hier zeigt sich dann, was mir bisher gefehlt hat, auch im Wahlkampf gefehlt hat, aber überhaupt im Verhalten der demokratischen Parteien im Bundestag gefehlt hat, daß man den Leuten in's Bewußtsein hebt, was hier eigentlich für eine Situation gegeben ist und was erforderlich ist, um diese Situation zu meistern. Hier steht jetzt die Frage der echten Reform.

Jaeggi: Ja, wobei's hier halt unheimlich perspektivisch wird, weil selbst wenn wir annehmen, daß das praktisch jetzt das letzte Mal ist, daß die sozialliberale Koalition in absehbarer Zeit die Regierung führt, selbst dann würde ich eben nicht so unbedingt sagen, daß die Alternative jetzt heißt: Autoritäre Strukturen. Zunächst wäre die Alternative eine CDU/CSU-Regierung. Da kann man davon ausgehen, daß die Sache autoritär wird, aber das heißt nicht, daß sich der Faschismus quasi schon durchgesetzt hätte, weil die CDU/CSU in sich ja wiederum sehr zwiespältig ist, d. h. es gibt ja in der CSU, stärker natürlich in der CDU, tatsächlich mit der SPD/FDP auswechselbare Positionen. D. h. man kann durchaus vermuten, daß Teile der jetzigen Politik fortgeführt würden, fortgeführt werden müßten.

Herkommer: Dem würde ich zustimmen. Aber eins ist trotzdem ziemlich klar. Wenn man die These akzeptiert, daß die großen Parteien dieses Mal schon der Bevölkerung nachgelaufen sind, nach rechts, und daß die CDU bloß deshalb noch nicht rangekommen ist, weil die SPD, soweit es ihr überhaupt in ihrem eigenen Rahmen möglich war, ihre eigene Vergangenheit verleugnet hat, und die JUSO-Linke sich wieder am Riemen nahm, daß es schon zum Verlust ihrer Identität geführt hat, so weit, daß dieser Prozeß der Rechtsentwicklung

noch aufgefangen werden konnte, dann ist das doch nicht beliebig fortzusetzen. Ob das dann schon direkt zur personalen oder faschistischen Form der Herrschaftsausübung führt, das läßt sich so ohne weiteres nicht sagen, da kann man nur abstrakt sagen, daß das die letzte Möglichkeit für die Bourgeoisie wäre, ihre ökonomische Herrschaft fortzusetzen. Ich möchte an einem Punkt von Dir, Robert Katzenstein, einsetzen, wo Du gesagt hast, die ökonomische Entwicklung ist zu stabilisieren. Hier habe ich doch meine Zweifel, ob man das so fassen kann. Du hast selber schon Voraussetzungen genannt, die eigentlich die Stabilisierung in Frage stellen. Denn die Arbeitslosigkeit, mit der jetzt alle rechnen, dieser ‚Sockel' nicht aufhebbarer struktureller Arbeitslosigkeit, der hat ja Folgen. Und es bleibt ja nicht bloß bei der Arbeitslosigkeit; wenn dieser ökonomische Zyklus zu Ende geht, dann werden noch eine ganze Reihe anderer Rechnungen präsentiert. Das hat nämlich Konsequenzen, so daß der Bereich der staatlichen Ausgabenpolitik so eingeengt ist, daß die Verwertungsprobleme des Kapitals sich fortsetzen und durchschlagen auf eine ganze Reihe abgeleiteter Bereiche; betroffen wären etwa die im öffentlichen Dienst Beschäftigten. Konsequenzen zeigen sich längst schon im Abbau von Sozialleistungen, im quantitativen und qualitativen Rückgang der öffentlichen Versorgungsleistungen etc. Ich möchte also der These, daß es auf jeden Fall irgendwie machbar sei, von Seiten des Kapitals oder durch den Staat, wenn man nur das entsprechende Instrumentarium einsetzt, doch mit einigem Zweifel begegnen.

Jaeggi: Ich habe die These so verstanden, daß im Grunde genommen die amerikanische ‚Lösung', daß eigentlich trotz struktureller Arbeitslosigkeit und all diesen Faktoren, die Du aufgezählt hast, das ökonomische System selbst dennoch erhalten bleibt, nicht jetzt schon aufhebbar ist. Jedenfalls kann es noch längere Zeit zu einer ‚Stabilisierung' kommen. Ich würde also auch glauben, daß trotz der Krisenerscheinungen, die sich ja in den letzten Jahren verschärft haben, Systemaufhebung nicht die einzige Lösung ist, was Du schon angedeutet hast. Zwar wird etwa bei den Angestellten und Beamten der Rationalisierungsdruck enorm wachsen, was Folgen haben wird. Bislang scheinbar gesicherte Gruppen werden ihre Privilegien weitgehend verlieren. Es ist deshalb jetzt schwierig, das Bewußtsein dieser Gruppen richtig einzuschätzen; sie können sich in den nächsten Jahren so oder so entscheiden, nach links oder nach rechts und sicher werden sie dies uneinheitlich tun.

Katzenstein: Wenn ich von Stabilisierung spreche, dann meine ich das im englischen Sinne, d. h. eine Bewegung des Kapitals ist möglich, es wurschtelt weiter (Jaeggi: Im englischen Sinne nicht, eher amerikanisch.). Ich meine es etwas schlimmer als amerikanisch, weil die Verhältnisse nicht mehr dieselben sind, wie sie es vor 20-25 Jahren in den USA waren. Als in den USA die technische Revolution begann, da ist die Arbeitslosigkeit sprunghaft gestiegen, aber die technische Revolution hat doch so viel Schwung in den Prozeß der Kapitalverwertung gebracht, daß das System selber mit Krise und mit Arbeitslosigkeit weiter existieren konnte. Heute sieht die Situation etwas anders aus. Heute bedeutet eine technische Revolution, die zweite Etappe der technischen Revolution sozusagen, Massenarbeitslosigkeit. Wir sehen das an den Betrieben, in denen heute grundsätzlich rationalisiert wird. Dort finden wirklich Massenentlassungen statt. Wenn heute rationalisiert wird aufgrund neuer Technik, dann verschwinden eben 40,50 % der Arbeitsplätze. Und wenn man das vom Einzelbetrieb, wo sich ganz krass zeigt, was für Folgen ein solcher technischer Sprung hat, auf die Gesamtwirtschaft überträgt, dann bedeutet das zwar nicht 50 % Arbeitslosigkeit, aber eben einen chronischen Sockel erheblicher Arbeitslosigkeit. Deshalb würde ich heute nicht mehr am Beispiel

der USA anknüpfen, ich würde eher am Beispiel England anknüpfen, weil dort schon sichtbar wird, daß diese Prozesse ungeheure soziale Fragen mit sich bringen — und sozialen Sprengstoff beinhalten.
Wenn ich von der Möglichkeit einer gewissen Stabilität rede, so meine ich das nur vom ökonomischen Standpunkt und diesen auch nur aus der engen Sicht des Kapitals gesehen. Für die Lohnabhängigen bringt das ungeheure Probleme mit sich. Ich knüpfe da also schon an englische Verhältnisse an. Es kommt hinzu, daß diese Form der Krisenregulierung die Krisen ja nicht eigentlich löst, sondern die Konflikte überbrückt. In dieser Beziehung unterscheiden sich englische und sozialliberale Wirtschaftspolitik nur in Nuancen. Die Krisen kumulieren daher, werden schwerer und bringen das System periodisch an den Rand des Abgrunds. Das zeigt die Entwicklung, und England ist uns da nur um einige Jahre voraus.
Was mich unter solchen Bedingungen als Frage bewegt: Wenn wir einen politischen Querschnitt analysieren, wie er sich jetzt in der Wahl gezeigt hat, der eben sichtbar macht, daß die Menschen aus Unsicherheit reagieren, daß sie im Grunde genommen nicht aus einer Kenntnis der Probleme und mit einer Kenntnis der Grenzen der Lösungsmöglichkeiten innerhalb des Kapitalismus, mit einer Vorstellung von Alternativen, mit einer bewußten Vorstellung von Alternativen — ob sie die zunächst akzeptieren oder nicht, ist eine zweite Frage —, ja mit einer bewußten Vorstellung von einer Alternative herangehen, wie wirkt sich das dann auf die politische Entwicklung in der BRD aus, in der Zukunft, wenn diese ökonomischen Probleme hier aufbrechen? Natürlich ist das von mir einfach überspitzt, wenn ich sage, das wird leicht umschlagen in eine faschistische Diktatur. Ich sehe das auch so, daß zunächst eine Herrschaft der CDU/CSU kommt, und es hängt von einer Fülle von Faktoren ab, wie weitgehend das dann mehr oder weniger autoritär ist. Die CDU/CSU hat ihren Flügel von Lohnabhängigen, sie ist keine einheitliche Partei und da spielen noch eine ganze Reihe von Faktoren eine Rolle. Aber es beunruhigt mich doch irgendwie, daß hier gerade diese Fragen im Wahlkampf völlig ausgeklammert worden sind und auch jetzt, nach diesem Wahlkampf, ausgeklammert werden.

SOPO: Da habe ich mal zwei Fragen in diesem Zusammenhang. Einmal muß man doch sagen, phänomenologisch sieht's doch ein bißchen anders aus, als die These der bürgerlichen Politikwissenschaft es wahrhaben will, daß im Zuge der Konkurrenz um die Wechselwähler eine Annäherung der Parteien in der Programmatik und den Werbemethoden und den Inhalten, die mit diesen Methoden verkauft werden, sich vollzieht. Das ist zunächst einmal nicht in dem Umfang eingetreten, wie man das vermutet hat. Natürlich kann man sagen, die SPD hat versucht, die CDU rechts zu überholen mit ihrem schwarz-rot-goldenen Aufkleber; aber es hat doch auch gegenläufige Momente gegeben, diese Zuspitzung in den Parolen ‚Freiheit statt Sozialismus', ‚Freiheit oder Sozialismus'. Das zweite Problem ist, daß natürlich bei der Mehrzahl der Wähler kein Bewußtsein über den Umfang der Krise und die Möglichkeiten einer Einwirkung auf diese Krise vorhanden ist. Daß aber natürlich das Wahlverhalten und die politischen Konzeptionen zur Lösung der Krise noch auf eine andere Art und Weise zurückgekoppelt sind, nämlich über das Problem der Interessen der Massenbasis der jeweiligen Partei, was auch schon angesprochen worden war; die CDU hat einen Arbeitnehmerflügel usw. Das wäre also die Frage, wie man jetzt den objektiven Spielraum für die Konzeption zur Krisenregelung und -bewältigung, egal in welchem Sinne, abstecken könnte, indem man versucht, diese politischen Konzeptionen und ihre jeweiligen Repräsentanten bzw. den Handlungsspielraum ihrer Repräsentanten zurückzubeziehen auf die Basis, die

im Wahlergebnis erkennbar geworden ist, als Fundament oder als Basis der politischen Konzeption.

Jaeggi: Ich weigere mich zu sagen: Es war kein Bewußtsein vorhanden. Da müssen wir uns einfach fragen, was für ein Bewußtsein *muß* denn da vorhanden sein! Sicher ist keines vorhanden im Sinne des wissenschaftlichen Sozialismus. Die Mehrzahl hat keine marxistische Analyse im Hinterkopf. Aber sie kennen z. B. ihre Arbeitsplatzsituation und die ihrer Kollegen. Man kann sich nicht vorstellen, daß die Rationalisierungsmaßnahmen und die Arbeitslosigkeit, der Zerfall der Währung und die Inflation, daß das alles sich im Bewußtsein nicht niederschlägt. Wovon sie sicher weniger Ahnung haben, ist — vom wissenschaftlichen Bewußtsein mal abgesehen —, wie man *programmatisch* pragmatisch die Krise überwinden kann. Nicht bloß war da in der Tat der Wahlkampf sehr milde, auch die Programme der Parteien selbst sind sehr unbestimmt und sehr unpräzise, z. B. der Orientierungsrahmen 1980 der SPD. Da wird ja immer noch das erfolgreiche Krisenmanagement angepriesen. Herr Schmidt hat im Wahlkampf ja auch permanent wiederholt, jetzt kommt der Aufschwung, der Abschwung ist vorbei, und wenn eine nächste Krise kommt, dann werden wir diese wie die gerade überwundene ‚klären'. Er hat höchstens mal am Rande zugegeben, daß eben u. U. eine Dauerarbeitslosigkeit auf uns zukommt, daß da Probleme auf uns zukommen, die mit diesem Programm nicht mehr zu bewältigen sind; und davon hat die Gesamtbevölkerung, das will ich schon zugeben, wenig Ahnung, weil bisher unter dem Vorzeichen des nach wie vor bestehenden Weltimperialismus die westlichen Industriestaaten die internen Krisen nach außen exportieren konnten. Wie lange das noch gut geht? Darüber wird ja schon seit langem spekuliert. Und wie hier die bewußtseinsmäßige Umschichtung dann vor sich gehen wird, bleibt mindestens für die BRD im Bereich des Spekulativen. In Frankreich und Italien kann man in etwa schon die Lösung absehen.

Herkommer: Vielleicht kann ich da mal an eine These anknüpfen, die Jaeggi ganz am Anfang aufgestellt hatte und im ‚Argument'* etwas weiter ausgeführt hat. Vielleicht kommen wir auf diesem Wege auch zur Einschätzung der Sozialdemokratie. Die These läuft ja wohl darauf hinaus, daß Du quasi von einem durchschnittlichen Potential von sozialdemokratischen oder linken Wählern in Europa ausgehst. Du hast auch die These aufgestellt, daß die Kommunisten in Italien, aber auch die in Spanien und Frankreich, im wesentlichen dem entsprechen, was hier die Sozialdemokraten an Wählerpotential für sich beanspruchen und mobilisieren können. Du hast damit die These verbunden, daß auf dem Weg, auf dem diese kommunistischen Parteien so viele Wähler mobilisieren konnten, sie unter der Hand selber zu sozialdemokratischen Parteien geworden sind.
Sie haben einen Sozialdemokratisierungsprozeß durchgemacht, sagst Du. Und diese These halte ich für falsch. Ich halte sie außerdem für gefährlich. Nicht nur, daß auch die FAZ darauf gedrungen hat, daß von solcher Änderung der Zielsetzung keine Rede sein könne, sondern angesichts der Parteiprogramme und der faktischen Politik kann davon wirklich keine Rede sein. Diese entscheidende Differenz müssen wir im Auge haben, wenn wir uns die Frage stellen, was angesichts einer ökonomischen Krise, von der wir ja ausgehen und die sich nach kurzer Erholung verschärfen dürfte, von den politischen Kräften auf der Linken zu halten ist, um die von uns befürchtete Tendenz einer auto-

* U. Jaeggi, Taktik, unaufhaltsamer Sozialdemokratisierungsprozeß oder ein „neuer" Kommunismus, in: Das Argument 98, Juli/August 1976.

ritären Entwicklung zu verhindern. Das ist, glaube ich, die entscheidende Frage. Die Krisenbewältigung als solche regt mich dabei weniger auf als die Frage, ob die Krisenbewältigung nicht die Form der personalen Herrschaft annimmt. Umgekehrt, und positiv ausgedrückt, ob die Krise das Medium der Umwandlung sein kann, auf möglichst unblutigem Wege, auf kostensparendem, elend- und notsparendem Wege, zu einer sozialistischen Gesellschaft zu kommen. Ob diese ökonomische Entwicklung, die wir einigermaßen absehen können, ohne den Umweg einer autoritären oder faschistischen Herrschaft, dazu führen wird, daß eine sozialistische Gesellschaftsform auch in der Bundesrepublik sich durchsetzen kann.

Jaeggi: Zur ‚Argument'-These: Du spitzt sie natürlich so zu, wie ich sie nicht zugespitzt haben will und wie ich sie im ‚Argument'-Aufsatz auch nicht zugespitzt habe. Ich stelle ja nur die *Frage*, und ich sage, es ist nicht auszuschließen, daß ein Sozialdemokratisierungsprozeß stattfinden *kann*. Elemente in der aktuellen Politik und in der Programmatik weisen darauf hin. Es ist z. B. klar, daß die Aufgabe des Begriffs ‚Diktatur des Proletariats' ja auch im Rahmen der KPF selbst in diese Richtung thematisiert worden ist, nämlich: Hat man da nicht vorschnell und auch wieder ohne Diskussion Positionen aufgegeben, die wichtig sind? Andererseits halte ich das radikale Eintreten für demokratische Formen — der Wähler, nicht die Partei soll entscheiden —, für eine westliche kommunistische Partei für absolut und unbedingt notwendig.

Herkommer: Kann man die Frage vom Standpunkt der Sozialdemokratie aus überhaupt so stellen?

Jaeggi: Du kannst es so sehen: Wenn einerseits in der Programmatik Tendenzen zu finden sind, die sich jetzt radikalen sozialdemokratischen Positionen anzunähern scheinen, dann heißt das noch nicht, daß hier Identität hergestellt ist; das heißt vor allem nicht, daß die Kommunisten jene Art von Theorielosigkeit akzeptiert haben, wie dies die Mehrheit der Sozialdemokraten tut. Das habe ich im übrigen in meinem ‚Argument'-Artikel auch ganz klar gesagt. Zum anderen bleibt natürlich die Frage: Wenn auf leisen Pfoten, wie es etwa in Italien geschieht, auf kommunaler und regionaler Ebene, jetzt kommunistische Politik gemacht wird, die sich zum Teil eben vor dieselben Probleme gestellt sieht wie jede sozialdemokratische Regierung, d. h. wenn man sich mit Reformmaßnahmen begnügen muß, wie sie woanders auch stattfinden, dann ist dies ein wichtiger Punkt. Selbst wenn diese Politik programmatisch nach wie vor an das Ziel einer sozialistischen Gesellschaft angebunden ist. Ich will damit sagen: die Pragmatik einer Regierungsbeteiligung in der Form, daß man eben nicht die Mehrheit hat, sondern nur Teil der Mehrheit ist, — was ja im historischen Kompromiß notwendig angelegt ist — : in diesem Zusammenhang halte ich es nicht bloß für legitim, sondern für notwendig, daß das Sozialdemokratisierungsproblem auftaucht. Ich meine, wir können ja nicht die Augen zubinden und sagen: Das gibt's gar nicht; man kann sich am ehesten gegen einen schlechten Reformismus, wie ihn die Sozialdemokratie in vielen Ländern gezeigt hat, wehren, wenn man die Problematik rechtzeitig sieht und das auch rechtzeitig diskutiert, und zwar nicht nur auf der Ebene der Intellektuellen, sondern in der Partei selbst bei allen Mitgliedern, und solche Diskussionen finden ja durchaus auch statt.

Katzenstein: Mit der Frage der Gewalt weichen wir wohl ein bißchen vom Thema ab. Ich möchte noch mal auf die Krisen zurückkommen. Wir sind einer Meinung darüber, daß mit systemimmanenten Methoden die Frage der ökonomischen Krisen nicht zu bewältigen ist, im Kapitalismus; daß, im Gegenteil, eben die Krise selbst systemimmanent ist. Es ist auch so, daß die Entfaltung

der ökonomischen Krise zwangsläufig ideologische Zerbröckelungsprozesse mit sich bringt. Das ist die Zwischenstufe des Umschlagens ökonomischer in politische Widersprüche. Die ökonomische Realität des Kapitalismus löst das Abbröckeln der bürgerlichen Ideologie in den Köpfen der Arbeiter aus — und der Werktätigen überhaupt —, und erst dadurch brechen dann die politischen Konfliktsituationen auf. Wenn ich davon sprach, das Bewußtsein fehle, so will ich damit auch nicht die Klassenteilung in der Gesellschaft ausklammern und ebensowenig die Tatsache, daß einfach von der Klassenstellung her Grenzen für das Eindringen bürgerlichen Bewußtseins in die Arbeiterklasse gesetzt sind; wieweit das Klassenbewußtsein auch immer verschüttet sein mag. Man sieht das in England ganz deutlich. Die ökonomischen Krisen bewirkten einen ideologischen Abbröckelungsprozeß. Das Klassenbewußtsein trat wieder stärker hervor. Die Arbeiter begannen, ihre eigenen Interessen, selbst gegen die Labourregierung, durchzusetzen. Diese Entwicklung hat ja dazu geführt, daß die Labour-Partei selbst angefangen hat zu zerbröckeln. Es haben sich jetzt neue, linke Richtungen innerhalb der Labour-Partei entwickelt, und sie dehnen sich aus; man sieht ja eine sehr starke Auseinandersetzung gerade gegenwärtig. Das ganze ist aber ein vergleichsweise „verschwommener" Prozeß. Schlimmer ist, daß die vorausgegangene Entwicklung langfristig gesehen nicht die Basis gelegt hat, daß aus dieser Zerfaserung der ideologischen Grundlagen des Systems innerhalb der Bevölkerung selbst nicht wieder ein konservativer Umschwung entsteht. Hält man die KPI oder die KPF dagegen — ich mache hier natürlich einen etwas gewagten Analogieschluß —, so verkörpern sie gewissermaßen den bewußten Teil, also die Kräfte, die schon bewußt eine neue Gesellschaft ansteuern, und sie rekrutieren ihre Kräfte aus jenem anderen Teil — Du sprachst ja von einem Wählerreservoir, von einem Potential —, und zwar ohne daß sie sich etwa sozialdemokratisieren, daß sie die Umgestaltung der Gesellschaft aufgeben, sondern sie erkennen sie als notwendig und sagen auch, daß hier systemimmanente Mittel nicht vorhanden sind, mit denen man die Probleme innerhalb dieser Gesellschaft wirklich lösen kann. Was wichtig ist: Sie schöpfen eben dadurch aus den sozialdemokratisierten Schichten diese Kräfte ab, bei denen der Zerbröckelungsprozeß bürgerlicher Ideologie eingesetzt hat und die zunehmend Klassenbewußtsein bzw. Bewußtsein von der Notwendigkeit der Umgestaltung der Gesellschaft gewinnen.

Jaeggi: Das ist richtig, was Du über die KPI und die KPF sagst. Nur: ich meine, man muß da jetzt doch sehen, daß das eben nicht die 50 Prozent der Wähler erreicht, sondern im Moment auch so um die 30 Prozent herum, nach oben oder unten. Um die Regierung übernehmen zu können, sind die Kommunisten auf eine Koalition angewiesen. Und das bringt zwangsläufig Probleme. Die KPen bleiben zwar Parteien, die sich programmatisch als Klassenparteien verstehen mit dem Ziel einer sozialistischen Gesellschaft. Nur: wieweit sich das in der notwendig pragmatischen Politik abschleifen wird: das ist doch die Frage. Als Sozialdemokrat und Sozialist verstehe ich das Problem einer möglichen Sozialdemokratisierung nicht hämisch, also nicht von der Warte aus: Auch die werden in genau dieselbe Situation kommen wie die Sozialdemokraten, und sie werden dann keinen Deut besser sein als wir auch. Man muß ganz einfach das Problem sehen.

Katzenstein: Darf ich meinen Gedanken weiterführen? Denn ich bin mit der Frage der Sozialdemokratisierung der KPI noch nicht ganz zu Ende. Es gibt nämlich noch einen entscheidenden Unterschied bei der ganzen Geschichte. Das ist gerade die pragmatische Seite, die Du angesprochen hast. Bei der KPI — und das gilt auch für die KPF, soviel ich informiert bin — ist es so, daß

sie im Moment sicherlich nur Reformen durchsetzen können, aber bei ihnen ist das Reformkonzept immer, in der Zielstellung und auch in der Durchführung, geprägt von dem Gedanken an die Umgestaltung, die absolut notwendig ist und auch als absolut notwendig dargestellt wird. Das ganze Reformkonzept wird auch immer dargelegt mit Bezug auf die Notwendigkeit, das Kräfteverhältnis für eine friedliche, demokratische Umgestaltung zustandezubringen. Und hier gilt eben wieder etwas, was ich vorhin vielleicht etwas verschwommen angeschnitten habe, was ich jetzt also etwas präziser anschneiden will: Da ist eben vorhanden, daß sie für die Ausweitung dieses Kräfteverhältnisses über die 35 Prozent hinaus, über die 50 Prozent hinaus und für eine Stabilisierung eben auch die materielle Basis zu schaffen versuchen, und das ist wesentlich. Ich möchte nur ein Beispiel nehmen, weil mir im Moment dies eine einfällt, das ist die Frage der bäuerlichen Genossenschaften, die die KPI aufbaut und womit sie schon Vorbehalte gegen die sozialistische Gesellschaftsordnung in diesen bäuerlichen Schichten und darüber hinaus abbaut. Hier nimmt sie also schon Umgestaltungen in Angriff, die echte Umgestaltungen sind, die Produktionsverhältnisse verändern, die bewußtseinsmäßig Entwicklungsschritte darstellen; und gerade das, meine ich,, wäre die Aufgabe etwa der SPD, wenn sie eben nicht systemkonforme Partei wäre. Sie nimmt also Schritte in Angriff, die auch von der materiellen Seite her diese Entwicklung über die 35 % Grenze hinaus, über die 50 % Grenze hinaus, absichern. Sie schaffen das Bewußtsein einer Alternative und untermauern es materiell soweit als möglich. Hier ist auch der Punkt, wo die Frage der Gewalt kommt, und das lassen auch die Italiener offen, weil das immer eine Frage der Gewalt der Bourgeoisie ist gegen die Arbeiterklasse und nicht einer Gewalt der fortschrittlichen Kräfte. Für die fortschrittlichen Kräfte steht ja nichts auf dem Spiel — sie brauchen daher nicht notwendig Gewalt —, für die Bourgeoisie aber ihre Existenz als Klasse. Es ist daher noch offen, ob der gewaltlose Weg gelingt, das hängt ja nicht allein vom Willen der kommunistischen Parteien ab, aber man muß sich nach Kräften darum bemühen. Von beiden Parteien wird auch immer darauf hingewiesen, daß hier eine Frage offen bleibt und daß man daher auch alles versuchen muß, um das Kräfteverhältnis zu schaffen, das eine friedliche Entwicklung garantiert. Deswegen habe ich das vorhin angeschnitten, weil hier in der BRD eben gerade diese Frage der Bewußtseinsbildung, der Orientierung schon auf eine neue Gesellschaft, auf die Notwendigkeit der Umgestaltung, auf den Klassenantagonismus fehlt.

Und damit kommen eine ganze Menge von Unwägbarkeiten in den Prozeß. Ich stimme mit Euch beiden überein, daß das zugespitzt ist, wenn man sagt, ‚autoritäre Staatsformen' werden die unmittelbare nächste Folge sein, die Folge der nächsten Wahl etwa. Hier sind jetzt eben so viele Unwägbarkeiten in dem Prozeß, daß man zumindest sagen kann, die Situation sei völlig offen und CDU wie CSU seien durchaus in die Lage versetzt, nicht nur die Regierungsgewalt wieder zu übernehmen, sondern diese Regierungsgewalt dann in Krisensituationen auch in autoritäre Staatsformen umzusetzen. Bei dem gegebenen Entwicklungsstand der ökonomischen Konflikte und bei dem gegebenen Entwicklungsstand auch der politischen Konflikte — international gesehen —, habe ich eben doch Befürchtungen in dieser Hinsicht. Ich möchte die Gefahr, daß es zu autoritären Herrschaftsformen kommt unter diesen Bedingungen, doch nicht ganz ausschließen; obwohl das natürlich von vielen Faktoren abhängt. (Herkommer: Da möchte ich Dir vollkommen zustimmen, das ist eher die Wahrscheinlichkeit, daß wir diesen kostenreichen und elendreichen Um-

weg haben.) Man muß bloß mal überlegen, wie sich die Stellung der USA nach Angola verändert hat oder wie die Rechten in der Bundesrepublik versuchen, wieder ein Spannungsfeld aufzubauen. Und die SPD ist eben nicht der feste Grund, von dem aus das auszuschließen wäre, ja, sie bereitet diesen Grund nicht einmal vor.

Herkommer: Wir diskutieren jetzt, welche Bedingungen politischen Handelns halten wir für denkbar, die diese befürchtete Entwicklung aufhalten können. Über die Frage, *daß* solche autoritären Entwicklungen anstehen können, sind wir uns einig. Wahrscheinlich sind die Bedingungen für rechte Tendenzen in der Bundesrepublik sehr viel günstiger als in Italien, Frankreich und England. Ich bin in der Tat der Auffassung, daß die ökonomische Entwicklung einerseits und die Bewußtseinsstrukturen andererseits dafür sprechen, daß die politischen Tendenzen in unserem Lande eher nach rechts weisen, aber vielleicht nur vorübergehend. Ich wies schon auf Anzeichen hin, daß die Einsicht in die ökonomischen Ursachen der krisenhaften Entwicklung, bzw. in die gesellschaftlichen Ursachen dieser ökonomischen Krise zunehmen könnte. Das würde die Einsicht einschließen, daß die Sozialdemokratie nicht das richtige Programm bereithält, um zu grundsätzlichen Veränderungen zu führen. Wenn man hinzunimmt, daß die DKP selber ja nicht als unveränderlich angenommen werden muß, daß eine größere Selbständigkeit dieser Partei, d.h. unmittelbares Anknüpfen an westeuropäische und westdeutschen Verhältnisse denkbar ist, dann könnte ich mir auch vorstellen, daß sich die für sie offenbar belastende Identifizierung mit dem ‚realen Sozialismus' in der DDR und den osteuropäischen Ländern allmählich lockert. Natürlich wird antikommunistische Propaganda immer versuchen, diese Identifizierung unter negativen Vorzeichen zu befestigen. Aber ich bin nicht der Auffassung, daß das dauerhaft Erfolg hat. Wenn man die veränderten ökonomischen Bedingungen ebenso in Rechnung stellt wie größere Flexibilität in der DKP-Programmatik und -Taktik, wäre es durchaus denkbar, daß das, was heute noch als sozialistisches Potential in der SPD gebunden ist, mit dem der DKP sich zu einer starken politischen Kraft verbindet.

Jaeggi: Noch eine Bemerkung zu der möglichen autoritären Entwicklung in der Bundesrepublik. Ich sehe es deswegen nicht so pessimistisch, weil ich glaube, — das haben eigentlich auch die Diskussionen zu den Berufsverboten gezeigt —, daß der Druck von außen, vom Ausland, gegen eine faschistoide autoritäre Entwicklung in der BRD so erheblich sein wird, daß man vermuten kann, daß das auf absehbare Zeit ein mögliches Regulativ ist. Insofern glaube ich, daß in der gegenwärtigen Konstellation zwischen Ost und West Westdeutschland sich kaum in der Form, wie es in der Weimarer Republik geschehen ist, nach rechts, zum Faschismus hin, entwickeln kann. Aber zum anderen: Ich bin natürlich nie davon ausgegangen, daß das, was ich als linkes und sozialliberales Potential bezeichnet habe, ‚Ewigkeitswert' besitzt. Es kann sich natürlich ändern. Meine Antwort wäre: Voraussetzung ist eben eine SPD-interne Entwicklung, und Voraussetzung ist in der Tat eine DKP-interne Entwicklung. Hier sehe ich die Sache problematisch. Man darf die Stagnation der DKP nicht nur qua Antikommunismus sehen; diese Partei hat starke interne Probleme. Die Einschätzung von außen korrespondiert mit der internen Entwicklung. Sie muß sich in der Tat zwangsläufig zu einer stärkeren Verselbständigung durchringen. Sie muß es, wenn sie überleben will, also wenn sie über die 0,3 % oder über die 1 % hinaus will. Und da sehe ich schwarz, weil ich noch pointierter sagen würde, sie müßte in ihrer jetzigen Programmatik, und bis hinein in ihre eigene Bürokratie, einen radikalen Wandel vollziehen; sie müßte die Entwicklung zu einem unabhängigen und selbständigen Kommunismus zu vollziehen versuchen. Nur unter die-

ser Bedingung könnte sie das von uns allen annähernd akzeptierte Potential von 5 bis 10 % der Wähler, um es mal prozentual festzumachen, teilweise gewinnen. Der Prozeß wäre langwierig, meiner Einschätzung nach zu langwierig, und er käme spät, wenn nicht zu spät. Und das hat natürlich verschiedene Ursachen. Das hat zum Teil die Ursache, daß sich die Linken viel eher darin gefallen, die DKP zu kritisieren und dies von außen zu tun, als selbst, intern, zu versuchen, die Dinge zu verändern. Auf der anderen Seite würde ich allerdings auch sagen: Die DKP verfügt heute z.B. über ein Reservoir an sozialwissenschaftlicher Intelligenz, das sie schlecht einsetzt. Nicht in dem Sinne einsetzt, daß die jetzt tatsächlich notwendigen Modernisierungsprozesse eingeleitet werden, sondern nach wie vor zur Legitimierung der Parteikaderpolitik. Und das sind eben die Unterschiede etwa zwischen der DKP und der Französischen Kommunistischen Partei, die ungeheuerlich, wenn nicht unüberbrückbar scheinen. Wenn man sieht, wie etwa die Diskussionen um die theoretischen Voraussetzungen des wissenschaftlichen Sozialismus in Frankreich laufen und wie das im Rahmen der DKP geschieht! Die Art und Weise, wie sich die KPF und KPI vom sowjetischen Sozialismus absetzen, hat ja nicht vorab strategische und propagandistische Ziele; das wird zwar zum Teil in der bürgerlichen Presse so gesehen, aber das sind, wie wir wissen, ja in Italien, seit Gramsci und Togliatti, langwierige und kontinuierlich laufende Prozesse. In Frankreich hat zwar die Entstalinisierung länger gebraucht als in Italien, weil der Prozeß später eingesetzt hat. Aber spätestens seit 68, in der Selbstkritik der damals vertretenen Positionen, hat sich die spätere Entwicklung ganz deutlich abgezeichnet, es war zu prognostizieren, daß die Politik so ausfallen wird, wie sie sich auf den jüngsten Kongressen tatsächlich durchgesetzt hat. Und im Vergleich dazu finde ich eben bei der DKP intern viel zu wenig Perspektiven; da gibt's kaum Anzeichen für einen solchen Wandlungsprozeß. Und das halte ich in der Tat für verhängnisvoll. Weil: Zu viel Zeit besteht für das Einsetzen eines solchen Prozesses nicht mehr. Sonst läuft die Entwicklung, was ja schon geschieht, richtigerweise über die DKP hinweg. Andererseits kann sich eine politische Partei momentan als Kraft zwischen SPD und DKP schwer durchsetzen. Die organisatorisch nicht vorhandenen Voraussetzungen zeigen dies deutlich. Daß im Moment von einer Regruppierung linker Kräfte um das Sozialistische Büro oder andere Organisationen nichts erwartet werden kann, ist kaum zu bestreiten. Und ob eine Abtrennung in der SPD erfolgt und vor allem Erfolg haben könnte, ist schwer einschätzbar. Ich würde meinen, daß die DKP, allerdings nicht in ihrer existierenden Form, hier vorläufig ein Sammelbecken darstellen könnte.

Katzenstein: Na ja, schön und gut, bloß ist das nicht eigentlich ein Baum, hinter dem man sich versteckt, diese fehlende Veränderung der DKP? Die DKP, wie sie ist, real existent, genauso wie der Sozialismus real existent ist. Abwarten, bis sie sich möglicherweise verändert und zum Anziehungspunkt wird, kann man nicht. Die reale Entwicklung wird auch unabhängig von diesem Wandlungsprozeß vor sich gehen, nicht unbeeinflußt davon und nicht ohne Wechselwirkung darauf. Das ist ganz klar. Aber die Faktoren sind gegeben, sind vorgegeben, wie sie sind, und das kann man nicht verändern. (**Jaeggi:** Ja, welche Faktoren?)

Herkommer: Darf ich da einen Einwurf machen? Wenn man die kommunistische Bewegung als Ausdruck, als *bewußten* Ausdruck der Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft zur sozialistischen Gesellschaft versteht, dann kann man das doch nicht so hinstellen wie einen festen, wie einen unverrückbaren Baum.

Katzenstein: Ich sehe es ja nicht als unverrückbaren Baum. Ich meine nur, die linke Bewegung in ihrer Gesamtheit muß weitergehen, und die Forderung

nach Veränderung der DKP scheint mir oft nur ein Vorwand, um unmittelbares Engagement zu umgehen. Veränderung, das heißt doch faktisch Bewegung einer ganz bestimmten Schicht gesellschaftlicher Kräfte. Solche Bewegungen vollziehen sich, aber sie gehen immer vor sich auf der Basis der verschiedenen gegebenen Einflußfaktoren,und das ist eben nie kurzfristig zu fassen. Veränderungen sind immer gesellschaftliche Prozesse, die sich auch in Parteien abspielen. Die sich auch im Sozialismus selber abspielen. Das sind immer Entwicklungsprozesse. Mir geht es aber hier jetzt darum, daß hier und jetzt auch außerhalb der DKP linke Kräfte da sind, nehmen wir einmal die JUSOS. Die JUSOS sind ja etwas anderes als das Sozialistische Büro, weil sie einheitlicher, geschlossener in sich sind.

Jaeggi: Nein! Die haben genau dieselbe Spiegelung wie Du sie im SB auch hast. Die sind genauso fraktioniert in solche, die mit der DKP überhaupt nicht können, die so was völlig ablehnen, und solche, die eben Stamokap-Flügel und ähnliches sind. Du hast genau dieselben Schwierigkeiten!

Katzenstein: Aber, die sind doch in sich geschlossener.

Jaeggi: In Berlin vielleicht, in der BRD überhaupt nicht. Es gibt da genau die gleiche Fraktionierung wie in allen Linksgruppierungen.

Katzenstein: Da siehst Du mal, wie man das von außen falsch einschätzen kann. Ich traue Deiner Einschätzung mehr als meiner. Aber, wie gesagt, hier sind ja Kräfte in Bewegung, auch außerhalb der DKP, und die entfalten eine Eigenbewegung, auf die natürlich die Entwicklung in der DKP einen Einfluß ausübt. Aber sie haben eine Eigenbewegung, und das Problem ist doch, *wie* sie unter den gegebenen Verhältnissen ihre Eigenbewegung entfalten. Es darf nicht zum Stillstand kommen; meinetwegen parallele Bewegung, aber kein Stillstand. Im Moment sieht es so aus, daß diese Kräfte im Grunde genommen aufgesogen werden von der rechten SPD oder von der SPD überhaupt. Das wird nicht so bleiben. In England zeigt sich, wie sie sich unter dem Druck der Verhältnisse erneut formieren und abspalten bzw. eigene Kraft entwickeln. Aber in der BRD entsteht zunächst eine diffuse Basis, die den Rechten immer noch Möglichkeiten für autoritäre Entwicklungen offen läßt.

Jaeggi: Es gibt ja in der Entwicklung der DKP keine Automatik, keine ökonomisch erklärbare. Ich meine: Auch die DKP ist eine Partei, die Entscheidungen fällen muß, fällen kann und fällt. Es gibt, so schätze ich es ein, nur die eine Alternative: Man macht in etwa mit einem ganz langsamen Transformationsprozeß so weiter wie bisher und wird eben in 4 Jahren nicht viel weiter sein als heute. Das läßt sich verhältnismäßig gut abschätzen. Oder man macht wirklich diesen ganz entscheidenden Sprung und weiß natürlich auch nicht genau, wohin man springt. Trotzdem: Diese Modernisierung wäre der realen Entwicklung unserer Gesellschaft sehr viel angepaßter. Eine in dem Sinne offene, undogmatische, kommunistische Partei wäre nötig.

Katzenstein: Angenommen, sie tut's nicht. Sie ist in 4 Jahren dann auch auf dem Stand von heute. Ist sie die einzige Partei, die sozusagen Kernpunkt der Linken ...?

Jaeggi: Nein! Aber die Sache ist doch die, daß das bundesrepublikanische politische Parteienspektrum asymmetrisch ist, nicht den „Bedürfnissen" entspricht, d.h. die gesellschaftlichen Kräfte nicht real widerspiegelt. Während man in allen anderen Ländern eine in etwa präzise Linienführung hat, fehlt sie hier. In den übrigen westlichen Industriestaaten gibt es Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Liberale und Konservative: Bei uns gibt es im Grunde zwei Volksparteien, die bei über 50 % aller gesellschaftlichen Probleme fast das gleiche wollen; Mitte SPD bis Mitte CDU hat man im Grunde genommen welt-

anschaulich kaum Differenzen. Die Sympathisanten können denn auch verständlicherweise unter diesen Umständen leicht von der einen Seite zur anderen hüpfen, und auch wieder zurück. Um eine Korrektur dieses asymmetrischen Parteienspektrums geht es!

Herkommer: Sollte man nicht erst einmal auf eine ganz entscheidende gesellschaftliche Kraft verweisen, um dem Schein der Priorität der politischen Organisationen entgegenzutreten? Mit Bezug auf die politischen Strukturen ist hinreichend viel gesagt worden über das Beharrungsvermögen, das auch angesichts der krisenhaften Entwicklung der Ökonomie der raschen Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft entgegensteht. Das bedeutet aber nicht, daß damit irgendwie ein Primat der politischen Struktur gesetzt wäre. Näher liegt es jedenfalls, wenn wir zuerst an die Gewerkschaften denken, denn wir können davon ausgehen, daß die Klasse der Lohnarbeiter ihren gesellschaftlichen Ausdruck als Assoziation ja nicht unmittelbar in der politischen Partei findet. Ihre gesellschaftliche Form der Koalition ist die der Gewerkschaften, eine Organisationsform, in der sie kollektiv dem Kapital, das sie kollektiviert, entgegentritt. Hier aber kann man annehmen, daß bei den zu erwartenden Restriktionen in bezug auf Geldentwertung, Arbeitslosigkeit, Intensivierung der Arbeit, in erster Linie aber in bezug auf die Entwicklung der Reallöhne davon auszugehen ist, daß die Gewerkschaften sehr viel militanter oder distinkter das Interesse der Arbeiter vertreten werden.

Wenn die Gewerkschaften in dieser Weise das Interesse der Arbeiterklasse formulieren, dann ist schon einmal ein sehr wichtiger, und zwar der erste Schritt dazu getan, daß die Identifizierung der Lohnabhängigen, der Alten und sozial Schwachen mit der fragwürdig gewordenen sozialdemokratischen Reformpolitik sich lockert in Richtung einer unmittelbaren gesellschaftlichen Durchsetzung ihrer Interessen. Auf diesem Umweg erst kann ich mir vorstellen, daß auch die politischen Rückwirkungen erfolgen, also auch die Verschiebungen im politischen Kräfteverhältnis sich durchsetzen können.

Jaeggi: Du kennst natürlich die Schranken der Einheitsgewerkschaft: Es ist hier wirklich die Frage, wieweit diese sich jetzt neben oder gar gegen die Reformpolitik der SPD tatsächlich langfristig radikalisieren kann und darf. Kurzfristig kann sie es, das haben wir 69 erlebt, aber langfristig, kontinuierlich? Das könnte dann der Fall sein, wenn wir politische Gewerkschaften hätten, wie in Frankreich oder Italien, dann wär's eher möglich. Da wir das nicht haben, würde ich meinen: Die Massenloyalität zwischen den Gewerkschaften und der sozialliberalen Koalition, die die Politik macht, wird, von ‚Störungen' abgesehen, erhalten bleiben. Insbesondere die Loyalität zwischen Gewerkschaften und SPD. Ich habe dabei manchmal ein bißchen den Verdacht, daß die Linken, weil sie in der linken Parteipolitik nicht weiterkommen, jetzt ihre Hoffnung auf die Gewerkschaftspolitik setzen und dort unter Umständen ähnlich enttäuscht sein werden. Zwar spricht eins für Deine These: In der Gewerkschaft, in den Betrieben ist die Krisenerfahrung und Lebenserfahrung unmittelbarer einbringbar.

Katzenstein: Also ich würde Deinen Gesichtspunkt nicht einmal mehr als Frage formulieren, sondern ich würde hier eine echte Kraft sehen, die unmittelbar wirksam wird. Die Gewerkschaften stehen einfach vor ganz konkreten Fragen. Sie müssen Lösungen finden, die keine Krisenlösungen sind, sondern Lösungen, die unmittelbar die Arbeiter betreffen, Lösungen für die Arbeiter. Selbst wenn es Lösungen sind, die zunächst gesellschaftlich von der kapitalistischen Gesellschaft ausgehen, die also nicht auf gesamtgesellschaftliche Interessen zielen. Ganz sicher ist da ein Spielraum, in dem die Gewerkschaften wieder an die regierende Partei gebunden werden können, d.h. veranlaßt werden kön-

nen, auf sie Rücksicht zu nehmen. Aber der Spielraum findet Grenzen. Er findet einfach Grenzen in der Stärke der Konflikte. Hat man hier überhaupt noch Spielraum, um nachzugeben, ohne wilde Streiks zu provozieren, ohne die Kontrolle zu verlieren. Die zweite Seite ist, und da haben wir historische Erfahrungen, daß die Gewerkschaftsbewegung gerade wegen ihrer spezifischen Rolle — international, also in Italien und Frankreich betrachtet — eigentlich der Motor der Vereinheitlichung des Kampfes war, mit Rückwirkung auch auf die politische Entwicklung. Wir wissen ja, daß während des Kalten Krieges die Spaltung der Einheitsgewerkschaften stattgefunden hat, sowohl in Frankreich als auch in Italien, und wir wissen auch aus den Erfahrungen heraus, daß die Kämpfe, die die Gewerkschaften geführt haben, obwohl sie zunächst sehr zersplittert waren, doch zu einer Vereinheitlichung auch dieser verschiedenen Gewerkschaften geführt haben; wir haben noch getrennte Gewerkschaftsorganisationen, aber sie führen einen gemeinsamen Kampf. Das hat natürlich auch unmittelbare Rückwirkungen auf die politischen Parteien gehabt. Der Rückgang der Sozialdemokratie in Italien, der Sozialisten in Frankreich — vor der Volksfrontpolitik — ist unter anderem auch darauf zurückzuführen, daß sie der politischen Linie, die hier durch den gewerkschaftlichen Kampf und die gewerkschaftliche Einheit vorgeschrieben war, nicht gefolgt sind, sondern daß sich das auseinanderentwickelt hat. Das spielt meines Erachtens eine große Rolle — es wird unbedingt eine der Grundlagen sein, von denen aus auch die politische Bewegung beeinflußt wird.

SOPO: Also, mir geht es doch um den objektiven Handlungsspielraum der gegenwärtig führenden politischen Kräfte der BRD, einerseits im Hinblick auf ihre eigene Basis und dort natürlich insbesondere in bezug auf die Gewerkschaften. Ich weiß nicht, ob Ihr übereinstimmt in der Auffassung, daß jetzt für die Gewerkschaften größerer Operationsspielraum besteht, um sich jetzt freizumachen, sich nicht mehr so zu verketten mit der SPD-Politik. Zweitens, ist die gegenwärtige Konstruktion, wie sie sich jetzt abzeichnet nach der Wahl, immer nur auf den politischen Überbau bezogen und auf die Formen der Herrschaftsausübung, längerfristig tragbar, und zwar jetzt etwas konkreter als die bereits von Euch angesprochene Alternative: daß die Gefahr der autoritären Herrschaft besteht, und daß es gilt, diese zu verhindern. Die Frage aber steht, ob man nicht doch noch in bezug auf Möglichkeiten von Krisenbekämpfung noch einige Aussagen machen kann, z.B. die Lohnquote, die Reallohnentwicklung in der BRD stagniert nicht nur, sondern sie ist zurückgegangen. Es geht also darum, die Spielräume zu konkretisieren in bezug auf die Massenbasis, vor allem in der Sozialdemokratie. In diesem Zusammenhang sind zwei Probleme, wovon Ihr bereits eines diskutiert habt, die Gewerkschaften, zweitens die Wechselwähler. Was sind das für Leute, und wie ist einer solchen „Basis" gegenüber die SPD verpflichtet? Wo sind also nicht nur objektive Handlungsspielräume, die sich aus der ökonomischen Situation ergeben, sondern auch aus den Zusammenhängen zwischen Wahlverhalten und der Basis der SPD/FDP-Koalition und den Formen der Herrschaftsausübung.

Jaeggi: Meine These wäre: Die Gewerkschaft wird sich nicht stärker als jetzt von der SPD-Politik verselbständigen. Zwar könnte dies eine Antwort auf die krisenhafte ökonomisch-gesellschaftliche Entwicklung sein. Dennoch, es ist nicht nur zu vermuten, sondern zu unterstellen, daß die eingeschlagene Politik der sozial-liberalen Koaltion in derselben Konsequenz weitergeführt wird, wie sie angelaufen ist; d.h. auch unter den Bedingungen, daß Reformvorhaben zurückgestellt werden und daß man sich eben wirklich versteht als eine Koalition, die jetzt versucht, ökonomisch die Krisenhaftigkeit auf ein Minimum zu redu-

zieren, also insofern tatsächlich versucht, Bindeglied zwischen Kapitalfraktion und werktätiger Bevölkerung zu sein, wird sich diese Politik weiter durchsetzen. Zum Beispiel ist es doch erstaunlich, wie die sinkende Reallohnquote bei uns hingenommen wird, ebenso wie die Arbeitslosigkeit, das stagnierende Wirtschaftswachstum oder die steigenden Gewinnquoten. Das wird ohne viel Kommentierung oder gar Widerstand von den Gewerkschaften und von der SPD, von der Bevölkerung insgesamt akzeptiert, zumindest hingenommen unter der Parole: Wir müssen jetzt den Gürtel enger schnallen, und eigentlich auch unter der Parole: Solange die Investitionen nicht laufen, solange läuft eben ökonomisch nichts mehr, wir müssen die Kapitalseite privilegieren; obwohl man weiß, daß diese Investitionsprivilegien nicht dazu führen, daß jetzt mehr Arbeitskräfte eingestellt werden, sondern, die Klassenanalyse der letzten 6 Jahre zeigt das deutlich: die werktätige Bevölkerung nimmt ab. Ca. eine Million produktiver Arbeiter sind ausgeschieden worden, teils als Arbeitslose, teils in den nichtproduktiven Sektor übergewechselt. Durch den Investitionsanreiz werden ja nicht mehr Arbeitsplätze geschaffen; die Kapitalseite ist zu vermehrter Rationalisierung gezwungen. Insofern ist tatsächlich zu vermuten: Bei Beibehaltung der gegenwärtigen sozial-liberalen Politik, und daran wird sich in den kommenden 4 Jahren nicht sehr viel ändern, *kann* diese Politik von vornherein nur verhältnismäßig immobil sein.

Katzenstein: Du gehst aus von der Frage, ob nicht die ökonomische Krise, die sich umsetzt in Reallohnsenkung etc., ob die sich nicht auch in der Verengung des Handlungsspielraumes niederschlagen muß — für meine Begriffe muß sie das. Das ist allerdings keine Frage von 4 Jahren, also einer Legislaturperiode. Der Handlungsspielraum muß sich jedoch verengen. Nicht, daß keiner vorhanden wäre. Im Gegenteil, es zeigt sich jetzt und wird sich auch in der unmittelbar nächsten Zukunft zeigen, daß Spielraum in dieser Beziehung da ist, einfach, weil Arbeiter in dieser Beziehung immer solidarisch sind, weil Arbeiter sich gesellschaftlicher Gesamtinteressen bewußt sind, weil sie im Interesse der Gesellschaft durchaus bereit sind, Opfer auf sich zu nehmen. Wir haben das nach dem Krieg gesehen, wo die Aufbauleistung gerade von den Arbeitern vollbracht worden ist, während die eigentlichen Früchte nachher das Kapital eingeheimst hat. Wie weit der Spielraum gegeben ist, ist m.E. eine Frage der Lösungsform, d.h. wenn die Lösungen immer auf Kosten der Arbeiter gehen — nach dem Kriege hat ja der Spielraum der Entwicklung der Produktivität etc. auch Spielraum gegeben, Lohnerhöhungen vorzunehmen —, aber wenn die Lösungsformen immer auf Kosten der Arbeiter gehen und immer zugunsten des Kapitals gehen, dann engt sich der politische Handlungsspielraum ein. Dann kommt ganz zwangsläufig zum Tragen, daß die Gewerkschaften Interessen vertreten müssen, die ganz einseitig Interessen der Arbeiter sind. Und damit wird auch der politische Handlungsspielraum der Parteien eingeengt, die ihr Wählerreservoir in der Arbeiterklasse haben. Das ist der langfristige Entwicklungsprozeß, das wird sich nicht in den nächsten 4 Jahren entscheiden. Systemneutrale Lösungsformen zu finden, wird m.E. schwierig werden, weil das Aufklaffen ökonomischer Widersprüche — wie wir sie jetzt haben — kumuliert.

Herkommer: Wir könnten uns ja eine Reihe von Möglichkeiten ausdenken, unter denen der Spielraum für das Kapital zu erweitern ist. Es gibt kriegerische Entwicklungen, es gibt alle möglichen Formen der Kapitalvernichtung, die solchen Spielraum wieder herstellen würden. Es gibt die klassische Kolonialpolitik, die solchen Spielraum erweitern könnten. Das sind alles Möglichkeiten, die historisch bekannt sind, die wir aber zu den ‚Umwegen' rechnen. Wichtiger ist deshalb zu wissen, daß die widersprüchliche Entwicklung der gesellschaftlichen

Produktivkräfte, die einhergeht mit einer faktischen Unterdrückung der lebendigen Arbeit durch die vergegenständlichte, eine dem Kapital eigentümliche Angelegenheit ist, und daß wir davon ausgehen müssen, daß diese Unterdrückungspolitik — wie Du schon gesagt hast — nicht im Interesse der Unterdrückten sein kann. Entsprechend wäre dann doch bloß die Frage zu stellen, wie groß ist der Spielraum unter diesen Bedingungen, auch unter den entgegenstehenden und aufhaltenden Bedingungen, für die gesellschaftlichen und politischen Kräfte, die eben diese Umwege nicht für sinnvoll halten und nicht in ihrem Interesse sehen können? Dann würde ich die Frage doch lieber so formulieren: Was ist denn der Spielraum und was muß überhaupt entwickelt werden an Taktik einer Bewegung, die diesen Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaft bewußt betreibt und in deren geschichtlichen ‚Auftrag' es gestellt ist, diesen Veränderungsprozeß zu tragen? Natürlich geht diese Überlegung nicht ab ohne eine Einschätzung der Spielräume des Kapitals — so war Deine Frage —; aber die Arbeiterbewegung braucht sich dessen Kopf nicht zu zerbrechen, als vielmehr den eigenen. Wenn man nicht davon ausgehen möchte, daß es so etwas wie eine Automatik des Zusammenbruchs der bürgerlichen Gesellschaft gibt, dann wäre doch das Problem viel eher, in welcher Form die politische Bewegung, die objektiv und notwendig als Zielsetzung die Herstellung einer demokratischen und freien Gesellschaft hat, an die konkreten Verhältnisse in unserem Land anknüpft.

Und da ist eine recht praktische Frage schon gestellt worden: Kann man da auf die berühmten Wechselwähler hoffen, kann man da auf die Mittelschichten hoffen, die vorhin praktisch identifiziert worden sind mit den Wechselwählern, was wahrscheinlich nicht stimmt. Man wird dann sicherlich aus der Analyse der Entwicklung der Klassenverhältnisse und der Entwicklung des Bewußtseins der Lohnarbeiter, sowie der Angehörigen von Zwischen- und Übergangsklassen, zu Schlußfolgerungen darüber kommen, an welche Bewußtseinsformen der wissenschaftlich-politische Ausdruck der Bewegung zum Sozialismus anzuknüpfen hat, um alle vom Kapital Abhängigen und Unterdrückten in dieses von Dir erwähnte Bündnis überhaupt aufnehmen zu können. Vielleicht war das sehr allgemein, aber allein die Frage zu stellen, mag ein Teil der Antwort sein.

Katzenstein: Ich möchte die Frage des Bündnisses eigentlich als den weiteren Systemkomplex sehen, weil er über die Frage der organisierten fortschrittlichen Kräfte hinausgeht. Ich möchte anknüpfen an das, was vorher zur DKP gesagt worden ist. Ich glaube, es kommt doch als erstes darauf an, überhaupt die Linke zu sammeln, die im Moment wieder sehr zersplittert ist. Das kann natürlich nicht dadurch geschehen, daß man wartet, bis sich Entwicklungen der DKP vollziehen, sondern es kann m.E. nur dadurch geschehen, und es wird auch nur dadurch geschehen, zwangsläufig unter dem Druck der sich jetzt ergeben wird — und zwar meine ich damit sowohl politischen als auch ökonomischen Druck —, daß die anderen ‚Linken', auch wenn sie ihre selbständige Linie verfolgen, auch wenn sie sich in manchem von der DKP abgrenzen, doch ihre Gesamtbegrenzung gegenüber der DKP aufgeben, d.h., daß sie sich mit ihr in derselben Richtung bewegen, wenn auch mit im einzelnen unterschiedlichen Auffassungen. Das scheint mir der entscheidende Prozeß zu sein, um zunächst einmal das Fundament herzustellen, das in diesem Gesamtprozeß eine große Rolle spielt. Da beginnt dann eigentlich erst die Frage der Bündnispartner — ich vernachlässige sie gar nicht —, aber ohne die Lösung dieser ersten Frage wird wahrscheinlich die zweite kaum zu lösen sein oder jedenfalls nicht die Rolle spielen.

Jaeggi: Ich halte Deine Einschätzung für viel zu optimistisch. Die Antwort auf den Wahlentscheid wird nicht so sein, daß in naher Zukunft diese Verein-

heitlichung der bestehenden Divergenzen stattfinden wird. Es wird faktisch innerhalb der SPD und der DKP leider nichts passieren. Die internen Strukturen und die internen Programme werden sich kaum verändern. Wenn man von der ‚Linken' spricht, so muß man dabei einfach sehen, daß diese in sich dermaßen heterogen ist, daß es unmöglich scheint, diese in irgendeiner Form — die Linken jenseits der SPD oder auch die inklusive der SPD-Linken — in *dieser* politischen Partei zu organisieren.

Katzenstein: Es würde ja schon genügen, wenn es nicht eine Annäherung ist, sondern wenn die Abgrenzung aufgehoben wird. Nehmen wir z.B. die JUSOS. Die JUSOS sind ja im Moment ausgesprochen in der Defensive. Wenn sich in bezug auf die Bewegung der SPD selber — als Gesamtpartei gesehen —, wenn sich hier überhaupt etwas tun soll, dann muß doch zunächst einmal die Abgrenzung gegenüber der DKP aufgehoben — und zwar bewußt, aktiv aufgehoben — sein.

Jaeggi: Für eine Gruppe stimmt das, das trifft aber schon eine längere Zeit zu. Nur ist dies weder eine Mehrheit in der JUSOS-Gruppierung, noch wird sich diese Annäherung innerhalb der JUSOS selbst generalisieren lassen. Auch das wird sich — gerade aufgrund des Wahlresultates — sehr wenig ändern. Es wird kaum mit einer Stärkung derjenigen Tradition zu rechnen sein, die offen ist gegenüber einer — zumindest — solidarischen Diskussion mit der DKP. Das Gegenteil ist zu erwarten, und solange die DKP sich nicht ändert, mit berechtigten Argumenten.

Katzenstein: Ich wäre hier eher optimistisch.

Jaeggi: Mag sein, daß sich in den nächsten Monaten und Jahren die Versuche wieder verdichten, eine Partei jenseits der SPD, also zwischen SPD und DKP anzusiedeln. Das wird mit einiger Sicherheit genauso schwer fallen und die Gefahr beinhalten zu mißlingen wie frühere Versuche. Deshalb habe ich vorher schon die These aufgestellt: Über die Transformation der DKP selbst — für mich wäre das die einzige unter den kommunistischen Gruppierungen, die sich anbieten könnte, und zwar gerade über die Entwicklung in den westeuropäischen kommunistischen Parteien — läge hier die Möglichkeit für eine Öffnung, die mindestens Teile — ich meine die ganze Linke bringt es nie auf eine Linie — gruppieren könnte. Auch hier: meine Einschätzung ist pessimistischer.

Herkommer: Also, wenn Du unter Transformation das verstehst, was in der Diskussion manchmal angeklungen ist, nämlich die wirkliche Bewegung aufzunehmen und umzusetzen in taktisches Verhalten angesichts dieser wirklichen Bewegung, wenn man dies also unter Transformation versteht, und nicht, daß die kommunistische Partei den Namen, den sie im Titel führt, aufgeben müßte, das wäre dann für mich die Transformation, von der hier die Rede ist.

Jaeggi: Der Titel bedeutet nicht viel. Ich will ja nur ein Symptom benennen: Die in Westeuropa stattfindende Binnendiskussion im Rahmen kommunistischer Parteien — eine schon weit über die Grenzen hinauslaufende Diskussion — findet in der DKP selbst, jedenfalls nach außen gewendet, an Nicht-DKP-Mitglieder gerichtet, nicht statt. Natürlich liest man auch in kommunistischen Zeitungen, was der oder jener Franzose oder Italiener gesagt hat; aber meistens sind die Stellen, die wirklich den Nerv treffen — sei es, indem man etwa die Sowjetunion kritisiert, sei es, daß man eben auch eine offene DDR-Kritik zuläßt im Rahmen der DKP, was notwendig wäre, um als kommunistische Partei Westdeutschlands glaubwürdig zu sein — unterschlagen oder zumindest verwischt. Bis hinein ins Theoretische: Wer bei uns nicht den wissenschaftlichen Sozialismus so akzeptiert, wie er in Lehrbüchern steht, die starre parteioffiziell oder offiziös akzeptierte Lesarten sind, gilt als Antikommunist. Ich plädiere dabei natürlich nicht für einen schrankenlosen Pluralismus, der identisch ist mit einem standpunktlosen Methoden- oder Theoriepluralismus, wie ihn gewisse positivistische Wissenschaften vertreten. Nur: Gerade als Ausdruck der realen Bewegung, also als Ausdruck dessen, was in der heutigen Gesellschaft tatsächlich passiert, können wir nicht mehr davon ausgehen, und *dürfen* wir auch gar nicht davon ausgehen, daß es nur *eine* Einschätzung gibt. Man muß gerade aufgrund der sehr prekären und zum Teil sehr diffusen Situation sehen, daß es notwendig ist, alternative Erklärungen zuzulassen, weil dies auch der Realität entspricht.

Herkommer: Ich finde, es ist ein ganz wichtiger Gesichtspunkt — ob nun unmittelbar auf die DKP bezogen, oder auf die gesamte sozialistische Bewegung, ohne schon an den spezifischen organisatorischen Ausdruck zu denken —, daß dem von den Gegnern in der Öffentlichkeit beharrlich zementierten Eindruck, als wäre der Kommunismus sowohl politisch als auch theoretisch ein monolithischer Block, energisch, und das heißt mit der Sicherheit der Wahrheit, entgegenzutreten ist. Als fände keine Bewegung statt! Ich würde den zuvor gebrachten Begriff, daß das ein Prozeß ist und sich Veränderungen abspielen, unbedingt auf diese Bewegung selbst anwenden.

Katzenstein: Er ist auch darauf anzuwenden. Ich glaube aber, Schwerpunkte hierauf zu setzen, heißt, andere Einflüsse zu übersehen. Daß das kein monolithischer Block ist, das zeigte sich schon früher. Ich meine, es gibt die verschiedensten Wege zum Sozialismus. Was die KPF und die KPI oder die KP Spaniens theoretisch erörtern, ist ja vorher schon theoretisch erörtert worden, ist zum Teil vorher schon in den sozialistischen Ländern praktisch, experimentell erprobt worden. Ich erinnere nur an die Frage der Entwicklung der Landwirtschaft, die in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich gelöst worden ist. Das wird jetzt deutlich in bezug auf Polen; da sind eigentlich gar keine großen Unterschiede in der praktischen Entwicklung in Polen etwa zu dem, was Carrillo vorsieht über die Einbeziehung der Bauern in den Prozeß des Aufbaus des Sozialismus. Und wenn man bei Lenin nachliest, über die Politik der KPdSU in den Jahren der sozialistischen Umgestaltung in der UdSSR — auch hier sind diese Probleme schon theoretisch verarbeitet worden und in derselben Richtung, d.h. ausgehend von der ökonomischen Funktion, die die Bauern im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß haben. Das macht es ja gerade so schwer, daß solche Prozesse *hier* in der Öffentlichkeit zu wenig bekannt sind, auch nicht diskutiert werden. Oder wenn sie angeführt werden, nicht einmal bewußtseinsmäßig aufgenommen werden. Das ist die eine Seite, die den ganzen Prozeß verzögert. Die Diskussion in der kommunistischen Bewegung ist ja auf dem Tablett. Das zeigt die Konferenz in Berlin, das hat sich vorher schon gezeigt, nicht nur in der Presse im Westen, in der BRD, sondern auch in der DDR sind diese Sachen veröffentlicht worden, schon vor Jahren. Diese Diskussion ist in den Zeitschriften der kommunistischen Parteien geführt worden. Allein, wenn ich die Theorie des Stamokap nehme, gibt es dort die unterschiedlichsten Auffassungen, auch theoretischen Auffassungen.

Jaeggi: Das ist richtig. Es macht aber z.B. einen Unterschied, wie in den theoretischen Zeitschriften in der DDR diskutiert wird und wie in den theoretischen Zeitschriften in Frankreich. Es ist einfach auffällig, welches Spektrum wo zugelassen ist. Und das war vorhin ein Vorwurf an die DKP: Sie läßt im Grunde nur die eine Seite zu, und die andere Seite nur dann, wenn es gar nicht mehr anders geht.

Katzenstein: Nein, das sind sehr oft einfach falsche Einschätzungen. Ich habe das gerade jetzt auf einem Kongreß in Frankfurt erlebt, als ich mit Boccara

gesprochen habe. Es hat sich gezeigt, daß hier einfach Sprachbarrieren sind, daß in Frankreich Diskussionen geführt worden sind, die in der DDR im gleichen Zeitraum und mit den gleichen Ergebnissen wie in Frankreich geführt wurden. Das war völlig unbekannt. Ich wollte aber noch auf etwas anderes hinaus. Ich würde die Frage ‚Entwicklung der DKP' mit der Frage der Entwicklung des linken Kräftepotentials nicht so eng verknüpfen. Es ist natürlich ganz klar, daß die DKP von großem Einfluß ist, sogar von entscheidendem Einfluß. Ihr seid derselben Meinung, wenn ich Euch richtig verstanden habe. Einfach von entscheidendem Einfluß, weil sie im Moment die einzige Kraft ist, die wirklich kompromißlos ist.

Jaeggi: Sie ist positiv *und* negativ von entscheidenem Einfluß, im Moment.

Katzenstein: Gut, aber eben von entscheidendem Einfluß und allein auch schon deshalb von positivem Einfluß, weil sie wirklich die einzige Kraft ist, die kompromißlos ist, die nicht nach rechts ausweicht vor den Problemen, die sich der Gesellschaft stellen. Aber alle linken Kräfte, die in der Bundesrepublik vorhanden sind und die ja gar nicht so klein sind — diese ganzen linken Kräfte bewegen sich ja auch unter Einflüssen, die nicht alleine von der DKP ausgehen. Sie werden ja ebenfalls vor Probleme gestellt, vor die auch die DKP gestellt wird, für die sie Lösungen finden müssen. Ich nehme z.B. aus unserem Bereich die Frage der Berufsverbote. Hier werden sie vor Probleme gestellt, hier müssen sie Stellung nehmen. Wir können weitergehen, wenn wir die Frage der Entwicklung des Herrschaftssystems in der Bundesrepublik nehmen. Wir haben das vorhin ventiliert von verschiedenen Seiten: Wie sieht das aus, autoritäres Herrschaftssystem, ja oder nein? Eins hat sich auf alle Fälle herausgestellt — nicht nur, daß wir die Gefahr sehen, es ist auch herausgekommen, daß hier ein Kampf stattfindet, daß das eine Entwicklung ist, die zu steuern ist, daß das eine Entwicklung ist, der man entgegentreten muß. Das sind Probleme, die nicht nur die DKP sieht, wo sie nicht allein Stellung nimmt, das sind ja Probleme, von denen auch die anderen linken Kräfte getroffen werden, zu denen sie auch Stellung nehmen müssen. Sie sind einfach dazu gezwungen, und das ist der Einfluß, wenn man ihn national sieht. Das betrifft die Stellung der linken Kräfte; bei diesen Problemen werden sie irgendwie in eine Linie gedrängt, ohne daß es zu einer Vereinigung kommt, aber in eine Linie gedrängt mit der DKP. Und sie müssen entscheiden, was wichtiger ist: Probleme zu lösen oder die Abgrenzung zur DKP in den Vordergrund zu stellen. Hier kommt auch der internationale Einfluß dazu: Auch die Sozialisten hier, die Sozialdemokraten in der Bundesrepublik — auch die linken Sozialdemokraten — sind ja nicht alleine, sondern sie sehen ja auch die internationale Entwicklung, beispielsweise den früheren Rückgang der Sozialdemokratie in Frankreich gerade aufgrund ihrer Abgrenzung von der KPF, aufgrund ihrer rechten Entwicklung. Und sie sehen, daß die neue Lebenskraft, die sie gewonnen hat, ihr eben nur dadurch zugewachsen ist, daß sie diesen fortschrittlichen Weg gewählt hat, — zwar in Abgrenzung zur KP, aber eben diesen Weg. Sie sehen den gleichen Prozeß — allerdings auf einer ganz anderen Stufe -- in Italien. D.h., das Verdorren der Sozialdemokratie in Italien, gerade weil sie sich an die rechten Kräfte koppelt. Und sie sehen sogar, wie diese Frage des historischen Kompromisses wirkt, d.h. sie sehen, wie selbst innerhalb der christlichen Partei Differenzierungsprozesse hervorgerufen werden, einfach, weil auch diese Partei — die Kräfte dieser Partei sind ja nicht homogen -- gezwungen wird, Problemlösungen zu finden, und es eben darum geht, daß diese Problemlösungen auf nicht fortschrittliche Weise, nach rechts gerichtet, nicht zu finden sind. Das sind doch internationale Einflüsse, die sich in analoger Form — vielleicht abgeschwächt, mit Differenzen — hier auch bemerkbar machen werden.

Herkommer: Dagegen ist nichts zu sagen. Nur hebt es nicht den Einwand auf, daß dieser Prozeß auch entscheidend davon abhängt, wie sich die DKP selber darstellt. Man kann es nicht einfach bei dieser Beharrung der DKP auf ihrem jetzigen Kurs belassen und sich fragen, wie bekommt man die anderen mit rüber, ohne diese Frage selbst zu diskutieren. Wenn also — gerade in der Analogie, die Du jetzt gebracht hast — tatsächlich sich Momente durchsetzen wie in der spanischen, französischen und italienischen KP, dann könnte ich mir diesen von Dir optimistisch dargestellten Prozeß auch vorstellen. Ich würde sagen, daß die DKP hier die einzige Partei ist, die nicht nach rechts ausweicht und im Unterschied zu den anderen Parteien insofern distinkt an den Interessen der Lohnabhängigen festhält. Aber in der Gesamtbewegung des Weltkommunismus stellt sie sich doch als eine der konservativsten dar, in ihrer politischen Taktik und ihrer Organisationsform. Und das war vorher gemeint.

Jaeggi: Die Analogie, so wie Du sie, Robert Katzenstein, vorhin gebracht hast, läßt sich so nicht bringen. Das ist natürlich eine Form des Sich-Abgrenzens, wenn in Frankreich die Sozialdemokratische Partei, die sich historisch ganz anders gegen den Kommunismus, gegen die KPF abgrenzt, eben schon immer Massenpartei war; die jedenfalls zu dem Zeitpunkt, zu dem das geschehen ist, Massenpartei war. Oder ob diese Entwicklung auf der Ebene liegt, daß die SPD — wie immer man sie einschätzt — eben die Loyalität der Werktätigen besitzt, während diejenige Partei, von der gesagt wird, sie sei distinkte Arbeiterpartei, die die Interessen der Werktätigen auszudrücken versucht, aber dies *ohne* diese Werktätigen tun muß (jedenfalls ohne ‚Massen'). Sie organisiert ja in der Tat nur einen verschwindenden Prozentsatz der tatsächlich Angesprochenen. Und falsch wäre es, zu behaupten, daß die übernationale Schönwetterlage auch bei uns sich zwangsläufig abfärben wird. Natürlich wird sie das, aber wie? Ich halte eine Transformation der SPD noch für denkbarer als eine der DKP. Natürlich liegen die Probleme klar: Die SPD ist Volkspartei und nicht Partei der Werktätigen, sie ist nicht die alte Sozialdemokratische Partei, sondern eben eine sich als modern verstehende Volkspartei, die alle Gruppen ansprechen will; dies hat sogar eine unbestreitbare Logik. Man wird in Zukunft auf die Angestellten, Beamten und Facharbeiter als wachsende Schichten noch stärker Rücksicht nehmen, und das entspricht ja auch der Bündnispolitik der romanischen kommunistischen Parteien. Nur: bei uns haben fast sämtliche Berufsgruppen, was die eigene Entwicklung anbetrifft, überhöhte Erwartungen und überhöhte Ängste, was — überspitzt gesagt — die Entradikalisierung z.T. zumindest erklärt; auch erklärt, weshalb die SPD das erfolgreiche Sammelbecken darstellt und darstellen wird, jedenfalls auf absehbare Zeit.

Katzenstein: Ich würde den Prozeß eher über eine Spaltung der Sozialdemokratie sehen (**Jaeggi:** Ist möglich.). Diese ganze Entwicklung der Kräfte — wenn wir die Frage der DKP und der KPF nehmen —, das ist doch auch eine Frage des Handlungsspielraumes. Der Handlungsspielraum der KPF ist ja gewachsen mit der Massenbasis der fortschrittlichen Kräfte. Ich meine damit nicht die Massenbasis, die die KPF unmittelbar hatte, sondern die Massenbasis, die die fortschrittlichen Kräfte überhaupt hatten; die sich auch in der Entwicklung der Sozialisten abzeichnete. Und ganz ähnlich sind die Handlungsspielräume natürlich auch gegeben bei den linken Kräften in der BRD und bei der DKP in der BRD. Als Massenpartei hat die DKP einen ganz anderen Handlungsspielraum als als kleine Partei. Und hier laufen verschiedene Prozesse in Wechselwirkung aufeinander ab. In gewissen Grenzen kann man eine Analogie zur Kohäsion in der Physik sehen: Wenn die linken Kräfte in einer Gesamtbewegung nach rechts

mitgezogen werden — nicht, weil sie nicht mehr ‚links' wären, das wäre schon eine andere Stufe, sondern wegen dieser Haftungskraft, die hier wirkt —, so löst sich dann irgendwann notwendig die Haftung zu den Kräften nach links. Das ist ja der Zersplitterungsprozeß, den wir gegenwärtig sehen. Die Grenzen, wo sich die Haftung lockert, werden wohl durch den jeweiligen Erkenntnis- oder Bewußtseinsstand bestimmt. Deshalb setzt hier ja auch die Kritik an der DKP an. Man sieht wohl nicht die ganze Vielfalt der Prozesse und Kräfte, die hier wirken. Man glaubt, daß die Stoßkraft der linken Kräfte schnell gesteigert werden könnte, wenn die DKP in mancher Hinsicht aufgeschlossener wäre. Da ist auch sicherlich was dran. Da kann sogar sehr viel dran sein; wir haben ja gerade vorhin diskutiert, wie eine Partei als bewußtseinsbildende Kraft Prozesse in Gang setzen oder verhindern kann. Man unterschätzt aber auch die notwendigen objektiven Grundlagen für einen solchen Prozeß. Die Stoßkraft der linken Kräfte hängt entscheidend von dem gegebenen Entwicklungsgrad des Klassenwiderspruches ab. Innerhalb des Spektrums der linken Kräfte laufen also eine ganze Reihe von Prozessen parallel. Ich bin aber nicht so pessimistisch, daß ich sagen würde, daß die gegenwärtige Zersplitterung andauert, sondern ich bin so optimistisch, daß ich sagen würde, daß das, was in der Vergangenheit die Tendenz bestimmt hat, was sich vereinzelt auch dort, wo die DKP sich an bestimmten Orten schon profilieren konnte, gezeigt hat, nämlich, daß hier eine Sammlung von linken Kräften stattgefunden hat, daß das weiter stattfinden wird. Aus denselben Ursachen heraus, einfach hervorgerufen durch die Notwendigkeit, für die gemeinsamen Probleme Lösungen zu finden und durchzusetzen. Das mag zunächst nur eine Sammlung nicht voll vereinigter Kräfte, parallel wirkender Kräfte sein. Das ist sogar wahrscheinlich. Aber die Gemeinsamkeit wird ja auch als Kraftpotenz spürbar und deshalb wird sie auch die Gesamtbewegung mehr und mehr bestimmen.

JÜRGENS BUCHLADEN
1 Berlin 33, Königin-Luise-Straße 40 • U-Bahn Dahlem-Dorf
Telefon (030) 8313825 NEU
PÄDAGOGIK GESCHICHTE
PSYCHOLOGIE PHILOSOPHIE
POLITIK & GESELLSCHAFT

DAS PROBLEM DER RESERVENORM

Das Urteil des BVerfG vom 17.8.1956 gegen die KPD (E 5,85 ff) wurde *nachträglich* nicht nur funktional, sondern elementar, d. h. in seinem eigenen Gehalt und hinsichtlich seiner Aussage (Leitsätze 1,5,7,10) erheblich verändert. Durch das Parteiengesetz v. 24.7.1967 und das Vereinsgesetz v. 5.8.1964 und dessen Änderungen v. 25.6.1968 und v. 2.3.1974 geradezu zum Rang einer *Reservenorm* umqualifiziert, stellt es sich heute in vollkommen anderem Aspekt als bei seiner Verkündung. Es fragt sich, ob ein politisches (Leitsatz 1), doch formal in Rechtsform gekleidetes Urteil solche Vorgänge ohne Inhaltsverlust (und damit ohne Rechtsverlust!) verträgt. Durch spätere Um- oder Fort- oder Flankennormierung in seinem Geltungsbereich, in seiner Wirkung, ja in seinem Normenrang verlagert zu werden, und zwar so, daß ein *totaler Qualitätswandel* eintritt, berührt die verfassungsmäßige Konstitution der Parteien und reduziert ihre willensbildende Funktion im Gesellschaftssystem. In einem *Rechts*-Staat (wobei wir den bürgerlichen, „klassenbraven" auch scheinheiligen Rechtsstaats-Begriff unterstellen können, da für den dialektisch-materialistischen Rechts- und also auch Rechts-Staats-Begriff bei der Entlarvung des Zeugungsvorgangs der Mißklang noch deutlicher wird) darf das kaum der Fall sein. Zusätzlich zu vielen anderen Gründen (1) muß das KPD-Urteil des BVerfG bei Durchdenken dieser Gegebenheiten heute als *obsolet* eingeschätzt werden, nicht nur politisch, auch rechtlich.

Bei der Verkündung des GG jubelten viele, daß mit der *Juridifizierung* von Parteiverboten ein ungeheurer Fortschritt in der gesellschaftlichen und vor allem demokratischen Entwicklung der Völker eingeleitet worden sei. Denken wir nur an René Marcic (2), der aus diesem Vorgang eine weltweite Entwick-

1 Siehe hierzu die zum 20. Jahrestag des KPD-Urteils im Verlag der „Marxistischen Blätter", Frankfurt/M. 1976, herausgegebene „Anti-Festschrift". Ferner: W.R. Beyer, „Die Parteinahme der Wissenschaft für die Arbeiterpartei", ebenda, 1972, sowie die dort auf S. 138/139 angeführten weiteren Arbeiten des Verfassers zum gleichen Thema. Dazu auch: „Lo smantellamento della democrazia nella Republica federale di Germania", in: „Democrazia e Diritto", Rom 1973, S. 177 ff.

2 Vor allem „Vom Gesetzesstaat zum Richterstaat", Wien 1957. Der maßgebende Kommentar zu diesem Thema in der BRD von Leibholz/Rinck, Köln 1966, S. 279, nimmt diese Juridifizierung als „rechtsstaatliche Erwägung". Seine Gedanken bleiben wertlos, da sie „auf dem Boden einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung" siedeln (a.a.O.). Eine solche Grundordnung kennt aber das GG nicht. Im GG findet sich dieser Terminus einer „freiheitlich-demokratischen" Fundierung nicht. Gerade aus den *demokratischen* Elementen der geltenden „freiheitlichen demokratischen Grundordnung" muß, wie schon zahlreiche Male von mir vorgetragen und stets mit Erfolg verteidigt, der „Grund" dieser Begriffsverzerrung herausgearbeitet werden. Auch der Grund des KPD-Urteils, das durch diese Bindestrich- oder Beistrich-Demokratie außerhalb der „freiheitlichen demokratischen Grundordnung" denkt und – urteilt. Da der genannte Kommentar genau so wie das BVerfG in E 5, 137, 141 u.a. die Fehlterminierung benützt, wird er grund-los. Gegen diese Begriffsverfälschung, die schon sehr viele Deutsche Beruf, Ansehen, Lebensfreude, ja das Leben (infolge von Fernwirkungen) gekostet hat, siehe: Wilhelm Raimund Beyer, „Immunität als Privileg?", Neuwied 1966, S. 42 ff.; derselbe, „Probleme einer staatsrechtlichen Ordnungslehre. Typologische Untersuchungen", Düsseldorf 1953. Sogar der „Generalvertrag" benützt diese Figuration einer Bindestrich-Demokratie. Dies belegt die Manipulationsfähigkeit des für die BRD doch wohl grund-legenden Begriffs der fdGO.

lungschance abzuleiten versuchte. Aber: haben nicht Einführung von Nebengesetzen und Änderung bestehender Gesetze (Straf-, Vereins- und Parteiengesetz) wieder eine Rückkehr zur *verwaltungsmäßigen* (Polizei-nahen!) Regelung gebracht? Der so sehr ausgeklügelte § 33 des Parteiengesetzes verweist in seinem Absatz III gerade die konkrete, die KPD betreffende und die DKP anzielende Möglichkeit als Freibrief für politische Großredner, reaktionäre Bierdimpfl und offene Neofaschisten an die Verwaltungsorgane zurück. Damit wird der Gewinn der Juridifizierung erheblich eingeengt. Denn nach § 8 Abs. 2 des Vereinsgesetzes (die Abstufung der Partei für diesen Fall als einfacher „Verein" wirkt im System des GG geradezu verletzend!) haben „Widerspruch und Anfechtungsklage keine aufschiebende Wirkung". Der Entzug der (nur) verwaltungsmäßigen Verstrickung der politischen Partei durch das GG gilt für alle Parteien. Er wird aber hier für besondere, nicht-privilegierte Parteien (daß es solche nun gibt, belegt § 33 Abs. II Parteiengesetz) zurückgenommen; das Problem wird aus dem Rechtsbereich in den Polizeibereich zurückgegliedert. Das KPD-Urteil wird zum Reservebecken für diese Möglichkeit. Es liefert *Reservenormen*.

Die Rückkehr zum alten System des polizeilichen Verwaltungsverbotes (die Väter des GG wählten absichtlich nicht den verwaltungsmäßigen Terminus „Verbot", sondern sahen das Problem ernsthafter, von der Verfassung her; sie wählten den Begriff „Verfassungswidrigkeit", der sich erheblich von dem der „Verfassungsfeindschaft" unterscheidet) wundert eigentlich nicht. Sie widerspiegelt nur die gesamte gesellschaftliche Konstellation und damit die heimliche, längst kräftig einsetzende Umqualifizierung des GG als Grundlage der Verfassungsrealität der BRD. Die Kommunistischen Parteien der Welt haben alle — und jede speziell aus der gesamtgesellschaftlichen Lage ihrer jeweiligen territorialen Bezugsverhältnisse heraus — genügend Erfahrung mit „Verboten" gemacht und erlitten. Viele haben solche historischen Ereignisse (meist gestärkt!) überwunden und dafür gesorgt, daß in ihrer Umgebung keine Rückschritte mehr eintreten können. Die anderen aber, eben die in kapitalistischen Ländern, haben aus der Geschichte gelernt und zwar aus *ihrer* Geschichte. Sie wissen, daß die Entwicklung der Menschheit zu Freiheit und Fortschritt eine Organisation der arbeitenden und damit der fortschrittlichen Kräfte fordert und nur so den Sozialismus als Prinzip des menschlichen Zusammenlebens erzwingen wird. Die Verbote kommunistischer Parteien sind immer temporärer Natur gewesen. Nur Geschichtsunkundige (Schelling hätte gesagt: nur Halbunterrichtete) wähnen andere Zeitbezüge.

Und: was nützt einer rückschrittlichen Denkweise das „Verbot" einer kommunistischen Partei oder Organisation, wenn solches *Verbot* gegen das *Gebot* der eigenen Verfassung verstößt? Sind Kommunisten-Verbote nicht das beste Zeichen dafür, daß die am Staatsruder sich betätigende Klasse am Ende ihres Lateins angekommen ist? Nachdem im Ersten Kalten Krieg der BRD das Strafrecht als Hilfsquelle versagte, nachdem im Zweiten Kalten Krieg (3) das Verwaltungsrecht (Berufsverbote, Kriegsdienstverweigerungsverfahren, Versammlungs- und Streikentscheidungen usw.) nicht genügte, kommt nun als letzte Reserve der zum Abtreten gezwungenen Cliquen die sich aus Parteien- und Vereins-

3 Die Numerierung der „Kalten Kriege" der BRD wie die der karthagischen und schlesischen Kriege liegt nahe. Sie war in meinem Aufsatz in der „Deutschen Volkszeitung" v. 15.3.1973 wegen der Kürzungen sowie wegen der Überschriftsänderung durch die Redaktion nicht zum Ausdruck gekommen.

gesetz anbietende Möglichkeit verwaltungspolizeilicher Maßnahmen gegen unliebsame fortschrittliche Kräfte in das abgenützte und verbrauchte Denkgehäuse der Bundestagsparteien.

Es gibt bereits eine *Typik* im „System" der Parteiverbote für kommunistische Organisationen. Eine dieser Typen war die Juridifizierung des Verbots-Verfahrens. Damit war deutlich dem Denken Niklas Luhmanns und seiner reaktionären These von der „Legitimation durch Verfahren" Referenz erwiesen.(4) Bald wurde klar, daß mit der Verfahrens-Korrektur das Problem selbst nicht beseitigt war. Trotz der Betonung der Funktionalität solcher parteipolitischer „Rechts"-Entscheidung konnte die Konstitution einer *neuen* (eben: anderen) Kommunistischen Partei nicht verhindert werden. Luhmann selbst wich von seiner funktional-strukturalen Systemtheorie ab, erkannte die Fehlleistung seiner Theorie und kehrte reumütig zum klassenmäßig so beliebten Kassandraruf des Herbeiholens verwaltungsmäßiger, ja polizeilicher Maßnahmen gegen die aufmüpfige Jugend der BRD zurück. (5) Ein anderer Typ von Parteienbeseitigung meldete sich daher an: die Mischung aus juristischen und polizeilichen Quellen. Er wird derzeit in der BRD geübt und kann — von der herrschenden Klasse her gesehen — die Erbfehler jeglicher Mischungstheorie nicht ablegen. So kommt die Bereitstellung von Reservenormen für den Fall des Versagens bereits ausprobierter Maßnahmen in Betracht. Eine *Reserve für „Pannen"* bleibt auch nach dem Abflauen des einstigen Siegeszuges der Kybernetik als eh wie je probates Mittel aktuell. Gewiß: die Ausnützung solcher „Reserven" wird international peinlich. Besonders dann, wenn solcher Griff zur „Rechts-Reserve" andernorts bekrittelt und verdammt wird; der Klassencharakter von Recht, den abzustreiten für viele Großhansen gar so wichtig bleibt, wird dabei schamlos enthüllt. Die Umwandlung einer Rechtsnorm zur gesellschaftlichen Reservenorm fordert daher ein verborgenes, den Rechtsgenossen möglichst nicht zu Bewußtsein kommendes *Umqualifizierungsverfahren*, das für sich den Legitimationscharakter als bereits ausgangsmäßig legitimiert beanspruchen kann. Solche Reservenorm-Bildung zeugt im parteipolitischen Sektor daher nicht nur einen neuen *Verbots-Typ*, sondern nützt darüber hinaus den Vorgang zur Bildung einer *Typen-Reserve* aus. Für Reserve und erst

4 Niklas Luhmann, „Legitimation durch Verfahren", Neuwied 1969. Gegen Luhmanns Thesen siehe: Camilla Warnke, „Die abstrakte Gesellschaft. Systemwissenschaften als Heilsbotschaft in den Gesellschaftsmodellen Parsons, Dahrendorfs und Luhmanns", Berlin(DDR) 1974; Bernhard Heidtmann, „Niklas Luhmann und die Systemtheorie im Lichte der Marx'schen Hegel-Kritik", in SOPO 32, S. 5 ff.; Winfried Czapiewski, „Verlust des Subjekts? Zur Kritik neopositivistischer Theorien", in diesem Band vor allem: Wolfgang Krewanis Beitrag, Kevelaar 1975; Johann Josef Hagen, „Soziologie und Jurisprudenz", München 1973, vor allem S. 172 ff.; Karl Hermann Tjaden, „Bemerkungen zum Machtbegriff der funktionalistischen System-Umwelt-Theorie", in: DuR, Köln 1976, Heft 1, S. 5 ff.; Hermann Klenner, „Die Macht der Ohnmacht. Zur systemstrukturellen Rechtstheorie", DuR, 1976, Heft 1, S. 14 ff.; Heinz Wagner, „Gesellschaftliche Analyse mit Luhmanns Systemtheorie", in SOPO 34/35, S. 37 ff.

5 Siehe: Wilhelm Raimund Beyer, „Systemtheorie im Griff des Marxismus. Gedanken über intersystemare Relationen", Meisenheim am Glan 1976, vor allem Abschnitt „Niklas Luhmann und ‚Wabuwabu' ".

recht für Reserven ist dies die „letzte Chance". (6) Es erscheint daher geboten, diese Umqualifizierung des KPD-Urteils (im Grunde gar kein Verbots-, sondern ein „Verfassungswidrigkeitserklärungs-Urteil") zu untersuchen, um auch mit diesem Gedanken nach dem nunmehr 20. Jahrestag des Urteils (17.8. 1976) seine Vergreisung und Beseitigungsreife im Namen des Rechts und im Namen der Vernunft zu fordern.

Der systemtheoretische Ansatz

Wer von einem Normensystem spricht, wird leicht eine Reserve-Norm in dieses „System" einbauen können. Die *Systemreserve* hat vor allem im kybernetischen System die Aufgabe, die Überlebensfunktion des Systems zu bewahren. Analoge Deutungen bieten sich für die Reserve des Rechtssystems an. Dabei hat Reserve die „Neben"(?)-Funktion der Korrekturmöglichkeit, die weit über eine einfache Reform-Chance hinausgreifend das System in seiner Gänze anzielt. Korrekturfaktoren schöpfen aus System-Reserven.
Die Existenz von Reservenormen setzt zunächst eine Überproduktion von Normen voraus. Reservestellung stellt sich dabei nicht nur als eine zugespitzte Selektion aus dieser Überproduktion, sondern — eben materiell gesehen — als *Qualitätsfixierung* einzelner Normen. Es mögen einzelne Normen von Anfang an und vom Normerzeuger bewußt als Reservenormen gesetzt worden sein. Es mögen aber auch andere, bereits gültige (effiziente) Normen zu solchen Reservenormen umqualifiziert worden sein. Diese Gedanken rühren an die Notwendigkeit, Rechtsnormen nicht nur in ihrer logischen Beziehung zueinander oder gegenüber anderen Normen zu untersuchen, sondern jede Norm auch definitorisch auf ihre Qualität im Normensystem selbst zu bedenken. Nun bleibt ja gerade für die Rechtsnorm die Abstraktion trotz ihrer Unerläßlichkeit ein ungeheuer ergiebiges Geschäft. Wer Norm als *Verhaltenserwartung* anzielt und diese Erwartung enttäuschungsfest ausbaut, wird — in Weiterbildung von Thesen Klaus A. Ziegerts (7) — die Reservenorm im Getriebe einer *Enttäuschungsverarbeitungstechnik* arbeiten lassen können. Solche *Technik* für Normsetzung und Normanwendung propagiert neuerdings „macht"-voll (8) Niklas Luhmann, der allerdings die Existenz von Reservenormen nicht anführt, da für ihn schon die Norm als solche Reservefunktionen beansprucht. Er transzendiert das Problem auf die „Macht", für die „das Vermeiden von Sanktionen für die Funktion von Macht unabdingbar ist". Macht ist ihm „schon strukturell (und nicht erst: rechtlich!) aufgebaut auf Kontrolle des Ausnahmefalles". Wer aber, so fragen wir weiter, wer kontrolliert denn, ob diese „Kontrolle des Ausnahmefalles"

6 Der unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg als erste Gemeinschaftsproduktion italienischer, schweizerischer und deutscher Kräfte gleichnamige Film zeigte den *geschichtlichen* Wert einer solchen „letzten Chance" auf. Doch darf Reform, Chance, Melioration (modern auch: Falsifikation) nicht mit dem Reichtum der „Reserve" gleichgesetzt werden, wie es Stephan Leibfried in „Die Verwaltung der statistischen Reserve" in „Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft" 1975, S. 473 und 1976, S. 97 ff. übt. Im Grunde werden hier überhaupt keine „Reserve"-, sondern einfache Reformmaßnahmen angezielt.

7 Klaus A. Ziegert, „Zur Effektivität der Rechtssoziologie: die Rekonstruktion der Gesellschaft durch Recht", Stuttgart 1975, S. 17: „Enttäuschungsgefaßte Erwartung als solchermaßen ambivalentes Erwarten, das Erfüllung oder Enttäuschung voraussieht und als solches stabil in Bezug auf die eigene Disposition von Erwartungen anderer, die alle ‚durchgehalten' werden können, ist in diesem Sinne jede *Norm*".

8 Niklas Luhmann, „Macht", Stuttgart 1975, S. 22/23.

richtig funktioniert und kontrolliert? Dazu würde diese Theorie, wenn sie sich auf die Rechtsnormenkontrolle einspielt, eben doch eine besondere Reservenorm vertragen können, eben, wenn die eigentlich vorher einkalkulierte „Norm für den Ausnahmefall" versagt. Nur so kann das „System" weiter funktionieren und — kontrollieren. Gleichgültig, ob die Sanktion in positiver oder negativer Gestalt einsetzt und so gelenkt eingreift, sie kann nach beiderlei Sicht versagen und sich einer „Reserve" dabei bedürftig erweisen.
Gerade das aber leistet für das „Rechts-System des GG" die durch Umqualifizierung gewonnene Kraft des BVerfG-Urteils gegen die KPD. Die Verlagerung der Ausspruchsnorm in den Status einer Reservenorm wurde durch Gesetz und Rechtsprechung (sowie durch sicherlich gelenkte, mindestens durch Verlage und Redaktionszensuren beeinflußte Rechtsliteratur der BRD) vollzogen. Eine „Reserve" für die herrschende Klasse und gegen den Kommunismus. Das Urteil v. 17.8.1956 hatte nur gegen eine bestimmte, konkrete, am Verfahren beteiligte Partei ergehen können, wollte es wenigstens äußerlich im Gefilde des Rechts-Systems bleiben. Doch: bereits Ziffer 3 der Entscheidungsformel transzendierte zur „Ersatzorganisation", ohne diese näher zu bestimmen (9). Diese war ja auch am Verfahren nicht beteiligt und — konnte es nicht sein. Aber: ein *Rechts*-Urteil wirkt nur für und gegen die am Verfahren Beteiligten. Es legitimiert das Verfahrensergebnis nicht für andere. Bewußt sollte der angezielte Begriff „Ersatzorganisation" zunächst unbestimmt bleiben; die *nachträgliche* Bestimmung in § 33 Abs. I des Parteiengesetzes und in § 8 Abs. I des Vereinsgesetzes stellt sich als Systemausuferung, als Systemwucherung, als Exzess: nicht mehr die bestimmte politische Partei gilt als betroffen, sondern *mögliche*, zukünftige, erwartungseinkalkulierte Entwicklungsformen des Kommunismus schlechthin. Die Erwartungsverarbeitungstechnik forderte den Übergriff von der (bestimmten) Kommunistischen Partei zum Kommunismus in all seinen Organisationsmöglichkeiten, ja: zum Kommunismus schlechthin, da solcher ohne Organisation nicht „Kommunismus" wäre. Eine durch weltweites Wachsen des Kommunismus aufkommende „Gefahr" (für die herrschenden Klassen) sollte mit solcher System-Reserve in den Griff genommen werden. Die Norm des BVerfG-Urteils v. 17.8.1956 wurde daher zum Zwecke der System-Rettung umqualifiziert. Sie sank aber dabei zum einfachen, fast naiven Symbol eines Antikommunismus herab. Fadenscheinig wird diese „Reserve" des gewaltsamen Eingriffs gegen kommunistische Zusammenschlüsse normativ unterteilt, in solche gegen privilegierte Gruppierungen (§ 33 Abs. II Parteiengesetz) und in solche gegen nicht-privilegierte (Abs. III aaO.), die dann als einfache „Vereine" ihr Schicksal erleiden. Systemtheoretisch kann diese Regelung nicht anders denn als Setzung einer Normensystem-Reserve gekennzeichnet werden. Und zwar als eine, erst lange Zeit nach der Ausgangsnorm gebildete Reserve, die deutlich beweist, daß ein abtretungsreifes Gesellschaftssystem allein schon aus systemtheoretischen Gründen im Normenbereich eine Reservenorm oder deren mehrere verträgt — und um des Klassencharakters von Recht willen: benötigt.

Der Aussagen-logische Ansatz

Im Bereich einer Normenlogik kann die Figur der Reservenorm keinen besonderen Platz beanspruchen. Letzten Endes gilt hier Norm = Norm. Wenn Franz Loeser (10) abrät, im „Bereich der Normenlogik" anhand der phraseo-

9 BVerfG E 5, 392.

10 Siehe Franz Loeser, „Deontik", Berlin 1966, S. 115.

logischen Verben zu tabellieren, so dürfte selbst für solch einfaches Vérfahren das *spezielle* Moment einer Reservenorm als Ausformung einer Reservestellung schlechthin in *jedem* Bereich der Fixierung (also als Können, Müssen, Dürfen, Sollen usw.) zum Tragen kommen. Aussagenlogik fundiert immer irgendwie auf dem einfachen Konditionalsatz „wenn — so", auch dann, wenn sie mit neuerdings aufkommender Gestaltungsschau statt „wenn" nunmehr „genau dann" frisiert, um ihre Distanz zum kausalen Denken auch sprachlich zu betonen. „Reserve" aber gründet doch wohl immer in einer Kausalitätsbeziehung?

Die präskriptive Funktion der Norm läßt die Positionen der sprachlichen Beschreibung oder der (gesellschaftlichen!) Bewertung zurücktreten, wenn der *Status der Reserve* logisch erfaßt werden soll. Doch: es muß ein *Grund* für die Setzung einer Reservenorm gegeben sein. Dieser wurzelt in den gesamtgesellschaftlichen Beziehungen. Modallogik muß also auf den *Modus der Notwendigkeit* rekurrieren, wenn sie Reservenormen zulassen will. Norm-logisch darf das *Normen-Reserve-Potential* hinsichtlich der Reserve-Position keineswegs unqualifiziert bleiben.

Die Aussage, die ein „wenn"-Satz liefert, kann logisch nicht durch eine weitere vorangehende „wenn"-Setzung eingeklammert oder ummodelliert werden; für den „dann"-Satz gilt, daß ihm ein weiteres ein zweites „wenn" vorausgesetzt fungiert. Wie stark aber dieses „wenn" in der Beziehungslogik zwischen „wenn" und „dann" auftritt, bleibt aussagenlogisch gewertet gleichgültig. Das „dann" ist eben immer wenn-bedingt. Sollsatz-Logik korrespondiert genau so wie Muß-Satz-Logik: wenn — dann. Das Schema würde höchstens einen naiven Satz produzieren: wenn Reservesituation, dann Reservenorm-Anwendung, nicht: Reservenorm-Setzung. Aber es geht ja gerade um die Normsetzung, die Normerzeugung. Die Normexistenz muß aber *vor* der Anwendung liegen, auch wenn es sich um Reservenormen handelt. Das Prinzip der Norm-*Existenz* für Reservenormen bringt immer materiale Verhältnisse ins Spiel.

Es käme eine Verdoppelung der conditio in Betracht: der wenn-dann-Satz wird von einer weiteren wenn-Beziehung abhängig. Dann aber hat auch der dann-Satz anderen Bezug. Reservenorm steht also in eigenständigem Bezug zur normierten Folge. Der naheliegende Fall der Normierung von Ausnahmesituationen, also Notstandsgesetze, Sondermaßnahmen, Notverordnungen usw. liegt für die Bildung von Reservenormen eigentlich nicht vor. Reservenorm setzt nicht einen Vorrat für einzelne mögliche Sonderfälle, „Enttäuschungserwartungen" im engeren Sinn, sondern für ein Versagen des ganzen Rechts*systems*, positiv gewendet: für ein Überleben des Systems. Notverordnungen können in aussagenlogische wenn-dann-Konstruktionen eingebracht werden, wenigstens dann, wenn eine formale Betrachtung vom Rechtsboden, den ökonomischen Verhältnissen, absieht und damit den Grund des Rechtssystems, in dem sie gründet, vernachlässigt. Reservenormen können diesen „Grund" nicht verleugnen. Ihre Existenz allein schon belegt diesen, denn Reservenorm fungiert ja gerade für diesen „Grund".

Das Problem der Reservenorm kann daher aussagenlogisch nicht voll ausgewertet werden. Das beweist die Beschäftigung mit der Kraft (validité) der Normen unter dem Gesichtspunkt eines Aussagenkalküls. Solches Denken kann nur Unterschiede sehen, diese schematisieren und formalisieren, zum Klassencharakter des Rechts und damit zur Gründung und Begründung des Grundes einer Reservenorm dringt es nicht vor. So unterscheidet Zygmunt

Ziembinski in „La place du raisonnement juridique" (11) nicht nur den Rang der einzelnen Normen, wobei er allerdings von der Textierung (Redigierung) der Norm ausgeht. Dazu rechnet ihm gewissermaßen als Funktor die Praktikabilität der einzelnen Norm. Solches Aufzeigen der Normqualität allein im Normenkatalog verliert den Bezug zum Normgrund und kommt somit nicht in die Lage, aus klassenfunktionalen Quellen nach einer Reservenorm zu spähen.

Gewiß kann das Problem der „Reserve" in allen denkbaren Konstellationen als symbolisierbare Rechengröße Beachtung finden. Im Normenbereich wird das aber schwierig. Die angezielte Deutung, die „Reserve" für ein ganzes Rechts-System, für eine gesamte Rechtsordnung zu buchen, läßt sich theoretisch doch wohl nur in einer die Klassencharaktere der Rechtsordnungen aufweisenden Rechts- und Staatstheorie entwickeln. Da Rechtsnormen praktisch doch wohl Klassenaufgaben, Reservenormen hingegen zusätzlich *betont und vordringlichst* Klassenaufgaben erfüllen, muß auch ihr theoretischer Ort in diesem Bereich wurzeln. So kann der Widerspruch (nicht nur innerhalb des Normenbereichs, sondern vor allem eben: Widerspruch zum Rechtsboden, zur ökonomisch fundierten gesellschaftlichen Gesamtsituation) die Prägung einer Reservenorm fordern und gleichzeitig damit den eigenen Existenzgrund aufdekken.

Der Reserve-Beweis

Das BVerfG-Urteil gegen die KPD wird materiell-rechtlich verkannt und systemtheoretisch mißbraucht, wenn es nicht im Zusammenhang mit der gesamtpolitischen Konstellation in der BRD gewertet und als Instrument für den Antikommunismus entlarvt wird. Das KPD-Urteil stellt die juristische Reserve im Kampf zwischen Fortschritt und Reaktion, und zwar *für* diese. Seine propagandistische Auswertung greift darüber hinaus in den Rechts-Sektor zurück, indem mit diesem Urteil Reservebeweise für vollkommen anders disziplinierte Rechtsverfahren parat gestellt werden. Wenn die für jede einzelne Prozeßordnung in den bestimmten spezifischen Verfahren geregelten Beweismittel versagen und ferner der allen Beweismöglichkeiten eigentlich vorangehende und sie übertrumpfende Beweis der Denkgesetzlichkeit (Schlüssigkeit des Vortrages, seiner Bewertung und seiner Beweise) der herrschenden Klasse unbequem wird, dann greift, ohne den Gesetzgeber bemühen zu müssen, heimlich und erfolgreich ein Reservebeweis ein: das Urteil nach Art. 21 Abs. II GG. Im Grunde gibt es nur e i n solches Urteil: das gegen die KPD. Das SRP-Urteil erging nur aus Schaustellungsgründen, um der Rede willen, man schlage gegen rechts wie links. Vielleicht auch nur zu Übungszwecken im juristischen Neuland. Möglicherweise auch nur, um einige „Definitionen" für das ja bei Urteilserlaß bereits anhängige KPD-Verfahren bereitzustellen. Und: auf alle Fälle erging das Urteil gegen eine nicht mehr existente Partei. (12) Das belegt, daß mit diesem Urteil eigentlich ein anderes Phänomen angezielt war.

11 In Beiheft Nr. 7 zum ARSP, Wiesbaden, Steiner Verlag, 1972, S. 131 ff.

12 Es besteht eine bisher nicht beachtete Diskrepanz zwischen dem SRP-Urteil (BVerfG E 2, 71) und der Entscheidung gegen Dr. F. als dem Herausgeber der Deutschen Nationalzeitung (BVerfG E 38, 23 ff.). Beidemale geht es gegen die politische neofaschistische Rechte. Während im 1. Falle die Existenzvernichtung durch Eigenakt des Entscheidungsgegners unbeachtet bleibt, wird im 2. Falle die (angebliche!) Existenzwertlosigkeit des Entscheidungsgegners als relevant gewertet. Die Entschei-

Die *juristische* Kraft eines Urteils nach Art. 21 Abs. II GG beherbergt in sich nicht nur die Erkenntnisergebnisse gegen die betroffene Partei, sie umgreift zugleich die Funktion, einen Reservebeweis für andere Verfahren, diesmal gegen Mitglieder dieser Partei in vollkommen anders veranlagten Verfahren in allen Rechtsbereichen und in allen Rechtsdisziplinen bereitzustellen. Die *soziologische* Kraft solcher Urteile reicht noch weiter, bis zur grundsätzlichen, naiv dahergeplapperten Verteufelung der betroffenen Partei und aller Personen und Institutionen, die nur irgendwie mit ihr zusammenhängen oder zusammenhingen, wobei dieser „Zusammenhang" oft nur einfache Konstruktion, vielfach nur Fiktion bleibt.

Die juristische Ausnützung dieses Reservebeweises erfolgt nicht nur im Wege des Zitats aus den Urteilsgründen, der Zitiermöglichkeit in oft reichlich summarischer Weise. Indem ein zitierfähiger Überschuß durch Weitschweifigkeiten, durch obiter dicta, durch Sentenzenbildung oder Konstruktion eines marxistisch-leninistischen Zitatenkatalogs, durch Aufgreifen von Randerscheinungen und Eingehen auf Flankengedanken produziert worden war, sollte darüber hinaus das ganze Denkverfahren ein *Modell* für das ideologische, das politische und vor allem das juristische Herangehen an die Praktikabilität eines spezifisch wissenschaftlich „begründeten" Antikommunismus vorexerzieren. Ein Denk-Modell reizt nicht nur zur Nachahmung, zur Verpflanzung in Prozeßverfahren anderer Qualität (etwa in arbeitsrechtliche, wiedergutmachungsrechtliche, verwaltungsrechtliche Verfahren), sondern auch als Auswertung mit Beweischarakter. Es hat also *Beweiswert*. Die „Vor-Formung" in einem Modellprozeß tritt „im juristischen Sektor nicht nur mit Beweisfragen verquickt auf, sondern geradezu *zum Zweck* des Beweisens und des Beweises". (13) Der Gedankenrückgriff auf ein Modell dient gleichzeitig der Stofferweiterung und ermöglicht die Übertragung auf andere Konstellationen. Alter nazistischer Lehre getreu (so lehrte schon der Münchner Rechtsanwalt Frank II, der spätere Reichsminister und Generalgouverneur von Polen) wird eine solche Modellausnützung für die Öffentlichkeit „zunächst als Frage ventiliert". Für den gegenständlichen Bereich im Ausnützen einer Reservenorm für den Antikommunismus vollzog dies Walter Schick (14), indem er — bescheiden und etwas schüchtern — die „Frage" anbringt, wie solche Modellausnützung „im Bereich des Arbeits- und Privatrechts" aussehen würde. Er fährt — wiederum als Frage formuliert — fort: „Wäre bei der Anstellung die Frage nach der Zugehörigkeit (sc. zu einer Vereinigung,

dung zu Gunsten Dr. Freys und seiner „Nationalzeitung" hat es auf sich: am 2.7. 1974 meinte das BVerfG, daß die „Resonanzlosigkeit" des reaktionären Blattes und seiner „nationalistischen, antisemitischen und rassistischen Veröffentlichungen" (a.a.O., S. 23, 25) eine „Zurückweisung" des Antrages nach Art. 18 GG auf Grundrechtsverwirkung rechtfertige. Gleichzeitig mißt das BVerfG die Problematik anhand einer fünfmal herbeibeschworenen „freiheitlich-demokratischen Grundordnung", die das GG gar nicht kennt. Der Witz solcher Bindestrich-Demokratie geht aber weiter: nach 5jähriger Prozeßverschleppung durch das BVerfG und infolge dieser irrealen Begründung von 1974 konnte Dr. Frey kurze Zeit später zu Werbezwecken behaupten, daß seine Nationalzeitung in der BRD die zweitstärkste Auflage aller Wochenzeitschriften vertrete und unmittelbar hinter dem Wochenblatt „Die Zeit" rangiere.

13 Siehe meinen Vortrag auf dem Weltkongreß für Rechts- und Sozialphilosophie „Das Modell in der juristischen Beweiskette", abgedruckt in den Verhandlungen dieses Kongresses, Brüssel 1971, S. 437 ff.

14 In „Der ‚Radikalenbeschluß' des Bundesverfassungsgerichts – Inhalt und Konsequenzen", in NJW 1975, 2175, Fußnote 48.

die in einer regierungsmäßig oder sonstwie hergestellten Liste aufgeführt ist) zulässig? Wäre diese Zugehörigkeit ein Kündigungsgrund? Könnte unter Berufung auf sie die Mitgliedschaft in Vereinen verweigert werden? " Dies ist — theoretisch gesehen — nichts anderes als die Problematik der Modellausnützung zum Beweise einer sonst nicht oder nur schwer beweisbaren Gegebenheit. Und zusätzlich wurde auch — solches Ergebnis drängt sich jedem Leser der umfangreichen Begründung des KPD-Urteils auf — diesem Gedanken im voraus Rechnung getragen, denn das „Sündenregister" der KPD ist hier deutlich auf Zitierfähigkeit hin angelegt. Eine Denkerleichterung, ein Zitatbecken und darüber hinaus eine *Modellkonstruktion* garantiert, daß in der Folge Gerichte und Behörden (und die Journalistik!) eine Denkkonformität zur „Frage des Kommunismus" walten lassen können.

Durch eine modellartige Beweisauswertung wird die Beweisqualität als Ausfluß des Systemcharakters der betreffenden Rechtsordnung gesteigert. (15) Zugleich aber dient das Modell als vorangehende Informationsvermittlung. Die Lehre des Marxismus-Leninismus wird vom BVerfG *ex cathedra* für alle anderen Verfahren (wenn auch falsch!) vermittelt. Und gerade diese verzerrte Darstellung dient als Beweis, denn sie ist „das Modell" für Kommunistenprozesse schlechthin. Auch in der Form eines Putativ-Modells, was zwar nicht die Beweischance bezweifelt, aber das Beweisergebnis wertlos macht. Und: die Heranziehung des KPD-Urteils als Reservebeweis steigert die im Urteil selbst enthaltenen und offenbart die grundlegenden gesellschaftlichen Widersprüche. (16) Eine solche Modellausnützung überträgt die Widersprüche, die im Ausgangsmodell eingearbeitet sind, in dieser verfärbten Gestalt auf das zu Beweisende. Die argumentative Kraft des KPD-Urteils beweist die Reserve-Qualität solcher Beweise: es muß dabei etwas Widersprüchiges, ein Element des Gesellschaftswiderspruchs, übernommen werden, und zwar im Wege der Modellauswertung, hinsichtlich der Modell-*Verwertung* widerspruchsfrei, widersprüchig aber zur Sache selbst, da im Modell dieser Widerspruch steckt und mitübernommen wird. Dieser materiale Widerspruch wird bei und mit der Modellauswertung nicht bereinigt. In der Hand reaktionärer Klassen dient die Reservenorm nicht zur Beseitigung, sondern zur Erhaltung des gesellschaftlichen Widerspruchs. Modell-Denken akzeptiert das Modell und nimmt seine Widersprüche in Kauf.

Wenn z. B. das BVerwG im Urteil v. 6.2.1975 (17) die Minimaldefinition der fdGO aus dem für das KPD-Verfahren präjudiziellen SRP-Urteil (18) in ihrer ganzen Fragwürdigkeit übernimmt (z. B. hinsichtlich der „Gesetzmäßigkeit der Verwaltung", hinsichtlich der proklamierten „Volkssouveränität"), so verbleibt es förmlich im Rahmen durchaus gängigen Zitierens. Nebenbei muß hier vermerkt werden, daß die Definition der fdGO der BRD längst schon zur Leerformel ausgewachsen ist und nur als solche im Denkhaushalt bundesdeutscher Jurisprudenz wuchert. Wenn aber darüber hinaus theoretisiert wird, daß diese „Besonderheit" der bundesdeutschen Rechtsordnung (sc. die Verfassungsrechtsprechung des BVerfG) „nicht auf der materiellen Rechtskraft beruht",

15 Siehe: „Das Modell in der juristischen Beweiskette", a.a.O., S. 442 ff.

16 Siehe: Wilhelm Raimund Beyer, „Die Parteinahme der Wissenschaft für die Arbeiterpartei", a.a.O. Dort auch der auf dem Kongreß der bundesdeutschen IVR gehaltene Vortrag über die Fehlwiedergabe der Rechtslehre des Marxismus-Leninismus im KPD-Urteil. Dem BVerfG unterliefen erhebliche und entscheidungswichtige Zitatfehler.

17 NJW 1975, S. 1135 ff.

18 BVerfG E 2, 12/13.

sondern ferner „alle gleichgelagerten Fälle erfaßt" (19), so wird dem KPD-Urteil die Funktion eines Reservebeweises zugemessen. Solcher Beweis wird ja nur deshalb eingesetzt, weil die klassischen Rechtsbeweise versagen. Er gilt subsidiär, also als Reserve. Nicht nur prozeßökonomisch hat solcher Reservebeweis Bedeutung. Er erspart eigene Denkbemühungen. Er sichert zugleich die Entscheidung gegen spätere Angriffe ab. Er ersetzt den fehlenden, auf alle Fälle ungenügenden speziellen Beweis. Er schneidet Rechtsmittelinstanzen ab. Denn die Reserve, die er einsetzt, ist sowieso das Letzte, die „letzte Chance". (20)

Oder: untere Instanzen bemühen sich gar nicht, fallbezogenes Material zu ermitteln. Sie verweisen *pauschal* darauf, daß — nach allgemeiner, eben vorexerzierter — Ansicht „es sich bei der DKP um eine Organisation handelt, deren Ziele mit den Grundsätzen einer" (ebenfalls verfassungswidrig konstruierten, weil im GG nicht beheimateten!) „freiheilich-demokratischen Grundordnung nicht vereinbar sind" (So eine Verfügung des Regierungspräsidenten in Darmstadt v. 20.10.1975, Zeichen VI 4-W). Die Verfügung fährt fort: „diese Zielsetzung ist jedoch nach dem KPD-Verbotsurteil des BVerfG mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des GG unvereinbar".
Derselbe formelhaft verwendete Satz (:die dauernde Fehlprädikatisierung der „freiheitlichen demokratischen Grundordnung des GG") findet sich in all diesen Reservebeweisen. Er wird vom Modell übernommen und als Beweis benützt. Z. B. eine Verfügung des Präsidenten der Justus Liebig Universität Gießen v. 12.12.1975 in einer Sache R (ohne weitere Aktenzeichen-Ausfüllung!): „diese Zielsetzung ist jedoch nach dem KPD-Verbotsurteil des BVerfG mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des GG unvereinbar".

Fragen wir: wie müßte sich die Beweisführung gestalten, wenn nicht auf den Reservebeweis des KPD-Urteils zurückgegriffen werden könnte? Die dem Staatsbürger zur Last gelegte Ausnützung und Inanspruchnahme demokratischer und grundgesetzlicher (Art. 17 Petitionsrecht!!!) und grundrechtlicher, ja sogar menschenrechtlicher Freiheitsrechte müßte *genau*, einzeln, spezifiziert, beweisbar und den Denkgesetzen standhaltend aufgedeckt werden. Sie müßte zu jedem einzelnen Punkt aus der Handlung selbst heraus bewiesen werden. Das Kriterium der „Verfassungstreue" bezw. Untreue müßte aus einzelnen Belegen und Unterlagen angegangen und entschieden werden. Das Ausweichen auf einen formularmäßig einzuübenden Reservebeweis sucht diese ganze „Beweislast" zu umgehen. Wenn z. B. das VerwG Minden in der Sache 2 K 672/72 gegen H. das KPD-Urteil dafür auswertet, daß *deshalb* nach seiner Meinung „die gesamten Ziele der DKP mit der fdGO nicht vereinbar sind", so mißachtet das Gericht das Verwerfungsmonopol des BVerfG auf der einen Seite, auf der anderen aber erkennt es dieses Monopol in der Form an, daß seine Sätze übertragbar und auch auf alle Fälle ausdehnbar sind, so daß sie unter Außerachtlassung der denkgesetzlich notwendigen Identitätsnachweise einfach andere Parteien damit belasten. Weil aber die Beweise gegen einzelne Mitglieder dieser grundgesetzlich geschützten Partei versagen, wird ein Sammel-

19 So: Rüdiger Zuck, „Die Selbstbindung des BVerfG", in NJW 1975, S. 908.

20 Zunächst: der Rückgriff auf eine Reservenorm hat nichts mit der Ausnützung eines Rechtsmittels zu tun. Die Gedanken von Jürgen Weitzel, „Politisch fremdbestimmte Rechtsmittel – noch heute?", in DuR 1975, S. 353 ff. berühren die Probleme einer Reservenorm nicht. Aber sie lassen erkennen, daß alle Fragen, die das juristische *Verfahren* betreffen, niemals losgelöst vom ganzen Rechtssystem betrachtet werden dürfen. Noch weniger aber verträgt die Frage einer Reservenorm solche Isolierung, da sie die gesamte Rechtsordnung umgreift, ja mitbildet, somit materialer wie auch prozessualer Natur ist.

oder Pauschalbeweis mit dem Zitat von Sätzen aus einem anderen Urteil eingebracht. Noch einfacher macht es sich das OVG Münster am 24.3.1976 — Zeichen VI A 1334/73 gegen H — indem es aus den SRP- und KPD-Urteilen die Minimaldefinition der fdGO wörtlich übernimmt und ein Wörtlein nur einfügt, nämlich: „jederzeit". Dann dient die Reserve zeitlos, immer einsatzbereit.

Da ist die „Frage" der Frage nach der Parteimitgliedschaft (oder Organisationsmitgliedschaft). Sie ist verfassungswidrig. Die Antwort kann nicht dadurch erstellt werden, daß von einer fremden Instanz (Inquisition) gesammeltes Material dem Betroffenen vorgelegt wird und er dann bei Androhen von Rechtsverlust dazu Stellung nehmen muß. Die ganze Erscheinung beruht auf einer Denk-Parallele, nämlich der Ausnützung von Grundgedanken des KPD-Urteils, die unterschwellig einfach mitgezogen werden. Endergebnis: Parteien, die nicht im Bundestag vertreten sind, genießen nur Vereinsschutz und unterliegen zunächst dem Verwaltungsrecht. Und dieses kommt zum Zuge, wenn das heikle Problem der „Nachfolgeorganisation" ansteht. Man kann auch sagen „Ersatzformation", der Name ist gleichgültig, denn es geht einfach um die kommunistischen Parteien als solche, um die Arbeiter-Parteien. Man kann auch sagen: es geht um die „Linke" schlechthin. Denken wir nur an die ungeheuren arbeitsrechtlichen Schwierigkeiten, die heute einem Mitglied der Linken bereitet werden. (21)

Recht hat Klassenfunktion, die in der Reservenorm konzentriert und als Trumpfkarte griffbereit zusammengefaßt Dauergeltung für das ganze Rechtssystem garantiert. Das KPD-Urteil sichert das ganze kapitalistische Rechtssystem als die Reserve desselben ab. Das — ist die wahre Natur der Reservenorm. Sie stützt und unterstützt nicht so sehr die Einzelnorm, eine spezifische Disziplin, sie verleiht der gesamten Rechtsordnung die Überlebensmöglichkeit, denn: das KPD-Urteil verbietet die KPD nicht. Es erklärt sie nur für „verfassungswidrig". Aber es „verbietet" für die Zukunft (als Reservebeweis!) alle fortschrittlichen Parteien und Organisationen. Es sichert das ganze Rechtssystem der BRD ab. Das ist die typische Funktion einer Reservenorm. Sie amtiert hier als System-Reserve, rechtlich wie gesellschaftspolitisch.

Aussagenlogik über in „Reserve" gehaltene Beweise muß sich auch der Qualifikation solcher Beweise als „Reserve" zuwenden und also, da die Reservebezeichnung eine Prädikatisierung des Vorgangs ist, zum Prädikatenkalkül transgressieren. Damit wird das Reich der Wertungen betreten und zwar der Wertung der Reservenorm und des Reservebeweises. Logisch gesehen handelt

21 Aus der Fülle der einschlägigen Literatur sei hier verwiesen auf „Stellungnahme der Vereinigung demokratischer Juristen in der BRD zum Berufsverbot", abgedruckt in DuR 1974, S. 207 ff.
Geschichtliche Lehren sind für reaktionäre Politiker immer peinlich. Für diese Berufsverbieter sei daher bemerkt, daß es (siehe Wilhelm Nestle, „Vom Mythos zum Logos", Stuttgart, Neudruck 1975, S. 483) bereits im Jahre 307 vor u.Z. in Athen für Geisteswissenschaftler Berufsverbote gab. Und zwar auf Grund eines Gesetzes. Im Jahre 306 wurde es aber wieder aufgehoben, da man die Sache nicht kontrollieren konnte. Für das Land Bayern, das selbstverständlich auch im Falle der gegenwärtigen Berufsverbote einen reaktionären Standpunkt vertritt, sei vermerkt, daß in Bayern einmal die Philosophie Kants „verboten" war (siehe: Wilhelm Raimund Beyer, „Ein Verbot der ‚verführerischen und gefährlichen Philosophie Kants' (Eine Reminiszenz aus dem Jahre 1799)", in: „Deutsche Zeitschrift für Philosophie", Berlin(DDR) 1961, S. 622 ff.). Das „Berufsverbot" für die Kantianer hat aber bekanntlich nichts genützt.

es sich dabei um eine „Analyse von Schlüssen, deren Prämissen und Konklusionen Wertungen sind". (22) Die Charakterisierung zur Reserve oder als Reserve (bei Norm, bei Beweis) bleibt normlogisch eine „Wertung", eben die Aufdeckung der inneren Qualität im Zusammenhang des ganzen Normenbereichs, des ganzen Rechtssystems. Sind wir aber beim Prädikatenkalkül, so muß letzten Endes auch der „Sprachbenutzer" (23), d. i. der Wertende, mit einbezogen werden. Da das ganze Normenreich klassenverstrickt agiert, kann Wertender, Benutzer (gewissermaßen als das „Subjekt") nur die das Recht setzende und geschichtlich hierfür verantwortliche Klasse sein, die gesellschaftliche Klasse.

Damit sind wir hinsichtlich der Bewertung von Reservenormen bei einer Standpunktbetrachtung angelangt, die für einen dialektisch denkenden Logiker die Ingriffnahme des Themenstoffes nicht nur auch, sondern *bestimmt* „von der anderen Seite her" erzwingt. In kapitalistischen Staaten ist dies die ausgebeutete, unterdrückte (Naive sagen: „unterprivilegierte") Klasse, die von einem maßgebenden Rechtslehrer der BRD heute noch „Untertan" genannt wird. (24)

Eine vollkommen andere, fast demokratische Reservenorm
Die berühmten „20 Jahre" Condorcet's

Tief greifende und daher echte Wissenschaft sieht die Probleme von *allen*, daher auch von der gegenteiligen Seite. Lenin pflegte bei aktuellen Erscheinungen sofort zu fragen: „Für wen?". Wir fragen: *Reservenorm — für wen?* Und antworten: es muß nicht unbedingt eine ausbeutende Klasse sein, *für* die sich eine Reservenorm im geschichtlichen Ablauf auswirkt. Nicht die Reservenorm als solche ist ein Zeichen für Rückschrittlichkeit, sondern der dativus commodi, der die Verwendung enthüllt, gilt als Scheide-Prinzip.

Wenn wir heute die Rechtsordnungen der kapitalistischen Staaten im Verlaufe dieses Jahrhunderts betrachten und die sogenannten „Reformen" ge-

22 Hierzu: A.A. Iwin, „Grundlagen der Logik von Wertungen", russ. Moskau 1970, deutsch Berlin(DDR) 1975, S. 23 ff.

23 Das Wort entstammt der Einführung zum vorgenannten Werk durch Horst Wessel, a.a.O., S. 15. Auf S. 17 stellt Wessel eine Regel auf, die sich für jegliche logische Betrachtung normentheoretischer Sachverhalte empfiehlt: „Die Schwierigkeiten lassen sich vermeiden, wenn man den Sprachbenutzer von vornherein in die Untersuchung einbezieht und berücksichtigt, wie er solche Worte in den Sprachgebrauch einführt und verwendet".

24 Meist wird der Terminus „Rechtsgenosse" auch von bürgerlichen Denkern heute gewählt. Neofaschisten und Neokonservative vermeiden ihn. Sie stoßen sich am „Genossen". Der in der BRD noch heute und anläßlich eines Jubiläums erst recht in Kurs stehende ehemalige nazistische und heute bundesdeutsche Rechtslehrer Herbert Krüger spricht (in „Allgemeine Staatslehre", Stuttgart 1964, S. 490 ff.) vom „*Untertanen*" und „seinem Gehorsam". Für Krüger sind alle Staatsbürger der BRD „Untertanen" und haben zu „gehorchen". Diese Lehre läßt „die Wiederaufnahme" zur Nachprüfung der „Richtigkeit einer Maßnahme" (außerhalb eines Instanzenzuges) für den Unterworfenen gar nicht zu (S. 963). Der „Untertan" hat nicht einmal „das Recht, auch nur für sich selbst noch einmal in Überlegungen darüber einzutreten" (S. 963). Die Fehlerhaftigkeit solchen Satzes scheint aber dem Herrn Professor doch aufgefallen zu sein, denn er fügt eine Fußnote (Nr. 86) hinzu: „Selbstverständlich bleibt es dem Bürger unbenommen, auf den demokratischen Wegen auf eine Änderung der Befehle hinzuwirken". Auch diese Fußnote bleibt für denkende Menschen wertlos, weil die eben keine „Befehlsempfänger" sind.

schichtlich bewerten, so könnte man fast sagen: Recht stellt sich hier als dauernde Konzession der herrschenden Klasse zugunsten der Ausgebeuteten. Beispiele für das Recht der BRD: Arbeitsrecht, Mietrecht, Sozialversicherungsrecht, Mitbestimmungsrecht, Abwertung der „Allgemeinen Geschäftsbedingungen" usw. Gewiß: kleine Schritte. Aber doch Ähnlichkeiten mit der Geschichte des römischen Rechts, die die Rechtsposition der plebs ständig verbessern mußte.

Schält sich bei solcher Betrachtung alsdann nicht eine Norm heraus, die die systematische Beseitigung der Unterdrückungsnormen und ihre Umwandlung in Schutz- und Schirmnormen, in Erziehungs- und Fortentwicklungsnormen garantieren? Und würde eine solche Reservenorm dann nicht (geschichtlich gesehen) für das Proletariat gelten und wirken? Nicht umsonst suchen kapitalistischen Herrscherkreise die ihnen günstige Rechtsordnung („ihr" Rechtssystem!) zu zementieren, zu versteinern, verfassungsmäßig zu legitimieren und d. h. stabilisieren. Denn: jede Entwicklungsnorm, jede Abänderungschance kann sich für die fortschrittliche Seite auswirken.

Eine solche Norm, die nur versteckt in einer regressiven Rechtsordnung als Reservenorm schlummern kann, hat (systemtheoretisch betrachtet) nicht die Überlebensfunktion des Systems zum Ziel, sondern vertritt eine Beseitigungsaufgabe. Sie macht Platz für Neues. Sie erzwingt — als Rechtsnorm vermag sie Zwang auszuüben, als gesellschaftliches Postulat erzwingt sie ebenfalls ihre Geltung — das Selbst-Abtreten eines überreifen, verbrauchten Rechtssystems. Das ist dann — Ausfluß der von der idealistischen Systemtheorie so propagierten Selbststeuerung der Systeme. Es geht hierbei nicht um Novellierungs- oder Reformnormen. Solche finden sich in jeder Rechtsordnung. Reservenorm will das Ganze anzielen, sei es zur Erhaltung, sei es (gesellschaftlich gesehen!) zum Sturz, zur Überwindung. Dieses „Aufhebungs"-Moment, das die Reservenorm repräsentiert, stellt sich auch nicht rein verfahrensmäßig als ein „bewußt legitim zur Macht kommen", sondern als aus dem Verfassungsgedanken heraus gestaltete Norm der Neuformung aller gesellschaftlichen Verhältnisse. Es ist diese dann die Reserve nicht mehr des Rechtssystems im engeren Sinne, sondern die Reserve des Rechtsbodens, der Gesellschaft, der arbeitenden Menschen und deren Organisationen.

Mit anderen Worten: Reservenorm muß die Verfassung anzielen, wenn sie fortschrittlich gedeutet werden will, als Rechtsanspruch auf Beseitigung einer überlebten Ordnung, des Muffigen. Das vertragen die Herrscherkreise in der BRD nicht, nicht einmal den Gedanken daran. Sie bestreiten solche Möglichkeit.

Aber: ändert das etwas an der Tatsache, daß es einmal so eine Reservenorm für die fortschrittlichen Kräfte als Verfassungsnorm beinahe gegeben hätte? Condorcet setzte sie. Seine berühmten „20 Jahre" müssen als Reservenorm für die progressiven Elemente ausgedeutet werden. 20 Jahre — das ist dieselbe Zeit, die nunmehr das KPD-Urteil des BVerfG hinter sich gebracht hat und die das in der BRD verfaßte Volk ertragen mußte. Das ist eine lange Zeit. Archibald Douglas „trug es sieben Jahr und konnte es länger nicht tragen". Das Tausendjährige Reich Hitlers währte 12 Jahre — und konnte länger nicht vegetieren. Odysseus lag 10 Jahre vor Troja und brauchte weitere 10 Jahre für seinen Nostos. Er war also 20 Jahre lang fern der Heimat, eine doppelte „Odysseuslänge", bis die „Götter" ihm die Heimkehr erlaubten.

Das KPD-Urteil dauert nun 20 Jahre. Marie Jean Antoine Nicolas Caritat Marquis von Condorcet (1743 - 1794), der heldenmütige Freiheitskämpfer und Vorkämpfer für eine „Verwirklichung von Freiheit und Vernunft", Condorcet, der Vater einer französischen Konstitution, die nur durch den Sturz der Girondi-

sten am 31.5.1793 nicht zur Geltung kam, brachte in seinem „tableau historique des progrès de l'esprit humain" um des dauernden Fortschritts willen und zur ständigen Beseitigung überlebter Institutionen (des Königtums, staatshaushaltsrechtlicher Institutionen, dann der „antisozialen Einrichtungen") diese Beseitigungsmöglichkeit als Verfassungs-Norm, als Rechts-Norm und *als Reserve-Norm*. Nach 20 Jahren sollte diese Reservenorm wirken, einen Rechtsanspruch zur Verwirklichung bringen.

Die auch philosophisch lehrreichen Thesen Condorcets (wie z. B. von der „sozialen Mathematik", von der „mathematisch-philosophischen Methode", vom „geometrischen Problem der Revolution" usw.) könnten gegenwärtigen Themen interessante Thesen vermitteln. Hier (25) geht es nur um die als Reserve für die fortschrittlichen Kräfte von Condorcet entwickelten Konstitutionsnormen. Denn als Norm, als Verfassungsnorm will Condorcet das Beseitigungsrecht überlebter Bestimmungen nach Ablauf einer Generation, nach mindestens 20 Jahren, eingebaut sehen. „Mindestens einmal im Laufe einer Generation" ist solche „Neukonstituierung der Konstitution und die Abschüttelung alles Bisherigen nötig", damit „jeder Bürger sich aus eigener Wahrnehmung über Vor- und Nachteile der Verfassung eine Meinung bilden kann". Dies erfordert „eine periodische Überprüfung der Verfassung". Und: gerade diese „Änderungsmöglichkeit ist Hauptpunkt der Konstitution, sonst läge ein Attentat auf die Menschenrechte vor". Und immer wieder: es muß „ein *Recht* auf Abänderung" geben, eine Rechts-Norm. Sowie: ein „Zeitraum von 20 Jahren gilt als genügend lange Beobachtungszeit".

Gewiß: wir haben heute periodische Wahlen in der Mehrzahl der Staaten. Aber: hat eine Wahl, ja hat sogar ein korrigierend ansetzender Regierungswechsel in der BRD (von der CDU/CSU zu SPD/FDP) irgendetwas an dem BVerfG-Urteil gegen die KPD geändert? Es werden mit diesen Gedanken Condorcets heute die Verhaltensweisen der Zementierungsorgane, also in der BRD dies des BVerfG, angesprochen. Das BVerfG sollte es einmal überdenken: wer Rechtsnormen für die Ewigkeit setzen will (und das BVerfG tut das im Falle des KPD-Urteils mit der routinemäßigen Zurückweisung aller den Kommunisten dienlichen Beschwerden, Anträge, Darstellungen usw.), verstößt nach Condorcet gegen die Menschenrechte!

Condorcet wird noch deutlicher: „Jedes unwiderrufliche Grundgesetz ist ein Übel". Das BVerfG-Urteil gegen die KPD vertritt grundsätzlichen und infolge der eigenartigen Struktur des BVerfG und der durch Flankengesetze abgesicherten Fernwirkung seiner politischen Entscheidungen geradezu grundgesetzlichen Unwiderruflichkeitsanspruch. Es versteht ja auch Condorcet unter „Grundgesetz" die verfassungsgleichen Maßnahmen. Auf alle Fälle wirkt das KPD-Urteil wie ein „Gesetz" und hat „Gesetzesrang". *Condorcet aber sagt: „Das Fehlen einer rechtlichen Möglichkeit, vernunftwidrige und ungerechte Gesetze zu beseitigen, ist das sicherste Kennzeichen des Despotismus".*

Dies ist der Kern des Problems. Es fehlt eine rechtliche Möglichkeit, solche parteipolitisch beeinflußten Rechtsurteile des BVerfG zu beseitigen. Es fehlt:

25 Da trotz mehrfacher Bemühungen Werke oder Auszüge aus Condorcet in der Staatsbibliothek München und anderen mir zur Verfügung stehenden Bibliotheksbenützungsmöglichkeiten nicht einzusehen waren, muß Condorcet nach dem umfassenden und seine Lehren geschichtlich im Zusammenhang einordnenden Buche von Egon Zweig „Die Lehre vom Pouvoir Constituant. Ein Beitrag zum Staatsrecht der französischen Revolution", Tübingen 1909, S. 91 ff. zitiert werden. Vor allem S. 93, 95, 98, 100, 101 und 108 wurden dabei ausgewertet.

die Reservenorm für die fortschrittlichen Kräfte. Das ist das Scheideprinzip: die Gültigkeit einer *Rechtsnorm* als Reserve zur Beseitigung eines unrechtlichen Zustandes. Wenn das BVerfG-Urteil gegen die KPD überhaupt nicht beseitigt werden *kann* — und dies ist bis jetzt die Meinung der Kronjuristen der Bundestagsparteien, der Regierung, des BVerfG selbst — dann ist dies „das sicherste Kennzeichen des Despotismus" (so: Condorcet).

Das Schweigen zu dieser Frage, das Verweigern einer solchen Reservenorm, das Verharren auf Versteinerung, Zementierung, Ewigkeitsgeltung des KPD-Urteils ist — erneut nach Condorcet zitiert — „das sicherste Zeichen von Despotismus".

Demokratische Erziehung

2. Jahrgang 1976

Herausgeber: Georg Auernheimer · Frank Benseler · Horst Bethge · Karl H. Bönner
Dankwart Danckwerts · Alfred Degen · Frank Deppe · Helga Deppe-Wolfinger
Lottemi Doormann · Karl-Heinz Heinemann · Horst Holzer · Hans Rainer Kaiser
Karl Chr. Lingelbach · Holger H. Lührig · Michael Otte · Karin Priester · Erich Roßmann
Gerwin Schefer · Stephan Voets · Herbert Vorgrimler

Politisch-wissenschaftliche Zweimonatszeitschrift für das gesamte Bildungs- und Erziehungswesen

Heft 4/76

J. Lohmann: Renaissance der Hauptschule.
M. Baethge: Kein Geld für Schulbildung und Berufsbildung?
A. Hirsch: Intelligenz: Anlage oder Umwelt.
G. Auernheimer/A. Elsässer: Keine Zukunft für Diplompädagogen?

Zum Thema Arbeiterbildung/Erwachsenenbildung:

U. Achten: Gewerkschaftliche Bildungsarbeit. – *P. Scherer:* Geschichte in der Arbeiterbildung. – *M. Kaiser:* Lehrgänge mit Hauptschulabgängern. – *D. Görs:* Bildungsurlaub. *A. Degen:* Perspektiven im Weiterbildungsbereich. – *J. Wollenberg:* Arbeiterbildung in Kooperation von DGB und VHS.

Dokumentation:

Wahlaussagen der Parteien zur Bildungspolitik
Rezensionen, Kurzbesprechungen, Literaturliste.

Heft 5/76

K. Chr. Lingelbach: Die CDU-Richtlinien zur politischen Bildung.
D. Krause-Vilmar: Der Einheitsschulgedanke in der Geschichte.
K. Bunke: Student und Gewerkschaft.

Zum Thema: Elternarbeit und Selbstorganisation:

L. Doormann: Politische Elternarbeit in der Schule. – *H. Holzer:* Elternbeiratsarbeit in der Hauptschule. – *L. Dietze:* Verfassungs- und schulrechtliche Aspekte der Elternmitbestimmung. – *M. Knilli:* Elternarbeit in der Bundesrepublik und den USA.

Bestellungen an Ihre Buchhandlung oder:
Pahl-Rugenstein Verlag, Vorgebirgstr. 115, 5000 Köln 51

Pahl-Rugenstein

DIKTATUR DES PROLETARIATS (2)

Lucien Sève:

LENINISTISCHE ENTWICKLUNG DER STRATEGIE DER FRIEDLICHEN REVOLUTION DER 22. PARTEITAG DER FKP

Für den , der in *Staat und Revolution* eine vollständige Ausarbeitung der theoretischen Ansichten Lenins über die Bedingungen des revolutionären Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus sähe, für den gäbe es kaum eine unzweifelhaftere These als die, daß eine dieser Bedingungen die Notwendigkeit der bewaffneten Gewalt, sogar des Bürgerkriegs sei. In der Tat, nachdem er dort einen Engels-Text zitiert hat, der eine Lobrede auf die gewaltsame Revolution darstellt, bekräftigt Lenin: der bürgerliche Staat „*kann* durch den proletarischen Staat (die Diktatur des Proletariats) *nicht* auf dem Wege des ‚Absterbens' abgelöst werden, sondern, als allgemeine Regel, nur durch eine gewaltsame Revolution (...) Die Notwendigkeit, die Massen systematisch in *diesen*, gerade in diesen Auffassungen über die gewaltsame Revolution zu erziehen, liegt der *gesamten* Lehre von Marx und Engels zugrunde" (*Lenin, Werke*, Band 25, S. 412). Diese These, die einen wichtigen Platz in *Staat und Revolution* einnimmt, finden wir unzählige Male im ganzen Leninschen Werk wieder (vgl. LW Bd. 8, S. 95; Bd. 25, S. 201; Bd. 26, S. 459; Bd. 27, S. 255 usw.), und Lenin geht so weit zu schreiben, daß ohne den Bürgerkrieg „kein ernsthafter Marxist sich den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus hat vorstellen können" (LW Bd. 27, S. 496). Und deshalb müssen bei demjenigen, der, in gutem Glauben und ohne weiter einzudringen, *diese* Leninsche Lehre mit der Doktrin vom „ernsthaften Marxisten" in bezug auf die sozialistische Revolution gleichsetzen würde, Fragen auftauchen über den wahrhaft leninistischen Charakter einer Strategie des „friedlichen Übergangs zum Sozialismus".

Tatsächlich sah sich unsere Partei, als sie in den sechziger Jahren diese Strategie — deren Ursprünge noch viel weiter in unserer Geschichte zurückliegen — konkret entwickelte, der Kritik von außerhalb und sogar in ihren eigenen Reihen ausgesetzt, die so nachdrücklich vorgebracht wurde wie heute hier und da im Zusammenhang mit der Aufgabe des Bezugs auf die Diktatur des Proletariats. Aber es zeigt sich, daß bei *dieser* Frage der bewaffneten Gewalt oder des Bürgerkriegs als notwendiger Bedingung der sozialistischen Revolution die politische Praxis Lenins und seine theoretischen Schriften sich als viel komplexer herausstellen, als man manchmal denkt. Denn bei Lenin gibt es *auch* nicht nur einzelne Bemerkungen, sondern eine ganze Theorie und, während zahlreicher Monate des Jahres 1917, eine ganze Praxis der *friedlichen Revolution.* Diese Theorie und diese Praxis zu untersuchen, ist die erste Aufgabe dieses Artikels

* L. Sève: „Le XXII[e] congrès, développement léniniste de la stratégie de révolution pacifique", in: Cahiers du communisme Nr. 6, Juni 1976. Aus dem Französischen übersetzt von Jürgen Schmitt.
Dieser Aufsatz ist für die „Cahiers du communisme" geschrieben und beruht auf dem Beitrag des Autors („Lenin und der friedliche Übergang zum Sozialismus") zum Vorlesungszyklus des Centre d'études et de recherches marxistes (C.E.R.M.), der dieses Jahr unter dem Thema „Staatstheorie und Marxismus" stand.

(1), und man wird sehen, daß dieser Gegenstand sehr viel extensiver ist, als er zu Anfang erscheint.

Am Vorabend der März-Revolution 1917 wiederholt Lenin, der den Kampf gegen Revisionismus und opportunistischen Verrat am Marxismus in der internationalen wie in der russischen Arbeiterbewegung führt, unentwegt: „Wer den Klassenkampf anerkennt, der kann nicht umhin, auch Bürgerkriege anzuerkennen, die in jeder Klassengesellschaft eine natürliche, unter gewissen Umständen unvermeidliche Weiterführung, Entwicklung und Verschärfung des Klassenkampfes darstellen" (LW Bd. 23, S. 74). Und im Januar 1917: „Diese kommende Revolution wird noch in viel größerem Umfange zeigen (...), daß nur harte Kämpfe und namentlich Bürgerkriege die Menschheit von dem Joche des Kapitals zu befreien vermögen" (LW Bd. 23, S. 261). Deshalb ist eine seiner ständigen Parolen in dieser Periode die Bewaffnung des Proletariats. Es ist auch bemerkenswert, daß er gerade in dieser Periode sein späteres Werk *Staat und Revolution* vorzubereiten beginnt.

Die Theorie berichtigen

Aber all dies ist aus der Ferne gedacht und gesagt. In der Nacht vom 16. zum 17. April jedoch trifft Lenin in Petrograd ein, wo die Revolution einige Wochen zuvor ausgebrochen ist. Und was stellt er, nun vor Ort, sehr schnell fest? Vor allem drei Dinge.

An erster Stelle, und das ist eines der grundlegenden Charakteristika der russischen Revolution, stellt er die Doppelherrschaft fest, d.h. „daß sich neben der Provisorischen Regierung, der Regierung der *Bourgeoisie*, eine noch schwache, erst in Keimform vorhandene, aber dennoch unzweifelhaft wirklich existierende und erstarkende andere *Regierung* herausgebildet hat: die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten" (LW Bd. 24, S. 20), anders gesagt, gegen die Macht der Bourgeoisie die des Proletariats und der Bauernschaft in Soldatenuniform. Lenin erfaßt sofort die ungeheure Wichtigkeit dieser einzigartigen Tatsache, und weit davon entfernt zu versuchen, sie an vorher erstellte Schemata anzupassen, sieht er darin im Gegenteil eine Realität, die dazu *verpflichtet*, die Theorie zu entwickeln und zu berichtigen: „So muß man z.B. die alten ‚Formeln' des Bolschewismus zu ergänzen und zu korrigieren verstehen, da sie zwar, wie sich gezeigt hat, im allgemeinen richtig waren, ihre konkrete Anwendung sich aber anders *gestaltete*" (LW Bd. 24, S. 20).

Diese Macht der Sowjets muß vergrößert und sie müssen für die proletarische Sache gewonnen werden, um den Weg zur sozialistischen Revolution zu öffnen. Das ist nicht leicht, denn, und das ist die zweite Feststellung von Lenin, die Ideen der Bolschewiki sind bei den Massen noch absolut in der Minderheit. „Die riesige kleinbürgerliche Woge hat alles überflutet, sie hat das klassenbewußte Proletariat nicht nur durch ihre zahlenmäßige Stärke, sondern auch ideologisch überwältigt" (LW Bd. 24, S. 46).

Aber es gibt einen dritten Umstand, der den Schlüssel des Problems liefert und die anzuwendende Strategie vorschreibt: „Rußland ist *zur Zeit* von allen kriegführenden Ländern das freieste Land der Welt" (LW Bd. 24, S. 4), ein

1 Diesbezüglich ist es bedauerlich, daß das sehr ausführliche Sachregister der russischen Ausgabe der „Werke" Lenins nicht die Rubrik „friedlicher Übergang" enthält Anm. d. Übers.: In der deutschen Ausgabe der Leninwerke, Berlin (DDR), ist im Registerband I auf S. 541 das Stichwort „Revolution, sozialistische, und die Möglichkeit des friedlichen Übergangs der Macht an das Proletariat" zu finden; dort sind auch die meisten der in diesem Sinne verwendeten Stellen angegeben.

Land, das gekennzeichnet ist durch „ein Höchstmaß an legalen Möglichkeiten", „dadurch, daß gegen die Massen keine Gewalt angewendet wird", und wo das, was es zu besiegen gilt, keine bewaffnete Gewalt ist, sondern „die blinde Vertrauensseligkeit der Massen gegenüber der Regierung der Kapitalisten, der ärgsten Feinde des Friedens und des Sozialismus" (LW Bd. 24, S. 4).

Schlußfolgerung: Es ist absolut nicht die Stunde des Frontalangriffs auf den Klassenfeind, noch weniger eines Versuchs, den Bürgerkrieg zu entfesseln, den Lenin doch in den vorhergehenden Monaten in allgemeinen Thesen als notwendig bezeichnet hatte. Eine derartige Initiative zu ergreifen, wenn man „eine schwache Minderheit" ist, wäre nicht marxistisch, sondern blanquistisch, wäre Abenteurertum und die sichere Niederlage. Was gemacht werden muß, das ist die außerordentliche Freiheit ausnutzen, deren sich Rußland erfreut, um die *Mehrheit zu erringen* durch eine geduldige Arbeit der Erklärung und der Organisation in den Massen, das ist politisch kämpfen *„um den Einfluß innerhalb der Sowjets"* (LW Bd. 24, S. 31), an die alle Macht übergehen muß. Und man sieht, daß Lenin während der ganzen Monate Mai und Juni an die erste Stelle seiner Hauptaufgaben nicht die Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes setzt, auch nicht die Fertigstellung seiner Broschüre über *Staat und Revolution*, sondern, eines der verwirrendsten Dinge für diejenigen, die vom Leninismus eine einseitige und enge Auffassung haben, den *Kampf gegen die Gewalt*, die für einen Hauptfehler gehalten, mehr noch, als die Falle par excellence, die der Klassengegner den Massen aufstellt, denunziert wird (vgl. z.B. LW Bd. 24, S. 189).

Der friedliche Übergang

Was bringt diese Politik, wenn man sie an den Tatsachen überprüft? Sie zahlt sich aus. Sie erlaubt, die Massen aufzuklären, die kleinbürgerlichen Illusionen in Hinblick auf die Provisorische Regierung zu zerstören, das politische Kräfteverhältnis zwischen dem Lager der Revolution und dem Lager ihrer Gegner zu verändern. Anfang Mai hat Lenin keine Zweifel mehr: Ein neuer, unvorhergesehener Weg öffnet sich der russischen Revolution. Auf der Petrograder Stadtkonferenz der SDAPR(B) schlägt er eine Resolution vor, in der bekräftigt wird, daß „nirgends auf der Welt der Übergang der gesamten Staatsgewalt in die Hände der *wirklichen* Mehrheit des Volkes, d.h. der Arbeiter und der armen Bauern so leicht und so *friedlich* vor sich gehen kann" „wie in Rußland" (LW Bd. 24, S. 152). Hier also wird das große Wort zum erstenmal vorgebracht, mit einer Kühnheit des Denkens, die für diese Epoche außerordentlich erscheint. Man kann vermuten, daß für eine Anzahl von Revolutionären, sogar von Bolschewiki diese Wendung Lenins um 180° schwer zu akzeptieren oder sogar zu verstehen ist. Lenin weicht der Auseinandersetzung nicht aus: „Manchem wird der Gedanke kommen, ob wir denn nicht uns selber verleugnen: haben wir doch die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg propagiert, und jetzt sprechen wir gegen uns selber" (LW Bd. 24, S. 225). Aber, antwortet er, in dieser Übergangsperiode „verwandelt sich dieser Bürgerkrieg für uns in die friedliche, langwierige und geduldige Klassenpropaganda" (ebda.). Und alle politischen und theoretischen Konsequenzen dieser neuen Möglichkeit der friedlichen Revolution ins Auge fassend, geht Lenin in einem kurzen Abschnitt sogar so weit zuzugeben, daß man sich fragen könne, ob der Begriff der Diktatur passend sei, die Macht zu charakterisieren, die sich in der Perspektive einer solchen Strategie abzeichnet (LW Bd. 24, S. 238); dies ist ein erster flüchtiger, aber wertvoller Hinweis darauf, daß die Strategie der *friedlichen* Revolution, nimmt

man sie wirklich ernst, nicht ohne *Auswirkungen* sein kann für die Konzeption der *Diktatur* des Proletariats.

Aber Lenin hat nicht die Muße, seine Überlegungen in dieser Richtung weiterzuverfolgen. Ermutigt durch die Passivität der Sowjets, in denen die kleinbürgerlichen Illusionen, obgleich bereits in geringerem Maße, immer noch über das proletarische Bewußtsein dominieren, aber gleichzeitig durch die Entwicklung des Kräfteverhältnisses beunruhigt, gehen die Kapitalisten und die Großgrundbesitzer zum Angriff über: Den Wendepunkt Mitte Juli charakterisiert Lenin sofort als den Übergang von der Provisorischen Regierung zur Militärdiktatur: „Die Konterrevolution hat (...) faktisch die Macht im Staat in ihre Hände genommen" (LW Bd. 25, S. 174). Sogleich, mit ebensowenig Zögern, wie er seine Schlacht für die friedliche Revolution begann, zieht Lenin daraus radikale Schlußfolgerungen: „alle Hoffnungen auf eine friedliche Entwicklung der russischen Revolution sind geschwunden" (LW Bd. 25, S. 175). „Man (kann) jetzt die Macht schon nicht mehr auf friedlichem Wege übernehmen" (LW Bd. 25, S. 184). Die entscheidende Wende ist jetzt „*ohne eine neue Revolution* überhaupt unmöglich" (LW Bd. 25, S. 304).

Eine seltene und kostbare Möglichkeit

Diese Zeilen sind in den letzten Augusttagen 1917 geschrieben. In den unmittelbar darauffolgenden Tagen, vom 1.-3. September, schreibt Lenin seinen Artikel *Über Kompromisse*, in dem er mit aller Kraft auf die vor Juli verfolgte Linie zurückkommt, d. h. auf die Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung der Revolution. Wie soll man diese „schwindelerregende" (LW Bd. 25, S. 292) Wendung verstehen? Ein neues, vollkommen unerwartetes Ereignis ist inzwischen eingetreten: der Aufstand des Generals Kornilow, ein Aufstand der Rechten, der die Schwäche der Regierung Kerenski unterstreicht, die in keiner Weise in der Lage ist, die dramatischen Probleme Rußlands zu lösen, angefangen bei denen des Krieges und des Hungers. Diese Schwäche muß ausgenutzt werden: indem die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre eine den Sowjets verantwortliche Regierung bilden unter der Bedingung, daß „volle Freiheit der Agitation und Einberufung der Konstituierenden Versammlung" (LW Bd. 25, S. 315) zugesichert sei. Lenins Ziel ist klar: Es geht darum, ein wenig Zeit zu gewinnen, damit die bolschewistische Partei, die einzige, die in der Lage und willens ist, die tragischen Fragen, denen die Massen konfrontiert sind, im Sinne der Massen zu lösen, politisch, friedlich die Mehrheit innerhalb der Sowjets erobern kann. „Nur um dieser friedlichen Entwicklung der Revolution willen, einer in der Geschichte *höchst* seltenen und *höchst* wertvollen, einer außerordentlich seltenen Möglichkeit, können und müssen meines Erachtens die Bolschewiki, die Anhänger der Weltrevolution, die Anhänger revolutionärer Methoden, auf einen solchen Kompromiß eingehen" (LW Bd. 25, S. 315).

Weil sie dieser Linie in höchstem Maße frei von Engstirnigkeit folgen, erringen die Bolschewiki im September die Mehrheit in den entscheidenden Sowjets von Petrograd und Moskau. „Die Mehrheit des Volkes ist *für* uns", kann Lenin Ende September schreiben. Also ist es möglich und notwendig, die Macht zu übernehmen, und gleichzeitig „ist die friedliche Entwicklung der Revolution, wenn die ganze Macht an die Sowjets übergeht, *möglich* und *wahrscheinlich*" (LW Bd. 26, S. 20). Warum ist das letztlich so? Die Antwort Lenins ist sehr wichtig: „Der Widerstand der Bourgeoisie gegen die entschädigungslose Übergabe des Bodens an die Bauern, gegen ebensolche Umgestaltungen auf anderen Lebensgebieten, gegen einen gerechten Frieden und den Bruch mit

dem Imperialismus ist selbstverständlich unvermeidlich. Aber damit dieser Widerstand sich bis zum Bürgerkrieg steigere, bedarf es irgendwelcher *Massen*, die fähig sind zu *kämpfen* und die Sowjets zu besiegen. Über solche Massen aber verfügt die Bourgeoisie *nicht*, und sie wird sie nirgendwo hernehmen können" (LW Bd. 26, S. 20). Er kommt darauf am 9. und 10. Oktober zurück, als er einen ganzen Abschnitt seines Artikels über die derzeitigen Aufgaben der „friedlichen Entwicklung der Revolution" (LW Bd. 26, S. 50 f) widmet. Ein letztes Mal kommt er darauf am 14. Oktober zurück, *drei Wochen* vor dem Aufstand vom 7. November: „Es ist sehr gut möglich, daß man gerade jetzt die Macht ohne Aufstand ergreifen kann" (LW Bd. 26, S. 126), denn in Moskau ist niemand da, der kämpfen könnte, und die Regierung in Petrograd kann nichts machen, sie wird kapitulieren. „Der Sieg ist sicher und zu neun Zehnteln auch die Aussicht, daß er unblutig sein wird" (ebda).

Aber trotz der ungeheuren Anstrengungen Lenins, davon zu überzeugen, daß die Macht sofort ergriffen werden müsse, besteht weiterhin der Geist des Zögerns in den Sowjets und selbst bei einigen Bolschewiki. Es wird lebensnotwendig, durch den Aufstand vollendete Tatsachen zu schaffen. „Man muß einsehen, daß die Revolution zugrunde geht, wenn die Kerenskiregierung nicht in der allernächsten Zukunft von der Proletariern und Soldaten gestürzt wird" (LW Bd. 26, S. 130). Überdies, gerade dank der Anwendung der Strategie des friedlichen Übergangs bis an die Grenze des Möglichen, hat der Aufstand alle Chancen, möglichst kurz und möglichst unblutig zu sein: „Der Erfolg der russischen sowohl wie der Weltrevolution hängt von zwei, drei Tagen des Kampfes ab" (LW Bd. 26, S. 168). Man weiß, daß die Dinge sich am 7. November genau so abgespielt haben.

Welche theoretischen Lehren lassen sich nun aus diesem historischen Material von packender Einzigartigkeit und Reichhaltigkeit ziehen?

Erste Lehre: Hüten wir uns vor allem davor, Lenin zu vereinfachen, zu verstümmeln. Lenin, das ist der Theoretiker von *Staat und Revolution*, aber das ist nicht weniger der politische Führer, der Meister der konkreten Analyse einer konkreten Situation, der in der Lage ist, die Möglichkeit eines friedlichen Weges der Revolution zu ergreifen und gleichzeitig einen prinzipiellen Kampf gegen jede Verwässerung des revolutionären Marxismus zu führen. Das ist die innige Einheit von beidem, der dialektische Übergang des einen zum andern, auf der Basis des *Primats der Praxis* in letzter Instanz. Von daher die Meisterschaft, mit der er während des ganzen Jahres 1917 z. B. die Frage der Revolution, ihres *Wesens* und ihrer *Formen* anschneidet. Denn die Revolution hat ein historisch gleichbleibendes, von den Verschiedenheiten der jeweiligen Umstände unberührtes Wesen. Aber das heißt nicht, daß man sich dieses Wesen, in der Weise vormarxistischen Denkens, als eine Allgemeinheit an sich, ein abstraktes Wesen vorstellen dürfe, dessen konkrete historische Formen sich nicht wesentlich verändern könnten. Nein, dialektisch gedacht, gleicht das Wesen der Revolution, wie jedes Wesen, nicht einer *Sache*, sondern es ist ein *Verhältnis*, ein *Übergang*: der Übergang der Macht von einer Klasse an eine andere. Es ist also immer in konkreten Formen „aufgehoben", ohne die es nichts ist als ein leerer Allgemeinplatz, eine spekulative Vorstellung. Die Unwandelbarkeit des Wesens ist daher nichts anderes als innerhalb bestimmter Grenzen die Aufrechterhaltung des gleichen grundlegenden Verhältnisses zwischen sich verändernden und unablässig die Form wechselnden Realitäten. Es wäre also ebenso falsch wie wenig leninistisch, das Wesen unter bestimmten Formen abzulehnen (es ist unmöglich, wie auch immer die Formen seien, die Revolution zu sichern, ohne den Übergang der Macht von einer Klasse an eine

andere zu verwirklichen), wie bestimmte Formen namens des Wesens abzulehnen (unter bestimmten Umständen kann die Revolution friedlich sein, ohne deshalb aufzuhören, Revolution zu sein). Diese Lehre verdient überdacht zu werden.

Friedliche Revolution und Mehrheit

Zweite Lehre: Damit die Revolution friedlich sein kann, muß zuvor die Sache der revolutionären Veränderungen die Mehrheit des Volkes für sich gewonnen haben, und je größer diese Mehrheit ist, desto sicherer ist der friedliche Charakter der Revolution. Hier begreift man die grundlegende Wichtigkeit dieses Konzeptes der Mehrheit, das manchmal falsch verstanden wurde als nur arithmetisches, juristisches, statisches Verhältnis, also ohne revolutionären Wert. Für Lenin ist die Mehrheit unendlich viel mehr als das, sie ist ein soziales, politisches, ideologisches *Kräfteverhältnis*, ein Verhältnis von lebenden, kämpfenden Kräften, dessen arithmetischer Ausdruck bei Wahlen *nur ein* Aspekt ist — ein Aspekt, dem zumindest in einem bestimmten Moment entscheidende Bedeutung beigemessen wird, als er z. B. ausweist, daß die Bolschewiki die Mehrheit in den Sowjets von Moskau und Petrograd errungen haben.

Der Rechenschaftsbericht, den Georges Marchais dem XXII. Parteitag vortrug, entwickelt diese leninistische Idee weiter unter den neuen Bedingungen, die die unseren sind, wenn er ausführt, daß während jeder Etappe des Weges zum Sozialismus „politische Mehrheit und arithmetische Mehrheit übereinstimmen müssen. Sie können es." (*Le socialisme pour la France*, * S. 96): Außerdem ist es notwendig, daß diese Mehrheit sich durch ihr politisches Verhalten nicht selbst auf eine „rein arithmetische" Mehrheit beschränkt, daß sie zu handeln versteht als eine Mehrheit bewußter und geeinter Kräfte. Das besonders ist die ganze Frage der Rolle der revolutionären Avantgarde, des Kräfteverhältnisses innerhalb der Mehrheit, die die revolutionäre Veränderung wünscht, des führenden Einflusses innerhalb dieser Mehrheit, was letztlich wiederum die politische Bedeutung dieser Frage der Mehrheit unterstreicht.

Die zweite dialektisch mit der ersten verbundene Bedingung, damit die Revolution friedlich verlaufen kann, ist, daß der Gegner, wie sehr er es auch immer wünscht, *nicht* auf Gewalt zurückgreifen *kann*. Diese Vorstellung beinhaltet bei Lenin, wie aufgezeigt, keinerlei Illusion über die Entschlossenheit der besitzenden Klassen, ihre Macht und ihre Privilegien zu verteidigen. Aber wie er Anfang Oktober 1917 zeigt, braucht man, um zu kämpfen, Massen, und seien es nur die Massen der Soldaten; wenn die Bourgeoisie sie nicht hat und nicht haben kann, ist sie gezwungen, das Feld der friedlichen Auseinandersetzung zu akzeptieren. Das ist die Grundlage der ganzen Frage. Alles hängt letztlich ab vom *realen Kräfteverhältnis*. „Das Wesen der Sache", daran erinnert Lenin oft, „liegt in den *Beziehungen der Klassen zueinander* begründet" (vgl. z. B. LW Bd. 25, S. 86). Deshalb ist die Revolution, weit davon entfernt, in ihren konkreten Formen eine historische Invariante zu sein, notwendigerweise beeinflußt durch das Kräfteverhältnis, dessen Umsetzung sie in ihrem Wesen ist. Das ist die zweite Lehre der leninistischen Politik der friedlichen Revolution im Jahre 1917.

* Georges Marchais: Rapport du comité central, in: Cahiers du communisme 2/3, Febr.-März 1976, S. 12-72. Auszüge aus diesem Bericht finden sich in deutscher Übersetzung in SOPO 36. – die Redaktion.

Friedlicher Übergang und Diktatur des Proletariats

Aus dieser zweiten Lehre ist man versucht, eine dritte zu ziehen: nämlich zu glauben, daß Lenin *die* Theorie des friedlichen Übergangs zum Sozialismus erarbeitet hätte, und wir müßten sie nur noch anwenden. Aber, selbst ohne davon zu reden, daß die Vorstellung, eine Theorie auf neue konkrete Bedingungen *anzuwenden*, nur wenig mit leninistischem Vorgehen zu tun hat, wie könnte man annehmen, daß unsere Strategie des Übergangs zum Sozialismus sich in irgendeiner Weise vollständig bei Lenin finden ließe, wenn man in Rechnung stellt, daß die Verhältnisse in Frankreich im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts ungeheuer verschieden sind von denen in Rußland im ersten Viertel? Auch wenn Lenin der Theorie der friedlichen Revolution einen gründlichen Anstoß gegeben hat, so muß man doch sehen, daß sie bei ihm mit der absoluten Aufrechterhaltung der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats verbunden ist, und daß sie historisch zwar zum kaum gewaltsamen Erfolg des Oktoberaufstandes geführt, aber letztlich den Ausbruch des blutigsten der Bürgerkriege nicht verhindert hat. Im ersten Moment werden wir zu der Annahme geführt, daß unsere Strategie des friedlichen Übergangs eine direkte Fortführung der Leninschen ist, im zweiten dazu, uns zu fragen, ob sie dieser paradoxerweise nicht entgegensteht. Es ist daher notwendig, dies näher zu untersuchen.

1. Lenin hat die entscheidende Bedingung herausgearbeitet, unter der die Revolution friedlich sein kann, nämlich ein Kräfteverhältnis, wo die Mehrheit die revolutionäre Veränderung *will* und wo die Minderheit sich dem nicht gewaltsam widersetzen *kann*. Aber er schätzte diese Möglichkeit als *Ausnahme* ein, insbesondere im Fall Rußlands. Wenn sie sich dort 1917 bietet, liegt das besonders daran, daß die Völker des zaristischen Reiches in den ersten imperialistischen Weltkrieg hineingeführt wurden, der ihnen unerhörte Leiden verursachte, um dann in der schmerzlichsten Niederlage zu enden. Daraus folgt eine Reihe von besonderen Konsequenzen, die in keiner Weise im abstrakten Schema der Klassengegensätze enthalten sind: außen sind die imperialistischen Staaten zeitweise handlungsunfähig, sowohl durch den Krieg, den sie gegeneinander führen, wie durch die Revolution, die sie bedroht; im Innern, das ist der Hauptgrund, ist das Volk bewaffnet. So führt der konkrete Fall Rußlands — und anders als wenn er, in Anlehnung an Marx und Engels, den Fall bestimmter westlicher kapitalistischer Länder behandelt — dazu, den friedlichen Weg der Revolution im allgemeinen als zufällig zu behandeln, und nicht als strukturell (*), wenn eine bestimmte Schwelle des Kräfteverhältnisses auf nationaler und internationaler Ebene überschritten wird.

2. Die Doppelherrschaft — die Regierung der Bourgeoisie auf der einen Seite, die Sowjets der Arbeiter und Bauern auf der anderen — bedeutet, daß man nicht einen, sondern zwei friedliche Übergänge sicherstellen muß: den Übergang der Mehrheit der Sowjets zum klaren revolutionären Bewußtsein, zu den Bolschewiki, und den Übergang aller Macht an die Sowjets. Nun hängt im Unterschied zum ersten der friedliche Charakter des zweiten Übergangs nicht allein von der methodischen Eroberung der Mehrheit in den Massen ab, sondern von der zeitweiligen Verurteilung eines im Grund mächtigeren Gegners zur Ohnmacht, was von schwierig vorauszusehenden und zu beherrschenden Bedingungen abhängt. Deshalb sieht man Lenin, entsprechend der Entwicklung der Bedingungen im Laufe des Jahres 1917, von der Linie des Aufstandes über-

* Im Originaltext heißt es hier ...„comme occasionnelle, non comme structurelle" – die Redaktion.

gehen zu der des friedlichen Übergangs und umgekehrt, wobei die zweite seiner Meinung nach nicht die erste ausschließen konnte. Da historisch nicht die Norm, erscheint der friedliche Übergang Lenin obendrein als strategisch auf Zufall beruhend.

3. Die zweite Macht, die der Sowjets, hervorgegangen aus der schöpferischen Initiative des bewaffneten Volkes, hat von Anfang an den Charakter einer *revolutionären Diktatur*. Lenin hat es schon bei seiner Ankunft in Petrograd begriffen: „*Diese* Macht ist eine Macht von *demselben Typus*, wie es die Pariser Kommune von 1871 war" (LW Bd. 24, S. 21), d. h. die „Quelle der Macht ist nicht das vorher vom Parlament beratene und beschlossene Gesetz, sondern die direkte, von unten kommende Initiative der Volksmassen" (ebenda), die direkt die Armee, die Polizei, die Bürokratie ersetzen. Nicht auf dem Gesetz, sondern auf der bewaffneten Gewalt beruhend, ist diese neue Macht eine Keimform der *Diktatur des Proletariats*. Historisch atypisch, strategisch auf Zufall beruhend, bleibt für Lenin der friedliche Übergang letztlich von begrenzter politischer Tragweite, eine wertvolle *Variante* zum Erreichen der im wesentlichen *invarianten* Diktatur des Proletariats.

Eine noch begrenzte Möglichkeit

Wie soll man diesen *begrenzten* Charakter verstehen, den die Strategie des friedlichen Übergangs für Lenin behält? Wie soll man verstehen, daß, wenn die *Machtübernahme friedlich* sein kann, sie dennoch in eine *Diktatur des Proletariats* mündet, die,ohne sie zu verringern, die *bewaffnete Gewalt* nicht anwendet? Daran ist nichts Geheimnisvolles.

Die entscheidende Bedingung dafür, daß eine revolutionäre Umwandlung auf den bewaffneten Kampf verzichten kann, ist, daß sie aus einem so stark wie möglichen mehrheitlichen Kräfteverhältnis herrührt, so daß der Gegner nicht die Macht hat, auf Gewalt zurückzugreifen. Im Mai-Juni, September und Anfang Oktober 1917 ist diese Bedingung in Rußland erfüllbar, weil der unmittelbare Einsatz, der auf der Tagesordnung stehende politische Gehalt der Revolution nicht nur den Interessen des *Proletariats* entspricht, das im Lande eine schwache Minderheit ist, sondern den schreienden Forderungen der *großen Mehrheit des Volkes*: Frieden, Brot, Boden (in dem entscheidenden — wenn auch begrenzten — Sinn einer demokratischen Agrarrevolution). Deshalb ist es in *dieser* Etappe der Revolution möglich, die mehrheitlichen Bedingungen für einen friedlichen Übergang, einen Übergang ohne Schmerz, herzustellen, ohne daß irgendeine Macht sich dem widersetzen könnte. Und deshalb zögert auch Lenin nicht, in bestimmten Augenblicken den Bezug auf die gewaltsame Revolution *aufzugeben*, weil damit *nicht mehr* die Realität der Politik, die sich aufdrängt, *abgedeckt wird*.

Aber es sieht ganz anders aus, wenn man die eigentlich *sozialistischen* Ziele berücksichtigt, die sich letztlich das revolutionäre Proletariat steckt. Für diese Ziele gab es 1917, unter den ökonomischen, sozialen, kulturellen Bedingungen Rußlands und den internationalen Bedingungen der Epoche, keine mögliche politische Mehrheit. „Die Mehrheit der Bevölkerung in Rußland", schreibt Lenin z. B. im Mai 1917, „besteht aus Bauern, Kleinbesitzern, die an den Sozialismus nicht einmal denken können" (LW Bd. 24, S. 231). Das ist der Grund — und das ist eine unendlich wertvolle Erkenntnis — warum es bei Lenin eine Theorie des *friedlichen Übergangs der Macht an das Proletariat und seine Verbündeten*, aber keine Theorie des *friedlichen Übergangs zum Sozialismus* gibt und geben kann. Die Diktatur des Proletariats, die *historische Form* der Diktatur und ihre rein proletarische *Klassenbasis* sind notwendig, weil es unmöglich ist, den Sozialismus zur mehrheitlichen Forderung der Massen zu machen, *bevor* nicht wenigstens der *Übergang* zum Sozialismus gesichert wurde. „Diese Schichten der Bevölkerung (Halbproletarier und Kleinbauern) wird und kann das Proletariat erst *nach* seinem Sieg, erst nach der Eroberung der Staatsmacht gewinnen, das heißt nachdem es die Staatsmacht gestürzt, dadurch *alle* Werktätigen vom Joch des Kapitals befreit und ihnen durch Taten *gezeigt* haben wird, was ihnen die proletarische Staatsmacht Gutes bringt." Dieser Gedanke bildet, fügt Lenin hinzu, „den Kern und das Wesen der Diktatur des Proletariats" (LW Bd. 30, S. 330 f). „Möge zuerst das revolutionäre Proletariat die Bourgeoisie stürzen, das Joch des Kapitals abschütteln, den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen — dann wird das siegreiche Proletariat rasch die Sympathien und die Unterstützung der Mehrheit der werktätigen nichtproletarischen Massen für sich gewinnen können, indem es sie auf Kosten der Ausbeuter zufriedenstellt, sagen wir. Das Gegenteil wird eine seltene Ausnahme in der Geschichte sein" (LW Bd. 30, S. 263). Das erklärt sehr klar, warum die Diktatur des Proletariats für Lenin unverzichtbar bleibt.

Überwundene Grenzen

Aber im Frankreich von heute, das vom Rußland von 1917 in jeder Hinsicht viel verschiedener ist als dieses vom Frankreich von 1871, in einem Land und in einer Welt, wo die Möglichkeit des friedlichen Übergangs der Macht von einer Klasse an eine andere nicht von einer zeitweiligen, gelegentlichen Schwäche *eines* Gliedes der imperialistischen Kette abhängt, sondern sehr wohl von der *allgemeinen, unumkehrbaren* Schwäche zahlreicher Glieder und der *ganzen Kette*, verlangt die *Praxis*, nicht nur der Strategie der friedlichen Revolution ein Gewicht zu geben, von dem Lenin nicht einmal träumen konnte, sondern auch zu prüfen, ob diese grundlegenden Veränderungen des Kräfteverhältnisses *ohne Auswirkungen bleiben* können auf die Diktatur des Proletariats. In Frankreich heute Leninist sein, das heißt unter anderem mit derselben verantwortlichen Kühnheit die Frage der Diktatur des Proletariats anzugehen, wie Lenin vor sechzig Jahren die der gewaltsamen Revolution anging.

Stellen wir zuerst die Frage: Gibt es, über die historischen Verschiedenheiten der Bedingungen, der Kräfteverhältnisse und der konkreten Formen des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus hinaus, universelle Gegebenheiten, von denen die den konkreten Realitäten entsprechende Strategie *notwendig* ausgehen muß, Fragen, auf die sie antworten, Aufgaben, die sie *notwendig* erfüllen muß? Anders gesagt, gibt es *wesentliche*, wenn auch stets — und sei es nur partiell — neue Beziehungen, Übergänge, die die *theoretische Analyse* als solche erkennbar machen kann? Eine klassische Frage, und die bejahende Antwort des wissenschaftlichen Sozialismus kann, glaube ich, wie folgt dargestellt werden:

1) Was auch immer die Vielfalt ihrer Formen sein mag, die — selbst in der Form der demokratischen Republik — bedeutend ist, die politische Macht der kapitalistischen Bourgeoisie ist im Grunde doch immer eine *Diktatur*, d. h. eine Macht, die, trotz ihres Scheins, von keinem Gesetz gestützt wird und letztlich auf Gewalt beruht.

2) Die Existenz dieser Macht bildet selbst das entscheidende politische Hindernis für die revolutionäre Umwandlung der Produktionsverhältnisse und der ganzen Gesellschaft. Um die Gesellschaft wirklich zu verändern, muß man sie zuvor erobern, anders gesagt den Übergang der politischen Macht an die Ar-

beiterklasse und ihre Verbündeten sichern. Das ist die *Revolution*.

3) Aber die Eroberung der Macht verändert nicht von selbst den Klassencharakter des Staatsapparates, mit dessen Hilfe die politische Herrschaft der kapitalistischen Bourgeoisie ausgeübt wurde. Um vom Kapitalismus zum Sozialismus überzugehen, muß also der Staatsapparat in entsprechender Weise umgeformt werden, muß man von einem über den Massen stehenden Staatsapparat zu einem von ihnen geleiteten Apparat übergehen, die breiteste Massendemokratie entwickeln und so den Weg des *Absterbens des Staates* beschreiten, der sein Ziel in der kommunistischen Gesellschaft erreichen wird.

4) In der sozialistischen Gesellschaft — dem historisch notwendigen Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus — *bleibt der Staat notwendig*, sowohl um den Aufbau der neuen Gesellschaft zu organisieren als auch um sie gegen die Versuche von innen oder außen zu verteidigen, sie durch Gewalt gegen den Willen der Massen in Frage zu stellen.

5) Weit davon entfernt, den Klassenkampf zu beenden, beraubt der Übergang der Macht an die werktätige Bevölkerung, obwohl er der vorher herrschenden Klasse eine wesentliche Niederlage beibringt, diese nicht aller Mittel, die sie dank ihrer Herrschaft besaß, und verstärkt ihren Willen, sie zurückzuerobern. Der Aufbau des Sozialismus ist daher nicht nur ohne Staat unmöglich, sondern auch ohne den ständigen Kampf der Massen, unter denen die Arbeiterklasse aufgrund ihrer Natur und ihrer historischen Errungenschaften aufgerufen ist, eine *entscheidende Rolle* zu spielen.

6) Die Massen und die Arbeiterklasse selbst sind dem Eindringen bürgerlicher Ideologie nicht unzugänglich und erheben sich nicht spontan zum klaren Bewußtsein all dessen, was ihr Kampf für den Aufbau des Sozialismus erfordert. Darum ist es während dieses ganzen historischen Prozesses notwendig, daß die revolutionäre Avantgarde der Arbeiterklasse — die kommunistische Partei — in der Lage ist, einen *führenden Einfluß* auszuüben.

Was nicht überholt ist

Wenn alle diese Elemente *wesentlich* sind, dann dürfen die konkreten Bedingungen in Frankreich heute, so grundsätzlich verschieden diese auch von denen in Rußland 1917 sein mögen, ihnen nicht nur nicht widersprechen, sondern müssen sie auf ihre Weise bestätigen, und die durch den XXII. Parteitag bestimmte Strategie muß, wenn sie wirklich leninistisch ist, ihre Weiterentwicklung darstellen. Tatsächlich zeigt alles, daß das tatsächlich der Fall ist. Fassen wir Punkt für Punkt zusammen.

1. Daß die gegenwärtige Macht der monopolistischen Großbourgeoisie hinter dem bröckelnden Schein, um dessen Zerstörung man sich für die Massen unaufhörlich bemühen muß, im Grunde sehr wohl eine Diktatur ist, ist eine ins Auge springende Tatsache. Sie ist „durch kein Gesetz gestützt": ihre wichtigsten Entscheidungen werden außerhalb jeder demokratischen Kontrolle ausschließlich im Interesse des Großkapitals gefällt. Überall wo das Gesetz ihr Vorgehen behindert, ändert sie es ohne Skrupel zu ihren Gunsten oder setzt sich ganz einfach darüber hinweg. Das ist wirklich eine Macht „ohne Glauben und Gesetz". Sie beruht auf der Gewalt, wie die Analyse erweist: Sie hört nicht auf, ihre Mittel der bewaffneten Gewalt zu verstärken und zögert nicht, sich ihrer immer dann zu bedienen, wenn es ihr nicht gelungen ist, die Probleme auf weniger auffällige Weise in ihrem Sinne zu lösen. Kurz, wir haben allen Grund, sie als „Diktatur des Großkapitals" zu bezeichnen. Und diese Charakteristik der gegenwärtigen Macht wird in dem Rechenschaftsbericht, den Georges

Marchais dem XXII. Parteitag vortrug, entwickelt: „Die führende privilegierte Minderheit greift mehr und mehr auf Willkür, Gewalt, Illegalität, Autoritarismus zurück, um ihre Herrschaft aufrechzuerhalten" (*Le socialisme pour la France*, S. 39).

2. Es liegt auf der Hand, daß unter diesen Bedingungen der Schlüssel zu jeder auch noch so geringen demokratischen Veränderung und umso mehr einer sozialistischen, in erster Linie in der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten zu finden ist. Und genau deshalb zielen unsere politische Linie und unser politischer Kampf ganz in diese Richtung: auf die Sammlung der breiten Mehrheit des Volkes um die Arbeiterklasse als schnellstem und sicherstem Mittel zur revolutionären Veränderung. Und deswegen hören wir auch nicht auf, sowohl gegen die kleinbürgerlichen Illusionen von rechts, nach denen es nicht nötig ist, die Macht zu verändern, sondern nur Männer oder Mannschaften auszutauschen, als auch gegen die kleinbürgerlichen Illusionen von links zu kämpfen, nach denen die „wirkliche" Frage nicht in erster Linie die Eroberung der zentralen Staatsmacht ist, sondern die Einrichtung einer „Kontrolle von unten", eine „moderne" Version der alten sozialdemokratischen Illusion über die Tragweite von Eroberungen auf Gemeindeebene.

Den Klassencharakter der Macht ändern

3. Daß die Eroberung der Staatsmacht sofort den Weg zur grundlegenden Veränderung des Klassencharakters des Staatsapparates, zu einer Demokratie der Massen öffnen und in diesem Sinne den langen Prozeß des Absterbens des Staates einleiten muß, ist mehr als je zuvor eine Notwendigkeit auf dem Weg zum Sozialismus, ein Ziel des Volkes, und das ist sogar die Achse unserer ganzen Politik, eine der Hauptideen des XXII. Parteitages. Für uns muß diese entscheidende Schlacht nicht erst in dem Augenblick begonnen werden, wo der Übergang zum Sozialismus möglich sein wird, sondern schon in der Phase der fortgeschrittenen Demokratie, die beginnt, wenn die Linke an die Macht gelangt: im Rahmen der Verwirklichung des *Gemeinsamen Programmes*, das noch nicht den Sozialismus einrichten wird, sehr wohl aber die besten Bedingungen schaffen kann, damit die Mehrheit des Volkes sich für den Übergang zum Sozialismus entscheidet. Das bedeutet, daß wir dafür kämpfen, daß die neue Macht zur rechten Zeit, wenn die entsprechenden Bedingungen eingetreten sein werden, zwei Reihen von Veränderungen durchführt, die von außerordentlicher Wichtigkeit sind: die Ausmerzung des Klassencharakters oder schlicht und einfach die Abschaffung all dessen, was im gegenwärtigen Staatsapparat ein System zur Unterdrückung der Volksmassen darstellt. Z. B. — ich zitiere einige der im Gemeinsamen Programm vorgesehenen Maßnahmen — die Abschaffung der Sonderkompetenzen des Präsidenten der Republik, des Präfektensystems, der Ausnahmegerichte, des Spitzelsystems, der Geheimhaltung in der Verwaltung, usw.; und gleichzeitig die Schaffung der Bedingungen einer wirklichen Demokratie der Massen und für die Massen, z. B. die Verstaatlichung und demokratische Verwaltung des Finanz- und Bankwesens ebenso wie mehrerer großer Monopole, die gegenwärtig die Schlüsselbereiche der Wirtschaft beherrschen, die Errichtung einer wirklichen — auch politischen — Freiheit der Werktätigen in den Betrieben, wirkliches Engagement im Kampf gegen die soziale Ungleichheit beim Zugang zur Ausbildung und Kultur, die wirkliche Beteiligung der Massen an der Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten, vom Wohnviertel und der Gemeinde bis zur Region und dem ganzen

Land. Der Übergang zum Sozialismus wird einen weiteren Schritt nach vorn in dieser Umwandlung bedeuten. „Ein Wechsel des Klassencharakters der Macht" ist notwendig, liest man im Rechenschaftsbericht zum XXII. Parteitag: „Die Beteiligung der Werktätigen und ihrer Repräsentanten an der Verwaltung der Angelegenheiten ihres Landes, *ihr Zugang zur Führung der Gesellschaft stellt das Schlüsselproblem des Kampfes für den Sozialismus dar*" (*Le socialisme pour la France*, S. 88), und das vom Parteitag angenommene Dokument erklärt: „Der in seinen Strukturen und seinem Funktionieren demokratische Staat wird nicht mehr eine Unterdrückungsmaschinerie sein, die den einfachen Leuten unzugänglich und fremd ist" (*ebda*, S. 191).

4. Die jüngsten Erfahrungen in Chile und Portugal können uns nicht veranlassen, auch nur einen Augenblick zu bezweifeln, daß der Staat zugleich notwendig bleibt, um den Aufbau der neuen Gesellschaft zu organisieren und um sie gegen jeden Versuch zu verteidigen, sie durch Gewalt gegen den Willen der Massen zu gefährden. Jede diesbezügliche Illusion über den Gegner, jede politische Naivität bekämpfen wir und müssen wir bekämpfen. Ein Abschnitt des Rechenschaftsberichts zum XXII. Parteitag weist vollkommen eindeutig darauf hin: „Die ausbeuterische Großbourgeoisie verzichtet niemals freiwillig auf ihre Herrschaft und ihre Privilegien. Sie hat immer das Bestreben, alle möglichen Mittel zu benutzen, sie zu bewahren oder zurückzuerobern. Ich füge sogar hinzu, daß das auf die französische Bourgeoisie besonders zutrifft. Denn wenn es in unserem Land eine demokratische Tradition gibt, so gibt es auch eine Versailler Tradition, und das Verhalten der Männer an der Macht erinnert uns tagtäglich daran, daß sie nicht tot ist" (*ebda*, S. 89). Genau deshalb bezeichnet das angenommene Dokument es als eine der Aufgaben des sozialistischen Staates, der „der großen Mehrheit des Volkes gehören wird", „mit Bestimmtheit den von dieser frei ausgedrückten Willen zu respektieren und dafür zu sorgen, daß er respektiert wird" (*ebda*, S. 191).

Ist es notwendig, ausführlich auf die Punkte 5 und 6 zurückzukommen: ständige Notwendigkeit des Kampfes der Massen, in dem die Arbeiterklasse aufgerufen ist, eine entscheidende Rolle zu spielen; Notwendigkeit einer revolutionären P a r t e i der Avantgarde der Arbeiterklasse, die fähig ist, während des ganzen historischen Prozesses einen führenden Einfluß auszuüben? Auch hier bestätigt sich buchstäblich unsere ganze Erfahrung, daß genau das absolute Bedingungen für einen siegreichen Kampf für den Sozialismus sind, und der XXII. Parteitag hat sie, schon durch die Begriffe selbst, ins Zentrum der Aufmerksamkeit und der Aufgaben der Kommunisten gestellt.

Das Entstehen einer Strategie

In der Folge bleibt das, was sich aus der theoretischen Analyse als notwendige Elemente des Übergangs zum Sozialismus ergibt, unter dem Blickwinkel seiner politischen Bedingungen, in den Fakten vollkommen gültig, und deswegen entspricht die politische Linie, die der XXII. Parteitag entschieden hat, dem vollständig, so wie es Georges Marchais zutreffenderweise im Rechenschaftsbericht bestätigen konnte (vgl. *ebda*, S. 88 und S. 97). Mit anderen Worten, von all dem, was das *historisch unveränderliche Wesen* des Marxismus-Leninismus, des wissenschaftlichen Sozialismus in der Sache ausmacht, ist vom XXII. Parteitag nichts *preisgegeben* worden.

Aber der XXII. Parteitag hatte zugleich die Aufgabe, die schon seit langem angestellten Überlegungen über die *konkreten historischen Formen* unserer Strategie unter den für uns geltenden, grundlegend neuen Bedingungen zu einem

Abschluß zu bringen. Es ist erhellend, wenn man die Entwicklung dieser Überlegungen wenigstens während der letzten Jahrzehnte verfolgt. So schenkte Waldeck Rochet 1964 in seinem Rechenschaftsbericht zum XVII. Parteitag bereits der Möglichkeit des friedlichen Übergangs zum Sozialismus breite Beachtung: „Man weiß", sagte er, „daß Lenin die Möglichkeit eines friedlichen Übergangs zum Sozialismus als einen historisch seltenen, aber kostbaren Fall ansah. Denn in dieser Epoche bestimmte der Kapitalismus den Lauf der ganzen Welt (...) Aber seitdem hat sich die Situation grundlegend geändert" (*Cahiers du communisme*, Juni-Juli 1964, S. 63). Und nachdem er gezeigt hatte, wie sehr diese Möglichkeit im Vergleich zu Lenins Epoche gewachsen ist, kam er auf die Frage der Diktatur des Proletariats zu sprechen, um sowohl den Kern der Notwendigkeit, den sie umfaßt, als auch die Verhältnismäßigkeit ihrer Formen offenzulegen, die „verschieden sein können entsprechend den historischen Bedingungen und den nationalen Besonderheiten" (*ebda*, S. 66). Er schloß: „Wir glauben z.B., daß es für Frankreich angesichts seiner demokratischen Traditionen und der Bedingungen unserer Epoche möglich ist, im Fall eines friedlichen Übergangs zum Sozialismus neue Formen der Diktatur des Proletariats ins Auge zu fassen, die weniger gewaltsam und von kürzerer Dauer sind" (*ebda*, S. 67). Anders gesagt: Schon vor zwölf Jahren wirkte sich das Nachdenken über die Strategie des friedlichen Übergangs auf die (Konzeption der (*)) Form der Diktatur des Proletariats aus.

Im *Manifest von Champigny*, das eine neue Entwicklung der Politik unserer Partei im Zeichen der Lehren aus der großen Klassenauseinandersetzung von Mai-Juni 1968 darstellt, konnten alle Ausführungen über die politischen Bedingungen des Übergangs zum Sozialismus, angesichts der gewachsenen Möglichkeiten, eine breite Mehrheit der Kräfte für fortgeschrittene demokratische Ziele zu versammeln und einen neuen Weg des Übergangs zum Sozialismus zu öffnen, gemacht werden, ohne die Diktatur des Proletariats zu erwähnen. Mit einer Ausnahme: die „Notwendigkeit, Zwang anzuwenden, wenn die dem Sozialismus feindlichen Kräfte ihrerseits auf Subversion und Gewalt zurückgreifen" (S. 70). Denn das von den Kämpfen von 1968 aufgedeckte Kräfteverhältnis, das die Wahrscheinlichkeit des friedlichen Übergangs verstärkte, zeigte auch, daß, wie Waldeck Rochet 1969 schrieb, „es nicht möglich ist, die Hypothese auszuschließen, daß die Bourgeoisie auf die Gewalt gegen das Volk zurückgreift" (*L'avenir du Parti communiste français*, S. 114). Aber je mehr Jahre vergehen, desto stärker entwickeln sich die Erfolgsmöglichkeiten und gleichzeitig die spezifischen Erfordernisse der Strategie des friedlichen Übergangs, und desto mehr vergrößert sich auch die *Kluft* zwischen der *Realität* einer Politik, in der die Macht der Demokratie der Mehrheit der Massen das *grundlegende Mittel* wird, und der *Sprache* der Diktatur des Proletariats, die der Ausweitung der politischen Formen und der Klassenbasis des Übergangs zum Sozialismus fremd bleibt; einer Sprache, die riskiert, die Rolle zu spielen, die die ziemlich gekünstelte Sprache der römischen Republik im Munde der Revolutionäre von 1789 spielte, aber auf eine sehr viel schädlichere Weise. Und deshalb begegnet man nach 1970 nicht mehr dem Ausdruck Diktatur des Proletariats in den Dokumenten der Partei. Wenn der XXII. Parteitag seine Preisgabe beschlossen hat, so besteht das Neue und überaus Bedeutsame nicht allein darin, daß er *ausgesprochen* hat, was unsere Partei sich seit sechs Jahren durch die Geschichte zu *tun* veranlaßt sah, sondern zugleich darin, daß diese *Preisgabe* damit vollkommen ihren *positiven* Sinn gewonnen hat, nämlich den, Abschluß der Ausar-

* Im Originaltext nicht enthalten – die Redaktion.

beitung einer neuen, zusammenhängenden Strategie zu sein, die den Bedingungen unseres Landes und unserer Epoche angemessen und in der Lage ist, zu einem „Sozialismus in den Farben Frankreichs" zu führen.

Was sich geändert hat

Was hat sich also geändert, das uns gezwungen hat, die Konzeption der *Formen der Macht*, die der Aufbau des Sozialismus erfordert, zu ändern? Das ist die im Rußland Lenins undenkbare Möglichkeit, die Mehrheit des Volkes weit über das Proletariat hinaus nicht einfach für die Ziele der *entwickelten Demokratie* zusammenzuschließen, die es erlaubt, eine friedliche, legale Machtübernahme — mittels eines sehr hohen Niveaus des Kampfes — durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten ins Auge zu fassen, sondern sie auf dieser Basis und in einem historisch kurzen Zeitraum *für den Sozialismus* zu sammeln, und das *sogar vor dem Übergang zum Sozialismus*. Anders gesagt ist dies die Möglichkeit, die klassische leninistische Formulierung des Problems *umzukehren*, nach der *allein* das Proletariat als Klasse der entschlossene Verfechter des Sozialismus sein könne. Da es aber nur eine schwache Minderheit des Volkes darstelle, müsse es zuerst, nachdem es die Macht mit seinen Verbündeten erobert hat, „die Bourgeoisie stürzen, das Joch des Kapitals abschütteln, den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen" (LW Bd. 30, S. 263), indem es sich auf die bewaffnete Gewalt stützt, um *anschließend* seine Verbündeten für die Sache des Sozialismus selbst gewinnen zu können und die Unterstützung der Mehrheit der Massen zu erhalten. „Das Gegenteil", schrieb Lenin, „wird eine seltene Ausnahme in der Geschichte sein" (LW Bd. 30, S. 263).

Nun ist aber diese „seltene Ausnahme" zu Lenins Zeiten eine schlichte Schulhypothese, die dem Revisionismus eines Kautsky als Feigenblatt diente, um sein Zurückweichen vor der *Notwendigkeit* der Diktatur des Proletariats in dieser Epoche zu verbergen — im gegenwärtigen Zustand Frankreichs und der Welt eine mächtige, augenscheinliche, *reale Möglichkeit* geworden. Im einzelnen zu untersuchen, warum und wie sie es geworden ist, haben schon zahlreiche Arbeiten kommunistischer Wissenschaftler in großem Umfang besorgt, und hier kann es nur darum gehen, die wichtigsten Kapitelüberschriften zu nennen:

1. Es ist das Ergebnis der globalen Krise des kapitalistischen Systems selbst, das an seine historischen Grenzen gestoßen ist und das die Lösung seiner Widersprüche nur noch in einer Flucht nach vorne suchen kann, womit die Widersprüche nur noch verschärft werden.

2. Es ist das Ergebnis der Tatsache, daß sich schon im heutigen Frankreich zahlreiche objektive Grundlagen des Sozialismus, wirtschaftliche, soziale, politische, ideologische und kulturelle Grundlagen — in widersprüchlicher Weise — im staatsmonopolistischen Kapitalismus herausgebildet haben.

3. Es ist das Ergebnis der vorangetriebenen Polarisierung der Klassenstruktur der französischen Gesellschaft, die zum Ausdruck kommt durch die Reduzierung der wirklichen Inhaber und Nutznießer des Kapitals und der Macht auf eine kleine Minderheit und durch die Herausbildung einer ungeheuren Mehrheit von Arbeitern, Lohnabhängigen, und noch weiter gefaßt: von Produzenten, die alle Interesse oder zusätzliches Interesse am Sozialismus haben. Das macht das Vorhaben — auch wenn es sich keineswegs von alleine vollzieht — realistisch, die ersteren politisch und ideologisch zu isolieren und die Masse der letzteren in den bewußten Kampf für den Sozialismus miteinzubeziehen.

4. Es ist das Ergebnis der Krise des Staates selbst und der Apparate, die die Vorherrschaft der herrschenden Klasse sichern. Diese Krise zwang zu immer

größerer Ausweitung und Entwicklung dieser Apparate auf allen Gebieten, um die immer größeren Schwierigkeiten bei der Reproduktion ihrer Herrschaftsbedingungen zu bewältigen, was widersprüchlicherweise Staat und Apparat noch mehr dem Klassenkampf öffnet und bislang ungeahnte Möglichkeiten der Eroberung der Macht und der Umformung des Staates bietet.

5. Es ist endlich das Ergebnis des neuen Kräfteverhältnisses in der Welt, das heute schon für die antiimperialistischen Kräfte günstiger ist als für den Imperialismus. Dieses neue Kräfteverhältnis macht es gleichermaßen möglich, die Versuche zum Export der Konterrevolution in Schach zu halten und beträchtliche Unterstützung für den Aufbau des Sozialismus in einem Land wie dem unseren zu finden.

Die ganze Kette überprüfen

Das ist es, sehr kurz aufgeführt, was von Grund auf das *Kräfteverhältnis der Klassen* verändert hat, das heißt das Wesen der Dinge. Da in der Phase der entwickelten Demokratie eine wirkliche Mehrheit für das Ziel des Übergangs zum Sozialismus zustandegebracht werden kann, *bevor* dieser Übergang vollzogen wird, mehr noch: da diese wirkliche Mehrheit darüber entscheiden soll, auch in der Form von Wahlen, können und müssen die notwendigen Aufgaben der sozialistischen Macht ganz anders erfüllt werden als in den Formen der Diktatur des Proletariats.

Welches sind nun diese *spezifisch diktatorischen* Formen, auf die sich die Diktatur des Proletariats sicher nicht reduzieren läßt, die sie aber als solche charakterisieren? Im wesentlichen folgende: 1. Da die politische Macht, die einem im Weltmaßstab mächtigeren inneren und äußeren Gegner zu trotzen hat, die Aufgabe hat, den Sozialismus aufzubauen, und sich nicht auf die existierende „Legalität" stützen kann, nicht die Möglichkeit hat, sie „legal" zu verändern, zieht sie ihre Macht aus der bewaffneten Gewalt der Massen und ist an kein Gesetz gebunden, was, nach der beständigen Definition Lenins, die *Diktatur* ausmacht. 2. Da der Staatsapparat der vorher herrschenden Klasse weder übernommen noch von innen umgeformt werden kann, erfolgt die Umformung seines Klassencharakters in Form seiner *Zerstörung* und der Schaffung eines ganz anderen Apparates, außerhalb des alten, vom Typus Kommune oder Sowjets. 3. Da die innere und äußere Konterrevolution nicht politisch und ideologisch vereitelt werden kann, muß sie durch die bewaffnete *gewaltsame Unterdrückung* besiegt werden. In der so gebildeten Kette: gewaltsame Revolution — Errichtung der Diktatur — Zerstörung des Staatsapparates — bewaffnete Unterdrückung konnte Lenin, angesichts der historischen Bedingungen in Rußland 1917, zeitweise das *erste Glied* in Frage stellen: die Einleitungsphase der Revolution kann friedlich sein. Das bedeutete bereits, die damals rein abstrakte Frage einer Überprüfung der Formen der *ganzen Kette* aufzuwerfen.

Diese rein abstrakte Möglichkeit ist für uns heute eine vollkommen reale geworden, und deswegen eine Notwendigkeit, weil sie ganz offensichtlich erlaubt, den Sozialismus auf schnellere, sicherere Weise aufzubauen, auf eine Weise, die von Anfang an in Übereinstimmung steht mit dem Wesen, das einer Gesellschaft eigen ist, die sich von den Klassenantagonismen befreit, ganz so, wie es Lenin in *Staat und Revolution* ausdrückte, als er schrieb, daß das Endziel der Kommunisten „die Abschaffung (...) jeder Gewaltanwendung gegen Menschen überhaupt" ist (LW Bd. 25, S. 469). Das ist schließlich der Grund, warum die historische Form der Diktatur des Proletariats aufgehört hat, unseren Bedingungen und unserer Politik zu entsprechen, obwohl die grundlegenden Aufga-

ben, die sie zu erfüllen hatte, die unseren bleiben.

Warum sollte die Macht, nicht allein des Proletariats, sondern der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, die für die Sache des Sozialismus schon vor seiner Errichtung gewonnen werden können, *an kein Gesetz gebunden* sein, wo es doch in dem Arsenal der bestehenden Gesetze, wie bürgerlich im allgemeinen sie auch sind, mehr als eines gibt, das die Macht der Monopole gezwungen ist zu verletzen, um ihre Herrschaft fortzusetzen, und neue, unendlich demokratischere Gesetze, derer die Volksmassen bedürfen, die auf die legalste Weise der Welt mit der absoluten Mehrheit ihrer Repräsentanten angenommen werden können? Warum sollte die notwendige Umformung des Klassencharakters des bestehenden Staates einfach nur auf *Zerstörung* beschränkt werden, die effektiv notwendig ist für seine im innersten gegen das Volk gerichteten und antidemokratischen Elemente, wenn heute schon, und wieviel mehr morgen, der Kampf der Massen *und* der von Millionen Staatsbediensteten, von Beamten die Krise dieses Staatsapparates offenlegt, mit Macht die Frage seiner demokratischen Umformung stellt, sogar hier und da Keime eines Apparates neuen Typs schafft, der morgen den neuen Formen der Demokratie der Massen angepaßt werden kann, die die Volksbewegung bestimmt schaffen wird? Warum sich von vornherein auf den Gedanken beschränken, daß die *gewaltsame Unterdrückung* notwendig sein wird, um Versuche der gewaltsamen Konterrevolution niederzuschlagen, wenn, und alles deutet darauf hin, es möglich ist — Lenin sah es schon unter den Bedingungen von 1917 — derartige Versuche politisch und ideologisch zu vereiteln, unter der Bedingung, daß man sich ständig auf den Mehrheitswillen der Massen und auf die Fähigkeit des neuen Staates stützt, diesen Willen mit Bestimmtheit zu respektieren und durchzusetzen und dabei ebenso Opportunismus wie Abenteurertum zu vermeiden?

Was den Platz der Diktatur des Proletariats einnimmt

Die historische Form der Diktatur des Proletariats, gestern notwendige Antwort auf die unveränderlichen Anforderungen des Übergangs zum Sozialismus und seines Aufbaus, und vielleicht heute noch notwendig unter anderen Bedingungen als den unseren, hat also vollkommen aufgehört, der Realität unserer Situation und folglich unserer Politik zu entsprechen. Der XXII. Parteitag wäre ernsthaft der Geschichte hinterhergehinkt, wenn er nicht ausdrücklich entschieden hätte, sie durch eine andere zu ersetzen, die dieser Realität entspricht: *die demokratische Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, die zur Mehrheit geworden sind.* In dieser Strategie ist die Entwicklung der Demokratie bis zu Ende, bis zum Sozialismus, nicht nur ein Hauptziel des Kampfes der Massen, sie ist das sicherste *politische Mittel*, das Ziel zu erreichen, weil es erlaubt, sowohl die Massenbasis der neuen Macht unentwegt zu verstärken, indem es den praktischen Beweis liefert, daß der wirklich demokratische Sozialismus die Wünsche der umfassenden Mehrheit des Volkes befriedigt, als auch denen, die Heimweh nach dem staatsmonopolistischen Kapitalismus haben, die größte Kraft entgegenzusetzen: den wachsamen Willen dieser breiten Mehrheit und ihres Staates. Weit davon entfernt, irgendeine Preisgabe des wissenschaftlichen Sozialismus zu bedeuten, ist diese Strategie die leninistische Antwort unserer Zeit auf die Frage des Übergangs zum Sozialismus, wie sie im heutigen Frankreich und der Welt von heute auf der Tagesordnung steht.

Drei Bemerkungen zum Schluß

1. Als *politische* Antwort auf politische Probleme, aber auch vom *theoretischen* Gesichtspunkt her gesehen, ist der XXII. Parteitag eine echte Unterweisung in Dialektik. Die Begriffe des Marxismus verweisen nicht auf „ewige" Wesenheiten, sie spiegeln die wirkliche Bewegung in unterschiedlichem Ausmaß wider, und deswegen ist es vollkommen normal, daß sie an bestimmten Knotenpunkten dieser wirklichen Bewegung aufhören, sie korrekt wiederzugeben, und hinfällig werden. Engels hat diesen notwendigen Prozeß in einem seiner letzten Briefe mit Humor dargestellt, wo er zeigt, daß z.B. die biologische Evolution an jedem ihrer Wendepunkte die Begriffe, die den Arten entsprechen, welche sie überwindet, „durchbricht". „Wie wollen Sie vom eierlegenden Reptil zum Säugetier kommen, das lebendige Junge austrägt, ohne einen oder beide Begriffe mit der Realität in Konflikt zu bringen? Und in Wirklichkeit haben wir in den Monotremen eine ganze Unterklasse eierlegender Säugetiere — ich habe die Eier der Schnabeltiere 1843 in Manchester gesehn und in hochmütiger Borniertheit die Dummheit verspottet, als ob ein Säugetier Eier legen könnte, und jetzt ist's bewiesen! Tun Sie also nicht dem Wertbegriff dasselbe an, weswegen ich nachträglich das Schnabeltier um Verzeihung bitten mußte!" (MEW Bd. 39, S. 433) Selbst so grundlegende Begriffe wie Klassenkampf oder Staat werden eines Tages aufhören, die Realität widerzuspiegeln. Die Vorstellung, daß die Diktatur des Proletariats bewahrt werden müsse, während die Bedingungen, denen sie entspricht, sich qualitativ verändert haben, kehrt der Dialektik den Rücken.

Begriff und Geschichte

In Anbetracht dessen verdient die Frage diskutiert zu werden, ob die Diktatur des Proletariats ein reiner Begriff (concept) ist. Im Rechenschaftsbericht zum XXII. Parteitag wird sie nicht als concept bezeichnet, sondern als *notion** (*Le socialisme pour la France*, S. 99). Meiner Meinung nach gibt es Gründe hierfür. Die Diktatur des Proletariats umfaßt für den Marxismus historisch notwendige Aufgaben, die man in jeweils besonderen Formen bei jedem Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus wiederfindet, wie oben ausgeführt. Sie verweist soweit auf *wesentliche Realitäten*, und soweit erweist sie sich als (allgemeiner — d.Red.) Begriff (concept). Aber sie bindet sie eng an keineswegs wesentliche historische Formen, die sich, wie gezeigt wurde, auf einen bestimmten Typ des Kräfteverhältnisses beziehen. In diesem Sinne ist sie nur eine historische Spezifikation des Begriffs (concept) der revolutionären Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, der sozialistischen Macht, wie die gewaltsame Revolution eine historische Spezifikation des Begriffs (concept) der Revolution ist.

Man kann einwenden, daß Lenin, indem er die Macht der Bourgeoisie, in welcher Form auch immer, allgemein als Diktatur bezeichnete, diesen Terminus sehr wohl als Begriff behandelte. Meiner Ansicht nach ist das ein Irrtum. Wenn die Macht der Bourgeoisie, in welcher Form auch immer, im Grunde immer eine Diktatur ist, so liegt dies im Wesen der Macht der Bourgeoisie selbst, weil diese Macht letztlich, was auch immer die Erscheinungsformen sein mögen, *immer* die einer Minderheit über die Mehrheit ist. Darum ist die Demokratie dort immer mehr oder weniger formell, darum ist die Macht, wenn man ge-

* „Concept" und „notion" wird im Deutschen beides mit „Begriff" übersetzt. Von einer jeweils inhaltlichen Bestimmung wird hier in der Übersetzung abgesehen, da Sève selbst dazu Stellung nimmt. – die Redaktion.

nau hinsieht, an kein Gesetz gebunden und beruht auf der Gewalt. Im Gegensatz dazu drückt die Diktatur des Proletariats, ohne daß sie als natürliche Begleiterscheinung der sozialistischen Macht erscheint, hier einen *zeitweiligen* Widerspruch aus: den Widerspruch zwischen der Tatsache, daß die sozialistische Macht per definitionem die der großen Mehrheit ist, und der Tatsache, daß sie historisch als die einer Minderheit entstehen kann. Die Diktatur der Bourgeoisie ist eine ständige Notwendigkeit ihrer historischen Existenz als Klasse, die Diktatur des Proletariats eine vorübergehende Notwendigkeit, auferlegt durch bestimmte Bedingungen des Übergangs zum Sozialismus.

2. Was ist schließlich der Sinn dieser historischen Änderung der Formen des Übergangs zum Sozialismus, deren Zeuge und Mitgestalter wir zugleich sind? Lenin, dem nichts entgangen ist von dem, was man zu seiner Zeit sehen konnte, hat uns mit wertvollen Überlegungen zu diesem Thema ausgestattet, als er selbst, in den letzten Jahren seines Lebens, zu verstehen suchte, warum die sozialistische Revolution, die als weltweiter historischer Prozeß angesehen wurde, nicht in den entwickelten kapitalistischen Ländern begonnen hat, sondern genau in diesem im wesentlichen zurückgebliebenen Land, das Rußland war. Fassen wir diese reichhaltigen Überlegungen in einem Satz zusammen: Gerade wegen seines Rückstandes war Rußland auch ein schwaches Glied in der imperialistischen Kette, ein Land, wo die revolutionären Kräfte am weitesten fortgeschritten waren und wo es daher *leichter* war, die Revolution zu *beginnen;* aber aus dem gleichen Grund war es *schwerer, sie zu vollenden.* Diese tiefe Einsicht enthält kurz zusammengefaßt alles, was ich im Ergebnis aufzuzeigen suchte: Weil es leicht war zu beginnen, ergab sich, wider Erwarten, die Möglichkeit der friedlichen Revolution, aber weil es schwierig war fortzufahren, war die Diktatur des Proletariats unbedingt notwendig. Das darf man nie aus dem Blick verlieren, wenn man über die späteren Geschicke des Sozialismus in der UdSSR nachdenkt. Das rechtfertigt nicht die begangenen Fehler, auch nicht in bezug auf das, was die Diktatur des Proletariats erforderte, aber es hilft zu verstehen, unter welchen außerordentlich komplexen Bedingungen sie entstehen konnten.

Heute revolutionär sein

Heute, wo wir uns inmitten des weltweiten sozialistischen Revolutionsprozesses befinden, erscheint uns die Gegenseite der Leninschen Analyse in vollem Licht. In der Welt von heute und in einem Land wie dem unseren wird es, historisch gesprochen, viel leichter sein, den Aufbau des Sozialismus erfolgreich durchzuführen, wenn der Prozeß einmal eingeleitet wurde. Das ist letztlich der Grund, warum wir die Diktatur des Proletariats nicht nötig haben — und daß einflußreiche kommunistische Parteien, die in anderen entwickelten kapitalistischen Ländern, von Italien bis Japan, für den Sozialismus kämpfen, ein dem unseren analoges Vorgehen in dieser Frage haben, kann nicht ein Produkt des Zufalls sein. Aber das Schwierige für uns ist zu beginnen. Der Schlüssel zu diesem schwierigen Beginn liegt in der breitestmöglichen antimonopolistischen Vereinigung für entwickelte demokratische Ziele, die die besten Bedingungen schaffen werden, um aus dem Sozialismus das bewußte Ziel der Mehrheit unseres Volkes zu machen. Daher käme das Festhalten an dem für uns überholten und *engen* Begriff (notion) der Diktatur des Proletariats dem *Zurückweichen* vor unseren revolutionären Aufgaben gleich.

3. Der XXII. Parteitag, der das Ergebnis einer langen praktischen und theoretischen Ausarbeitung unserer Strategie ist, hat die Frage der Diktatur des Proletariats politisch gelöst, aber das bedeutet nicht — ganz im Gegenteil —, daß er

der theoretischen Überlegung über das, was diese demokratische Entscheidung bedeutet und was sie impliziert, ein Ende setzt. J e d e r Parteitag ist zugleich ein Abschluß und ein Ausgangspunkt der Linie, die er festgelegt hat. Die Kommunisten haben alle zusammen weiter darüber nachzudenken. Aber meiner Meinung nach darf diese Überlegung, um wirklich fruchtbar zu sein, nicht einfach darin bestehen, die *Politik* des XXII. Parteitages der *Theorie* Lenins gegenüberzustellen. Die Theorie Lenins kann nicht, bei Strafe der Sinnwidrigkeit, abgelöst und abgehoben werden von seiner Politik, genausowenig wie von den konkreten historischen Bedingungen, unter denen sie sich entwickelt und wechselseitig genährt haben. Umgekehrt ist es nicht möglich, unsere Politik zu verstehen und zu werten, ohne die Theorie zu kennen, auf der sie beruht — auf der Grundlage neuer historischer Bedingungen. Denn es ist nicht weniger Theorie, im wirklichen marxistischen Sinn des Wortes, im *Manifest von Champigny* oder in den Arbeiten des XXII. Parteitages als in Engels' Einleitung zu *Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850* (MEW Bd. 22, S. 509 ff.) oder in Lenins *Aprilthesen* (LW Bd. 24, S. 3 ff.). Wir müssen auf verschiedenen Gebieten arbeiten, um diese Theorie noch klarer herauszuarbeiten, nicht um einer Abstraktion willen, sondern weil die Partei ihrer bedarf. um sich die vorwärtsweisende Politik des XXII. Parteitages noch vollständiger anzueignen und um sie in das Leben der Massen, einschließlich der Massen der Intellektuellen, eindringen zu lassen. Wir müssen sie herausarbeiten in Fortsetzung des Gedankenguts von Marx und Lenin, aber auch in ihrer ganzen Originalität. Und auch darin werden wir dem Geist treu sein, in dem Lenin immer gearbeitet hat und der ihn 1918, als er vor dem dritten Gesamtrussischen Sowjetkongreß die Aufgaben des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft herausarbeitete, sagen ließ: „Das ist ein neues, in der Geschichte beispielloses Werk, über das in den Büchern nichts verzeichnet ist" (LW Bd. 26, S. 459).

WOHLTHAT'SCHE BUCHHANDLUNG
Tel. 851 15 09
WB
1 BERLIN 41 - Rheinstraße 11

Die Buchhandlung
mit den politischen Plakaten

Olivier Lenoir

J.J. ROUSSEAU – EIN THEORETIKER ERSTER ORDNUNG

Ich will mit den hier bewußt problematisch vorgebrachten Bemerkungen eine philosophische Frage umreißen, die uns durch unsere politische Strategie gestellt wird. Es ist schon gesagt worden, daß heute nichts gefährlicher ist, als in der Praxis zu vergessen, daß der XXII. Parteitag der FKP in seinen Beschlüssen zwar den Endpunkt eines Stranges gemeinsamer Überlegungen zum Ausdruck bringt, aber doch eben dadurch zugleich auch ein neues Feld drängender theoretischer Untersuchungen eröffnet hat, bei denen es darum geht, unsere Politik in ihrer Tiefe zu erhellen, ohne sie durch einfache und kurzsichtige Argumente zu beeinträchtigen. Das Ziel dieses Beitrages ist weniger eine solche Analyse zu liefern, als vielmehr die Bedeutung solcher Analysen anhand einer *Schlüsselfrage* unserer Politik zu unterstreichen, anhand der Frage der *Demokratie*.

Man wird mir zustimmen, daß es sich hier in der Tat um eine Schlüsselfrage handelt, denn die Demokratie steht im Mittelpunkt unserer Strategie des Übergangs zum Sozialismus; in unseren Losungen und in unseren Handlungen. Der Bericht des Zentralkomitees an den XXII. Parteitag bezeichnet sie als das „Hauptgebiet" des revolutionären Handelns; die Partei schlägt einen „demokratischen Weg zum Sozialismus" vor, und vor allem, unsere Auffassung des revolutionären Staates ist nicht mehr die einer Diktatur des Proletariats, sondern die einer „Macht des arbeitenden Volkes", die „durch und durch" demokratisch sein kann. Was man aber hierzu zumindest sagen muß, ist, daß wir hier eine politische Kategorie in den Mittelpunkt stellen, deren theoretischer Gehalt von uns nicht ausreichend klar erfaßt worden ist. Alle unsere Begriffe, Staat, Sozialismus, soziale Klassen usw., enthalten — in unterschiedlichem Maße — einen theoretisch fest umrissenen Inhalt,und die offensichtliche Notwendigkeit, sie noch weiter zu entwickeln, ändert kein Jota an der Tatsache, daß sie ab sofort klar umrissene Anhaltspunkte für unsere praktische Tätigkeit sind. Von der Demokratie kann man das nicht sagen. Hier ist die Politik der Theorie weit voraus. Eine solche Feststellung schwächt in keiner Weise die Gültigkeit unserer Linie ab, die voll auf den ganz konkreten Entwicklungen in ganz konkreten Situationen beruht. Dennoch ergeben sich Probleme: so richtig eine politische Linie auch immer sei, sie erfaßt nie risikolos alle ihre Seiten und ist nie ein für allemal gegeben. Ihre Verwirklichung setzt immer wieder schwierige praktische Probleme auf die Tagesordnung, deren Lösung das theoretische Verständnis ihrer grundlegenden Bedingungen voraussetzt. Deshalb kann man, ohne voluntaristisch zu sein, sagen, daß sich neue theoretische, in unserem Falle philosophische Untersuchungen aufdrängen; ihr Zweck ist frei von jeglichem Rechtfertigungszwang.

Zunächst zwei Bemerkungen. Daß unsere Überlegungen zur Frage der Demokratie noch schwach entwickelt sind, bedeutet nicht, der Marxismus hätte zu diesem Problem noch nichts gesagt. Im Gegenteil. Wir finden eine Fülle klassischer Texte, vor allem von Lenin, die zu diesem Thema sehr gut abgeleitete Thesen enthalten. Es scheint also die wirksamste Methode zu sein, wenn man die konkreten Probleme unserer Parteipolitik von diesen Texten ausgehend be-

* Olivier Lenoir: „Le théoricien de premier ordre qu'est Jean-Jacques Rousseau", in La Nouvelle Critique Nr. 96, Sept. 1976. Übersetzt aus dem Französischen von Robert Katzenstein.

leuchtet. Das erweist sich aber bei genauerer Überlegung als Irrtum. Hinter der scheinbaren Folgerichtigkeit eines solchen Vorgehens würde sich tatsächlich ein tiefer Theoretizismus verbergen: früher oder später wären wir nämlich dazu verurteilt, dem Deduktivismus oder den Folgen des Deduktivismus zu erliegen, die unweigerlich einen theoretischen Opportunismus nach sich ziehen. Anders ausgedrückt: *entweder* die abstrakte Deduktion der heute notwendigen Analysen ausgehend vom Leninismus, *oder*, nachdem man feststellt, daß das erstere Verfahren nicht erfolgreich sein kann, sich den Gefahren eines prinzipienlosen Empirismus ausliefern, der auf der Vorstellung beruht, daß der Marxismus-Leninismus eh einem anderen Zeitalter entstammt, dem er möglicherweise gute Dienste leisten konnte, heute aber doch sehr veraltete Verfahrensweisen anbietet, denen gegenüber Mißtrauen zu haben immer noch am ehesten geboten erscheint, um Irrtümer zu vermeiden ...* Um diesem Dilemma zu entkommen, gibt es nur eine Lösung: Man muß von unserer Strategie und unserer Praxis ausgehen. Der Übergangsstaat, für den wir kämpfen, ist nicht die Diktatur des Proletariats: Es ist die Macht des arbeitenden Volkes. Von diesem Ausgangspunkt aus muß man offen die neuen und schwierigen theoretischen Probleme, die sich jetzt zeigen, aufwerfen und sie rigoros auf einer Grundlage marxistischer Prinzipien durchdenken (was eben gerade nicht mit der Wiederholung alter, auf den neuen Stand gebrachter Thesen zu tun hat). Nur über eine solche Herangehensweise können wir uns die grundlegenden Ideen des Marxismus neu aneignen, wobei wir gleichzeitig den Mut aufbringen, jene Thesen zu berichtigen oder gar aufzugeben, die dem aktuellen Stand der Problemstellungen nicht mehr zu entsprechen scheinen.

Zweite Bemerkung. Mehr als jede andere Frage ist die Demokratie Objekt vielfältiger Überlegungen in der bürgerlichen politischen Philosophie. Es steht natürlich überhaupt nicht zur Debatte, diese Überlegungen so wie sie sind, auf nichtmarxistische Weise, zu übernehmen. Ich würde sogar noch weiter gehen: Es ist für uns heute eine ganz konkrete Aufgabe, unsere Kritik an der bürgerlichen politischen Philosophie voranzutreiben — weiter als wir es jemals getan haben —, denn ohne eine solche Kritik riskieren wir, ganz unbewußt von bürgerlichen Auffassungen eingefangen zu werden, in denen der Begriff der Demokratie, wegen seiner Geschichte, eine höhere Entfaltung beinhaltet. Ich schätze aber auch die umgekehrte Aufgabe nicht gering: Auch die klassische Philosophie neu zu rezipieren, ist heute notwendig, um all das aufzunehmen, was sie uns über Staat und Demokratie zu sagen hat, und ich denke dabei natürlich an J.J. Rousseau, den Theoretiker der Demokratie von höchstem Rang ...

Was verstehen wir ganz konkret unter dem demokratischen Weg zum Sozialismus? Wir wollen damit sagen, daß der sozialistische Staat „durch und durch" demokratisch sein kann, d.h. daß er die grundlegenden Interessen der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung repräsentieren wird (weit über das Proletariat hinaus) und daß er sich auf einen über freie allgemeine Wahlen ausgedrückten Mehrheitswillen stützt. „Demokratisch", das bezeichnet also sowohl die Klassenbasis der neuen Macht als auch ihre konkrete Existenzform: eine gesellschaftliche und politische Herrschaft der Mehrheit. Der Inhalt ihrer Politik wird den Interessen der lohnabhängigen und arbeitenden Massen entsprechen; und der *Angelpunkt* dieser Macht wird der Mehrheitswille des Volkes sein. Der Bericht des Zentralkomitees an den Parteitag ist in diesem Punkt eindeutig: „Im Kampf um den Sozialismus kann in unserer Epoche und in einem Land wie dem unseren, nichts, absolut nichts, den Willen der Mehrheit des Volkes erset-

* Alle Auslassungen, soweit nichts anderes vermerkt, sind im Original vorgenommen – d.Übers.

zen, wie er sich demokratisch im Kampf und in allgemeinen Wahlen ausdrückt."

Die erste Frage, die sich uns jetzt stellt, ist die nach der Natur dieses „Mehrheitswillens", denn offensichtlich kann es sich dabei nicht um eine simple Addition von Wahlstimmen handeln. Mit welcher Realität werden wir konfrontiert und wie ist sie umfassend zu begreifen? Erste Bemerkung. Angelpunkt der sozialistischen Macht: Der Mehrheitswille des Volkes *entwickelt sich im Klassenkampf.* Er begründet sich aus der objektiv gegebenen Möglichkeit, alle ausgebeuteten Schichten um die Arbeiterklasse zu sammeln und die ausbeutende Klasse politisch zu isolieren. Diese Möglichkeit ist selbst schon Ausdruck der gesellschaftlichen Beziehungen, und sie erweitert sich tendenziell mit der kritischen Zuspitzung aller Klassenwidersprüche. Ihre bewußte Verwirklichung setzt aber voraus, daß sich Massen in den verschiedensten Kämpfen engagieren, in denen sich die Vereinigung der gesellschaftlichen Kräfte um ein gemeinsames Ziel vollzieht; die Entwicklung ihrer Anschauungen, die Realisierung einer gemeinsamen Front, deren Erweiterung und deren Niveau wiederum von sozialen und politischen Kämpfen abhängt, usw. Man kann sagen, ohne die schematische Vergegenwärtigung der Bedingungen unserer Praxis fortzusetzen, daß der Mehrheitswille wie die bewußte Konkretisierung einer in den gesellschaftlichen Beziehungen selbst enthaltenen Möglichkeit entsteht, und zwar durch die umfassende und widersprüchliche Bewegung aller dieser Beziehungen.

Zweite Bemerkung. Die Frage der Mehrheit kann nicht vom Klassencharakter des neuen Staates getrennt werden: Man muß sich schon alle Konsequenzen dieser Auffassung bewußt machen, aber ohne gefährlichen Irrtümern zu erliegen. Unter welchen Bedingungen kann sich denn der Mehrheitswille des Volkes tatsächlich entwickeln und effektiv wirksam werden? Der XXII. Parteitag sagt dazu ausdrücklich: unter der Bedingung, daß rechtzeitig entscheidende ökonomische, gesellschaftliche und politische Umgestaltungen, im Klassencharakter des Staates, durchgeführt werden, die sein Absterben, im marxistischen Sinne des Wortes, einleiten. Von diesen revolutionären Umgestaltungen hängt in der Tat die Haltung des Staates ab, und sei es nur in bezug auf die Respektierung und die Durchsetzung des Respektes vor dem frei ausgedrückten Volkswillen. Auf der anderen Seite setzt die Realisierung der Volksinteressen diese Umgestaltungen absolut voraus; wobei die Nationalisierungen und die Demokratisierung des nationalen Lebens die zwei wichtigsten Bedingungen sind. Man könnte auf tausenderlei Weise zeigen, daß die Änderung des Klassencharakters des Staates und die Zerstörung des Verbindungsmechanismus Staat - Großkapital tatsächlich die Voraussetzung für die „Wirksamkeit" des Mehrheitswillens, d.h. zugleich für die Respektierung dieses Willens, seiner Verankerung in den Massen und den wirklichen Erfolg seiner Ausübung sind. Diese Frage ist wichtig, denn sie beherrscht das, was ich die „doppelte Bestimmung" unserer Demokratievorstellung nennen würde: Auf der einen Seite wird die sozialistische Macht auf der mehrheitlichen und frei geäußerten Zustimmung des Volkes ruhen; zum anderen, umgekehrt, wird die Wirksamkeit des Mehrheitswillens auf der Umwälzung des Klassencharakters des Staates beruhen. Besser ausgedrückt: Die sozialistische Herrschaft braucht den Mehrheitswillen und der Mehrheitswille braucht diesen Staat neuen Typs.

In einer marxistischen Demokratiekonzeption lassen sich diese beiden Fragen unmöglich trennen, und ich glaube, daß die weitere theoretische Entwicklung dieser Konzeption auch verlangen wird, daß man der Dialektik dieser beiden organisch verbundenen Seiten folgt ...

Weshalb bestehe ich so auf diesem letzten Punkt? Woraus ergibt sich seine Bedeutung?

1. Gerade an diesem Punkt unterscheidet sich in erster Linie die marxistische Demokratievorstellung von der reformistischen. Eine spezifische Vorgehensweise des Reformismus besteht in der Tat darin, daß er von der Demokratie nur ihre erste Bestimmung aufrechterhält (d.h. die auf die freie Entscheidung der Mehrheit gegründete Macht), während er zugleich die zweite (der Mehrheitswille erfordert die Veränderung des Klassencharakters des Staates) außer acht läßt oder aber unterschätzt. Diese fundamentale Tendenz des Reformismus zeigt sich deutlich in manchen Überlegungen, die z.Z. in der sozialistischen Partei im Schwange sind. Man weiß, daß bestimmte Teile der Linken glauben, die Strategie einer Regierung der vereinigten Linken müßte vor allem darin bestehen, durch einige begrenzte Reformen einen ausreichend breiten sozialen Konsens zu erzielen, um dann — dieser Konsensus einmal erreicht und auf seiner Basis — die grundlegenden Reformen zu bewirken, die im gemeinsamen Programm enthalten sind. Anders ausgedrückt: erst der Mehrheitskonsens und dann die Strukturveränderungen. Diese Konzeption beinhaltet ein theoretisch verkehrtes Herangehen,über das man etwas sagen muß, auch ohne daß man sich bei den politischen Problemen aufhält, die sie aufwirft. Der Fehler besteht darin, die Mehrheitsfrage von der des Klassencharakters des Staates zu *trennen*, wobei im Vorrang der ersteren die Abwertung der zweiten schon implizit eingeschlossen ist. Aber umgekehrt gilt genauso, daß man keine der anstehenden Fragen lösen kann, in keiner Weise, wenn man den Stock nur anders herum biegt, denn die Erkämpfung der Mehrheit stellt eine entscheidende Aufgabe dar und ebenso eine notwendige Grundlage der sozialistischen Herrschaft, wie wir sie begreifen. Man muß das also dialektisch fassen, als Einheit von Mehrheitswillen und Staat eines neuen Typs; und weil diese Einheit nicht die Bestimmung der Diktatur des Proletariats darstellt, ist es auch nicht möglich, sich dieses Begriffes zu bedienen, um die spezifischen Züge der demokratischen Macht des arbeitenden Volkes zu untersuchen.

2. In welcher Beziehung werden durch diese Einheit theoretische Probleme aufgeworfen? Wir wollen das zunächst einmal präzisieren. Indem wir sagen, daß die demokratische Macht den Verbindungsmechanismus zwischen Staat und Monopolen zerbrechen und den Klassencharakter des Staates ändern muß, bestehen wir auf ihrer entscheidenden revolutionären Aufgabe: gegen die Herrschaft des Großkapitals zu kämpfen und den Arbeitern und ihren Repräsentanten die Leitung der Gesellschaft zu übertragen. Diese Zielsetzungen müßten besser erklärt werden, aber soviel steht eindeutig fest, daß die demokratische Macht auch einen echten Klassenzwang gegenüber der ausbeutenden Großbourgeoisie beinhaltet; immer vorausgesetzt, daß man diesen Begriff richtig versteht, d.h. daß Zwang im wesentlichen nicht Unterdrückung bedeutet (diese ist lediglich eine historische und keineswegs notwendige Form dieses Klassenzwanges, und wir werden alles tun, damit wir sie in Frankreich nicht anwenden müssen). Als Klassenzwang ist im wesentlichen die revolutionäre Repression der Herrschaft einer Klasse zu verstehen und der Zugang einer oder mehrerer anderer Klassen zur Leitung der Gesellschaft. In diesem Sinne und ohne daß sie zu repressiven Mitteln greift, übt die demokratische Gewalt den entscheidenden gesellschaftlichen Zwang auf das Großkapital aus, der darin besteht, seine Herrschaft anzugreifen und die Leitung der Gesellschaft durch die Mehrheit zu verwirklichen. Sie stützt sich dabei vor allem auf die demokratischen Nationalisierungen, auf die Umgestaltung der staatlichen Strukturen, darauf, daß die Massen die öffentlichen Angelegenheiten in eigene Hände nehmen, usw. Wenn man es genau bedenkt, so gibt es hier also nichts Neues, soweit es die wesentlichen Bestandteile der marxistischen Staatstheorie betrifft, die den Staat als Herrschaftsinstrument einer oder mehrerer Klassen über die ganze Gesellschaft begreifen.

Bleiben wir noch ein wenig bei diesen wesentlichen Bestandteilen. Wenn man diese marxistische Auffassung konsequent entwickelt, so scheint sie zwangsläufig einen philosophischen Standpunkt zu erheischen: jedes theoretische Vorgehen zurückzuweisen, das dem Staat den Begriff des *Willens* zugrunde legt. Dazu muß man anmerken, daß diese Kategorie des Willens in einer bestimmten Richtung der klassischen Philosophie eine erstrangige Rolle spielt. Entweder ist die staatliche Souveränität dann gewissermaßen abgeleitet, wenn sie sich durch den Willen der Menschen frei konstituiert, oder sie erzeugt sich selbst, wie bei Hegel, durch die Aufhebung des Wollens auf die Stufe der vernünftigen Allgemeinheit und der gesellschaftlichen Totalität. Beide Vorgehensweisen (contrat social oder hegelianische Entwicklung) sind philosophisch sehr verschieden. Dieser Unterschied aber, für den Marxismus selbst durchaus fruchtbar, steht hier nicht zur Debatte. Wir wollen hier vielmehr das ihm zugrundeliegende Gemeinsame im Auge behalten, nämlich die Souveränität *als Akt des vernünftigen Willens* zu denken. Gerade diese Problematik (soweit man sie zusammengefaßt betrachten kann) ist das Objekt einer kritischen Auseinandersetzung in der „Deutschen Ideologie", wo Marx und Engels ihr jene Philosophien entgegensetzen, die den Staat unter den Begriffen der „Macht" untersuchen, d.h. die die materiellen Beziehungen und die praktischen Konflikte, die die Gesellschaft konstituieren, zur realen Grundlage des Staates machen: „In der wirklichen Geschichte bildeten diejenigen Theoretiker, die die *Macht* als die Grundlage des Rechts betrachteten, den direktesten Gegensatz gegen diejenigen, die den *Willen* für die Basis des Rechts ansehen ..." (MEW Bd. 3, S. 311). Worin besteht, in wenigen Worten gesagt, die Kritik von Marx an den Philosophen des „Willens"? Gerade darin, die materiellen Beziehungen verdecken zu wollen, die die wirkliche Grundlage des Staates bilden, d.h. die konkreten Konflikte, die gesellschaftlichen Antagonismen und die Kämpfe, deren notwendiges Produkt der Staat ist und die keineswegs vom Willen der Individuen abhängen. Den Staat als Ausdruck des Willens definieren heißt ihm *„geistige, sittliche, freiheitliche* Grundlagen" zuerkennen (Marx: „Kritik des Gothaer und Erfurter Programms", MEW Bd. 19, S. 28). Die Realität des Staates in ihrem Wesen begriffen ist nicht der Ausfluß eines Willens, was für einer das auch immer sei, sondern „die systematische Organisation des Zwanges" (Lenin). Darauf kommt Lenin immer wieder zurück, und er spitzt es zu: „der Staat, das ist der Bereich des Zwanges". Das ist eine Auffassung, die man gut der Formulierung von Rousseau entgegensetzen könnte, die seine ganze Auffassung des republikanischen Staates enthält: „Die Souveränität besteht wesentlich im allgemeinen Willen". Ist das nicht eine Definition der Souveränität als Akt des Willens par excellence?

Behält man das alles im Auge, so wird der im marxistischen Sinne verstandene Begriff der demokratischen Macht höchst interessant und zugleich überaus schwierig. Unserer Meinung nach — und wir befinden uns hier in voller Übereinstimmung mit Lenin — *ist die Demokratie ein Staat:* sie beinhaltet den Kampf gegen das Großkapital, die Veränderung des Charakters des Staates, die Unterdrückung der Diktatur der ausbeutenden Klasse und die Macht des arbeitenden Volkes. Gleichzeitig aber stützt sich die demokratische Macht ausschließlich auf den Mehrheitswillen des Volkes. *Mehr noch:* solange wir den Kampf friedlich halten können (und wir halten das eigentlich durchgehend für möglich) und unter der Voraussetzung, daß die Massen ausreichend geschlossen und entschlossen sind, wird diese freie Ausübung des Mehrheitswillens das wirksamste Mittel des Klassenkampfes sein. Man könnte also etwa die folgende Definition der Demokratie geben: Staat oder Klassenzwang gründen sich wesentlich auf die wirksame Ausübung des frei ausgedrückten Mehrheitswillens. Eine derartige Konzeption führt uns aller Wahrscheinlichkeit nach dahin, die Frage des Willens in einer Form aufzugreifen, die das Neue mit den Prinzipien der Marxschen Konzeption in Verbindung bringt. Um das ein wenig provokatorisch auszudrücken: Wir reassimilieren Rousseau (und manche anderen) in den Rahmen einer nichtrousseauschen Konzeption der Demokratie. Die hier vorgeschlagene Definition wirft mindestens soviel Probleme auf wie sie löst:

1. Was für ein neuer Begriff des Willens ergibt sich daraus? Man muß ja der marxistischen Kritik an der klassischen bürgerlichen Kategorie des Willens unbedingt Rechnung tragen. Man riskiert eine idealistische Konzeption, wenn man hier keine grundlegende philosophische Arbeit leistet.

2. Wie kann man die dialektische Einheit zwischen dem Klassenzwang und der freien und wirksamen Willensausübung fassen?

3. Man muß bedenken, wie Marx das auch in bezug auf Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse sagt, daß diese Dialektik in „gewissen Grenzen" ihren Bewegungsraum hat und „echte Differenzen nicht ausschließt". Um nur ein Beispiel zu nennen: Aus Erfahrung wissen wir, daß ein Mehrheitswille hinter dem realen Einsatz der Kämpfe „zurückgeblieben" sein kann; die umfassende Frage des „Kräfteverhältnisses" innerhalb der Massen wird uns hier gestellt.

4. Was ist die zentrale „Triebkraft" der Demokratie?

Ich möchte mit einer Bemerkung schließen, die sich auf die erste der hier gestellten Fragen bezieht und die uns wieder zum Ausgangspunkt zurückführt. Was Marx an den klassischen Philosophien des Willens kritisiert hat, das ist nicht der Begriff selbst (davon zeugt auch die vielfältige Bezugnahme Lenins auf den Willen der Massen). Es ist vielmehr die idealistische Tendenz, diesen Willen als autonomen Akt eines „Wollens" zu begreifen, der von den realen Bedingungen völlig unabhängig sei oder diese erhaben überschreite. Wir gehen einen völlig anderen Weg, wenn wir sagen, daß die „Mehrheit" sich in Klassenkämpfen aufbaut. Der Zusammenschluß der Mehrheiten und die Geschlossenheit der ausgebeuteten Schichten gegen das Großkapital und seinen Staat entwickeln sich über vielfältige und intensive Kämpfe — das ist der ganz konkrete Wesenszug des revolutionären Prozesses in Frankreich. Je mehr sich dieser Prozeß erweitert und zuspitzt, umso mehr hat er die Chance, sich in der bewußten Form eines mehrheitlichen und klar orientierten Willens auszudrücken. Die entscheidende Bedeutung, die dieser Begriff in unserer Praxis hat, bringt nicht etwa einen Legalitätsfetischismus unsererseits zum Ausdruck, sondern vielmehr unsere tiefgreifende Gewißheit, daß der demokratische Wille des Volkes eine überaus bedeutsame Form eines heranreifenden revolutionären Prozesses sein kann. Unnötig zu sagen, daß diese Frage der Reife nie einfach zu beantworten und nie ein für allemal gegeben ist und daß es keinerlei spontanen Parallelismus zwischen dem Niveau des Kampfes und dem Niveau des „Bewußtseins" gibt. Dennoch ist es wahr, daß der Mehrheitswille unter bestimmten Bedingungen, in mehr oder weniger bewußten Formen, sowohl die Breite der Massenbewegung als auch die Entschlossenheit der politischen Kämpfe zum Ausdruck bringen kann, ich würde sogar von konzentrieren sprechen, vor allem, wenn die Partei dahin wirkt, daß sich der entwickelnde revolutionäre Prozeß in den der Möglichkeit nach reifsten und bewußtesten Formen entfaltet. Kann man den so gefaßten Begriff des „Mehrheitswillens" nicht folgerichtig auch als den „konzentrierten Ausdruck der Klassenkämpfe" und der allgemeinen Bewegung aller gesellschaftlichen Beziehungen in einer gegebenen Periode definieren? Ganz allgemein: Stimmt es nicht mit den Formulierungen und den Ideen Lenins überein, wenn man den politischen Willen als *konzentrierte Form einer gesellschaftlichen Beziehung* faßt. Oder, um einen Ausdruck des jungen Marx aufzugreifen, ist die Demokratie, die wir vorschlagen, nicht wie „ein Abriß der konkreten Kämpfe der Menschheit"?

Das sind die Fragen, die, unter manch anderen, zu untersuchen sind ...

lendemains

ZEITSCHRIFT FÜR FRANKREICHFORSCHUNG +FRANZÖSISCHSTUDIUM

1 Romanistik in der Krise? (April 1975)
Schwerpunkt: Balzac vergriffen
Politische Rhetorik im 18. Jahrhundert

2 Werner Krauss 75 (August 1975)
Schwerpunkt: Kleinbürgertum I
Strukturalismus und Dichtung
Märchenforschung

3 Schwerpunkte: (Januar 1976)
* Sprachgeschichte in der Frankreichforschung I
* Kleinbürgertum II

4 Schwerpunkte: (Juni 1976)
* Aufklärung I
* Sprachgeschichte II
Forum: Stendhal

5 Schwerpunkte: (November 1976)
* Künstlerische Produktion heute
* Aufklärung II

6 Literatur und Gesellschaft im 17. Jahrhundert (Dezember 1976)
R. Mandrou u.a.

7 Gewerkschaftsbewegung (März 1977)
J. Droz u.a.

8 Aragon (Juli 1977)
C. Prévost u.a.

Jährlich 4 Hefte. Einzelheft DM 7.- / Abo DM 24.- Studentenabo DM 20.- gegen Bescheinigg. Alle Preise zzgl. DM 2,80 Porto. Bestellungen bei: Verlag und Vertrieb Sozialistische Politik GmbH., Büsingstr.17 1ooo Berlin 41, Postfach 410 269. Postscheckkonto: Verlag und Vertrieb Sozialistische Politik, SONDERKONTO LENDEMAINS, Berlin-West, Nr. 1237 68-109

PHILOSOPHIE UND POLITIK BEI ALTHUSSER – KRITISCHE BEITRÄGE (1)

G.M. Tripp

DIALEKTISCHER ZUSAMMENHANG VON PHILOSOPHIE, PRAXIS, POLITIK BEI ALTHUSSER

„Wenn in einem System sich das zugrunde liegende Bedürfnis nicht vollkommen gestaltet hat, und ein Bedingtes, nur in der Entgegensetzung zum Absoluten erhoben hat, so wird es als System Dogmatismus."

(G.W.F. Hegel, Jenaer Schriften/Differenz des Fichteschen und Schellingschen Systems)

Vorbemerkung

Die Rekonstruktion einer Theorie läßt nur dann deren adäquate Rezeption erhoffen, wenn die ihr zugrundliegenden Prämissen im Verlauf des Rekonstruktionsprozesses als durchgehendes Bezugskriterium herangezogen werden. Im Falle Althussers sind diese dann inhaltlich gewonnen, wenn neben den Prämissen des politischen und theoretischen Ausgangspunktes, dem XX. Parteitag der KPDSU, auch die „Elemente der Selbstkritik" als Referenzkriterium mit herangezogen werden. Es wird allerdings zu zeigen sein, daß gerade diese als politisch gefaßte Selbstkritik den wirklichen politischen Ausgangspunkt gar nicht in die Kritik mit einbezieht. Das politische Fundament bleibt damit als fraglos unterstellt. Für die grundsätzliche Betrachtung der Konstellation Philosophie-Politik kann dieser Sachverhalt nicht ohne Folgen bleiben. Die Beschreibung der Symptome substituiert dann „die Sache selbst".

Funktion der Selbstkritik

Nach Marx setzt die Fähigkeit zu objektiver Erkenntnis den Beginn der Selbstkritik voraus. In der Einleitung der Grundrisse schreibt er: „Die christliche Religion war erst fähig zum objektiven Verständnis der frühern Mythologien zu verhelfen, sobald ihre Selbstkritik zu einem gewissen Grade, sozusagen dynamei, fertig war. So kam bürgerliche Ökonomie erst zum Verständnis der feudalen, antiken, orientalen, sobald die Selbstkritik der bürgerlichen Gesellschaft begonnen." (1) Ob analog zum bezeichneten Sachverhalt die Selbstkritik Althussers allein schon seine wirklichen Zusammenhänge automatisch befördert, mag dahingestellt bleiben, zumindest aber dürfte sie Licht auf diejenigen Kriterien werfen, die seinem Schaffen subjektiv zugrunde liegen. Wir müssen uns hingegen fragen, worin seine Selbstkritik objektiv begründet liegt.

Nach Althussers eigenen Aussagen ist der XX. Parteitag der KPDSU mit seiner Kritik des Personenkults und der im Namen der Partei begangenen Verbrechen Anlaß zu einer falschen Humanismusdiskussion geworden, welche eine Herausforderung an die Philosophen in der kommunistischen Partei darstellt. Geht man hinter den Anlaß auf die wirklichen Voraussetzungen zurück, wird man feststellen können, daß in ihnen die Wiedergeburt eines wichtigen theore-

1 K. Marx: Grundrisse, Berlin(DDR) 1953, S. 26.

tischen und praktischen Prinzips gefeiert wird: die Renaissance von Kritik und Selbstkritik. Althusser drückt sich folgendermaßen aus: „Wenn man den Dingen auf den Grund gehen will, ist dies ein Grundprinzip des Marxismus-Leninismus. Nur diejenigen, die blind ‚Befehlen' folgen, können sich einbilden, daß sie nie einen ‚Irrtum' riskieren oder wegen eines ‚Fehlers' angeklagt werden können. Das ist ein lächerliches Kalkül, das von der Erfahrung schnell widerlegt wird. Die ganze Lehre Lenins widersetzt sich dieser Praxis. Ein Kommunist muß wissen, *warum* er handelt, und gerade seine Disziplin muß auf Vernunft und Bewußtsein basieren ... Wenn man sich irrt, muß man den Mut haben, es anzuerkennen und seinen Irrtum berichtigen. Die marxistisch-leninistische Arbeiterbewegung nennt diesen Vorgang: Kritik-Selbstkritik-Berichtigung ... Eine Kritik, die nicht auf den richtigen Prinzipien basiert, ist keine Kritik: sondern ein Angriff. Eine Kritik, die keine Berichtigung ermöglicht, ist keine Kritik: sondern eine chirurgische Operation oder ein Polizeieinsatz. Eine Selbstkritik, auch wenn sie ehrlich ist, die nicht wirklich zu einer Berichtigung führt, ist keine Selbstkritik: sondern eine religiöse Beichte. Für die Marxisten-Leninisten ist das Wichtigste nicht die Kritik um der Kritik willen, die Selbstkritik um der Selbstkritik willen, sondern das Ergebnis: die Berichtigung aufgrund richtiger Prinzipien. Auf diese Weise können die Dinge *vorangehen*, in der Politik ebenso wie in der Theorie." (2)

Der Hinweis auf den XX. Parteitag als Ausgangspunkt und das explizite Beharren auf den kommunistischen Prinzipien der Kritik müssen in einem inneren Zusammenhang begriffen werden: Die durch den XX. Parteitag in Gang gebrachte Debatte bleibt unzureichend (siehe Begriff Personenkult) (3) oder in den Ansätzen stecken, solange die genannten Kriterien nicht wirklich praktiziert werden. Insofern verweisen politischer Ausgangspunkt und methodische Verfahrensweise bei Althusser wechselseitig aufeinander. Er führt die Debatte über die Anwendung dieser Kriterien öffentlich, nicht parteiintern, weil die Fragen der Veränderung der Wirklichkeit nicht außerhalb dieser Wirklichkeit geführt werden dürfen, sollen sie nicht erneut der Gefahr scholastischer Deformation unterliegen.

Wie eingangs bemerkt, ruft der XX. Parteitag eine Humanismus-Diskussion hervor, deren Verlauf allerdings gerade den marxistischen Gehalt ihrer Prämissen aufzuheben scheint. Die Auseinandersetzung um die Interpretation Marxscher Texte zum Humanismus-Problem stellt sich folglich als unmittelbare politische Notwendigkeit ein. Indem die in der kommunistischen Partei Frankreichs organisierten Philosophen auf den Plan gerufen werden, kann die Althussersche These von der Philosophie als dem Klassenkampf in der Theorie ihre erste Plausibilität gewinnen. (4) Damit steht allerdings die Frage, ob die kommunistische Partei Frankreichs und die anderen kommunistischen Parteien über eine einheitliche marxistische philosophische Theorie verfügen, die nicht nur in ihrer Vermittlung mit den übrigen Teilen der marxistischen Lehre von der Welterkenntnis und Weltveränderung, d.h. als Bestandteil des wissenschaftlichen Sozialis-

2 L. Althusser: Elemente der Selbstkritik (cit. ES), Berlin(West) 1975, S. 98.
frz.: Elements d'autocritique (cit. EA), Paris 1974, S. 98.

3 L. Althusser: Für Marx (cit. FM), Frankfurt/M. 1968, S. 193.
frz.: Pour Marx (cit. PM), Paris 1965, S. 247.

4 L. Althusser: „Ist es einfach, in der Philosophie Marxist zu sein?", in: SOPO 34/35, S. 8.
frz.: Est-il simple d'etre marxiste en philosophie?, in: La Pensée Nr. 183, Octobre 1975 (cit. Pensée), S. 5.

mus, erkennbar, sondern die selbst noch als integrales Moment von Strategie und Taktik politischen Handelns auszumachen ist.

Wenn Lenin auf die drei Quellen und drei Bestandteile des wissenschaftlichen Sozialismus verweist, haben diese dann nicht auch durchgehend auffindbare Determinanten des politischen Handelns zu sein? Althusser spitzt die Frage nach dem Status der marxistischen Philosophie keineswegs in dieser Akzentuierung zu. Weder in „Für Marx", noch in „Ist es einfach in der Philosophie Marxist zu sein?" ist dieses Problem thematisiert. Welches sind demgegenüber Althussers Verständnis nach die Fragen der marxistischen Philosophie, deren politischen Ausgangspunkt er eindeutig hervorgehoben hat, die er zwar Klassenkampf in der Theorie sein läßt, aber dennoch nicht über die Einheit des wissenschaftlichen Sozialismus vermittelt zu denken scheint? Könnte es sein, daß ihn die Kritik an der theoretischen Praxis der Philosophen (d.h. an ihrer Theorielosigkeit) in der kommunistischen Partei Frankreichs zum Postulat einer Arbeitsteilung im Klassenkampf verleitet hätte, die sich dann als Schisma durch die Partei zöge, indem sie einerseits die Unterscheidung in Klassenkampf und Theorie und andererseits Klassenkampf in der Praxis träfe? Ist diese Althussersche Konsequenz nur als Ausdruck real existierender Verhältnisse zu begreifen, die den Intellektuellen das Feld der Theorie, den Arbeitern das Feld der politischen Praxis zuweist? Soll hier ein Zustand verändert werden, in dem bisher der eigentümliche Status von Erkenntnis unter der Dominanz des Praktischen immer zu kurz kommen, so wie sich die Praxis von der Theorie entfernen, praktizistisch oder pragmatisch werden mußte? Es scheint historisch an der Zeit, diesen Widerspruch zu denken und die Frage zu stellen, in welchem Maße sich Althusser dieses Widerspruchs bewußt wird, welche Folgen die Art und Weise der Behandlung dieses Widerspruchs auf seine eigenen Thesen zeitigt und inwieweit die kritische Rezeption Althusser hilft, dieses objektiv existierende Problem der Vermittlung von Theorie und Praxis in der Arbeiterbewegung genauer zu denken. Unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution und der sich wandelnden Zusammensetzung der Arbeiterklasse scheint dies eine Frage von nicht ganz geringer Bedeutung.

Althussers Ansatz in „Für Marx" kann klassifiziert werden als Kritik einer politischen Erfahrung, die prototypisch für die Situation der Intellektuellen in der französischen KP der 50er Jahre erscheint, in der „die Intellektuellen kleinbürgerlicher Herkunft ... sich angehalten fühlten, sich in reiner Aktivität ... von der imaginären Schuld zu entlasten, die sie glaubten sich dadurch zugezogen zu haben, daß sie *nicht proletarischer Abkunft* waren", daß sie ihre intellektuellen und wissenschaftlichen Werke geopfert haben, daß ein Philosoph, „wenn er im Sinne der Partei sprach oder schrieb, ... zu Kommentaren verurteilt (war) und zu mageren Varianten über die berühmten Zitate, zum internen Gebrauch!" (5) An die Stelle philosophischer Überlegungen war die Überzeugung getreten. (6) Von der Überzeugung zum Pragmatismus und positivistischen Tod der Philosophie ist nur ein kleiner Schritt. Aber auch die Überwindung dieses philosophischen Dogmatismus bringt die marxistische Philosophie nicht zurück. (7) Vielmehr stellt sich neben der Klärung die Frage ihrer Existenzberechtigung, die der Definition ihrer Besonderheit. (8)

5 FM, S. 25; (PM, S. 17 f.).
6 FM, siehe S. 26; (PM, S. 18).
7 FM, S. 29; (PM, S. 20).
8 FM, S. 31; (PM, S. 23 f.).

Die Forderung einer marxistischen Marxlektüre

Wie sieht das veränderte Gesicht der Philosophie aus, wenn Marx sie durch die Weise seiner Begründung der Geschichtstheorie neu konstituiert hat? Althusser kann sich ihren neuen Charakter nur in Form eines wissenschaftstheoretischen Einschnitts vorstellen: Indem Marx die Wissenschaft der Geschichtstheorie u.a. in der Auseinandersetzung mit der Theorie des Selbstbewußtseins der Junghegelianer entwickelt, in der geläufigen Terminologie: den historischen Materialismus, bereitet er gleichzeitig (nolens volens) einer neuen Philosophie den Boden: dem dialektischen Materialismus. Ihr selbständiger Charakter ist aus ihrem Geburtsort, der Deutschen Ideologie, allein noch nicht ableitbar. Der irrtümliche Gedanke vom Aufgehen der Philosophie, ja von ihrem völligen Verschwinden in der materialistischen Geschichtsauffassung hat gerade aus diesem Umstand seine Nahrung beziehen können. Auch Auffassungen, die eine grundsätzliche Unvereinbarkeit von historischem Materialismus und Philosophie behaupten, haben in den von Althusser als Werken des „Einschnitts" charakterisierten Texten wie den Thesen über Feuerbach (siehe 11. These) ihre Wurzel gefunden. Eine Identität Althussers mit derartigen sachlich ungerechtfertigten Thesen ist nicht gegeben. Althusser macht das an der Unterscheidung, die er zwischen Philosophie als Ideologie (bei Marx vor den Werken des Einschnitts liegend) und Philosophie als Wissenschaft vornimmt, deutlich. Es ist eine Unterscheidung von grundsätzlicher Tragweite, deren wichtigste Bezugspunkte sich unmißverständlich darstellen, wenn auf Althussers eigene Einteilung des Marxschen Werkes zurückgegriffen wird: 1840-1844 Jugendwerke, 1845: Werke des Einschnitts, 1845-1857 Werke der Reifung, 1857-1883 Werke der Reife. (9) Die Werke des Einschnitts markieren den Bruch, in der Sprache Engels' die „Abrechnung mit dem philosophischen Gewissen". (10) Keineswegs darf , Althussers Verständnis zufolge, dieser Bruch als schematische Aufteilung des Marxschen Werks in ideologische und postideologische, mehr oder weniger wissenschaftlich begründete Perioden, Perioden folglich, mit denen sich unabhängig von einander arbeiten ließe, begriffen werden. Vielmehr handelt es sich um einen Einschnitt innerhalb eines Kontinuums der theoretischen Entwicklung, welche die wissenschaftlich begründete Philosophie nicht mit einem Schlage entstehen läßt, sondern sie vielmehr allererst als Aufgabe deutlich macht. Ohne besonderen Scharfsinn läßt sich in diesem Zusammenhang erkennen, daß diese Verfahrensweise zwangsläufig die Frage nach den Kriterien stellt, mit deren Hilfe nicht nur dieser Einschnitt, sondern darüber hinaus die Idee der wissenschaftlich begründeten Philosophie gedacht werden kann. Handelt es sich aber hier nicht um einen Zirkelschluß? Gewiß. Althusser bezeichnet ihn als dialektischen Kreis (11), und zwar „von einer theoretischen Problematik aus, die, indem sie ihren Gegenstand erprobt, sich selbst an ihrem Gegenstand erprobt". (12) Wenn wir auf Althusser fußend einen Schritt weiter gehen, könnten wir sagen: Der Marxismus stellt sich hier selbst theoretisch auf die Probe, ohne damit schon sicher sein zu können, sich in derselben Form zurückzugewinnen. Wenn man so will, eine Rechenschaftslegung mit ungewissem Ausgang, aber einer klaren Ausgangshypothese, die von der Behauptung der Scheidung der ideologischen von der wissenschaftlichen Phase im Werk von Marx ausgeht, ohne den wissen-

9 Siehe FM, S. 35; (PM, S. 27).
10 F. Engels, MEW Bd. 21, S. 263.
11 Siehe FM, S. 40; (PM, S. 31).
12 FM, S. 40; (PM, S. 31).

schaftlichen Charakter schon per se als ausgewiesen zu unterstellen. Das Verfahren dieser historischen und dialektischen Hermeneutik betrifft also nicht nur den Versuch einer wissenschaftstheoretisch-geschichtlichen Bestimmung der marxistischen Philosophie, sondern trifft traditionalistische Marxrezeptionen in ihrem Kern. Indem nämlich der Marxsche Text über die Unmittelbarkeit erster Rezeption hinaus unter Marxschen Kriterien erneut gelesen, als historischer Text einer Entwicklung gelesen, historisiert wird, soll er der Gefahr seiner Hypostasierung verlustig gehen. Nicht allein dies. Der Marxsche Text muß sich darüber hinaus einem doppelten Bedingungsverhältnis stellen: Einmal den Bedingungen derjenigen Voraussetzungen, deren Resultat er darstellt, zum anderen den aktuellen historischen Bedingungen, die den kriteriellen Rahmen des Analysanten abgeben. Die Daten des Forschungsprozesses bezüglich der Marxschen Theorie und ihrer Genesis sowie die historische Position des Marx rezipierenden Theoretikers bilden folglich eine Korrelation mit dem erklärten Zweck im marxistischen Verstande, Reichweite, Gültigkeit, Grenzen und Anwendbarkeit der Marxschen Theorie in den Griff zu bekommen.

Ansatz und Irrtum, Marx durch das Begriffspaar Wissenschaft-Ideologie zu denken

Wenn so gefragt wird (und es besteht kein Anlaß nicht so zu fragen), stellt sich nicht allein das Problem des systematischen Aufrisses, sondern der systematischen inhaltlichen Entwicklung der materialistischen Philosophie als Bestandteil der umfassenderen Frage nach der Entwicklung des wissenschaftlichen Materialismus als System von Theorie und Praxis. Eine solche Entwicklung steht nicht für sich allein. Sie ist eingebettet in materielle Verhältnisse. Das hier in erster Linie interessierende Verhältnis ist das zu den gesellschaftlichen Verhältnissen und den übrigen Wissenschaften, die ihrerseits materielle Prozesse zum Ausdruck bringen. (13) Zugespitzt geht es bei der Frage nach der Dimension der materialistischen Philosophie also nicht zuletzt auch um die kontroverse Auffassung von Marxscher Theorie: ob sie Reduktionsprinzip oder entwickelter und in Entwicklung befindlicher Ausdruck begrifflich gefaßter und immer noch zu begreifender Realität ist. Wobei in Rechnung zu stellen ist, daß, dialektisch gesehen, sich ihre einzelnen Teile durchaus widersprüchlich verhalten können und müssen (wie die Weltgeschichte beweist). Ihre einzelnen Teile sind — gemessen an der Kritik der politischen Ökonomie — zweifellos historisch unterschiedlich entfaltet. Das ist keine neue Einsicht, aber als Bemerkung vielleicht nicht überflüssig, wenn sie als Hinweis auf den Prozeßcharakter des Ganzen verstanden wird, solange die Frage der Entwickeltheit resp. Unentwickeltheit der materialistischen Philosophie zur Verhandlung steht.

In diesem Kontext läßt sich Althussers Verständnis der Deutschen Ideologie ohne Not als spezifischer Versuch verstehen, das Problem der marxistischen Philosophie neu zu denken: „Dieses im Prozeß des ideologischen Irrtums so feste und genaue neue Denken definiert sich selbst jedoch nicht ohne Schwierigkeiten und Zweideutigkeiten. Man bricht nicht mit einem Mal mit einer theoretischen Vergangenheit: Man braucht auf jeden Fall Worte und Begriffe, um mit Worten und Begriffen zu brechen, und es sind oft die alten Worte, die mit dem

13 Ein „Marxismus" außerhalb *wissenschaftlich* begriffener sozialer Prozesse müßte erst darlegen, was er in seinem Rekurs auf das „Leben" zum Ausdruck bringen könnte, das nicht mit der reinen Anschauungsebene oder lebensphilosophischen Theoremen identisch wäre.

Protokoll des Bruchs beauftragt werden, solange die Erforschung der neuen andauert." (14) Diese Formulierung liest sich gleichzeitig wie die Einleitung in eine Passage der „Elemente der Selbstkritik", die sich später kritisch mit der beschriebenen Bruch- oder Einschnittscharakteristik durch das gegensätzlich gefaßte Begriffspaar Wissenschaft/Ideologie auseinandersetzt. Althusser nennt diese Trennung hier einen theorizistischen Irrtum (15). Worin besteht er? Ohne weitere Umschweife erklärt Althusser, den Begriff Ideologie an dieser (ohne Zweifel) äußerst wichtigen Stelle seiner Interpretation als Illusion, Irrtum, folglich in der Terminologie der Deutschen Ideologie verstanden zu haben. Zur Korrektur dieser Auffassung rekurriert Althusser auf den Begriff der proletarischen Ideologie, der den Gedanken des Einschnitts jetzt neu vermittelt. Nun allerdings nicht mehr als Bruch zwischen Ideologie und Wissenschaft, sondern bürgerlicher und proletarischer Ideologie. Wohlgemerkt, nicht durch die marxistische Unterscheidung von nichtwissenschaftlichem und wissenschaftlichem Ideologiebegriff. Der Rückgriff ist also keiner auf die wissenschaftliche Unterscheidung, vielmehr einer auf die Aktion: denn mit der bürgerlichen Ideologie konnte insgesamt nur gebrochen werden, wenn Marx „von den Prämissen der proletarischen Ideologie und den ersten Klassenkämpfen des Proletariats ausging, in denen diese Ideologie Form und Festigkeit annahm. Das ist das ‚Ereignis', welches hinter der rationalistischen Szenerie des Gegensatzes von ‚positiver Wahrheit' und ideologischer Illusion diesem Gegensatz seine eigentliche historische Dimension gab." (16) Das ist geschichtlich richtig, erklärt aber nicht den Zusammenhang von gesellschaftlicher und theoretischer Entwicklung.

Wie wir uns erinnern, haben wir oben die Begründung bezüglich der Notwendigkeit eines neuen Zugangs zur Marxschen Theorie in Ansehung des Konstitutionsprozesses der marxistischen Philosophie erfahren, die mit dem Anspruch auftrat, die marxistische Philosophie durch eine marxistische, d. h. historische und dialektische Rezeption der Marxschen Theorie, allererst zu konstituieren. Wir sind uns auch des allerersten Ausgangspunktes, nämlich der Bestimmung der marxistischen Philosophie im Gefolge des politischen Kampfes bewußt, einer Frage, vor die sich Althusser im Gefolge der theoretischen Diskussion auf dem XX. Parteitag der KPDSU gestellt sah. Aus dem Vergleich mit den Elementen der Selbstkritik können wir ersehen, daß sich Althusser des Zusammenhangs beider Komplexbereiche deshalb nicht bewußt war, weil er die „Mechanismen der Ideologie, ihre Formen, Funktionen, Klassentendenzen und notwendigen Beziehungen zur Philosophie und zu den Wissenschaften nicht begriff". (17) Dies immerhin sein eigenes Eingeständnis. Es scheint allerdings immer noch die Frage zu sein, ob diese Selbstkritik wirklich den Kern trifft: das Reflexionsverhältnis von Politik und Philosophie als konstitutive Bestimmung marxistischer Philosophie. Anzeichen sprechen dagegen. Warum?

Die unvollständige Korrektur des Irrtums

In der Auflistung seiner „Irrtümer", die durch die Trennung von Wissenschaft und Ideologie verursacht werden, nehmen bei Althusser die Kategorie der „theoretischen Praxis" und die These von der Philosophie als „Theorie

14 FM, S. 37; (PM, S. 28).
15 FM, S. 53; (PM, S. 41).
16 FM, S. 45; (PM, S. 45).
17 ES, S. 57; (EA, S. 45).

der theoretischen Praxis", Platz zwei und drei ein. (18) Der Leser dieser Kritik ist erwartungsvoll eingestimmt, hat er doch die nicht ohne Plausibilität vorgetragene Einlassung zur Kenntnis genommen, daß erst die Prämissen der proletarischen Ideologie das Neue der von Marx begründeten Wissenschaft ins rechte Licht rücken lassen. Um diesen Hinweis zu unterstreichen, denunziert Althusser seine frühere Auffassung, die sich im Gegensatzpaar „positive Wahrheit" und ideologische Illusion artikuliert hatte, als nunmehr rationalistisch. Muß aber damit nicht auch der Vorschlag einer neuen Marx-Lektüre, welche die dialektischen und historischen Kriterien, die dieser entwickelt hat, auf Marx selbst anzuwenden gedenkt, wiederum als rationalistisch zurückgenommen werden? Kann man diese Konsequenz umgehen? Althusser sieht sich nur zu einem halben Rückzug veranlaßt, wie wir dem Vorwort zur deutschen Einleitung in „Das Kapital lesen" (19) entnehmen, das bereits der Theorie der theoretischen Praxis als Definition der Philosophie die weitere Anerkennung versagt: „Die Philosophie einseitig als Theorie der theoretischen Praxisformen (und folglich als Theorie der Differenz zwischen diesen Praxisformen) zu bestimmen ist eine Formulierung, die nur ‚spekulative' und ‚positivistische' Auswirkungen und Reaktionen hervorrufen kann." (20) Eine notwendige kausalanalytische Untersuchung wird deshalb als überflüssig erachtet, weil die Fehler — „von einigen unwesentlichen Details abgesehen", (21) nicht die Analyse des „Kapital" insgesamt beeinträchtigen sollen. Die Kapitallektüre kann denn bei Althusser auch zwingend nur in traditionell philosophischer Weise vorgenommen werden: „ ‚Das Kapital' als Philosoph lesen, das bedeutet, letztlich, den spezifischen Gegenstand einer spezifischen Darstellungsweise und damit die spezifische Beziehung zwischen Gegenstand und Darstellungsweise in Frage zu stellen: es bedeutet also, an die Einheit *Darstellung — Gegenstand* die wissenschaftstheoretische Frage zu stellen, worin sich diese genau bestimmte Einheit von anderen Arten der Einheit Darstellung — Gegenstand unterscheidet." (22) In dieser wissenschaftstheoretischen Verfahrenweise taucht der Terminus Politik oder proletarische Ideologie erst gar nicht auf. Das Kapital wird aus dem politischen und gesellschaftlichen Kontext und dem Kontext der marxistischen Theorieentwicklung herausgenommen, und wie die hier (22a) formulierten (zweifellos äußerst wichtigen) Fragen verdeutlichen, ausschließlich auf der wissenschafts- und philosophiehistorischen/theoretischen Ebene analysiert. Diese Methode ist traditionell gesehen zweifellos legitim. Die Frage muß jedoch bleiben, wie vermittelt sich uns das Kapital damit *wirklich* marxistisch? Die Vermittlung muß für uns doch über die politisch determinierte Ausgangsfrage nach dem Wesen der marxistischen Philosophie erfolgen, die sich im Zusammenhang mit dem XX. Parteitag als aktuelle gestellt hat, weil die Kritik am Marxismus auf einer philosophischen, humanistisch orientierten Ebene vorgetragen wurde, der mit politischen Argumenten allein nicht beizukommen war, weil schließlich auch hier der Marxsche Satz aus der Kritik der Hegelschen Staatsphilosophie gilt, daß die eigentümliche Logik des eigentümlichen Gegenstandes zu berücksichtigen sei. (23) Nicht die methodische Ausgangsfragestellung, die

18 Siehe ES, S. 60 f.; (EA, S. 51).
19 L. Althusser, E. Balibar: Das Kapital lesen, Hamburg 1972.
20 Ebenda, S. 8.
21 Ebenda, S. 8.
22 Ebenda, S. 13.
22 a Ebenda, S. 14.
23 K. Marx, MEW Bd. 1, S. 296.

Trennung von Wissenschaft und Ideologie, die zur These der Philosophie als Theorie der theoretischen Praxis geführt hat, wird von Althusser kritisiert, sondern lediglich die Folgen. Die These der Philosophie als Theorie der theoretischen Praxis ist also erst durch ihre Folgen zu eliminieren. Sie hat zu spekulativen und positivistischen Auswirkungen geführt, die zukünftig zu vermeiden sind. Diese Konsequenz ist richtig, kann sich aber nur auf eine scheinradikale Selbstkritik des Ausgangspunktes Wissenschaft — Ideologie stützen. Althusser hat dieses „Vergehen" selber zugegeben und das klassisch gewordene Mittel der Unterscheidung von bürgerlicher und proletarischer Ideologie in Anwendung gebracht und damit traditionell gesehen eine grundsätzliche Kurskorrektor vollzogen. Die Frage steht nur, ob durch diese Wendung Klarheit hinsichtlich der Ausgangsfrage, nämlich des Einsatzes der Philosophie in der Politik wie marxistischer Theorie und einer diesbezüglichen Verhältnisverknüpfung gewonnen ist. Weil Althusser sich diese Frage nicht wirklich neu stellt, d. h. in der oben beschriebenen notwendigen Anwendung der dialektischen und historischen Methode auf die Rezeption der Marxschen Theorie und ihrer Bestandteile, bedingt durch die *aktuelle* marxistische Fragestellung nach der Korrelation von Politik und Philosophie, Politik und Theorie angesichts massenhafter Forderung nach Rationalität und demokratischer Transparenz, gelingt ihm nur der klassische Rückgriff auf die Unterscheidung der Ideologien, anstatt sie wissenschaftlich/politisch zu begründen und damit zu helfen, einen weiteren Beitrag zur Verwissenschaftlichung der Politik, d. h. zur höheren Kritikfähigkeit ihrer Postulate und Praxis beizutragen. Althussers eigene Antwort in der Selbstkritik klingt an diesem entscheidenden Punkt denn auch merkwürdig verschwommen und dunkel: „Natürlich blieb diese letzte These zur Philosophie nicht ohne Rückwirkungen auf die Konzeption der marxistischen *Wissenschaft*, des historischen Materialismus; weniger aufgrund meiner Verwendung der (im Prinzip richtigen) Unterscheidung von marxistischer Wissenschaft und marxistischer ‚Philosophie' als vielmehr wegen der Art und Weise, in der ich dieses Verhältnis dachte ... Daraus ergaben sich schädliche Konsequenzen für die Darstellung der *Modalität* der marxistischen Wissenschaft, des historischen Materialismus: vor allem in ‚Das Kapital lesen'. Und es war wohl bei dieser Gelegenheit, daß das beiläufige Nebenprodukt meiner theorizistischen Tendenz, daß der junge Welpe des Strukturalismus uns zwischen den Beinen hindurchhuschte ...". (24)

Welches Mißverständnis drückt sich in diesen Sätzen aus? Reduziert es sich allein auf die völlig fehlende Berücksichtigung der Ausgangsfrage oder muß nicht auch *Althusser selber* seine Handhabung wissenschaftstheoretischer Verfahrenweise und strukturalistischer Methode oder Tendenzen weiterhin undurchsichtig bleiben? Es geht hier nicht um die falschen Strukturalismusvorwürfe, die das eigentliche politische Problem überhaupt nicht sehen oder sehen wollen. Urs Jaeggi hat nicht nur diesen Punkt zu größerer Klarheit gebracht, sondern ebenso deutlich gemacht, wie wenig Strukturalismus oder „Struktur" per se schon als nicht-marxistisch oder gar antimarxistisch zu werten sind, falls es den Marxisten um echte Verständniserweiterungen und theoretische Innovationen gehen sollte. (25) Die Frage steht vielmehr, inwieweit die wissenschaftstheoretischen und strukturalistischen Ansätze bei Althusser einen inneren dialektischen Zusammenhang mit den politischen Voraussetzungen auch dann noch ausdrücken, wenn der Schein dagegen spricht. Gemeint ist hier

24 ES, S. 61 f.; (EA, S. 52 f.).
25 Siehe U. Jaeggi: Theoretische Praxis, Frankfurt/M. 1976.

nicht nur eine formal gefaßte dialektische Abhängigkeit der Wissenschaftstheorie von der Politik, die sich dialektisch gerade in deren formaler Losgelöstheit von Politik äußert. Mit Althusser zu reden: als das Wirken einer nicht gestellten Frage. Diese Art von Verhältnisbestimmung ist im vorliegenden Zusammenhang zwar auch gegeben, kann für unsere Betrachtung aber nicht ausschlaggebend sein. Ins Auge zu fassen wäre eher Althussers wissenschaftstheoretische Auslegung, nämlich, inwieweit in ihr die aktuell-*historisch* bestimmte Fragestellung *desjenigen* zum Ausdruck kommt, der unter den sozialen und wissenschaftlichen Prämissen der kapitalistischen Gesellschaft zu einem gegebenen Zeitpunkt (politischer Stichtag: XX. Parteitag der KPDSU) die Rezeptionsbedingungen der Marxschen Theorie auf die Tagesordnung setzt. Was aktuell als Irrationalität (Stalinismus) der Geschichte ins Bewußtsein gedrungen ist, verlangt nach rationaler Begründung. Althusser kann wisssenschaftstheoretisch nicht allein auf Bachelard reduziert werden, sondern er will zunächst rational und wissenschaftstheoretisch ein objektiv existierendes politisches Problem stellen, das die Analyse der Möglichkeiten und historischen Voraussetzungen von Rezeption und politischer Anwendung marxistischer Theorie, die Art und Weise ihrer Entwicklung, des Zusammenhangs ihrer Teile, ihrer Grenzen notwendig macht. Ein politisches Problem, will man nicht Glaubenssätze verkünden, verlangt immer nach rationaler Erklärung. Althussers Problem in diesem Zusammenhang scheint darin zu liegen, von vornherein eine Art Arbeitsteilung akzeptiert zu haben: das politische Problem ausschließlich auf der philosophischen Ebene zu stellen und den wirklichen Zusammenhang beider Ebenen zu vernachlässigen. Durch die auf den XX. Parteitag folgende Humanismus-Diskussion der Nicht-Kommunisten, beginnt er mit dem Studium der Marxschen Texte, aus der politischen, nicht-philosophischen Aktion heraus, die ihn mit der Notwendigkeit der philosophischen Aktion, der „theoretischen Praxis" konfrontiert (man muß Althussers Gedanken aus diesem Zusammenhang verstehen, wenn man ihn wirklich verstehen will. Es ist nicht die theorizistische Selbstverblendung, die aus den Elementen der Selbstkritik und Selbstdenunziation häufig durchscheint), und läßt sich in die radikale Position der Antihumanismus-These drängen. Hier wird Althussers These von der Philosophie als Klassenkampf in der Theorie geboren, als besondere Praxisform, als Ausdruck des Versuchs rationaler Durchdringung politischer Probleme. Sie scheint direkte Folge dieser Auseinandersetzung zu sein. In diesem Kontext gilt es einen wesentlichen Unterschied festzuhalten: Althusser stellt sich das Problem der marxistischen Philosophie zunächst nicht kausalanalytisch auf der Ebene der marxistischen Politik, d. h. der Rolle der Philosophie in der kommunistischen Partei, inwieweit philosophische Reflexionsformen dort ihren Ort haben oder haben können, inwieweit Philosophie zwar als Bestandteil des Marxismus Bestandteil des Gedankenguts der kommunistischen Partei ist, in der politischen Strategie und Taktik aber de facto keine Rolle spielt, sich die philosophische Debatte den taktischen Forderungen zu unterwerfen hat, mit allen Folgen, sowohl für die politische Taktik wie die theoretische Entwicklung. Inwieweit diese Situation nicht allein die Philosophen innerhalb der Partei berührt, sondern die Wissenschaftler insgesamt, d. h. die Frage des äußerlichen Verhaltens des wissenschaftlichen Sozialismus zur wissenschaftlichen Tätigkeit und wissenschaftlichen Entwicklung, wenn doch immerhin historisch verbürgt ist, daß der wissenschaftliche Sozialismus nicht zuletzt auch (und wie eigentlich sonst?) ein Ergebnis wissenschaftlicher Tätigkeit darstellt. Das stellt die Frage nicht allein nach dem Marxismus als reduktiv handhabbarem Prinzip, sondern als Theorie der Veränderung, die sich in diesem Prozeß (bei Strafe der

Aufgabe ihrer Lebendigkeit) selbst verändern muß. Diese Frage stellen heißt, die Frage nach der integralen marxistischen Theorie stellen, nach der marxistischen Theorie in ihrem universellen Charakter, die in Vermeidung dogmatisierender Tendenzen auch unter den besonderen Tätigkeitsbedingungen und -formen stets von dieser Universalität ausgehen muß. Dies schließt eine den differenzierten Praxisbereichen angemessene Politik ein, die Verbindung der objektiven *allgemeinen* Bedürfnisse mit den *besonderen*. Im Grunde steht so auch die Frage nach der marxistischen Philosophie, ihres Verhältnisse zu den übrigen Elementen des Marxismus, die Frage nach einer wirklich materialistischen Dialektik der Politik, die dem Postulat einer immer schon allgemein unterstellten Vernunft des Handelns zu entsprechen hat.

Wie bereits bemerkt, geht Althusser zwar von den Problemen des XX. Parteitages aus, sieht sie aber nicht auf der Ebene der Verfassung der Partei als organisatorischem Ausdruck des Marxismus, sondern lediglich auf der der unmittelbar konkreten Politik. Er sieht sie auf der Ebene der mit dem Klassenkampf verbundenen Theoriediskussion, innerhalb deren die Positionen zwar erörtert, aber nicht mehr theoretisch auf ihre integralen Voraussetzungen hin diskutiert werden, sondern immer schon verortet sind. Erst durch diese Unterscheidung läßt sich sein Philosophie/Theorie-Politikverhältnis noch genauer klären und bestimmen. (Daß die Trennung dieser Ebenen bei Althusser nicht immer in dieser Eindeutigkeit erfolgt, liegt an dem wechselweisen Übergehen und Durchdringen insbesondere der letzten beiden Ebenen.) Zumindest scheint klar zu sein, daß bei ihm der Begriff der dialektischen Politik durch den der Praxis substituiert ist, der aus der Humanismus-Debatte hervorgeht. Eine wirkliche Verhältnisbestimmung von Philosophie und Politik kann ohne die Hereinnahme der politischen Grundvoraussetzungen in die philosophische Bestimmung nicht gelingen. Wir werden darauf näher eingehen.

Der pragmatische Politikbegriff

Marx, so Althusser, „ersetzt die alten Postulate ... des Idealismus ... und prämarxistischen Materialismus durch einen dialektisch-historischen Materialismus der Praxis: das heißt durch eine Theorie der verschiedenen spezifischen *Ebenen der menschlichen Praxis* (ökonomische Praxis, politische Praxis, ideologische Praxis) in den ihr eigenen Artikulationen, begründet auf den spezifischen Artikulationen der Einheit der menschlichen Gesellschaft. Sagen wir mit einem Wort, daß Marx den ‚ideologischen' und universalen Begriff der Feuerbachschen ‚Praxis' durch eine konkrete Auffassung der spezifischen Unterschiede ersetzt, die es gestattet, jede besondere Praxis in den spezifischen Unterschieden der sozialen Struktur zu situieren." (26) Das klingt ungeheuer plausibel, läßt uns aber noch nicht erkennen, wie die Übersetzung dieser Praxisarten in den Begriff der Einheit der menschlichen Gesellschaft in einer dialektischen Theorie der Politik zu fassen wäre. Obgleich sich Althusser — wie der Text beweist — über den Doppelcharakter des Ideologiebegriffs außerordentlich im klaren ist, konstituiert er in bekannter Weise den Praxisbegriff aus der Überwindung der vormarxschen Ideologien. Wirkt hier noch Althussers These nach, daß Marx in seiner Hegelkritik als Feuerbachianer verfuhr, indem er auf die sinnlich menschliche, gegenständliche Tätigkeit, resp. Praxis als Maßstab für gegenständliche Konstitutionsprozesse abhob? Wo die Hegelsche Einheit durch die Kritik in die einzelnen Gegenstände und Tätigkeitsfor-

26 FM, S. 178; (PM, S. 23 f.).

men aufgelöst wird, bietet sich die These von den materialistisch bestimmten Praxisformen als Schlußform an, welche über die allgemeine Kategorie menschliche Gesellschaft wieder versammelt werden. Kann aber derart die wirkliche dialektische Vermittlung des Ganzen und seine zielgerichtete Veränderung gewonnen werden? Wie ordnet sich politische Praxis als partikulare dann der Morphologie der übrigen Praxisarten zu? Althusser bietet uns folgende Verständnismöglichkeiten an:

Für die marxistische Philosophie soll der theoretische Anti-Humanismus als Voraussetzung gelten. Auf der marxistischen Philosophie ferner ist die marxistische Politik gegründet. (27) Denken wir diesen Gedanken konsequent zu Ende, wird Politik letztendlich auf Ideologie zurückgeführt. Noch in der Negation bestimmter Ideologien kann sie diese Voraussetzungen schwerlich überwinden. Auch die marxistische Philosophie bleibt ihr unterworfen. Ideologie, Philosophie, Politik werden dann nicht systematisch historisch und dialektisch als Bestandteile eines Ganzen (der marxistischen Theorie und Praxis) gedacht, sondern als Partikularitäten, die linear verbunden sind: Ideologie → Philosophie → Politik. Darin drückt sich keine materialistische Theorie der Dialektik der Politik, sondern eher eine politische Praxis aus, deren Ideologiehaftigkeit sich auf Kosten ihrer materialistischen Rechtfertigung immer wieder zur Schau stellen muß. Und zwar Ideologie verstanden im Althusserschen Sinne: „als System von Vorstellungen sich von der Wissenschaft darin unterscheidet, daß die praktisch-gesellschaftliche Funktion sich in ihr gegen die theoretische Funktion (oder Erkenntnisfunktion) durchsetzt." (28)

Am Beispiel des Begriffs „Personenkult" wird dieses Procedere augenscheinlich. Kann diese Formulierung den Rang eines wissenschaftlichen Begriffs im historischen Materialismus für sich in Anspruch nehmen? In der bislang entwickelten materialistischen Theorie wird er sich kaum auffinden lassen. Als Theorie-Surrogat bringt er nur Ideologie zum Ausdruck, die „auch hier der schnellste Weg, der Ersatz für eine unzureichende Theorie ist." (29) Jener politische Pragmatismus drückt nicht allein ein Defizit an dialektischer Theorie der Politik aus, einen Lückenverweis (wenn auch immerhin einen ungeheuer entscheidenden) bezüglich der systematischen marxistischen Theorie, sondern darüber hinaus auch die Anwesenheit von gesellschaftlichen und politischen Kräften, die vom Kern des Gedankens der marxistischen Theorie noch nicht erfaßt, aber gleichwohl unter den Prämissen sozialistischer Politik virulent sind oder zur Wirkung kommen. Hält man diesen Aspekt nicht gerade für irrelevant, betrifft das Postulat nach einer dialektischen Theorie marxistischer Politik, welche die einen nicht folgenlos denken und die anderen nur folgenreich handeln läßt, jede marxistische Organisation in der Qualität ihrer realen Verfassung. Bis dahin aber gilt immerhin noch der Hegelsche Satz, daß, wenn der Gedanke nicht revolutioniert ist, es die Wirklichkeit allemal noch gut aushält. Derartige Revolutionierungen müssen aber in erster Linie die organisierten relevanten gesellschaftlichen Kräfte selber ergreifen, wollen sie sich nicht der von Marx zwingend vorgeschriebenen Voraussetzung begeben, im besonderen Interesse das allgemeine Interesse zum Ausdruck zu bringen. (30)

Geht man isoliert von den vorgetragenen, auf Althusser basierenden Schlußfolgerungen aus, mag sich der Hinweis aufdrängen, Althusser habe das durch

27 Siehe FM, S. 181; (PM, S. 237 f.).
28 Siehe FM, S. 181; (PM, S. 238).
29 FM, S. 194; (PM, S. 248).
30 Siehe K. Marx, MEW Bd. 1, S. 388 f.

den XX. Parteitag zur Sprache gebrachte Problem des Personenkults in seiner ganzen theoretischen Mattheit charakterisiert und hierdurch den politischen Kern des Problems getroffen. Dieser Hinweis übersieht allerdings zweierlei. Einmal kann nicht als Zufall gewertet werden, daß Althusser das Personenkultproblem als ideologisches Problem zwar erkennt, aber nur aufgrund seiner linearen Konstruktion des marxistischen Politikbegriffs unter der Voraussetzung der Überwindung der bürgerlichen Ideologie. Zwar ist diese Definition partiell richtig, aber gerade deswegen kann sie die Frage nach einem systematischen marxistischen Politikbegriff nicht ersetzen, der alle Handlungsbereiche synthetisch und somit den „Personenkult" wissenschaftlich erfaßt. Wie wir gesehen haben, setzt der Althussersche Politikbegriff schon die Entwicklung der marxistischen Philosophie voraus, die jedoch (wie wir wissen) als rein aparte nicht existieren darf. Sie muß vielmehr auf ihre besondere Weise die Einheit des Systems widerspiegeln; eine Widerspiegelung, aus der erst der besondere Charakter der marxistischen Philosophie im System beschreibbar ist. Sie kann apart *nicht* eine der Folien für die synkretistische Konstruktion eines Politikbegriffs liefern, der zwangsläufig jeder Dialektik entbehren muß; sondern die marxistische Philosophie — das beweist ihre Herkunft und der aktuelle Streit um ihre Existenz — impliziert selbst in besonderer Weise immer schon die Dimension Politik. (Wir kommen später darauf zurück.) Daß Althusser dieses Verständnis nicht im Auge hat, mögen seine eigenen Äußerungen erhellen: „Jedoch betrifft alles, was über den ‚Personenkult' gesagt wird, eben genau den Bereich des *Überbaus*, also der Organisation des Staats und der Ideologien; betrifft darüber hinaus, grob gesprochen, *diesen einzigen Bereich*, von dem wir in der marxistischen Theorie wissen, daß er eine relative Selbständigkeit besitzt (was ganz einfach, theoretisch, erklärt, daß die sozialistische *Basis* im wesentlichen sich ohne Schaden entwickeln konnte während dieser Periode von Irrtümern, die den *Überbau* angingen)". (31) In dieser Charakteristik handelt es sich nicht nur um einen beliebigen, sondern einen grundsätzlich anderen Gesichtspunkt, der bis hin zu einer Verschiebung des Problems gedeutet werden kann. Diese Schwierigkeit stellt sich nur dann nicht, wenn der Bereich des Überbaus und der Ideologie, des Staates, wie es weitgehend in den sozialistischen und Volksdemokratien politische Praxis ist, mit den Normen der kommunistischen Partei identisch gesetzt wird. Wird nicht von dieser Identität ausgegangen (so der Standpunkt des Verfassers), dann stellt sich die Schwierigkeit des Personenkults auf der Ebene der politischen Organisation, der diese Person angehört und in deren Auftrag sie handelt: im Falle Stalins der kommunistischen Partei der SU. Sie stellt sich also als Frage ihrer Organisationsverfassung, ihres gesamten theoretischen Inhalts und der historischen Bedingungen. Entspricht, wie Althusser formuliert (32), dem Begriff des Personenkults als Kehrseite derjenige der Entfremdung, bleibt zu fragen, wie tief die Entfremdung der Organisation gegenüber der Theorie, der Mitglieder gegenüber der Organisation und der Organisation gegenüber den Verhältnissen verwurzelt war. Stellt sich die Frage folglich auf der Ebene der Partei, dann stellt sie sich zwangsläufig nicht nur als eine nach der historischen Ausgewiesenheit ihrer Politik, sondern grundsätzlich: nach der dialektischen Theorie der sozialistischen Politik, in der weder politischer Instinkt, noch naturwüchsiges Machtverlangen als positive Kategorien, gemessen an der emanzipatorischen Zielsetzung, theoretisch zu setzen, noch pragmatisch zu praktizieren sind. Althusser hat sich dieses Problem erwiesenermaßen in der vorliegenden Form nicht

31 FM, S. 193; (PM, S. 247).
32 FM, S. 194; (PM, S. 248).

gestellt. Die konkrete Ebene der Partei war und bildet den nicht diskutierten Ausgangspunkt seines politischen Handelns. Deshalb gelingt ihm der Rückgriff auf die proletarische Ideologie in seiner Selbstkritik objektiv und subjektiv mühelos, weil die spezifische Verfassung der Partei als Organisation der Arbeiterklasse nie zur Analyse gestanden hat. Dabei folgt er weder blind Kursveränderungen, wie seine jüngst dokumentierte Haltung bei der Streichung der Zielsetzung der Diktatur des Proletariats für die KPF beweist, noch übersieht er die theoretischen Defizite des wissenschaftlichen Sozialismus. Am Beispiel der Philosophie hat er am eigenen Leibe erfahren, wie sehr viele Bereiche der Wirklichkeit durch die marxistische Theorie bisher nicht erschlossen sind und durch eine ausschließlich an den Interessen der unmittelbaren Produzenten ausgerichtete Politik auch allein nicht erreicht werden können. Hierin drückt sich historisch lediglich die Kehrseite der sich immer rascher vollziehenden Veränderung der qualitativen Zusammensetzung der Arbeiterklasse unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution aus, die selbst eine veränderte Politik erfordert. Die unmittelbare historische Erfahrung der Arbeit in der kommunistischen Partei Frankreichs konnte mit einer gewissen Zwangsläufigkeit zur These der verschiedenen politischen Praxen führen, denen sich dann die Praxis der Philosophie in der Althusserschen Fassung unproblematisch zuordnet.

Wir hatten bisher schon gesehen, daß die „für die *Lektüre* von Marx notwendige Arbeit gleichzeitig, im strengen Sinn, die theoretische Arbeit der Erarbeitung der marxistischen Philosophie" (33) ist. Ohne uns dem Problem des Zirkelschlusses der Fragestellung noch einmal zuzuwenden, soll jetzt nicht allein auf den zentralen Status der Philosophie in der politischen Reflexion Althussers hingewiesen werden, sondern auf die Art und Weise, wie sie in der Analyse gewonnen wird.

Philosophie und Praxis

Der zentrale Gedanke der Althusserschen Argumentation ist der nach dem Unterscheidungskriterium von Hegelscher und Marxscher Dialektik, um das grundsätzlich qualitative Neue, das die marxistische Philosophie gegenüber all ihren historischen Vorläufern als besondere auszeichnet, herauszuarbeiten. Als Katalysator dieser Differenzbestimmung wird die Leninsche Metapher vom schwächsten Glied herangezogen, das darüber entscheidet, was eine Kette wert ist. (34) „Hatten Marx und Engels etwas anderes gesagt, als sie erklärten, daß die Geschichte immer durch ihre *schlechte Seite* fortschreite?" (35) In der Übertragung jenes Bildes auf die gesellschaftlich politische Ebene muß herausgefunden werden, welche Bedingungen und Umstände zum Bruch, d.h. zur Entfaltung des historischen Widerspruchs, im politischen Verstande: zur Revolution führen können. Der Terminus „Überdeterminierung" drückt im Gegensatz zur Komplexität kumulativer Verinnerlichung der Hegelschen Dialektik in der Althusserschen These den besonderen Charakter marxistischer Dialektik aus, gefaßt als Widerspruchsdialektik. Um nicht wie in der traditionellen Philosophie kontingenten Interpretationen ausgeliefert zu sein und ihren materialistischen Charakter unter Beweis zu stellen, muß das Wesen der marxistischen Dialektik auf der marxistischen Geschichtsauffassung gegründet sein, die nicht von der einfachen Umkehrung Hegelscher Begriffe lebt, sondern sie entweder zum Verschwinden

33 FM, S. 40; (PM, S. 31).
34 Siehe FM, S. 57; (PM, S. 92 f.).
35 FM, S. 62; (PM, S. 96).

bringt (bürgerliche Gesellschaft) oder durch den neuen historischen Ansatz qualitativ neu bestimmt. Zurück zur Metapher „Glied der Kette" und der immer aktuellen Bestimmung revolutionärer Veränderung: „Marx (gibt) uns wohl die ‚beiden Enden der Kette' und sagt uns, daß man zwischen ihnen suchen muß ...: einerseits *die Bestimmung in letzter Instanz durch die Produktionsweise (ökonomisch); andererseits die relative Autonomie der Superstrukturen und ihre spezifische Wirksamkeit*." (36) Die Althussersche Verfahrensweise in der Bestimmung materialistischer Dialektik als Bestandteil der marxistischen Philosophie verdient durch den impliziten Analogieschluß Aufmerksamkeit. Das Anliegen, materialistische Dialektik gegenüber den idealistischen Vorgängern als Novum plausibel zu machen, muß mit der Idee der Voraussetzungslosigkeit theoretischer Begründung brechen und sich dabei Hegelscher Denkmuster begeben (das Sein dem Nichts zu identifizieren), um noch den Anfang einer Theorie dialektisch bestimmen zu können. Ihre Voraussetzung kann allein die Geschichte sein, die Kontinuität und Diskontinuität, der Widerspruch historischer Ereignisse, der zwar einerseits die Bestimmung allgemeiner dialektischer Gesetze zuläßt, ihre Anwendung aber nur in besonderer Weise gestattet. Zwischen real-historischer und formaler Bestimmung materialistischer Dialektik liegt so selbst ein dialektischer Widerspruch begründet, der sich in der Schwierigkeit ihres Auffindens in den konkreten historischen und gesellschaftlich/politischen Zuständen ausdrückt. Ohne diese Folgen explizit zu berühren, kann Althussers Ansatz für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, darauf hingewiesen zu haben, daß die Geburt des dialektischen Materialismus oder der materialistischen Dialektik nur mit den Mitteln des historischen Materialismus theoretisch faßbar ist, dem die dialektisch gefaßten Momente auf besondere Weise innewohnen; um so reichhaltiger und präziser läßt sich erst der Charakter materialistischer Dialektik bestimmen, d.h. um bestimmbar zu sein, muß ihm historisches, politisch-gesellschaftliches Handeln, Praxis, immer schon vorausgehen, ohne sich darin erschöpfen zu können. Althusser greift folglich zur historisch entwickelteren Form historisch-analytischer Bestimmung gesellschaftlicher Verhältnisse, wie sie Lenin vorgetragen hat, um die Genesis materialistischer Dialektik im Bruch mit Hegel bei Marx so präzise wie möglich zu bestimmen, d.h. nachdem sie in historisch wirksam gewordener Form zur Anwendung gebracht worden ist. Insofern ist seine Methode auf hervorragende Weise ein Beispiel historisch-logischer Verfahrensweise. Um die Geschichte ihres Anfangs so präzise wie möglich zu begründen, muß auf die entwickeltere Form materialistischer Dialektik zurückgegriffen werden. Nicht allein dies. Mit dieser Argumentation stellt Althusser eine dialektische Verbindung von politischer Bestimmung materialistischer Dialektik und Philosophie her (was keineswegs im Widerspruch zum konstatierten Mangel an Problembewußtsein für die Notwendigkeit der Konstitution einer dialektischen Theorie der Politik als Ausweis rationalen Handelns unter spezifischen historischen und organisatorischen Bedingungen steht). Auf dem oben beschriebenen Hintergrund wird nicht zuletzt auch Althussers Antwort auf die Frage nach der Determination materialistischer Dialektik als theoretisches Problem einsichtig, das seine Lösung immer schon in der marxistischen Praxis gegeben sieht, und es sich „nur noch" darum handelt, es theoretisch zu formulieren. Darin aber liegt bekanntlich genau die Schwierigkeit. Praxis faßt Althusser mittels eines pluralen Begriffs, denn „es existieren verschiedene, tatsächlich unterschiedliche Praxis-Arten, obwohl sie organisch ein und derselben komplexen Totalität angehören. Die ‚soziale Praxis', d.h. die

36 FM, S. 79; (PM, S. 111).

komplexe Einheit der in einer bestimmten Gesellschaft existierenden Praxis-Arten umfaßt somit eine hohe Anzahl unterschiedlicher Praxis-Arten ... Außer der Produktion umfaßt die soziale Praxis andere wesentliche Ebenen: die politische Praxis —, die in den marxistischen Parteien nicht mehr spontan ist, sondern organisiert auf der Basis der wissenschaftlichen Theorie des historischen Materialismus, und die ihre Grundmaterie: die sozialen Verhältnisse, in ein bestimmtes Produkt (neue soziale Verhältnisse) umwandelt; die *ideologische* Praxis ... und schließlich die *theoretische Praxis* ... Unter Theorie verstehen wir also in dieser Beziehung eine *spezifische Form der Praxis*, die ebenfalls zur komplexen Einheit der ‚sozialen Praxis' einer bestimmten menschlichen Gesellschaft gehört. Die theoretische Praxis geht ein in die allgemeine Definition der Praxis." (37) Die Existenz dieser Praxisarten wird sicherlich schwerlich bestritten werden können, sowenig wie die durch sie hervorgerufenen unterschiedlichen Methoden, Gegenstandsbezüge und Ideologien. Schlägt in dieser Praxisbestimmung als pluraler Bestimmung jedoch nicht der weiter oben bei der Beschreibung des Begründungsprozesses der marxistischen Theorie der noch in der Negation zentrale Rang der traditionellen Ideologie durch? Ist die Unterschiedsbestimmung der Praxisarten nicht selbst eine ideologische und keine wissenschaftliche Bestimmung, weil sie in phänomenologischer Betrachtungsweise bei einer Bestandsaufnahme der Vorgänge auf der gesellschaftlichen Oberfläche verweilt und dennoch in demselben Atemzug danach trachtet, sie wissenschaftlich zu erfassen? Kann dieser Versuch als gelungen bezeichnet werden, wenn es doch eines umfassenden, synthetisierenden Praxisbegriffes ermangelt, der weder Reduktionselement minimaler Gemeinsamkeiten alles Besonderen und einzelnen ist, sondern begriffliche Vereinheitlichung, d.h. echte Allgemeinheit ist? Dürfen wir im Althusserschen Vorschlag eines generellen Praxisbegriffs diesen Wesenszug erkennen, oder drückt er nur auf aparte Weise aus, was allem einzelnen und Besonderen unabhängig von seiner besonderen Existenz immer schon gemeinsam ist? Althusser schreibt: „Unter *Praxis* verstehen wir im allgemeinen jeden Prozeß der *Veränderung* einer bestimmten Grundmaterie in ein bestimmtes *Produkt*, eine Veränderung, die durch eine bestimmte menschliche Arbeit bewirkt wird, indem sie bestimmte (‚Produktionsmittel'-)Mittel benützt. In jeder so verstandenen Praxis ist das *bestimmende* Moment (oder Element) des Prozesses weder die Grundmaterie noch das Produkt, sondern die Praxis im engeren Sinne: das Moment der *Veränderungsarbeit* selbst, das in einer spezifischen Struktur Menschen, Mittel und eine technische Gebrauchsmethode der Mittel verwendet." (38) Handelt es sich hier um eine strukturalistisch-tayloristische Praxisdefinition oder eine materialistische, die sich generell *historisch* zu definieren gezwungen ist? Sicherlich kann die vorgeführte Praxiskategorie nicht als wirklich materialistische, wohl aber als materializistische gewertet werden. Jede Praxis drückt im marxistischen Verstande materielle Verhältnisse aus, in welcher Form auch immer, wie bewußt oder unbewußt. Materielle Verhältnisse, das weiß auch Althusser (ohne es allerdings zu sagen) sind immer auch gesellschaftliche Verhältnisse. Der als Bezugspunkt oder Einheitskategorie in die Diskussion eingeführte Althussersche Praxisbegriff kann die Kriterien eines dialektisch, historisch und materialistischen Praxisbegriffs nicht erfüllen, denn sein Kern kommt über diese praktizistische Determination nicht hinaus. Die Althusserschen Überlegungen ziehen neben dem Praxisbegriff auch den Begriff der Politik (politische Praxis) durch seine partikulare Fassung von der Ebene

37 FM, S. 104; (PM, S. 167 f.).
38 FM, S. 104; (PM, S. 167).

systematischer wissenschaftlich materialistischer Begründung ab. Durch die Beurteilung der Politik als besonderer Praxisform, wird ihr ein Status zuerkannt, der zwar einer bestimmten Wirklichkeit entspricht, aber nicht den Anspruch einer marxistischen Begründung der zielgerichteten Bestimmung allen gesellschaftlichen Handelns erfüllt. Über diese allgemeine politische Theorie als Strategie wäre die ihrer besonderen Formen, gemäß den spezifischen gesellschaftlichen Verhältnissen, als Taktik zu denken. Sicherlich liegen zu diesem Thema bereits wichtige Untersuchungen vor, die sich auf besondere historische Erfahrungen stützen können; von einer allgemeinen systematisch-marxistischen Theorie der Politik kann in unstrittiger Weise demnach nicht die Rede sein. Insofern, das muß festgehalten werden, drückt Althussers Begriff der politischen Praxis selbst nur gängige politische Praxis aus, wodurch er hilft, die Dimension ihrer Kritik (die selbst noch aussteht) überhaupt erst zu erarbeiten. Das Desiderat dieser dialektischen Theorie der Politik kann, darüber sollte sich jeder im klaren sein, allein durch die Entwicklung und Entfaltung immer massenhafter praktizierter Demokratie, als Abschaffung partikularer Herrschaftsformen verwirklicht werden. Das theoretische Problem ist gestellt, weil es als praktisches Problem gestellt ist. Alle demokratischen Bewegungen der letzten Jahrzehnte zeigen das an. Auf „Theorizismus" abzielende Einwände hiergegen können nur an der Aufrechterhaltung partikularer Herrschaftsformen interessiert sein. In die Vergangenheit abgedrängt würde dann weiter auch die Marxsche Einsicht, formuliert in der dritten These über Feuerbach, daß auch der Erzieher selbst erzogen werden muß. Wer die Intention verfolgt, im Interesse der Volksmassen zu handeln, hat sich — bei Strafe der Isolation — der erzieherischen Resonanz durch das Volk auszusetzen. Nur in dieser Dialektik läßt sich eine praktisch fundierte und verwirklichte Theorie wie eine theoretisch fundierte Praxis in Bewegung setzen.

Die Beurteilung dieser Problemstellung führt uns mit Althusser auf Lenin zurück, der in „Was tun? " gegen eine spontaneistische Massenhaltung die These: „ohne Theorie keine revolutionäre Aktion" entwickelt. „Indem er die marxistische politische Praxis an die Notwendigkeit der ‚Theorie' erinnert, die sie begründet, spricht er in Wirklichkeit eine These aus, die die THEORIE angeht, d. h. die THEORIE der Praxis im allgemeinen: die materialistische Dialektik. In diesem doppelten Sinne ist die Theorie für die Praxis wichtig. Die ‚Theorie' ist direkt für ihre eigene Praxis wichtig." (39) Was heißt das? Zunächst ist darauf hinzuweisen, das Althusser mit THEORIE die als Wissenschaft begriffene marxistische Philosophie meint. Übersetzen wir die Althussersche Terminologie, so können wir lesen: Lenin spricht eine These aus, welche die Philosophie angeht, die Philosophie der Praxis im allgemeinen: die materialistische Dialektik. Könnten wir damit aber nicht unser und wahrscheinlich auch Lenins Problem (wenn bei ihm natürlich aus einer unmittelbaren konkreten historischen Situation heraus gestellt), nämlich die systematische dialektische Einheit von Theorie und Praxis verloren haben, und dies zwangsläufig im doppelten Sinne: sowohl für die Theorie der Politik wie für die Philosophie? Für Althusser ist, wie wir aus einer anderen Stelle wissen (40) die Philosophie die materialistische Dialektik, gleichgesetzt mit dem dialektischen Materialismus. Sollen wir also im zitierten Zusammenhang Lenin als denjenigen verstehen, der aus der politischen Praxis heraus seine Aufforderung nach Theorie an den dialektischen Materialismus richtet, zugeschnitten auf die historische Situation? Ist es richtig, Lenin auf die Fragestellung politische Praxis — dialektischer Materialismus einzuschränken? Was könnte uns zur Annahme einer solchen Einschränkung bewegen ? Wirft man einen Blick auf die zehn Fragen an den Referenten, die Lenins Schrift Materialismus und Empiriokritizismus vorangestellt sind (und hat man ferner die Schrift „Drei Quellen — drei Bestandteile" im Auge), fällt deutlich die Unterscheidung von Marxismus und dialektischem Materialismus auf (41), welche den dialektischen Materialismus als Philosophie des Marxismus versteht. Der Marxismus kann demzufolge nichts anderes als das Theorie und Praxis umfassende theoretische System und nicht ohne Grund umfangreicher als der dialektische Materialismus sein. Was könnte Lenin veranlaßt haben, der an anderer Stelle (42) doch materialistische Dialektik = Logik = Erkenntnistheorie setzt, in Ansehung der Bestimmung des revolutionären Prozesses seine Frage ausgerechnet an die Philosophie zu richten? Daß Lenin weniger Althussers Begriff vom dialektischen Materialismus gemeint haben könnte, wird uns deutlicher, wenn wir diesen an anderer Stelle bei Althusser als Aufzeichnung formaler Bestimmungen (43) gedacht sehen. Sollten wir annehmen müssen, daß im historischen Prozeß von Lenin an die Bereitstellung angemessener abstrakter Bestimmungen appelliert worden wäre? Auch Althusser wird Lenin nicht so verstehen. Im Unterschied zur Auffassung der marxistischen Theorie als Einheit von Theorie und Praxis, in der sich die Frage nach der Praxis adäquaten Theorie über die Praxis komplex vermittelt stellt, zerschneidet Althusser diese Einheit, indem er von der theoretischen marxistischen Praxis (A) und der politischen marxistischen Praxis (B) spricht. (44) Althusser zerschneidet de facto nicht nur diese Einheit, sondern verwischt auch das Kriterium der Praxis als Kriterium letzendlicher Unterscheidung zwischen nichtmaterialistischen und materialistischen Formen der Interpretation der Wirklichkeit: den grundlegenden Bezugspunkt materialistischer Theorie. Nur im Rahmen des Gesamtkomplexes menschlicher Praxis ist doch Theorie überhaupt erst als Theorie zu verstehen, *daher* bestimmt sich ihre Dimension als Theorie. Althusser erklärt sich denn in der Absetzung von der marxistischen Praxiskonzeption auch sehr deutlich, denn für ihn existiert die Dialektik von Marx in seinen Werken, z. B. im Kapital, nicht im theoretischen, sondern im praktischen Zustand. (45) Es ist hier nicht der Ort, auf die damit zusammenhängenden erkenntnistheoretischen Probleme einzugehen, Althusser geht es hier offensichtlich um das objektiv existierende Problem des besonderen Charakters von Theorie im Gesamtkontext der Realität, in der andere Verifikationskriterien wirken als im gegenständlich-materiellen Bereich. Diese Problemstellung kann nicht strittig sein. Unsere Beurteilung der Praxis bei Althusser befindet sich vielmehr deshalb zu seinem Praxisbegriff im Widerspruch, weil er die materialistische Definition der Praxis, ihren materiellen Charakter unterhöhlt.

Diese Unterscheidung muß gedacht werden, gerade weil Althusser ein tatsächlich existierendes Problem der marxistischen Theorie gestellt hat: die bisherige Unausgewiesenheit der marxistischen Theorie gegenüber vielen Tätigkeitsbereichen. Hierüber kann es keinen Dissens geben. Dissens gibt es nur über die Verwendung der Katergorie *Praxis* für diese unterschiedlichen, insbesondere theoretischen Bereiche, weil durch das partikulare Praxisverständnis

39 FM, S. 107; (PM, S. 169 f.).
40 Siehe FM, S. 106 f.; (PM, S. 169).
41 W.I. Lenin, Werke Bd. 14, S. 5.
42 W.I. Lenin, Werke Bd. 38, S. 214.
43 FM, S. 108; (PM, S. 170).
44 Siehe FM, S. 112; (PM, S. 175).
45 Siehe FM, S. 114; (PM, S. 176 f.).

der materiell-gegenständlich bestimmte Praxishintergrund substituiert wird zugunsten der formalen Sythesis materialistischer Dialektik, die dem Bezugsrahmen dialektischer Materialismus zuzurechnen ist. Die Praxiskategorie dagegen steht eindeutig im Bezugssystem historischer Materialismus und gegenständlich-materieller Bestimmung. Ohne diese dialektische Zuordnungsproblematik diskutiert zu haben, verschiebt Althusser diese beiden Ebenen, so daß wir Lenin in seiner Theorieforderung für revolutionäre Veränderung Anleihen bei der Philosophie machen sehen, die der historischen Wahrheit nicht entsprechen, denn es handelt sich bei Lenin um eine grundsätzliche marxistische Forderung nach der Einheit von politischem Handeln und politischer Theorie. Althusser löst durch die vorgetragene Methode nicht das objektiv existierende Vermittlungsproblem von historischem und dialektischem Materialismus. Weder die Verschiebung von Bezugsebenen, noch Analogiekonstrukte können die Erforschung der inneren dialektischen Zusammenhänge dessen, was Lenin drei Quellen, drei Bestandteile des Marxismus nannte, ersetzen.

In unserer Ausgangsthese wurde die Behauptung aufgestellt, Althusser übersehe das ungelöste Problem der Entwicklung einer systematischen dialektischen Theorie der Politik als Ausdruck materieller Verhältnisse, gehe deshalb von der existierenden Praxis der Politik aus, die er als besondere Praxisform begreift, der analog andere Praxisformen, theoretische etc. existieren, in denen es die materialistische Dialektik zur Wirkung zu bringen gilt: den dialektischen Materialismus. Althusser wird durch diesen Gedanken zur These der theoretischen Praxis und zur Philosophie als THEORIE der theoretischen Praxis geführt, der in den Elementen der Selbstkritik unter falschen Voraussetzungen zurückgenommen wird. Durch das objektiv falsche Begreifen des marxistischen Praxisbegriffs in seiner gegenständlich-materiellen Bestimmung und dem auf diesem basierenden Postulat nach einer systematischen Theorie allgemeiner marxistischer Synthesis und ihrer besonderen Formen: nämlich einer allgemeinen systematischen marxistischen Theorie der Politik, welche die Ebenen (auch unter marxistischen Vorzeichen auftretende) pragmatischen Handelns kritikfähig macht, kann Althusser zu keinem anderen Resultat kommen als dem einer Phänomenologie partikularer Praxen kommen, welche durch das Theorem materialistische Dialektik zusammengehalten werden. Der weitere Rückbezug materialistischer Dialektik zur Gesamttheorie des Marxismus wird nicht mehr geleistet. Die Praxen können ihren partikularen Charakter nicht mehr verlieren. Ein historischer Zustand wird festgeschrieben. Quintessenz: Die wirklichen historischen Voraussetzungen des Marxismus, welche in allererster Linie gesellschaftliche sind und bleiben, werden in ihrem materiellen Charakter außer acht gelassen. Unter der Prämisse partikularer Praxen bedeutet dies für die Philosophie: Sie wird wieder Philosophie, nämlich partikulare marxistische Philosophie. Läßt sich diese These weiter erhärten? In „Lenin und die Philosophie" (46) formuliert Althusser u. a. folgende These zur Existenz marxistischer Philosophie: „Die Philosophie existiert nur als verzögerte Reaktion auf eine wissenschaftliche Provokation. Die marxistische Philosophie müßte also als verzögerte Reaktion auf die marxistische Geschichtswissenschaft auftreten. Auch das scheint der Fall zu sein. Dafür spricht das 30 Jahre dauernde Schweigen zwischen den Feuerbachthesen und dem Anti-Dühring; dafür spricht auch das

46 Lenin und die Philosophie, Hamburg 1974.
frz.: Lénine et la Philosophie, Paris 1969 (cit. LePhil.)

lang anhaltende spätere Stampfen, mit dem wir in großer Kompanie noch immer auf der Stelle treten." (47)

Berücksichtigt man die Genesis der Marxschen Theorie, wird die rein zeitliche Priorität der marxistischen Geschichtswissenschaft, des historischen Materialismus und in seinem Gefolge die Kritik der politischen Ökonomie kaum zu bestreiten sein. Formuliert man diese Betrachtung noch radikaler als Althusser, spräche auch einiges für die Behauptung, daß die Philosophie im Rahmen der entwickelten marxistischen Theorie allenfalls so etwas wie die Rolle des politisch tertiären Sektors in Form allgemeiner Weltanschauung zukäme. Philosophische Betrachtung würde dann auf die dialektische Hermeneutik der Klassikerexegese reduziert, die zu allen neueren Problemen den Zitatenschatz liefern würden. Betrachtet man allerdings den Charakter der explizit philosophischen Werke der marxistischen Klassiker, auf die zurückgegriffen wird, etwas genauer, so läßt sich leicht feststellen, daß es sich (sieht man von den Schriften zur Dialektik der Natur ab) fast ausschließlich um Streit- oder Agitationsschriften handelt. Der Anti-Dühring von Engels, sowie Materialismus und Empiriokritizismus von Lenin können hier zweifellos als prototypisch gelten. Sehen wir einmal davon ab, daß Lenins gerade zitierte Schrift eigentlich der beste Beweis gegen die sich auf Engels berufende These von der Überflüssigkeit der Philosophie oder philosophischen Auseinandersetzung ist, gehen beide Schriften eindeutig von politischen Prämissen aus. Beiden ist weiterhin das Verfahren eigen, sich im Modus ihrer theoretischen Verifikation jeweils auf die historisch vorhergehende Ebene der Materialismus-Diskussion zu stützen: Engels auf Feuerbach, Lenin auf Marx, Engels auf Feuerbach. Die philosophische Diskussion wird folglich mit historisch überlieferten philosophischen Theorieansätzen bestritten, keineswegs aber aus der Position einer apart entwickelten marxistischen Philosophie heraus. Beiden ist weiter eigen, sich im wesentlichen auf die sorgfältige Unterscheidung materialistischer und idealistischer Positionen als den entscheidenden Reduktionsinstanzen zu beschränken. Innerhalb dieses Argumentationsgefüges werden, insbesondere von Lenin, weitere Kriterien der Bestimmung materialistischer Philosophie entwickelt, die Althusser auch in einem späteren Zusammenhang zur Sprache bringt. Unter den vorliegenden politischen Prämissen wie durch den objektiv historisch noch unausgereiften Zustand der Entwicklung bedingt, können jedoch weder für Engels noch für Lenin die historischen Hintergründe außerhalb der politisch-philosophischen Ebene zu entscheidenden Gesichtspunkten werden: die mit der stürmischen Entfaltung der Produktivkräfte einhergehende Wissenschaftsentwicklung. In diesem Zusammenhang beginnen im 19. Jahrhundert die Naturwissenschaftler, von ihrer Gegenstandsbestimmung her philosophische und methodologisch-erkenntnistheoretische Fragen zu stellen. Ihren neuen Entdeckungen sind weder traditionelle philosophische Theorien angemessen, noch ist überhaupt eine auf der Höhe der Entwicklung der partikularen Wissenschaften systematische materialistische philosophische Theorie vorhanden. Dadurch wird nicht nur ein Defizit der marxistischen Theorieentwicklung, die sich doch gerade erst aufatmend aus der klassischen Philosophie befreit hatte, deutlich, sondern darüber hinaus ein für die marxistische Theorie neues Aufgabenfeld objektiver Natur geboren: das mit der Entfaltung der Produktivkräfte verbundene Feld der wissenschaftlichen Forschung, Theoriebildung, Wis-

47 Ebenda, S. 23; (LePhil., S. 29).

senschaftsgeschichte und in erster Linie der *Wissenschaft als Produktivkraft*.(48) In der durch Engels und Lenin geführten philosophischen Debatte deuten sich demzufolge Kräfte an, die auf die letztendlich sich abzeichnende Veränderung der materiellen Verhältnisse hinweisen, welche entscheidende Veränderungen im Produktionsprozeß nach sich ziehen. Die unmittelbaren Produzenten, die Arbeiter, sind davon, wie die Geschichte dieses Jahrhunderts mit immer aktuellerer Deutlichkeit beweist (Rationalisierung, Automation), in besonderer Weise betroffen. Der von einigen als irrelevant betrachteten philosophischen Debatte liegen also nicht von ungefähr tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen zugrunde, ohne daß deren volle Dimension schon hätte bekannt werden müssen. Die marxistische Theorie hat bisher den Veränderungen in diesem Bereich nämlich der wissenschaftlichen Produktivkraftentwicklung weder in ihrem objektiven Gehalt, noch der subjektiven Seite und ihrer objektiven Funktion im historischen Prozeß in systematischer Weise entsprechen können. Dies ist die eine, die wissenschafts-politische Seite. Auf der philosophischen Seite hat, der stürmischen Entwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus entsprechend, die sogenannte bürgerliche Philosophie einen Reichtum an Disziplinen hervorgebracht, der von der Soziologie bis zur Linguistik nicht nur weitgehend die marxistische Entsprechung fehlt, sondern die auch nicht einfach unter Begriffen wie idealistisch, positivistisch oder agnostizistisch verrechnet werden können. Wenn Althusser zurecht von der verzögerten philosophischen Reaktion des Marxismus spricht, heißt das noch nicht, das aus der Verzögerung gegenüber der wissenschaftlichen Entwicklung erklärte Erscheinen der Philosophie schon richtig interpretiert zu haben. M. E. ist seine These nur bedingt richtig, weil gerade die der Wissenschaftentwicklung zugrundeliegenden materiellen Verhältnisse, ihr objektiver Charakter, der sich eben nicht allein auf ein Element, die Wissenschaft, zurückführen läßt, außer acht gelassen werden. Wie soll die nicht gegenständlich oder wissenschaftlich exakt bestimmbare Natur philosophischer Begriffe wie Materie, objektive Realität etc. erklärbar sein, wenn nicht als Widerspiegelung objektiv existierender materieller Verhältnisse? Auch Althusser entfernt sich von der ausschließlich durch Wissenschaft bestimmten Entwicklung der Philosophie, wenn er die Position Lenins formuliert: „Im Zentrum dieses Gedankengangs steht die These, daß die Philosophie *keinen Gegenstand habe*, womit gesagt ist, daß sich die Philosophie *nicht einfach durch ihre Beziehung zu den Wissenschaften erklären* lasse." (49) Also läßt sich die Philosophie schlecht ausschließlich aus der Verzögerung gegenüber der Wissenschaft, oder als per se wissenschaftsbestimmt denken. Sowenig sie bei Lenin derart determiniert ist, so wenig ist sie ausschließlich durch einen parteilichen Standpunkt definiert. Auch dieser muß den Charakter objektiver Widerspiegelung von Realität/gesellschaftlichen Verhältnissen unterhöhlen, wenn er zum ausschließlichen Bezugskriterium erhoben wird. Dem Grad der Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse entspricht die Art und Weise der Entwicklung der Philosophie, als Ausdruck eines nicht-linearen Verhältnisses. Lenin „behauptet vor allem niemals, daß sich die Philosophie einfach auf den Klassenkampf, nicht einmal — wie es in der marxistischen Tradition heißt — auf den ideologischen Klassenkampf zurückführen lasse. Ohne über Lenins Ausführungen hinauszugehen, können wir sagen, daß die Philosophie für Lenin

48 Siehe W.I. Lenin, Werke Bd. 38, S. 137: „Die Fortsetzung des Werks von Hegel und Marx muß in der *dialektischen* Bearbeitung der Geschichte des menschlichen Denkens, der Wissenschaft und der Technik bestehen."

49 Lenin und die Philosophie, a.a.O., S. 37; (LePhil., S. 48).

den Klassenkampf, also die Politik *repräsentiert*. Das setzt eine *Instanz* voraus, *neben der* die Politik in dieser Weise repräsentiert wird. Diese Instanz sind die Wissenschaften." (50) Wie leicht zu bemerken, fragt Althusser nicht hinter die Parteiebene zurück, nämlich nach denjenigen Gründen, welche für die Parteikonstitution als objektive Gründe historisch wirksam geworden sind: die materiellen Verhältnisse. Erfaßt wird hierdurch ohne Zweifel eine realphilosophische Situation, die durch den Bezug auf die Rolle der Wissenschaften ergänzt wird. Diese Ergänzung aber stellt in Wirklichkeit nichts anderes als eine Wechselbeziehung dar, die sich noch durch andere soziale Faktoren anreichern und erweitern ließe. Wenn Lenin den nicht auf Partei reduzierbaren Charakter von Philosophie aus den wohlüberlegten Gründen ihres objektiven Charakters vor Augen hatte, weil er ihre Aussagen als nicht allein reduzierbar auf Konkretes begriff, sucht Althusser diese Irreduzibilität durch ihre Anwendung auf Wissenschaft hin aufzufangen. Eine seinem Praxisverständnis analoge Verfahrensweise läßt ihn deshalb Philosophie in besonderer Weise auf verschiedenen Ebenen präsent sein und zerrt sie dadurch in die Nähe eines Konkretismus, der ihren objektiven Gehalt in Funktion von Praxis aufzulösen droht. Der pluralen Praxiskategorie scheint so ein szientistischer Philosophiebegriff zu korrespondieren, in dem Lenin nicht mehr aufgefunden werden kann: In diesem Zusammenhang interpretiert Althusser Lenin thesenförmig: „Wir können nun die folgenden Behauptungen vorwegnehmen: Die Philosophie ist eine bestimmte Fortsetzung der Politik, in einem bestimmten Bereich, oder genauer: Neben den Wissenschaften, *und andererseits* repräsentiert die Philosophie die Wissenschaftlichkeit in der Politik, neben den im Klassenkampf engagierten Klassen." (51) Diese Formulierung macht den Ansatz an der gesellschaftlichen Oberfläche, welche die Philosophie in aktueller Weise repräsentiert, auf konkretistische Weise symptomatisch. Sowohl der Politik- wie der Wissenschaftsseite muß ein philosophischer Anteil zugeschlagen werden, der aus ihrer Fassung als „dritter Instanz" resultiert. Was sich aber selbst angesichts des Konkreten auf dieses nicht reduzibel erweist, weil es sich als Theorie des Allgemeinen ausgewiesen hat, das notwendig ist, um das Besondere und einzelne im je spezifischen Status zu denken, kann sich nicht artspezifisch partikularisieren, ohne des Allgemeinen verlustig zu gehen. Diese Gefahr kann nicht vermutet werden, wo ihm der Status des Allgemeinen a priori immer schon aberkannt ist, es sich als besondere Praxisform denaturiert hat, zur positivistischen Aufarbeitung oder Interpretation des immer schon Vorhandenen in Politik und Wissenschaft zweckentfremdet vorstellt. Zwangsläufig ist somit auch den einzelnen Bereichen: Politik etc. die Möglichkeit genommen, sich über die Notwendigkeit ihrer Allgemeinheit Rechenschaft abzulegen. Für die Politik trifft dies im unmittelbar gesellschaftlichen Bereich auf ähnliche Weise zu wie für die Philosophie im unmittelbar theoretischen. Sie delegiert dann einfach an die Philosophie, was sie an gesellschaftlicher Vermittlung nicht bewältigt, analog einem philosophischen Verfahren, das seine notwendige gesellschaftliche Herleitung und Vermittlung einfach denjenigen Bereichen überläßt, zu denen es sich in Beziehung denken sollte. Marx, Engels und insbesondere Lenin konnten diesen Widerspruch quasi durch ihre Personalunion als Theoretiker und Politiker vermitteln und damit das objektive Problem der kategorialen Vermittlung der unterschiedlichen Bereiche überdecken. Dies nicht in subjektiver Willkür, sondern dem objektiven Entwicklungsprozeß von Wirklichkeit und Theorie geschuldet. Zweifellos kommt heute Alt-

50 Ebenda, S. 41 f.; (LePhil., S. 53).

51 Ebenda, S. 42; (LePhil., S. 54).

husser das Verdienst zu, das Problem der Bestimmung der marxistischen Theorie neu gestellt zu haben und durch die Diskussion einer neuen Lösung zuzuführen. Dies gilt es in der kritischen Auseinandersetzung als objektives Faktum hervorzuheben.

In einer seiner letzten Äußerungen bringt Althusser die Politik-Philosophie-Relation wohl vorläufig abschließend und resümierend auf den Begriff: „Wenn die Philosophie in letzter Instanz Klassenkampf in der Theorie ist, läßt sich die Politik, die Philosophie konstituiert ... nicht mit dieser oder jener Episode des politischen Kampfes identifizieren und auch nicht mit den politischen Parteinahmen der Autoren. Die Politik, die die Philosophie konstituiert, betrifft und dreht sich um eine ganz andere Frage: *diejenige der ideologischen Hegemonie der herrschenden Klasse*, ob es sich nun darum handelt, sie zu konstituieren, sie zu verstärken, sie zu verteidigen oder sie zu bekämpfen." (52) Althusser übersieht in dieser Interpretation, der partiell nicht widersprochen werden kann, den über diese Bindung hinaus notwendigen objektiven Charakter von Philosophie, ohne den überhaupt die Bereitstellung objektiver Kriterien zur Kritik der Politik wie zu ihrer systematischen Entwicklung nur schwerlich gedacht werden kann. Der historisch belegten Gefahr unter dem totalen Primat der Politik zur Apologetik zu verkümmern, wofür die stalinsche Periode ein exzessives Beispiel abgibt, ist bei Althusser deshalb zwar im Anliegen, aber nicht durch den theoretischen Ansatz grundsätzlich begegnet.

Den vorgetragenen Überlegungen lag die Idee zugrunde, das wechselseitig konstitutive Verhältnis von Politik, Praxis und Philosophie als tragenden materialistischen Kategorien bei Althusser zu analysieren. Indem diese begriffliche Konstitution nicht an der Kategorie materielle Verhältnisse als dem entscheidenden Ausgangspunkt materialistischer Theoriebildung ansetzt, können die vorliegenden Praxis- und Reflexionsformen des Marxismus in der jeweils auf den partikularen Praxisbereich reduzierten Dimensionalität nicht wirklich durchdrungen und der Gefahr eines praktischen und theoretischen Pragmatismus nicht wirksam gesteuert werden. Der dialektisch und historisch gefaßten Theorie des Materialismus, die sich mit ihrer bisherigen Fassung nicht begnügen kann, ist durch ihren eigenen Anspruch, die Einheit von Natur, Gesellschaft und Denken, also die Totalität zu denken, die Aufgabe kontinuierlicher Grenzüberschreitung gestellt.

52 SOPO 34/35, S. 8; (Pensée, S. 5).

H.-J. Rheinberger

PHILOSPHIE UND SPONTANE PHILOSOPHIE DER WISSENSCHAFTLER *

Zu Althussers Verhältnisbestimmung von Philosophie und Wissenschaften

„Ich sagte damals: die wesentliche Frage ist die nach der marxistischen *Philosophie*. Das glaube ich noch immer."
(Elemente der Selbstkritik, S. 95)

I

Im Herbst 1967 — zwei Jahre nach der Veröffentlichung von *Lire le Capital* — hielt Althusser an der Ecole Normale Supérieure vor Wissenschaftlern aller Fachrichtungen (1) eine Reihe von Kursen über *Philosophie et philosophie spontanée des savants*, in denen er versuchte, sein Philosophie-Verständnis entsprechend den selbstkritischen Bemerkungen im Vorwort zur 2. Ausgabe von *Lire le Capital* zu reformulieren. Er veröffentlichte die Vorlesungen 1974 als Zeugnis der Einleitung einer „Wende (tournant) in unseren Untersuchungen über die Philosophie im allgemeinen und die marxistische Philosophie im besonderen" /8/. Die Kurse beginnen mit der These, daß „die philosophischen Sätze . . . Thesen (sind)" /13/. Konfrontiert man diesen Satz mitsamt seinen theoretischen Konsequenzen — eine philosophische These ist keine wissenschaftliche Aussage! — mit den früheren Bemühungen um die Explikation marxistischer Philosophie in der Absicht einer wissenschaftlichen Theorie des Produktionsprozesses von Erkenntnissen, einer „Theorie der theoretischen Praxis", so scheint sich hier tatsächlich eine „Wende" in Althussers Verständnis von Philosophie anzubahnen. Worin liegt sie? In *Ist es einfach, in der Philosophie Marxist zu sein?*** verteidigt Althusser jedoch die Kategorie der „theoretischen Praxis", indem er ihre *politische Funktion* im Kampf gegen den „Pragmatismus" und den „Idealismus der reinen Theorie" (SOPO 34/35, S. 10) auch und gerade *innerhalb* der marxistischen Theorie hervorhebt. Was sich ändert, ist also *nicht* Althussers Auffassung vom Erkenntnisprozeß, sondern die *Funktionsbestimmung* von (marxistischer) Philosophie: Philosophieren heißt, auf der *Ebene der Theorie in Form von Thesen Position* zu beziehen; Philosophie ist nicht allgemeine Theorie der Praxis, sondern selbst eine Praxis, *politische Praxis in der Theorie*. In der Konsequenz: „Philosophie ist in letzter Instanz Klassenkampf in der Theorie" (2). Mit dem „Philosophie-Kursus für (Natur-)Wissenschaftler" und der darin durchgeführten „Berichtigung der Philosophie-Definition" hält Althusser zunächst bloß zwei

* Philosophie et philosophie spontanée des savants (1967), Paris 1974. Im folgenden sind Zitate aus diesem Text durch Seitenangaben in Querbalken gekennzeichnet.

** In La Pensée, Nr. 183, Oktober 1975; deutsche Übersetzung von P. Schöttler in SOPO 34/35, Mai 1976. Zitate aus diesem Text werden im folgenden gekennzeichnet durch: SOPO 34/35, S. ... .

1 „Man kennt den außerordentlichen Erfolg, den diese Einführung unmittelbar gehabt hat. Aber die Abzüge waren schnell vergriffen . . ." (P. Laberenne in La Pensée, 184 (1975), S. 105).

2 L. Althusser: Elemente der Selbstkritik, Übersetzung P. Schöttler, Berlin(West), S. 96.

Tendenzen fest, die gegenwärtig zunehmend auch das bürgerliche Selbstverständnis der „praktischen" Philosophie und der sich ihrer gesellschaftlichen Bedingungen und Aufgaben bewußt werdenden Naturwissenschaften kennzeichnen. Auf seiten der Philosophen wird verstärkt der Ruf nach politischem Einsatz laut: Rückbesinnung auf die Aufgabe der Philosophen, „die Grundlinien abzustecken" im „Streit der weltanschaulichen Meinungen" (3). Auf seiten der Wissenschaftler zeichnet sich immer mehr das Bedürfnis ab, entgegen positivistischem Brauch sich mit „philosophischen Fragen" der Wissenschaften zu beschäftigen, obwohl, wie einer ihrer Exponenten, Jacques Monod, konstatiert, es „für einen Wissenschaftler . . . heute unvorsichtig (ist), das Wort ‚Philosophie', und sei es ‚Naturphilosophie', im Titel (oder auch nur Untertitel) einer Arbeit zu verwenden. Damit kann er sicher sein, daß die Wissenschaftler sie mit Mißtrauen, die Philosophen bestenfalls mit Herablassung aufnehmen werden" (4). Monods Anspruch, über „philosophische Fragen" der modernen Biologie zu sprechen, steht diesem Urteil entgegen; aber er zollt ihm zugleich seinen Tribut: „Selbstverständlich ist jeglicher Verwechslung zwischen den Gedanken, die von der wissenschaftlichen Erkenntnis *nahegelegt* werden, und der eigentlichen Wissenschaft zu vermeiden" (ibid.). Der Wissenschaftler ist zwar aufgefordert, seine philosophischen Ideen zu verteidigen: die „ideologischen Verallgemeinerungen", „erkenntnistheoretischen Deutungen", „Ausführungen ethischen oder politischen Charakters" (ibid.), die ihm seine Wissenschaft nahelegt; er kann sie jedoch in letzter Instanz *wissenschaftlich* nicht legitimieren.

Spricht Althusser also einfach Selbstverständlichkeiten aus, die dann so da stehen „in Form von enormen und toten Evidenzen" (SOPO 34/35, S. 26), wie er warnend dogmatische Erscheinungen in der marxistischen Philosophie charakterisiert? Wenn, was Althusser sagt, für Philosophie generell gilt, was spezifiziert dann marxistische Philosophie? Und ist in der These von der Philosophie als der Politik in der Theorie nicht letztlich eine Tendenz am Werk, die dem „Theoretizismus" der Kategorie der theoretischen Praxis, in der das Verhältnis von Theorie *und* Praxis zu verschwinden droht, einen „Politizismus" entgegensetzt, der das *Verhältnis* von Philosophie und Wissenschaften auf eine — immer theoretisch begriffene — Wissenschaftspolitik reduziert? Läuft Althussers These tatsächlich auf einen Macchiavellismus (5) in der Theorie hinaus, der seine Rechtfertigung allein aus der „Logik eines sozialen Kampfprozesses" (SOPO 34/35, S. 11) zieht, die immer das Risiko in sich trägt, daß man „ins Abseits getragen" (ibid., S. 12) wird? Um hierin klarer zu sehen, ist es angebracht, mit Althusser seinen eigenen „Umweg" zu machen; denn seine Bestimmung der Philosophie im allgemeinen: Klassenkampf in der Theorie; und der marxistischen Philosophie im besonderen: Einnahme eines proletarischen Standpunktes darin präsentiert sich als das Resultat einer theoretischen Bemühung, das Verhältnis der Philosophie (damit der Arbeit eines Philosophen) zu den Wissenschaften (damit der Arbeit der Wissenschaftler) zu bestimmen. *Philosophie et philosophie spontanée des savants* ist hierzu der erste Markstein.

3 Werner Becker über den XI. Deutschen Kongreß für Philosophie in Göttingen: „Die praktische Philosophie, soweit sie sich nicht vom Marxismus hat auffressen lassen, befindet sich zur Zeit in einem Dilemma: einerseits will man sich nicht mehr mit der logischen Analyse des Redens über Normen begnügen, andererseits scheut man sich aber, mit eigenen Normvorschlägen in die politische Arena hinabzusteigen. . . . trotz angebrachter Selbstkritik sollte nicht vergessen werden, daß es stets die Philosophen waren, die im Streit der weltanschaulichen, gesellschafts- und bildungspolitischen Meinungen die Grundlinien absteckten" (F.A.Z., 16. 10. 75).

4 J. Monod: Zufall und Notwendigkeit. Philosophische Fragen der modernen Biologie, München 1972, S. 5.

5 „Was mich betraf, der ich ein wenig von dem bereits erwähnten Verhältnis zwischen Philosophie und Politik wußte, so erinnerte ich mich an Macchiavelli, dessen selten ausgesprochene, aber immer praktizierte methodische Regel lautete, daß man an die Extreme denken müsse, worunter zu verstehen ist, daß man in einer Position, in der man Thesen ausspricht, die an die Grenzen des Verständlichen (thèses-limites) stoßen, die Stelle des Unmöglichen einnehmen muß, um das Denken möglich zu machen." Althusser vergewissert sich bei Lenin: „Wenn ein Stab in der falschen Richtung gebogen ist, sagte Lenin, muß man, um ihn aufzurichten, d.h. damit er wieder gerade wird und es bleibt, ihn zunächst in der entgegengesetzten Richtung biegen, ihm also mit der Kraft des Handgelenks eine dauerhafte Gegen-Biegung geben. Diese einfache Formulierung scheint mir eine ganze Theorie von der Wirksamkeit des Wahren zu enthalten, die tief in der marxistischen Theorie verankert ist." (SOPO 34/35, S. 11).

II

Was ist die spezifische Differenz der Philosophie zu den Wissenschaften? Althusser beginnt mit einem Zirkel: „Die philosophischen Sätze sind Thesen." „Dieser Satz ist selbst eine philosophische These" /13/. Die philosophische Praxis besteht darin, Thesen hervorzubringen, indem sie „eingreift" in eine „theoretische Realität", die aus den Wissenschaften, den theoretischen Ideologien (Repräsentationen der praktischen Ideologien in der Theorie) und der Philosophie selbst besteht. Der „Eingriff" zielt auf „Berichtigung": das Verhältnis der Philosophie zur Theorie, in die sie eingreift, ist ein *praktisches* Verhältnis. Ihr *Verhältnis* zu ihrem Einsatz, dem, womit und worin sie umgeht, die „theoretische Realität", muß demnach in Kategorien der Praxis gedacht werden: ihre Thesen sind „richtig" oder „nicht richtig", „angemessen" oder „nicht angemessen". Das ist die zweite These /14/. „Richtigkeit" ist dabei nicht als eine vorgängig existierende Angemessenheit zu sehen, sondern selbst immer erst Resultat der spezifisch philosophischen Arbeit: des Prozesses der „Richtigstellung" und der „Linienziehung" auf dem Feld der Theorie. Thesen sind nicht gleichzusetzen mit Aussagen. Der Formulierung von Thesen entspricht ihrem Einsatz gemäß das Beziehen von Standpunkten in einem theoretischen Kräfteverhältnis. Standpunkte werden immer gegen schon existierende andere Standpunkte bezogen, denen sie ihre Position streitig machen: Position in der Opposition. In dieser Charakteristik der Philosophie ist die Differenzbestimmung zur Wissenschaft schon angelegt: sie stellt keine Thesen auf, sondern formuliert Aussagen, die sich erkenntnismäßig auf ihren Gegenstand beziehen und als Erkenntnis über diesen Gegenstand „wahr" oder „falsch" sein können. Das Verhältnis einer Wissenschaft zu ihrem Gegenstand, über den sie aussagt, ist ein *theoretisches* Verhältnis. Während eine Wissenschaft durch den *Erkenntnis*fortschritt charakterisiert ist, den sie über ihren *Gegenstand* erzielt und dieser Erkenntnis*fortschritt* als ihre *Geschichte* gilt, gibt es in der Philosophie nur *Verschiebungen* eines existierenden Kräfteverhältnisses in der Theorie, das seinerseits ein soziales Kräfteverhältnis, ein Klassenverhältnis repräsentiert. Althusser beschreibt die philosophische Praxis in Termini der politischen Praxis, bewußt: Philosophie *ist* Politik in der Theorie, wenngleich „die Philosophie nicht *kurzweg* Politik ist" /61/. Diese Einschränkung ausführen heißt die Besonderheit der Philosophie näher bestimmen: „1. Man muß die Tatsache ernst nehmen, daß die Philosophie *theoretische* Sätze formuliert (die Philosophie ist ‚Bestandteil' der ‚Theorie') und daß

sie in die ‚Theorie' eingreift, das heißt in die Wissenschaften, in die Philosophie und in die theoretischen Ideologien: was sie von allen anderen Praktiken unterscheidet, eingeschlossen die politische Praxis." Und: „2. . . . Alle Demarkationslinien, die die Philosophie zieht, lassen sich auf Modalitäten einer Grundlinie: zwischen dem Wissenschaftlichen und dem Ideologischen zurückführen" /61/. Also: Es ist Aufgabe und Resultat des Eingriffs der Philosophie in die Theorie, Wissenschaftliches von Ideologischem zu trennen. Althusser faßt zusammen: Die Philosophie „agiert *außerhalb ihrer selbst* mit dem Resultat, *innerhalb ihrer selbst* zu produzieren" /64/, nämlich: „philosophische Kategorien". Unter dem die Philosophie *determinierenden* Verhältnis zur Politik (Politik in der Theorie) konstituiert sich das sie *als Philosophie spezifizierende* Verhältnis zu den Wissenschaften: sich gegenüber dem Wissenschaftlichen als ihrem eigentlichen Einsatz „dienend" oder „ausbeutend" zu verhalten, unterscheidet sie von den theoretischen Formen beispielsweise der Literatur, der Moral, der Religion und anderen „theoretischen Ideologien".

III

Wir haben uns bis jetzt — mit Althusser — dem Verhältnis von Philosophie und Wissenschaften von der Position der Philosophie her genähert. Wir haben uns dabei eingelassen auf das, was Althusser einen „Zirkel der pädagogischen Darstellung" nennt und den er wie folgt beschreibt: „Um eine Vorstellung von einer Frage zu vermitteln, muß man nun einmal einen Anfang machen, also zunächst scheinbar willkürliche Definitionen geben, die erst später bewiesen oder gerechtfertigt werden" /13/. Wir stellen uns nun — wiederum mit Althusser — die Frage von der Position der Wissenschaften: „Wie erscheint das Verhältnis der Philosophie zu den Wissenschaften von seiten der Wissenschaften, genauer: von seiten der wissenschaftlichen Praxis?" /67/. Vorweg bleibt festzuhalten, daß der erste Zugang „von seiten der philosophischen Praxis", die sich wesentlich von ihrem politischen „Einsatz" her denkt, zumindest zwei Konzeptionen von vornherein ausschließt: Da das besondere Verhältnis der Philosophie zu den Wissenschaften gerade *nicht* darin besteht, daß jene diese zu ihrem *Gegenstand* hätte, ist Philosophie nicht „Wissenschaftswissenschaft". Da sie nicht einfach in nachträglicher Reflexion wissenschaftliche Revolutionen „verarbeitet", ist sie auch nicht bloße historische Methodologie der Wissenschaften. Zurück zu den Wissenschaftlern. Althusser stellt als eine „empirische Tatsache" fest, daß die Spezialisten der Wissenschaften in ihrer wissenschaftlichen Praxis „spontan" die Existenz der Philosophie und ihr besonderes Verhältnis zu den Wissenschaften anerkennen /67/. Sie existieren nie als reine wissenschaftliche Erkenntnisproduzenten im theoretischen Raum, sondern denken ihre eigene wissenschaftliche Praxis immer schon in einer „spontanen Philosophie" — und sei es deren Negation (6), was, um mit Kuhn zu sprechen, den Zustand der „normalen Wissenschaft" charakterisiert. Herausgefordert und ihren Trägern partiell bewußt wird diese „empirische Tatsache" zumeist in Zeiten wissenschaftlicher „Krisen".

6 „Die Naturforscher glauben sich von der Philosophie zu befreien, indem sie sie ignorieren oder über sie schimpfen. . . . Die Naturforscher mögen sich stellen, wie sie wollen, sie werden von der Philosophie beherrscht. Es fragt sich nur, ob sie von einer schlechten Modephilosophie beherrscht werden wollen oder von einer Form des theoretischen Denkens, die auf der Bekanntschaft mit der Geschichte des Denkens und mit deren Errungenschaften beruht" (F. Engels: Dialektik der Natur. Notizen und Fragmente, MEW Bd. 20, S. 480).

Der Begriff selbst ist geprägt von der Form dieser Bewußtwerdung: Anzeiger für den Versuch, mit Schwierigkeiten, die die Entwicklung der Wissenschaften begleiten, „mit anderen Mitteln" fertig zu werden. Die von Lenin in *Materialismus und Empiriokritizismus* analysierte „wissenschaftliche Philosophie der Wissenschaft, von Wissenschaftlern gemacht", wie Althusser es polemisch ausdrückt /72/73/, zeigt sinnfällig jene historische Allianz einer sich im Umbruch befindenden Physik mit der Tradition des philosophischen Idealismus, die die beteiligten Naturwissenschaftler ebenso in eine Sackgasse führen wird, wie sie andererseits den Philosophen erlaubt, sich an der „Krise" der Naturwissenschaften zu bereichern. Das Beispiel gibt jedoch nur die halbe Wahrheit über die „spontane Philosophie der Wissenschaftler". Denn diese spontane Philosophie ist so wenig monolithisch wie die „Philosophie der Philosophen":

> „Wenn man den Gehalt der spontanen Philosophie der Wissenschaftler analysiert, so stellt man folgende Tatsache fest (wir bewegen uns immer noch auf der Ebene einer empirischen Analyse): der Gehalt der spontanen Philosophie der Wissenschaftler ist *widersprüchlich*. Dieser Widerspruch existiert zwischen zwei *Elementen*, die man wie folgt unterscheiden und identifizieren kann: A. Ein ‚inner-wissenschaftliches' Element internen Ursprungs ... B. Ein ‚außer-wissenschaftliches' Element externen Ursprungs . . ." /100/101/

In der großen Mehrheit der Fälle, fährt Althusser fort, ist das

> „(materialistische) Element 1 . . . *vom Element 2 beherrscht*. Diese Situation reproduziert *innerhalb der spontanen Philosophie der Wissenschaftler* das philosophische Kräfteverhältnis, das in der Welt existiert, in der die Wissenschaftler leben, und das wir kennen: zwischen dem Materialismus und dem Idealismus, sowie der Herrschaft des Idealismus über den Materialismus" /102/.

Unter diesen Bedingungen ist es schwer wenn nicht unmöglich für die Wissenschaftler — wie das historische Beispiel zeigt —, das Herrschaftsverhältnis kraft interner kritischer Anstrengung umzukehren. Es bedarf dazu der Hilfe „von außen", die jedoch prinzipiell nur gleicher Natur sein kann wie die Kräfte, die sich gegenüberstehen: *philosophischer* Natur also. Dem materialistischen Element zum Sieg zu verhelfen ist Aufgabe einer *materialistischen Philosophie*, die beansprucht, den Wissenschaften zu *dienen*, statt sie, wie die idealistischen Formen der Philosophie, *auszubeuten*. Was das bedeutet, kann die Geschichte der Wissenschaften des 18. Jahrhunderts verdeutlichen, wo der emphatische philosophische Materialismus eines La Mettrie, Diderot, d'Holbach an der materialistischen Komponente des philosophischen Umfelds der in Entstehung begriffenen Naturwissenschaften ansetzte, um ihnen *gegen* scholastisches Räsonnement und klerikalen Obskurantismus zum Durchbruch zu verhelfen. Daß er als *mechanischer Materialismus* unter historisch entwickelteren Kampfbedingungen — sowohl was die sozialen Kämpfe als auch was die Wissenschaften selbst angeht — in sein Gegenteil umschlagen konnte, zeigt nur, daß sich die „Bedingungen für ein . . . Bündnis zwischen den Wissenschaftlern und einer materialistischen Philosophie . . ., die die wissenschaftliche Praxis respektiert und ihr dient" /111/, ständig ändern und daher ständig neu analysiert werden müssen. *Das Bündnis bleibt eine ständige Kampfaufgabe.*

Wie dieses Bündnis verfehlt werden kann, illustriert die Reproduktion *überholter* oder *festgeschriebener* Formen von Materialismus (7) in der spontanen

7 Vgl. Engels' Bemerkungen über die Veränderung der Form des modernen Materialismus im Zusammenhang mit bedeutenden wissenschaftlichen Entdeckungen in der Dialektik der Natur.

Wissenschaftler-Philosophie, für das der cartesianische Rationalismus der amerikanischen Linguistik der sechziger Jahre ebenso stehen mag wie der „proletarische Materialismus" der Lyssenko-Biologie in der Sowjetunion der vierziger und fünfziger Jahre (8). Es sind sicher nicht zuletzt historische Erfahrungen wie diese, die Althusser zur Formulierung der *Bedingungen* des Bündnisses zwischen materialistischer Philosophie und (Natur-)Wissenschaften veranlassen: niemals darf die Philosophie in die Wissenschaften und ihre *unmittelbare Praxis selbst* eingreifen; ihr „Kampfplatz" ist die „spontane Philosophie der Wissenschaftler". Der „Dienst" materialistischer Philosophie an den Wissenschaften kann aber auch hier nicht darin bestehen, daß sie eine Gesamtheit von Sätzen sozusagen zur „Übernahme" anbietet, sich als Instanz, die es immer schon gewußt hat, gewissermaßen akkreditieren läßt. Was sie anzubieten hat, ist ein *Kampfbündnis* zur Stärkung des materialistischen Elements in der „spontanen Philosophie der Wissenschaftler" in dem Bewußtsein, daß dieses Kampfbündnis ihre eigenen Entwicklungsbedingungen als dialektischer Materialismus überhaupt erst herstellt.

> „Gewiß, wir können eine bestimmte Zahl von Grund-Thesen aufstellen, die ein Gerüst von Kategorien zu konstituieren beginnen: und diese Thesen sind bewährt im Kampf gegen die idealistischen Thesen. Aber sie konstituieren kein ‚System', wie in den idealistischen Philosophien: kein System einer totalen und geschlossenen Wahrheit. Wenn die materialistisch-dialektische Philosophie in Kenntnis der Sache eine Kampfkraft in der Theorie ist, so muß sie auf der Basis eines Minimums gesicherter Prinzipien, die ihre Position garantieren, beweglich genug sein, um sich dahin zu begeben, wohin der Kampf sie ruft, und sich zu formen, das heißt sich zu konstituieren im Kampf selbst" /115/.

IV

Es gibt, wie Althusser zu Recht bemerkt, kein „unschuldige" Lektüre. Kommen wir also nach diesem Versuch einer Darstellung der Althusserschen Konzeption auf die eingangs gestellten Fragen zurück. Es bleibt festzuhalten, was wir Althusser schulden und was er selbst uns schuldig bleibt. Es geht nicht um Einzelheiten der Formulierung, die, wie er selbst konstatiert, „noch *schematisch*" sind und eine „lange Arbeit erfordern, um sie zu präzisieren und zu vervollständigen" /8/. Es geht um die Fundierung der Konzeption des Verhältnisses von marxistischer Philosophie und Wissenschaften, „deren Spur man in späteren Arbeiten finden wird" /8/. Der Versuch Althussers, die eigentümliche Dimension von Philosophie von ihrer *Praxis* als „Politik in der Theorie" her zu denken, ist nur richtig einzuschätzen als *Position gegenüber* einer „Verwissenschaftlichung" der Philosophie, die ihre Metaphysizierung paradoxerweise dadurch befördert, daß sie faktisch ein Existenzrecht *als* Einzelwissenschaft beansprucht, diesen Anspruch aber niemals einzulösen in der Lage ist, anstatt sich *in* und *gegenüber* den Wissenschaften fördernd zu betätigen und bestätigen (Engels). Er gibt in dem Augenblick jedoch die Waffen aus der Hand, wo er darauf verzichtet, die materialistische Dialektik in ihrem besonderen, kritischen und revolutionären Charakter (Marx) *wissenschaftlich zu begründen.* Was Althusser zu Beginn seiner Ausführungen den „Zirkel der pädagogischen Darstellung" nennt, spiegelt im Grunde genommen das Dilemma seiner Position. Er trickst sich selber aus, indem er die „Offenheit" seiner Philosophie-Konzeption — „Thesen", „kein ‚System' einer totalen und geschlossenen Wahrheit" — in einen „pädagogischen"

8 Vgl. etwa D. Lecourt: Lyssenko. Histoire réelle d'une „science prolétarienne", Paris 1976.

Zirkel einschließt, der im besten Althusserschen Sinne *ideologisch* ist: er konstituiert ein Wiedererkennungssystem. Der dem dialektischen Materialismus abverlangte „Dienst" an den Wissenschaften reduziert sich in der Konsequenz zu einem Nichts: „. . . dieser Eingriff ist nichts anderes als jenes philosophische Nichts, dessen Insistenz wir vermerkt haben, denn: eine Grenzlinie ist tatsächlich nichts, ist nicht einmal eine Linie, nicht einmal ein Strich, sondern die bloße Tatsache des Sich-Abgrenzens, also die Leere einer Distanzierung" (9). Aus der „Leere einer Distanzierung" wird es schwer (oder auch leicht), Bündnisse zu schließen in der Theorie. Die Hilflosigkeit der „reinen" Philosophie ist das Problem. Die Bemühung, die *spezifische Differenz* der Philosophie zu den Wissenschaften herauszuarbeiten, resultiert in einer Art anwesender Abwesenheit der Philosophie gegenüber den Wissenschaften. Gewiß, Althusser hat recht: nicht die Philosophen machen die Geschichte, sondern „die Massen"; und nicht die Philosophen bringen schließlich den Erkenntnisfortschritt hervor, sondern „die Masse der Wissenschaftler". Unbestritten ist auch, daß eine philosophische Rede, die eingreift, indem sie sich entzieht, „Politik in der Theorie" ist. Aber es ist eine Politik reduziert auf Taktik: Macchiavellismus. Vielleicht hat Althusser recht? Seine Rede könnte als Plädoyer für die Aufgabe des Anspruchs der Philosophie (den Dialektischen Materialismus mit eingeschlossen) auf Wissenschaftlichkeit aufgefaßt werden; der Terminus ‚Wissenschaftliche Philosophie' enthielte eine contradictio in adiecto, und es bliebe schließlich nur die Konsequenz, sie entweder in den Reigen der Ideologien — wenn auch durch ihr besonderes Verhältnis zu den Wissenschaften ausgezeichnete — einzureihen oder auf ihre endgültige Aufhebung durch die Wissenschaften hinzuarbeiten. Althusser zieht diese Konsequenz nicht, sondern hält am Anspruch eines *Dialektischen Materialismus* fest, der auf der Basis eines „Minimums an *gesicherten* Prinzipien" /115/ den Wissenschaften *dient.* Die Frage ist aber: Wo kommen sie her, wie weisen sie sich aus? Wäre die Antwort nur:

Wir sind die Politik in der Theorie, versuchs mit uns — ein Wissenschaftler würde sich dafür bedanken. Wenn sich jedoch Philosophie als eine *Fortsetzung* der Wissenschaft auf einer *anderen theoretischen Ebene* begreifen ließe? *Philosophische Kategorien* müßten sich *aus wissenschaftlichen Erkenntnissen* gewinnen lassen. So wichtig es ist, nicht die Grenzen zu verwischen: aber was können die Wissenschaften (Wissenschaftler) von einer Philosophie (Philosophen) erwarten, die ihnen ihre Dienste anbietet, ohne nachzuweisen, woher sie das *Zeug* dazu nimmt? Soll marxistische Philosophie nicht dabei stehenbleiben, im Namen von Materialismus und Dialektik Wissenschaftliches von Ideologischem zu befreien, und damit letzten Endes auf den Positionen bloßer *Ideologiekritik* stehenbleiben, soll ihr „Dienst" nicht nur darin bestehen, die Wissenschaften vor den Anfeindungen der Ideologie zu „beschützen", sondern sie auch in ihrer realen Entwicklung zu befördern, so muß gerade dort *eingesetzt* werden, wo Althusser *aufhört:* auf der Ebene der Spezifik des Verhältnisses dialektisch-materialistischer Philosophie hinsichtlich ihres *Erkenntnisgehalts.* Es geht um den Nachweis des *wissenschaftlichen Fundaments* des von Althusser emphatisch angetragenen Bündnisses: „Hat man den Wissenschaftlern jemals eine derartige Allianz angeboten? Sie ist sehr wohl besonderer Art: denn sie respektiert die Wissenschaften in ihrem Bereich; denn sie ruft die Philosophie nur zur Hilfe, um in die Philosophie einzugreifen, die die Wissenschaften ausbeutet; denn anstatt ein Wunder zu versprechen, kündigt sie einen Kampf in Kenntnis der Sache an, einen Kampf ohne Ende; denn anstelle des Eingriffes einer ganz und gar

9 L. Althusser: Lénine et la Philosophie, Paris 1972, S. 40.

fertigen Philosophie gibt sie zur Kenntnis, daß die Philosophie in ihrem Eingriff sich erst macht. Haben Sie jemals von einer Philosophie sprechen hören, die unter solchen Vorsichtsmaßnahmen ihre Dienste anbietet?" /115/.

In dieser ganzen — historisch gerechtfertigten! — Bescheidenheit (Kehrseite des Macchiavellismus!) kann aber der Dialektische Materialismus bei den Wissenschaften nur *wirksam* werden, wenn er sich als von ihnen selbst *bewirkt* ausweist. Das Problem — wir sagen bewußt *Problem*, denn es nützt nichts, Klarheiten *vorzutäuschen* — resümiert sich in der Frage, *was* eine *philosophische Verallgemeinerung* wissenschaftlicher Erkenntnisse sei, das heißt *wie* sie theoretisch zustande kommt. „Das ganze Problem", schreibt Olivier Schwartz in einem Kommentar (10) zu den *Elements d'autocritique*, „besteht darin, ob — ja oder nein — diese Kategorien (die *philosophischen Kategorien*, H.J. Rh.) *auf ihrem eigenen Abstraktionsniveau der Ausarbeitung* bedürfen, damit sie ihre praktische Funktion unter den korrektest und strengst möglichen Bedingungen wahrzunehmen in der Lage sind". Der theoretische Status dieser Verallgemeinerungen wissenschaftlicher Erkenntnisse zu philosophischen Kategorien und ihre wissenschaftliche Relevanz — schwächstenfalls eine *Orientierungsfunktion* — enthält bezogen auf den Anspruch, „Marxist in der Philosophie zu sein", sicher noch ein zu weiten Teilen uneingelöstes Programm. Wenn es aber zutrifft, daß sich der materialistische und dialektische Charakter philosophischer Kategorien dadurch bestimmt, daß sie in sich die „abstrakte Quintessenz" der wissenschaftlichen Erkenntnis versammeln, um als „Minimum gesicherter Prinzipien" im theoretischen Kampf brauchbar zu sein, dann können Materialismus und Dialektik sich nur parallel *und in Kenntnis* der Entwicklung der Wissenschaften entfalten. Andererseits ließe sich aber auch ihr geschichtlich zweifellos wirksamer antizipatorischer und spekulativer „Überschuß" als historisch notwendige transitorische Funktion begreifen. In dieser Hinsicht ist Althusser „stumm und enttäuschend" (11). Die Stummheit kommt nicht von ungefähr. Sie ist der Preis einer — wie man vielleicht sagen kann — *politizistischen Tendenz* (12) in Althussers neueren Versuchen, die „wesentliche Frage . . . nach der marxistischen Philosophie" zu beantworten. Weiterzuarbeiten gilt es jedoch an den in ihnen sich abzeichnenden *Elementen zu einer historisch-materialistischen Theorie der Philosophie*. „Bei jeder philosophischen Position muß man die *Tendenz in ihrem Widerspruch* begreifen" (13): — das gilt nicht zuletzt für Althusser selbst.

10 La Nouvelle Critique, 79/80, Dez. 1974/Jan. 1975, S. 111.
11 La Nouvelle Critique, 79/80, S. 111.
12 Den politizistischen Deformationen der marxistischen Theorie, die in die Reduktion der Kriterien wissenschaftlicher Exaktheit auf Kriterien der politischen Richtigkeit münden können und vor denen Michel Verret (Theorie et politique, Paris 1967) warnt, sagt Althusser nach wie vor den Kampf an. Er scheint ihn aber auf der Ebene der Philosophie mit genau jenen Waffen kämpfen zu wollen, denen er sich selbst ausgesetzt sah.
13 L. Althusser, Elemente der Selbstkritik, S. 89.

Zur Einschätzung Althussers durch das Projekt Klassenanalyse: Louis Althusser — Marxistische Kritik am Stalinismus?, Berlin(West) 1975.*

In einer Reihe von Monographien über bedeutende Politiker und Theoretiker der internationalen Arbeiterbewegung mit dem Anspruch, deren jeweiligen „Beitrag zur Verflachung bzw. Wiedergewinnung revolutionärer Theorie und Politik" zu untersuchen, hat das Westberliner Projekt Klassenanalyse eine Studie über Louis Althusser veröffentlicht.

Althusser wird in der Einleitung gewürdigt als „Mitglied der KPF und profiliertester theoretischer Repräsentant der ‚Parteilinken' ", der sich um drei für die marxistische Diskussion zentrale Probleme verdient gemacht hat: 1. Kritik an der Stalinschen Version des wissenschaftlichen Sozialismus bei gleichzeitiger Abgrenzung von sozialdemokratischen Tendenzen; 2. erneute Lektüre des *Kapital* mit dem Ziel der Rekonstruktion des wissenschaftlichen Gehalts der Marxschen Theorie; 3. Durchsetzung der Freiheit von Forschung und Kritik innerhalb der KPF.

Die Schrift ist in drei Hauptabschnitte gegliedert.

Der erste Abschnitt untersucht die „theoretische Basis" /15/ von Althussers Kapital-Interpretation, wie sie vor allem in *Das Kapital lesen* vorliegt. Althussers methodologische Vorüberlegungen zur Lektüre des theoretischen Hauptwerks von Marx beanspruchen, die in ihm implizierte marxistische Philosophie als Theorie der Produktion von Erkenntnissen (Dialektischer Materialismus) explizit zu formulieren. Diese Explikation sieht Althusser als eine notwendige Voraussetzung an für das Begreifen der theoretischen Revolution, die mit Marx sich vollzogen hat: die Konstituierung der Wissenschaft von der Geschichte (Historischer Materialismus) im Bruch mit den bisherigen ideologischen Geschichtsvorstellungen. In diesen Zusammenhang stellt Althusser Marxens Neukonstitution des Gegenstands der Politischen Ökonomie durch den Prozeß ihrer Kritik. Die Autoren versuchen nun nachzuweisen, daß Althussers Anspruch, in kritischer Auseinandersetzung mit empiristischen und historizistischen Interpretationen der marxistischen Theorie dem von Marx im Kapital „praktizierten" dialektischen Materialismus eine ihm adäquate theoretische Form zu geben, ihr selbst nicht angemessen sei. Althusser gehe von falschen Voraussetzungen aus: nämlich von der Position einer „Wissenschaft vor der Wissenschaft" /119/. Deshalb gelinge es ihm weder, den „Zusammenhang von materiellem Sein, gewöhnlichem und wissenschaftlichem Bewußtsein" /65/ zu entwickeln, noch einen richtigen Begriff vom Gegenstand der Kritik der Politischen Ökonomie zu vermitteln. Seine Überlegungen zu den im *Kapital* „verborgen gebliebenen Prinzipien einer marxistischen Philosophie" /118/ erwiesen sich „als von außen her-

* Die Seitenangaben in Querbalken beziehen sich im folgenden auf diesen Text.

angetragene Voraussetzungen, als selbst ideologisch bestimmte Bewußtseinsformen" /119/, die ihm den systematischen Nachvollzug der Genesis der Kategorien der Kritik der Politischen Ökonomie verstellten und es ihm nicht erlaubten, die marxistische Theorie selbst noch als theoretischen Reflex der sich entwikkelnden kapitalistischen Gesellschaft zu begreifen.

Der zweite Abschnitt behandelt Althussers Staats- und Ideologietheorie. Er stützt sich im wesentlichen auf seinen Aufsatz über *Ideologie und ideologische Staatsapparate*. Es wird versucht zu zeigen, daß Althusser aufgrund seines „mangelnden Bewußtseins von der Formbestimmtheit der sozialen Prozesse" /148/ weder zu einer angemessenen Charakterisierung der Struktur von Ideologien noch ihrer Funktionsweise gelangt. Sein Unverständnis der spezifischen Form des Zusammenhangs ökonomischer Formen und aus ihnen unmittelbar entspringenden gang und gäben Denkformen der Produktionsagenten versperre ihm den Zugang zu ihrer Vermittelung mit den ideologischen Institutionen des Überbaus der bürgerlichen Gesellschaft, den „ideologischen Staatsapparaten". Der „grundsätzliche Idealismus von Althusser" /152/, sein Festhalten an der Notwendigkeit und am Existenzrecht einer marxistischen Philosophie innerhalb der marxistischen Theorie und sein daraus folgendes „freies Räsonnieren über formbestimmte, allein für die bürgerliche Gesellschaft charakteristische Zusammenhänge" (ibid.), mache sich „auch in seiner Ideologietheorie geltend" (ibid.).

In einem dritten Abschnitt wird versucht, auf dem Hintergrund der bisherigen Analyse der theoretischen Mängel der Althusserschen Interpretation der marxistischen Theorie seine Konzeption revolutionärer Taktik, seine politische Position einzuschätzen. Die Autoren betonen einerseits ihr Einverständnis mit Althussers kritischer Haltung gegenüber der von der internationalen kommunistischen Bewegung immer noch nicht ausreichend geleisteten Stalinismus-Kritik, seinen Hinweis auf die Notwendigkeit verstärkter Auseinandersetzung mit kleinbürgerlichen „humanistischen" Tendenzen im Zusammenhang mit der Entwicklung eines breiten Bündnisses aller antimonopolistischen Kräfte durch die Kommunistischen Parteien sowie sein Einstehen für eine offene wissenschaftliche Auseinandersetzung in der KPF bei Wahrung der Einheit in der Aktion. Andererseits gelangen sie zu der Ansicht, daß sein eigener Beitrag zur Analyse der politischen und theoretischen Positionen des Stalinismus verkürzt sei. Das Verständnis der Autoren von der „Dogmatisierung der Theorie" /8/ in der Periode des Stalinismus, für die charakteristisch sei, daß „an die Stelle der Einsicht in die spezifischen Formen der Gesellschaftlichkeit . . . die *Standpunktlogik* (trat)" /9/, legt vielmehr nahe, daß die im Untertitel ihrer Untersuchung formulierte Frage: „Louis Althusser — marxistische Kritik am Stalinismus?" zu verneinen sei. Zu verneinen gerade auch bezüglich Althussers „Selbstkritik", in der er zwar den „Klassenkampf . . . als das entscheidende Erklärungsmoment der Genesis des wissenschaftlichen Sozialismus charakterisiert" /16/, jedoch „die Ableitung dieser philosophischen Position als Voraussetzung der Konstituierung des wissenschaftlichen Sozialismus" /17/ vermissen lasse. Zudem bringe seine Auffassung vom Verhältnis von Proletariat und seiner Avantgarde eine „deutliche Überschätzung des Stellenwerts des theoretischen Ausdrucks der wirklichen Bewegung und des Einflusses der proletarischen Partei für die Entwicklung des Klassenbewußtseins" /172/ zum Ausdruck. Abschließend wird festgestellt: „Auf Basis einer unabhängig von den Formen des materiellen Produktionsprozesses stattfindenden freien Reflexion über Klassenstandpunkt, Philosophie, ideologische Bewußtseinsformen oder Funktionsmechanismen des staatlichen geistigen Unterdrückungsapparates ist . . . kein Zugang zu einer konkreten Klassenanalyse, zu einer präzisen Einschätzung der Bewußtseinsentwicklung der arbeitenden

Klassen und damit zu einer adäquaten Beeinflussung der Parteiauseinandersetzungen um die revolutionäre Politik der Beschleunigung des Auflösungsprozesses von Klassenvorurteilen gegeben" /173/.

So berechtigt speziell die Einwände gegen Althussers *Kapital*-Lektüre sind, wo sich eben doch jene selbstkritisch vermerkte „theoretizistische Tendenz" bemerkbar macht, von der er selbst eben diese Lektüre ausnehmen zu können glaubt, so hält es das Projekt Klassenanalyse doch offenbar nicht für nötig, ein Zentralproblem Althussers in den hier untersuchten Arbeiten herauszuheben und am *Problem* gegenüber den erteilten Antworten, wie immer sie auch ausgefallen sein mögen, festzuhalten: die *Struktur des theoretischen Konstitutionsprozesses von Wissenschaft* und das *bestimmte Verhältnis von Wissenschaft und Philosophie im Marxismus*; mithin das Verhältnis von historischem und dialektischem Materialismus in ihrer jeweiligen Gegenstandsbestimmung. Die damit verbundene Frage nach dem Status *marxistischer Philosophie* löst das Projekt dadurch, daß es sie als falsch gestellt betrachtet. Es ist zum einen der wissenschaftliche Sozialismus schlicht positives Wissen, in dem Philosophie, zumal marxistische, als besondere Denkform aufgehört hat zu existieren. Zum anderen wird der Konstitutionsprozeß wissenschaftlichen Wissens als das Basisproblem jeder materialistischen Wissenschaftstheorie in historischer Absicht historizistisch und soziologistisch reduziert: „Die Herausarbeitung wissenschaftlichen Denkens aus den gewöhnlichen Bewußtseinsformen ist nichts anderes als der gedankliche Reflex dieses Prozesses des Hervortretens des inneren Zusammenhangs der Erscheinungsformen" /64/. Wenn aber positives Wissen (= Wissenschaft) gleichermaßen wie Alltagsbewußtsein (= Ideologie) als „bloßer Reflex" der sich entwickelnden gesellschaftlichen Verhältnisse aufzufassen sind und mit deren Entwicklung sich gewissermaßen von selbst ergeben, so fällt nach dieser Seite hin auch ihr Unterschied. Zwar setzt wissenschaftliches Denken gegenüber dem unmittelbaren Verhaftetsein des Alltagsbewußtseins an den Oberflächenformen der Gesellschaft das Bewußtsein über die sich in diesen Formen ausdrückenden inneren Zusammenhänge. Wenn es aber seiner Entstehung nach selbst grundsätzlich an das Sichtbarwerden, das Manifestwerden der inneren Zusammenhänge in der Entfaltung seines Gegenstands gebunden bleibt, so wird damit in der Perspektive genau jener Tatbestand aufgelöst, den Marx — und durchaus nicht nur auf Gesellschaftserkenntnis bezogen! — als konstitutiv für die Notwendigkeit wissenschaftlicher Arbeit überhaupt ansieht, wenn er ex negativo formuliert, daß jede Wissenschaft überflüssig wäre, wenn Wesen und Erscheinung des jeweils untersuchten Gegenstandes unmittelbar zusammenfielen. Im Herausbildungsprozeß wissenschaftlichen Wissens höbe sich dieses demnach selbst als wissenschaftliches auf.

Zentralen erkenntnistheoretischen Stellenwert hat, wie gezeigt, beim Projekt Klassenanalyse die Forderung nach dem Begreifen des wissenschaftlichen Sozialismus als System positiven Wissens von den Natur-, Gesellschafts- und Denkformen, das selbst ein historisch spontan sich entwickelndes Produkt der bürgerlichen Gesellschaft ist. Festzuhalten bleibt, daß diese Forderung in der Verabsolutierung eines richtigen Moments zwei falschen Tendenzen Raum gibt:

Einer historizistischen: denn sie reduziert den komplexen Bedingungszusammenhang einer Theorie der Entwicklung von Erkenntnis als Wissenschaftsgeschichte auf die bloße Tatsache der historischen Kontingenz von Erkenntnis als jedesmaligem „bloßen Reflex" einer bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungsetappe.

Einer soziologistischen: denn sie berücksichtigt nicht die unterschiedlichen Gegenstände und damit unterschiedlichen Entstehungsbedingungen (von der

Objektseite her gesehen) von Erkenntnis über diese Gegenstände: Natur, Gesellschaft und Denken.

So wird in einer unvermittelten Aufhebung aller Unterschiede letztlich eine abstraktes und in dieser Abstraktion der marxistischen These von der letztinstanzlichen Einheit der Wissenschaften entgegengesetztes unterschiedsloses Einheitswissen „wissenschaftlicher Sozialismus" konstruiert, wobei die übermächtigen, die gesellschaftliche Realität mystifizierenden und selbst mystifizierten Denkformen der bürgerlichen Ideologie mit dem „wissenschaftlichen Wissen" seltsamerweise gerade das gemein haben, was als Kriterium für seine *Wissenschaftlichkeit* fungiert: ihre historische Kontingenz. Ohne diesen Widerspruch in der eigenen Argumentation käme das Projekt Klassenanalyse zweifellos zu einer *selbstkritischeren* Auseinandersetzung mit den *Intentionen* des von ihm des „grundsätzlichen Idealismus" bezichtigten Louis Althusser: Klarheit zu schaffen über die Rolle der marxistischen Philosophie im Kampf der Arbeiterklasse *gegen* den Kapitalismus und über ihre Stellung und Funktion *im* Gesamtzusammenhang der marxistischen Theorie.

Hans-Jörg Rheinberger

Einzelheft DM 12,-; Jahresabonnement (4 Hefte) DM 44,-.
Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt bei VSA, Erkelenzdamm 7, 1 Berlin 36.

Jutta Kolkenbrock-Netz

NEUE ANTWORTEN AUF ALTHUSSER?

Zu einigen Tendenzen der Althusser-Rezeption

„Da es keine ‚unschuldige' Lektüre gibt, wollen wir klären, welcher Lektüre wir uns ‚schuldig' gemacht haben."

Louis Althusser

Jahrelang haben die Marxisten in der BRD und in Westberlin über die Arbeiten des französischen Kommunisten Louis Althusser entweder geschwiegen oder sie als „strukturalistisch" abgetan. „Strukturalismus" — damit waren zugleich eine Reihe schwerster ‚Verfehlungen' benannt: Angriff auf die Geschichte und ihr Subjekt: den Menschen, Positivismus, Szientismus, Dogmatismus, Attentismus . . . (1)

Wenn nun eine Zeitschrift wie *Das Argument* der Beschäftigung mit Althusser ein ganzes Heft widmet, (2) um endlich damit zu beginnen, eine bislang scheinbar undurchdringliche „geistige Grenze zu den westlichen Nachbarn der Bundesrepublik, vor allem zum französischen und italienischen Marxismus" zu durchbrechen /921/, so könnte das, zumal wenn man bedenkt, daß auch hier Althusser vorher nur einmal unter dem Stichwort „strukturalistische Revision des Marxismus" (3) zur Kenntnis genommen wurde, eine Wende in der Althusser-Rezeption, die Einleitung einer breiten marxistischen Diskussion seiner Thesen bedeuten.

Doch zur Diskussion gestellt werden in diesem Heft die Beiträge zu Louis Althusser gerade *nicht*, im Gegensatz zu den restlichen Artikeln derselben Nummer über Jochen Steffen, Dutschke und Armanski. Es werden vielmehr drei „*Antworten auf Althusser*" präsentiert, die fast alle seine neueren Texte (4) und auch die in der BRD freilich nicht sehr zahlreichen positiven Explikationen seiner Theorie (5) inhaltlich ausklammern. Insgesamt handelt es sich um eine

1 Neben den bekannten Publikationen von U. Jaeggi, A. Schmidt, W.D. Hund zu diesem Thema vgl. auch: H.J. Sandkühler: Praxis und Geschichtsbewußtsein. Studie zur materialistischen Dialektik, Erkenntnistheorie und Hermeneutik, Frankfurt/M. 1973, S. 18, 156, 161-168 und H. Schindler: „X. Internationaler Hegelkongreß", in: Marxistische Blätter 6, 12. Jg., 1974, S. 105-109; U. Müller: „Althussers strukturalistische Umdeutung des ‚Kapital' ", in: Das Argument 89, 17. Jg., Febr. 1975, H. 1/2, S. 85-92.

2 Das Argument 94, 17. Jg., Dez. 1975, H. 11/12, „Antworten auf Althusser". Die folgenden Seitenzahlen in Querbalken beziehen sich bis zu den Ausführungen über Jaeggi auf dieses Heft.

3 U. Müller, a.a.O., S. 85.

4 Z.B.: L. Althusser: Marxismus und Ideologie, Berlin(West) 1973; die Texte Althussers in: H. Arenz, J. Bischoff, U. Jaeggi (Hrg.): Was ist revolutionärer Marxismus? Kontroverse über Grundfragen marxistischer Theorie zwischen Louis Althusser und John Lewis, Berlin(West) 1973; L. Althusser: Lenin und die Philosophie, Reinbek 1974. Dieses Buch wird kurz im Rezensionsteil von „Argument" 94 abgehandelt.

5 P. Schöttler: „Philosophie/Politik/Wissenschaft. Bemerkungen zum Wandel (in) der theoretischen Problematik bei Louis Althusser", in: alternative 97, 17. Jg., Aug. 1974, S. 152-163. Vgl. auch die von Althusser ausgehenden Untersuchungen von Balibar, Macherey, Pêcheux, Fuchs in: alternative 98, 17. Jg., Okt. 1974 und alternative 104, 18. Jg., Okt. 1975; P. Schöttler: „Widerruf oder Berichtigung?", in: L. Althusser: Elemente der Selbstkritik, Berlin(West) 1975, S. 7-32.

Reihe unterschiedlicher Abgrenzungsversuche, obwohl eine *kontroverse marxistische* Diskussion über dieses Thema in der BRD nie geführt wurde. So muß wiederum der Eindruck entstehen, als wolle man — nur nachhaltiger als bisher — einer gefährlichen ideologischen Offensive begegnen, um die eigenen *von außen* bedrohten theoretischen Positionen wirksam zu verteidigen; und es fragt sich deshalb, wie ernst die im Editorial formulierte Absicht, zunächst einmal die Grundlagen der Theorie Althussers durchdringen zu wollen, hier eigentlich gemeint ist. Was sind das für ‚Antworten', die man auf die ‚Herausforderung Althusser' glaubt geben zu müssen?

Um sich des unbequemen ‚Kindes' Marx zu entledigen, haben manche sich auf die Suche nach dem ‚Vater' begeben, damit es in dessen Namen (z.B. Hegel) verschwinde. Freud ist es ähnlich ergangen. Dank der Besprechung von Althussers „Selbstkritik" durch Christa *Thoma-Herterich* (6) kommt Althusser, der eben diese traditionsreiche Praxis aufgezeigt hat (7), zu der unverhofften Ehre, daß ihm selbiges widerfährt.

Die ‚Väter', die auf den ersten Blick für ihn in Frage kommen, heißen Bachelard und Spinoza /981/982/; endlich aber ist der „geistige Nährvater" /980/ gefunden, der sich besonders eignet, dem ‚Kind' den Prozeß zu machen: „der Neopsychoanalytiker" /982/ *Jacques Lacan*! Dessen ‚Erkenntnistheorie', die sich mit der marxistischen Widerspiegelungstheorie nicht vereinbaren lasse, bilde „inzwischen den Modus der Althusserschen Annäherung an Marx" /982/. So lautet die Behauptung. Aber wo folgt der Beweis?

Wir werden auf die Zukunft vertröstet: „Althussers Nutzung solcher Vorstellungen muß Analysegegenstand der weiteren Kritik werden, damit bestimmte Geheimnisse (!) — nicht nur seiner bisweilen exklusiven und unübersetzbaren Diktion — erhellt werden können." /982/

Gegen den Versuch, den Gebrauch psychoanalytischer Termini in den Texten Althussers zu explizieren, wäre nichts einzuwenden, wenn die *theoretische* Funktion von solchen Bezugnahmen im einzelnen nachgewiesen würde, denn es ist nichts weniger als ein ‚Geheimnis', daß Althusser sich zuweilen — oft metaphorisch oder in Form von Analogien — solcher Termini bedient. Doch darum geht es Thoma-Herterich offenbar nicht. Sie arbeitet stattdessen durchweg mit trivialen Unterstellungen und pauschalen Diffamierungen, die insgesamt auf die absurde ‚These' hinauslaufen, daß Althusser, ‚infiziert' von der Psychoanalyse Lacans, die Philosophie nunmehr endgültig zur „Privatangelegenheit jedes Marxisten" /980/ erklärt habe, um sowohl die *Dialektik* als auch die *Widerspiegelungstheorie* ein für alle Mal zu liquidieren /978, 981, 984/. Es ist symptomatisch, daß Thoma-Herterich gegen Althusser gerade diejenigen *Thesen* marxistischer Philosophie zu wenden versucht, die bei ihm zum Gegenstand ausführlicher Überlegung und Erörterung werden, um sie vor einer Erstarrung in *„tote Evidenzen"* (8) zu bewahren, weil sie sonst allenfalls als Bausteine eines Dogmengebäudes dienen könnten, das für revolutionäre Marxisten jedoch unbewohnbar ist. So erklärt Thoma-Herterich z.B. ohne die geringsten Skrupel, daß Althusser die materialistische ‚Erkenntnistheorie', die Marx durch *„Umstülpung"* der Hegelschen Dialektik gewonnen habe, entschieden bekämpfe /984/, obwohl doch

6 Ch. Thoma-Herterich: „Althussers ‚Selbstkritik'", in : Das Argument 94, a.a.O., S. 976-984.

7 L. Althusser: Freud und Lacan, Berlin(West) 1976, S. 9-10; ders.: Elemente der Selbstkritik, a.a.O., S. 46.

8 Ders.: „Ist es einfach in der Philosophie Marxist zu sein?", in: SOPO 34/35, 1976, S. 7-35, S. 26.

gerade Althusser sich mit der Metapher der „Umstülpung" immer wieder befaßt hat. (9) Dies in der Absicht, um auf die *Notwendigkeit* einer *materialistischen* Dialektik, aber auch um auf die Wichtigkeit und das Problem ihrer *theoretischen* Formulierung hinzuweisen. Da sich Thoma-Herterich prinzipiell weigert, auf die Althussersche Argumentation überhaupt einzugehen, kann man nur zu dem Schluß kommen, daß *sie* es ist, die offenbar glaubt, nicht nur das Verhältnis Marx-Hegel, wie sie es Althusser vorwirft, sondern auch den Marxismus insgesamt „auf eine Übernahme philosophischer Merksätze reduzieren" zu können. /984/

Darüber hinaus muß es befremden, daß es im „Argument" noch erlaubt ist, auf zählebige, historisch tief verwurzelte Vorurteile der Psychoanalyse gegenüber zu spekulieren, die die Marxisten jahrzehntelang gehindert haben, sich wissenschaftlich mit den Texten Freuds zu befassen, um *heute* die philosophische Arbeit eines französischen Kommunisten zu diskreditieren, der in Frankreich entscheidend dazu beigetragen hat, jenen in der Geschichte der Arbeiterbewegung so folgenreichen Verkennungen der *wissenschaftlichen* Psychoanalyse seitens der Marxisten ein Ende zu bereiten. (10)

Um Althusser als ‚Lacanisten' anzuprangern, geht Thoma-Herterich vom französischen Original aus, das ihr jene Pikanterien allein zu bieten scheint, die die deutsche Übersetzung traurigerweise vermissen lasse. Dies kann und will ihr niemand verwehren. Aber Thoma-Herterich, die doch die Philosophie nicht als „Privatangelegenheit" aufgefaßt wissen will, erklärt kurzerhand die deutsche Übersetzung *allgemein* für unbrauchbar. /976/ Diskret unterschlägt sie die Tatsache, daß Althusser selbst an der Übersetzung des Textes mitgewirkt hat. Dies ihr Verfahren ist durchsichtig: von dem ungerechtfertigten Angriff auf den Übersetzer (11) einmal abgesehen, wird so eine *zusätzliche* Barriere vor den Althusserschen Texten errichtet, denn dieses Mal soll mit ‚philologischen' Argumenten eine breitere Althusser-Diskussion im deutschen Sprachraum verhindert werden.

Thoma-Herterichs Beitrag signalisiert in so extremem Maße Diskussionsunwilligkeit, daß man geradezu von ‚Widerstand' in psychoanalytischem Sinne, bei dem Argumente bekanntlich nicht verfangen, sprechen möchte. Was man über Althusser zu denken hat, scheint vorab ausgemacht. Und es ist deshalb auch keineswegs zufällig, daß das Verdikt „Strukturalismus" einfach gegen ein anderes, nämlich „Lacanismus" ausgewechselt wird — mit demselben Ergebnis: wieder einmal erspart man sich die Auseinandersetzung!

9 Ders.: Für Marx, Frankfurt/M. 1965; L. Althusser/E. Balibar: Das Kapital lesen, Reinbek 1972; L. Althusser: „Ist es einfach in der Philosophie Marxist zu sein?" a.a.O., S. 17.

10 Vgl. Althusser: Freud und Lacan, a.a.O.

11 Die in den Anmerkungen gegen den Übersetzer Peter Schöttler vorgebrachte Kritik entbehrt in allen vier Fällen der sachlichen Grundlage. Zur Illustration der Methode, mit der Thoma-Herterich vorgegangen ist, nur ein Beispiel, das auch für den deutschen Leser nachprüfbar ist: auf S. 983 wird behauptet: „Bei Schöttler wird aus dem lacanistischen ‚son Autre' (‚Unbewußtes'/‚Vater'/Analytiker, S. 31) ‚ihr anderes' (S. 46) und damit ein nicht mehr psychoanalytischer, einfacher phänomenologischer Ausdruck." Auf S. 46 der „Elemente ..." kann man lesen: „ihre Vorgeschichte bleibt ihr stets gegenwärtig: als ihr Anderes" (!) Handelt es sich hier um einen Druckfehler oder hat Thoma-Herterich im Eifer des Gefechts den Großbuchstaben ‚übersehen'? Wie dem auch sei, die auffällige Großschreibung verweist auf den/das (große) Andere(n) im Sinne Lacans (vgl.: J. Lacan: Schriften 1, Frankfurt/M. 1975, S. 97). Was wird also bemängelt?

Im Unterschied zu Thoma-Herterich bemüht sich Hans-Jörg Rheinberger(12), Althussers Argumentation im einzelnen darzulegen und seine Einwände in nachvollziehbarer Form vorzutragen. Das Dilemma der Untersuchung liegt allerdings darin, daß er sich von einer erkenntnistheoretischen Problematik leiten läßt, die jedoch in den Texten, die er behandelt — es sind fast ausschließlich „Pour Marx" und „Lire le capital" — prinzipiell in Frage gestellt wird. Rheinbergers Kritik zielt vor allem auf drei Punkte: 1. den Praxisbegriff, 2. die Trennung von Real- und Erkenntnisobjekt, 3. den Wissenschaftsbegriff. Fassen wir diese Kritik zusammen: *Hauptthese:* Althusser hat die Frage nach dem Verhältnis „von Theorie und Praxis *in der Theorie*" und dem Verhältnis „von Wirklichkeit und Erkenntnis *in der Praxis* des materiellen Lebensprozesses" /928/ eliminiert. *Begründung 1:* Althusser ersetzt den allgemeinen Praxisbegriff durch den Begriff der unterschiedlichen relativ autonomen Praxisarten. *Jede* Praxis wird dabei nach einem Arbeitsbegriff gedacht, der aus der „historisch-spezfische(n) Struktur des kapitalistischen Produktionsprozesses" /929/ abgeleitet und seinerseits als „ewige Naturform" akzeptiert wird. Praxis wird also auf Produktionstätigkeit reduziert. *Begründung 2:* Althusser umgeht mit der Ausklammerung des Wahrheitsproblems die Frage nach dem Verhältnis von Sein und Bewußtsein. Das Leninsche Praxiskriterium gerät ihm zur schlichten Tautologie: „eine wissenschaftlich produzierte und wissenschaftlich präsentierte Erkenntnis ist eine wissenschaftliche Erkenntnis". /941/ *Begründung 3:* Althusser faßt den gesellschaftlich-ökonomischen Zusammenhang der Erkenntnis nur ‚äußerlich' auf und rehabilitiert dementsprechend in der Trennung Ideologie/Wissenschaft einen positivistischen Wissenschaftsbegriff im Sinne Hilferdings. /946/

Rheinberger will sicher nicht bestreiten, daß die Auffassung der Praxis als reiner Intersubjektivität bürgerlich-philosophischen Ursprungs ist, und auch nicht, daß sich genügend Zitate anführen lassen, in denen Marx die Erkenntnis als eine „Produktion" bezeichnet. Die Differenz wird an einem anderen Punkt sichtbar: allem Anschein nach glaubt Rheinberger, aus den *allgemeinen* Aussagen von Marx über den Arbeitsprozeß (13) eine *philosophische* (anthropologische/ontologische?) Konzeption der Arbeit herauslesen zu können, die die Formbestimmtheit des kapitalistischen Arbeitsprozesses als *Entfremdung des menschlichen Wesens* zu begreifen erlaube. Unterstellt wird dabei, daß man das wissenschaftliche Hauptwerk von Marx durch die ‚Brille' seiner philosophischen Frühschriften lesen könne. Althusser aber hat bekanntlich eine solche Lektüre problematisiert, doch er hat es dabei nicht nötig, die Marxschen Aussagen über die Arbeit als einen „Stoffwechsel" zwischen Mensch und Natur zu unterschlagen, wie Rheinberger annimmt. /928/ Im Gegenteil: in einem ganzen Kapitel von „Lire le capital" setzt Althusser sich mit eben diesen Textstellen ausführlich auseinander und zeigt, daß gerade hier Marx' *Bruch* mit *allen* idealistischen Konzeptionen der Arbeit als des Wesens des Menschen (Hegel, A. Smith), auch mit der eigenen seiner Frühschriften, deutlich wird:

> „Wenn Marx schreibt, daß die Arbeit ‚vor allem ein Prozeß ist, der sich zwischen Mensch und Natur abspielt, ein Prozeß, in dem der Mensch durch seine eigene Tätigkeit den Stoffwechsel mit der Natur regelt, bestimmt und kontrolliert ... er spielt gegenüber der Natur die Rolle einer Naturkraft', so behauptet er damit, daß die Umformung der materiellen Natur in Produkte, also der Arbeitsprozeß, als materieller Mechanismus durch die physikalischen Gesetzmäßigkeiten der Natur und der Technologie bestimmt wird. Auch die Arbeitskraft ist ein Bestandteil in diesem Mechanismus." (14)

12 H.J. Rheinberger: „Die erkenntnistheoretischen Auffassungen Althussers", in: Das Argument 94, a.a.O., S. 922-951.

13 K. Marx: Das Kapital, Erster Band, MEW 23, S. 192 ff.

In diesem Abschnitt des ‚Kapital' handelt es sich nicht um eine philosophische Abstraktion *empirischer* Begriffe, die das ‚Wesen' der Arbeit hegelianisch als Subjekt-Objekt-Vermittlung bestimmte, (15) sondern um die Bereitstellung von *theoretischen* Begriffen, wie Arbeitsprozeß, Arbeitsmittel, Arbeitsgegenstand, mit deren Hilfe das Erkenntnisobjekt ‚Produktion' gedacht werden kann. Bei der Übertragung der formalen Struktur dieses *nicht-teleologischen* Produktionsbegriffes auf *andere* Formen der ‚Aneignung' der Natur durch den Menschen, die Marx ausdrücklich voneinander unterscheidet, aber dennoch unter *einen* Begriff ‚Aneignung' subsumiert: der theoretischen, künstlerischen, ideologischen, (16) wird daher auch nicht, wie Rheinberger meint, die *empirische* Praxis auf die *empirische* Produktionstätigkeit reduziert /929/, sondern die Struktur *jeder* Praxis zunächst *theoretisch* bestimmt, so daß von hier ausgehend auch der theoretische Begriff der einzelnen *Praxisarten* produziert werden kann. Zwar wird dadurch die bisherige philosophische Theorie-Praxis-Relation eliminiert, doch heißt das nicht, daß die verschiedenen Determinationsbeziehungen der Praxisarten untereinander, insbesondere die Determination in letzter Instanz durch die ökonomische Praxis, irrelevant geworden wäre. Im Gegenteil: erst dann, wenn die einzelnen sozialen Ebenen und Tätigkeitsfelder nicht mehr reduktionistisch aufeinander bezogen, sondern in ihrer *relativen* Autonomie begriffen werden, läßt sich „*das System des Auftretens* einer Praxis in einer anderen" für die jeweilige Gesellschaftsformation im einzelnen erkennen. (17) Da aber Rheinberger diese Fragen als *philosophische* behandelt und auf philosophischem Wege zu beantworten versucht, nicht aber als solche, die auf dem Boden des Historischen Materialismus, der Wissenschaft von der Geschichte, als *wissenschaftliche* Probleme neu zu stellen und zu lösen sind, erscheinen ihm die begrifflichen Vorarbeiten Althussers als idealistische Abweichung. Althusser hingegen beansprucht nur, jenes „Minimum an Allgemeinheit" zu formulieren, „das notwendig ist, um über einen konkreten Gegenstand nachdenken zu können" (18), damit *historische* Forschungen möglich werden.

Diese grundsätzliche Differenz wirkt sich auch in der *erkenntnistheoretischen* Fragestellung Rheinbergers aus. Dominique *Lecourt* hat in einer bahnbrechend zu nennenden Untersuchung von Lenins „Materialismus und Empiriokritizismus" gezeigt, daß Lenin die Klärung des Erwerbs abstrakter Ideen nicht mehr für eine *philosophische*, sondern für eine *wissenschaftliche* Aufgabenstellung hält.(19) Eben diese Frage aber ist für Rheinberger von *vorrangigem* Interesse, und er sucht sie zu beantworten, indem er Erkenntnis als dem Erkenntnisgegenstand möglichst getreues „Abbild" definiert, das „aus Praxis, aus dem Verhältnis des Menschen zur Natur und seinesgleichen im Gesellschaftszusammenhang, also aus Tätigkeit herausprozessiert wird und sich durch Tätigkeit (Anwendung, Experiment) praktisch überprüfen lassen muß". /936/ Rheinberger behandelt die erkenntnistheoretische *Grundfrage* nach dem Primat des Seins vor dem Be-

14 L. Althusser/E. Balibar: Das Kapital lesen, Bd. 2, a.a.O., S. 229.

15 Ebenda, S. 325

16 K. Marx: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1974, S. 22.

17 L. Althusser/E. Balibar: Das Kapital lesen, Bd. 2, a.a.O., S. 411.

18 L. Althusser: Elemente der Selbstkritik, a.a.O., S. 44; vgl. auch: „Ist es einfach in der Philosophie Marxist zu sein?", a.a.O., S. 23.

19 D. Lecourt: Lenins philosophische Strategie. Von der Widerspiegelung (ohne Spiegel) zum Prozeß (ohne Subjekt), Frankfurt/M., Berlin(West), Wien 1975, S. 30.

wußtsein unter der *Dominanz* einer *zweiten* Frage, der nach der *Objektivität der Erkenntnis*, dem *Erkenntnisprozeß*:

„Was macht eine Erkenntnis zu dem, als was sie dann doch letztlich anzusehen ist, zur theoretischen Aneignung der Wirklichkeit durch das Denken?" /939/ Die ‚Lösung' ist dann auch die von Althusser kritisierte, weil sie in *erster* Linie von der alten philosophischen Frage nach der Wahrheits*garantie* bestimmt wird: an die Stelle des wissenschaftlichen Problems der Geschichte der Erkenntnistätigkeit in den jeweiligen Einzelwissenschaften tritt die hegelianische Frage der ‚Ableitbarkeit' der Erkenntnisresultate aus ihrer jeweiligen ‚Genesis'; an die Stelle einer präzisen Bestimmung, auf welche Weise das Erkenntnisprodukt in andere Praxisarten (die Produktionspraxis oder die politische Praxis) eingeht bzw. die Erkenntnis durch sie determiniert wird, tritt die empiristische Konzeption der Widerspiegelung als ‚Abbild' des realen Gegenstandes.

Althusser geht anders vor: entsprechend der leninistischen Position, daß dem Sein dem Bewußtsein gegenüber der Primat zukomme, steht für ihn außer Frage, daß die Erkenntnis die Realität, die ihre Voraussetzung ist, ‚widerspiegelt', d.h. daß in der theoretischen Praxis *objektive* Erkenntnisse produziert werden. Die Frage nach der Wahrheits*garantie* wird zur Scheinfrage erklärt. Ebenfalls im Zusammenhang der erkenntnistheoretischen Grundfrage betont er die unabhängige Existenz des Realobjekts gegenüber dem Erkenntnisobjekt, aber auch die Notwendigkeit der Produktion eines Erkenntnisobjekts, wenn dem Realobjekt real das hinzugefügt werden soll, was ihm immer schon im voraus gehört, seine Erkenntnis. (20) Den Erkenntnisprozeß faßt er in seiner Beziehung zu anderen Praxisarten ebenfalls als eine objektive historische und soziale Realität. (21) Sowohl *Geschichte* als auch *Mechanismus* der Erkenntnisproduktion, auf die die *zweite* erkenntnistheoretische Frage Lenins zielt, sind in letzter Instanz nur auf dem Boden des *Historischen Materialismus* erforschbar. Eine Erkenntnistheorie im traditionellen Sinne wird damit obsolet.

An dieser Stelle aber sei auf eine entscheidende Unstimmigkeit in „Das Kapital lesen" verwiesen, die Althusser in den „Elementen der Selbstkritik" als Auswirkung einer *theorizistischen Tendenz* gekennzeichnet und berichtigt hat. (22) Solange Althusser Philosophie als „Theorie der theoretischen Praxis" definierte, konnte der Eindruck entstehen, als könne eine selbständige marxistische Epistemologie begründet werden, die sich lediglich an dem marxistischen Geschichtsbegriff zu orientieren hätte, und als ließe sich die konkret-historische Untersuchung der Einzelwissenschaften in ihren spezifischen Beziehungen zu den übrigen sozialen Praxen durch eine *allgemein-spekulative* Darstellung des Mechanismus der Produktion von Erkenntniseffekten ersetzen. Diese Unklarheit hinsichtlich des Status und des Ortes der Epistemologie hat Althusser inzwischen dadurch behoben, daß er ihr Projekt eindeutig auf dem Boden des Historischen Materialismus situiert. So zielt auch Althussers Fragestellung heute nicht mehr allgemein auf den Wissenschaftscharakter des Historischen Materialismus im Unterschied zu seiner ideologischen Vorgeschichte, sondern auf die *historischen* Entstehungsbedingungen der marxistischen Geschichtswissenschaft und ihre besondere Existenzweise in der Arbeiterbewegung. Im Rückgriff auf den Historischen Materialismus kann auch die Funktionsweise der marxistischen Philosophie in der *Theorie* und in der *Politik* der revolutionären Arbeiterbewegung bestimmt werden. Althussers These, daß eine Wissenschaft kein *äußeres* Kriterium zur Bestätigung ihrer Erkenntnisse benötigt, wie ja auch das Experiment der theoretischen Anordnung der jeweiligen Wissenschaft selbst angehört, (23) wird dadurch nicht verworfen, sondern im Gegenteil für den Historischen Materialismus spezifiziert: als Wissenschaft in der Arbeiterbewegung berichtigt er sich sowohl in der marxistischen Theorie als auch in der marxistischen Praxis des Klassenkampfes. (24)

20 L. Althusser: „Ist es einfach in der Philosophie Marxist zu sein?", a.a.O., S. 27.
21 L. Althusser/E. Balibar: Das Kapital lesen, Bd. 1, a.a.O., S. 53.
22 L. Althusser: Elemente der Selbstkritik, a.a.O., S. 61 u. 62.

Einmal mehr wird erkennbar, daß es Althusser keinesfalls um eine ideologische Bestätigung der bürgerlich-kapitalistischen Arbeitsteilung bzw. die Aufrichtung eines aufklärerischen Wissenschaftsideals innerhalb der Arbeiterbewegung geht. Abgesehen davon, daß Althusser den Erkenntniseffekt auch von Ideologien gar nicht bestreitet, sondern ihn nur vom wissenschaftlichen Erkenntniseffekt zu unterscheiden weiß (25), ist aber die von Rheinberger vorgeschlagene Kennzeichnung und Situierung der Wissenschaft als eine der spezifischen „*Sphären* gesellschaftlichen Bewußtseins" /949/ im Überbau theoretisch nicht zu rechtfertigen. Marx differenziert immerhin an entscheidender Stelle zwischen der *wissenschaftlichen* Analyse der gesellschaftlichen Realität und den zum Überbau gehörigen *ideologischen Formen* der *Bewußtwerdung* dieser Realität. (26)

Nun noch zum Beitrag von Urs *Jaeggi:* „Theorie der Geschichte: Geschichte der Theorie" (27). Er erschien vor kurzem erneut in leicht überarbeiteter Fassung in Jaeggis Buch „Theoretische Praxis. Probleme eines strukturalen Marxismus" (28) und soll daher im Zusammenhang der übrigen Aufsätze dieses Bandes diskutiert werden. Man könnte fragen, ob der theoretische Gehalt der drei in den Jahren 68 bis 75 veröffentlichten Texte (29) zu Althusser die Aufnahme einer professoralen Angewohnheit, bereits publizierte und leicht zugängliche Aufsätze schon nach kurzer Zeit in Sammelbänden wieder neu herauszugeben, rechtfertigt. Immerhin lassen sie sich jetzt, dargeboten als Protokoll einer bestimmten Althusser-Lektüre, insgesamt einschätzen.

Jaeggis Aufsätze zum Thema Althusser zeichnen sich durch ein — wie es der Verfasser an einer Stelle seines Buches selbst bekennt — „In-der-Schwebe-Halten" der Argumentation aus. Jaeggi sieht darin einen Vorteil: „es markiert die Vorläufigkeit der Position, auf beiden Seiten." /127/ Nun gut, nicht immer muß man sich sogleich festlegen. Dennoch: trotz der sich deutlich abzeichnenden Verschiebungen der Positionen von Beitrag zu Beitrag bleiben einige Grundthesen auffallend konstant, die die Althusser-Rezeption von Anfang an gesteuert haben.

23 L. Althusser/E. Balibar: Das Kapital lesen, Bd. 1, a.a.O., S. 78; L. Althusser: „Ist es einfach in der Philosophie Marxist zu sein?", a.a.O., S. 10.
24 L. Althusser: Elemente der Selbstkritik, a.a.O., S. 70. Zu den Berichtigungen, die Althusser im einzelnen vorgenommen hat, vgl. die in Fußnote 5 genannten Arbeiten von P. Schöttler.
25 L. Althusser/E. Balibar: Das Kapital lesen, Bd. 1, a.a.O., S. 89.
26 K. Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort, MEW 13, S. 9.
27 U. Jaeggi: „Theorie der Geschichte: Geschichte der Theorie?", in: Das Argument 94, a.a.O., S. 952-975.
28 Ders.: Theoretische Praxis. Probleme eines strukturalen Marxismus, Frankfurt/M. 1976. Die folgenden Seitenzahlen in Querbalken beziehen sich auf *diesen* Band.
29 Es handelt sich um 1. vier Kapitel aus Ordnung und Chaos, Frankfurt/M. 1968, 2. um den von Jaeggi stammenden Abschnitt im Vorwort zu: Was ist revolutionärer Marxismus? , a.a.O., S. XIV-XXXVI, und 3. um seinen Beitrag in: Das Argument 94, a.a.O.

In „Ordnung und Chaos“ (30) wird Althusser neben Lévi-Strauss und Foucault als „Strukturalist“ vorgestellt. Trotz der Faszination für den wissenschaftstheoretischen Neuansatz — Jaeggi: „die Verbindung von Theorie und Methode“ /12/ — dominiert die philosophische Kritik an einer „strukturalistischen Doktrin“, die sich im wesentlichen an die Argumentation von Sartre, Améry und Lefèbvre anschließt. Zwei Thesen sind es vor allem, die „der Strukturalismus“ auf provozierende Weise in Frage gestellt habe: 1. Theorie und Praxis müssen zusammengeführt werden; 2. Die Menschen machen ihre Geschichte selbst. „Denn die Menschen können ihre Geschichte nur so weit rational verstehen, als sie ihr eigenes Werk ist.“ /59/

Gegen diese zweite These hat Althusser immer wieder polemisiert, am ausführlichsten in seiner Antwort auf den englischen Kommunisten John Lewis. (31)

So einheitlich der „strukturalistische“ Angriff auf die eigenen Positionen empfunden wird, so pauschal wird auch zurückgeschlagen: Der „Strukturalismus“ negiert die Praxis und damit die Geschichte. Er ist eine Flucht aus der Politik in die wissenschaftliche Askese /41/. Und es gibt nur die Alternative: Hilft das Individuum mit die Geschichte zu machen oder ist es dieser ausgeliefert? /40/

Von derartig pauschaler Kritik hat sich Jaeggi später distanziert. Als Mitherausgeber eines Sammelbandes Althusserscher Texte (32) grenzt er sich von der herrschenden, durch ihn selbst mit eingeleiteten „Strukturalismus“-Rezeption ab und empfiehlt eine *politische* Lektüre Althussers. Zu dieser veränderten Einstellung haben nicht zuletzt die neueren Texte Althussers beigetragen. War die erste Reaktion Abwehr, so erweist sich der neue Zugang als Vereinnahmung. Denn nicht Jaeggi, sondern Althusser soll seine Thesen verändert haben. Angesichts der Ideologiekonzeption Althussers könne man die Rede darüber, „daß Geschichte hier als dialektischer ‚Prozeß ohne Subjekt‘ begriffen werde“, nicht aufrechterhalten /72/, und: „Eine marxistische ‚Theorie der Persönlichkeit‘, wie sie Sève fordert, ist hier zumindest in einem zentralen Baustein vorhanden.“ /72/ Daß diese Sätze ausgerechnet in einem Vorwort zu Texten stehen, die die Auffassung der Geschichte als Prozeß ohne Subjekt ausführlich erläutern und begründen, (33) mag verstehen, wer will. Ebenso, warum gerade die Ideologiekonzeption Althussers als Beleg für die Notwendigkeit einer „Theorie der Persönlichkeit“ angeführt werden kann, da doch Althusser in diesem Zusammenhang zwischen einer *wissenschaftlichen* Analyse der ‚Subjekt-Form‘, die durch die jeweiligen ideologischen Verhältnisse produziert wird, und der *philosophischen (ideologischen)* Frage nach dem Subjekt als *Zentrum* und *Ziel* der Geschichte unterscheidet und auch bei dieser Gelegenheit eine ausdrückliche Distanzierung von Lucien Sève erfolgt. Fest steht nur, daß Jaeggi die Ideologietheorie Althussers in keiner Weise verarbeitet hat.

Aber auch die von Althusser aufgeworfene Frage nach den *Formen* der Verbindung von marxistischer Theorie und Arbeiterbewegung markiert jetzt für Jaeggi eine Position, auf die man sich stützen kann, wenn auch nur um den Wissenschaftlichen Sozialismus, den Jaeggi aber als Behauptung einer *Identität* von

30 Vgl. zu Althusser auch: Ordnung und Chaos, a.a.O., S. 45-46, S. 47-57.

31 L. Althusser: „Antwort an John Lewis“, in: Arenz, Bischoff, Jaeggi (Hrg.): Was ist revolutionärer Marxismus?“, a.a.O., S. 35-88.

32 Was ist revolutionärer Marxismus?, a.a.O.

33 Vgl. vor allem: L. Althusser: „Bemerkungen zu einer Kategorie: Prozeß ohne Subjekt und ohne Ende/Ziel“, in: Was ist revolutionärer Marxismus?, a.a.O., S. 89-94.

Theorie und politischer Praxis mißversteht, mit Anführungszeichen zu versehen. Man müsse sich fragen, ob diese Identität „je erreichbar, ja wünschbar“ sei. /81/ Die offenkundige Skepsis gegenüber einer hegelianischen Leninismus-Interpretation, der es in erster Linie um die ‚Aufhebung‘ von Theorie in Geschichte geht, scheint also letztlich als Absage an den Leninismus überhaupt zu fungieren. Spätestens an diesem Punkt zeichnet sich ab, daß das theoretische „Bündnis“ mit dem Leninisten Althusser nicht von Dauer sein kann.

Nach Erscheinen der „Elemente der Selbstkritik“ hat sich Jaeggis Position Althusser gegenüber wiederum verändert, denn nun wird die Frage formuliert, „ob mit der Wendung ins Politische, mit der Aufgabe der Bestimmung „Theorie der theoretischen Praxis“ nicht auch der positive Beitrag zum wissenschaftstheoretischen Diskurs im Rhetorischen verwaschen wird.“ /136/ — Das Hauptinteresse liegt bezeichnenderweise wieder bei den „strukturalistischen“ Texten „Für Marx“ und „Das Kapital lesen“. Außerdem kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Jaeggi nach wie vor — trotz seiner Beteuerung, die Bezeichnung „Strukturalismus“ nicht mehr pauschalierend verwenden zu wollen — die Texte von Althusser, Balibar und Godelier insgesamt für einen *methodischen* Neuansatz hält, der in erster Linie unter dem Gesichtspunkt seiner Verwertbarkeit in den ‚Sozialwissenschaften‘ zu befragen ist. Für diese Annahme spricht, daß Jaeggi einen „strukturalen Marxismus“ — unter diesen Begriff subsumiert Jaeggi kurzerhand die stark divergierenden Ansätze Althusser/Balibar, M. Godelier und Poulantzas — gleichberechtigt neben den anderen „nicht-orthodoxen“ Rekonstruktionsversuchen des Historischen Materialismus aufführt (Schmidt, Negt und Habermas, Eder) /21/. Daß hierin die Gefahr liegt, sich vom gegebenen Stand der ‚Sozialwissenschaften‘ die Problematik für eine Lektüre der Texte Althussers vorschreiben zu lassen, anstatt diese selbst im Verlauf der Lektüre in Frage zu stellen, ist offenkundig. Dementsprechend verfährt auch die ‚neue‘ Kritik Jaeggis an „Das Kapital lesen“, als hätten Althusser/Balibar eine „systemtheoretische“ oder „strukturale“ Interpretation des Marxschen Hauptwerks geliefert, die nun am Problem des ‚sozialen Wandels‘ bzw. der ‚Evolution‘ gescheitert sei. /100/

Die anfängliche Kritik kehrt wieder, jedoch in neuem Gewande: die Trennung von Real- und Erkenntnisobjekt, von Jaeggi empiristisch im Sinne Sandkühlers als „Abstraktion von der Fülle der Geschehnisse“ (34) interpretiert, begünstige „Theorieüberschuß“, die Vernachlässigung konkreter empirischer Forschungen. /104/105, 134/ Und da für Jaeggi nicht, wie doch für Althusser, die Erforschung der objektiven Bedingungen und Mechanismen des Klassenkampfes in den Ideologischen Staatsapparaten, sondern die Lösung des ‚Problems‘, das schon den jungen Lukàcs bewegte, wie denn die Klasse ‚an sich‘ zur Klasse ‚für sich‘ werden könne /118/119/, aktuell ansteht, nimmt es auch nicht wunder, daß nun das ‚Subjekt‘ der Geschichte im „Kollektivbewußtsein“ gesucht wird. /107, 120/

Was aber bleibt außer einer gewissen ‚nicht-orthodoxen‘ „Selbstreflexion innerhalb der marxistischen Theorie“ /136/ von dem Ansatz Althussers heute noch übrig? — Nur ein einfacher politisch-ideologischer Effekt:

„Meine These: während die kommunistische Partei Frankreichs in der Allianz mit den Sozialisten eine Öffnung zum sozialdemokratischen Reformismus hin sucht, bindet der althussersche Ansatz nach ‚links‘“ /23/.

Eine in der Tat äußerst originelle Einsicht, die von maoistischen und trotzki-

34 Vgl. H.J. Sandkühler: Praxis und Geschichtsbewußtsein, a.a.O., S. 34.

stischen Gruppen in Frankreich seit Jahren verkündet wird (35) — bei Jaeggi dient sie einmal mehr zur Abgrenzung gegenüber dem Leninismus: „Handelt es sich bei der ‚Verschmelzung' zwischen der Arbeiterklasse und der marxistischen Theorie, die für Althusser zentral ist, um mehr als eine Illusion?" /136/ Das Bemühen Jaeggis, sich in wissenschaftlichen und politischen Fragen stets auf dem laufenden zu halten, Diskussionen zu führen und persönliche Irrtümer einzugestehen, in Ehren — so ‚offen' wie seine Auseinandersetzung mit Althusser sich gibt, ist sie nun doch nicht.

Thoma-Herterich, Rheinberger, Jaeggi — drei Beispiele, wie Althusser gelesen wurde und gelesen werden kann. Sie unterscheiden sich voneinander, auch hinsichtlich der Möglichkeiten, die sie für eine weitere Althusser-Diskussion in der BRD und in Westberlin eröffnen: pauschale Verwerfung/Tabuisierung — Kritik von vorgegebenen, scheinbar fixen philosophischen Positionen aus — akademische Vereinnahmung/Zurückweisung.

Aber vielleicht kann man Althusser auch anders lesen und diskutieren: als einen wichtigen marxistischen Theoretiker der Arbeiterbewegung, dessen Thesen wir *innerhalb* der Arbeiterbewegung unter dem Gesichtspunkt ihrer Nützlichkeit für die theoretischen und praktischen Klassenauseinandersetzungen auch bei uns zu überprüfen haben.

35 Vgl. z.B.: Le Monde v. 10.11.73, S. 10 „La revue ‚Communisme' attaque vivement Louis Althusser".

AUTOMATION, GESELLSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE UND PERSÖNLICHKEIT

Zur Kritik eines Beitrages von T. Waldhubel und S. Wenk (Projektgruppe Automation und Qualifikation)

> „Soll die Theorie die wirkliche Bewegung analysieren, darf sie ihr Argument nicht ausschließlich auf den fernen Fluchtpunkt der gegenwärtigen Entwicklung richten; entscheidend ist das Wie der Entwicklung ..."
> (H. May und R. Nemitz, Projektgruppe Automation und Qualifikation)

Fragen der Technik- und Qualifikationsentwicklung gewinnen einen zunehmenden Stellenwert für das Verständnis von Wachstumsprozessen in der bürgerlichen Gesellschaft, für den Marxismus kein überraschender Verlauf. Schon K. Marx hatte in einem genialen Vorgriff die Bedeutung der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte für die sozialen Verhältnisse hervorgehoben und W. I. Lenin bezeichnete die Arbeitsproduktivität als das „ in letzter Instanz ... allerwichtigste, das ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung." (1) Der zunehmende Einfluß der sich rasch entwickelnden Produktivkräfte der Arbeit findet seinen systemspezifischen Ausdruck in der Industriegesellschaftstheorie einerseits und andererseits in der marxistisch-leninistischen Theorie von der wissenschaftlich-technischen Revolution (WTR).

Wie der sowjetische Philosoph G. Glesermann anmerkt, „dachte sich Lenin den entwickelten Sozialismus nicht als eine Gesellschaftsordnung, die ökonomisch hinter dem Kapitalismus zurückbleibt." (2) D. h., die Entwicklung des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln und die Steigerung der Produktivkräfte vollzieht sich unter den verschiedensten konkret-historischen Bedingungen, wobei der Entwicklungsgrad der Produktivkräfte — auch in der Relation zu den Produktivkräften der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft — einen entscheidenden Stellenwert einnimmt. Aus der offensichtlichen Vielfalt von widersprüchlichen Entwicklungen wesentliche Tendenzen zu unterscheiden, ist zugleich eine notwendige Aufgabe für die wissenschaftliche Analyse auch nichtsozialistischer und globaler Entwicklungen. Insbesondere den spezifischen Charakter der gesellschaftlichen Arbeit in den verschiedenen Gesellschaftssystemen der Theorie der sozialen Entwicklung zugänglich zu machen, gewinnt theoretische und praktische Bedeutung auch für die Wissenschaft von der bürgerlichen Gesellschaft.

Anlaß der folgenden Betrachtung ist ein entsprechender Versuch von Mitgliedern der „Projektgruppe Automation und Qualifikation" an der FU Berlin. In ihrer Veröffentlichung „Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und individuelle Emanzipation" ergänzen und konkretisieren T. Waldhubel und S. Wenk die theoretischen Auffassungen ihrer Projektgruppe zur Automation in der BRD durch eine Einschätzung des Zusammenhanges von Persönlichkeitsentwicklung und Automation in der sozialistischen Gesellschaft. (3) Die zentra-

1 W. I. Lenin: Werke Bd. 29, S. 416.
2 In: Autorenkollektiv: Die entwickelte sozialistische Gesellschaft, Berlin (DDR) 1973, S. 31.
3 T. Waldhubel und S. Wenk: „Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und individuelle Emanzipation", in: SOPO 36/1976. Seitenangaben in Schrägstrichen beziehen sich auf diese Arbeit.

le Aussage ihrer marxistisch orientierten Arbeit ist so simpel wie bestechend: Auf der Grundlage sozialistischer Produktionsverhältnisse hat die „Erzeugung" moralischer und erzieherischer Regeln des Zusammenlebens eine hemmende, schädliche Wirkung auf die Herausbildung sozialistischen Bewußtseins, im besten Falle hat sie keine /vgl. 81, 82/: dementgegen bilde „die Aufhebung der Trennung von Kopf- und Handarbeit ... eine notwendige Voraussetzung zur allgemeinen Entfaltung von sozialistischen Persönlichkeiten ..." /74/ Mit Weiterentwicklung der Produktivkräfte, d.h. mit Durchsetzung der Automation werden „die Ansprüche des Sozialismus einholbar, kann die Forderung und konkrete Utopie, daß die Entwicklung des einzelnen zur Bedingung der Entwicklung der Gesellschaft werde, verwirklicht werden." /76/

Diese anscheinend konsequent materialistischen Thesen sollen im folgenden eingehender untersucht werden — nicht zuletzt, um Aufschlüsse über das theoretische Rüstzeug der Projektgruppe und insbesondere über die Gesellschaftsbezogenheit ihres theoretischen Ansatzes zur Analyse von Automationsprozessen in der bürgerlichen Gesellschaft zu erlangen. T. Waldhubel und S. Wenk fassen auch selbst ihre kritische Darstellung (diese sei geprägt von „dem Anspruch und Interesse, aus der DDR-Diskussion zu lernen"/64/) als Beitrag auf, die Möglichkeiten der demokratischen Bewegung in der BRD und Westberlin zu erweitern. Der Anregung der Autoren folgend, werden die sich in der DDR im Wissenschaftsprozeß reflektierenden ökonomischen und sozialen Probleme auch von unserer Seite unter dem Aspekt der Praxisbezogenheit aufgenommen werden, während eine umfassendere theoretische Begründung dem Rahmen einer späteren Arbeit vorbehalten werden muß. Die Relevanz der Thematik steht außer Frage. Vor allem die gewerkschaftliche Bewegung erhält Material zur Einschätzung einer auf technische „Sachzwänge" zurückgeführten Gesellschaftsauffassung.

Die Wirkungen der Automation

Die Autoren stellen ihre Ausführungen über die Entwicklung der Persönlichkeit im Sozialismus in den Bezug zur aktuellen Diskussion unter DDR-Wissenschaftlern. Um „die Fortschritte in der aktuellen Diskussion umso deutlicher erfassen zu können"/66/ referieren sie zuvor in der DDR vertretene Auffassungen, die ihrer Ansicht nach der sozialistischen Zielsetzung nicht entsprechen:

- Die Tatsache der Existenz sozialistischer Eigentums- bzw. Produktionsverhältnisse — damit die „Befreiung von unmittelbarer Not und Arbeitslosigkeit"/66/ — würde zu unrecht als ausreichende Bedingung für die Persönlichkeitsentwicklung angesehen. Tatsächlich verhindere die Verrichtung von schwerer und monotoner Arbeit die „Möglichkeiten der Nutzung sämlicher Vorzüge des Sozialismus"/68/ für einen großen Teil der DDR-Bevölkerung.
- Diese Prämisse von der Gegebenheit aller „notwendigen Bedingungen"/68/ der Persönlichkeitsentfaltung führe entsprechend zu der fälschlichen Annahme, die sozialistische Haltung müsse und könne ausschließlich „über den Einsatz materieller Hebel und über moralische Erziehung"/68/ hervorgebracht werden. Damit werde „ein den Individuen letztlich doch äußerliches Moralsystem von Normen und Regeln"/70/ propagiert, statt „Einsicht in bestehende Schranken individueller und gesellschaftlicher Entfaltung" /70/ zu erzeugen.
- Wiederum ausgehend von der These, die notwendigen Bedingungen der Persönlichkeitsentwicklung seien bereits gegeben, orientierten sich Soziologen in der DDR an Versuchen der Herstellung subjektiver Arbeitszufriedenheit,

während „Die allein kosmetische Veränderung des Arbeitsplatzes ... möglicherweise die produktive Kritik an der vorfindbaren Technologie"/71/ verdränge.

In diesen Auffassungen vermissen die Autoren die Berücksichtigung des Produktivkraftstandes, was zur Favorisierung ihrer sich anschließenden Darstellung der „aktuelle(n) Diskussion: Verwirklichung der sozialistischen Persönlichkeit durch die Entwicklung der Produktivkräfte"/73/ führt. In einer besonderen Betonung der Produktivkraftentwicklung als Voraussetzung einer dem Sozialismus adäquaten Persönlichkeitsentwicklung glauben die Autoren eine ihrer eigenen nahestehende Position in der DDR gefunden zu haben. Diese zeichne sich durch die Charakterisierung des aktuellen Produktivkraftniveaus als „fehlende Bedingung" der sozialistischen Persönlichkeitsentfaltung aus. Damit auch die bisher ausgeschlossene Mehrheit der sozialistischen Produzenten, die aufgrund ihrer Arbeitsbedingungen nicht fähig sind, sich „die Errungenschaften der Menschheit anzueignen und sie fortzuentwickeln"/73/, sich zu sozialistischen Persönlichkeiten entwickeln kann, gelte es eine offensichtlich gewordene Dysfunktionalität zu überwinden: „die Beseitigung der wesentlichen Unterschiede in den Arbeitstätigkeiten, schließlich: die Aufhebung der Trennung von Kopf- und Handarbeit wird notwendig, damit die sozialistischen Produzenten ihre Eigentümerfunktion realisieren können."/74/ Für die genannte Gruppe führe dies zu gesellschaftlicher Aktivität, zur Interessenübereinstimmung mit der Gesellschaft. Als Bedingungen, an welche „die Realisierung der Ansprüche des Sozialismus geknüpft sind"/74/, nennen die Autoren die „qualitativen Veränderungen im Mensch-Maschine-Verhältnis"/75/, die Durchsetzung der Automation. Sie bewirke die Annäherung der Klassen und Schichten und die Überwindung der Unterschiede von manueller und wissenschaftlicher Arbeit, von Stadt und Land./vgl. 76 f./

Nach diesem durch Zitate aus der DDR-Literatur angereicherten Vorspann folgt eine Schilderung der Wirkungen von Automation auf die Persönlichkeitsentwicklung: Automation führt zur Beherrschung der „Maschinen- und Naturprozesse", denn um die notwendigen „Planungs-, Überwachungs-, Kontroll-, Steuerungstätigkeiten und Eingriffe sinnvoll leisten zu können, muß der Automationsarbeiter Kenntnisse über die jeweiligen Naturprozesse und die Funktionsweise der Maschinerie besitzen, d. h. er eignet sich auf seinem Gebiet die gesellschaftlichen Erfahrungen an und dies in zunehmend wissenschaftlicher Form."/78/ Die aus solchem Arbeitsprozeß sich entwickelnden Fähigkeiten sind produktionsnotwendige „Wesenszüge der sozialistischen Persönlichkeit", es „entwickeln sich Fähigkeiten und Kenntnisse, um auf das Geschehen in Betrieb und Gesellschaft Einfluß nehmen zu können, entsprechend den objektiven Bedingungen."/78/ Einerseits vermehre sich durch die Produktivkraftsteigerung die freie Zeit der Produzenten und die Automation erzwinge „eine immer weitergehende gedankliche Durchdringung des Produktionsprozesses"/78/

Diese doppelte Auswirkung der Automation gilt den Autoren als das die Herausbildung sozialistischer Persönlichkeiten verursachende Prinzip, als Füllung der zusammenfassenden These, gesellschaftliche Aktivität lasse sich „nicht außerhalb oder unabhängig von der konkreten Arbeit erzeugen."/79/ Damit sind wir in die Lage versetzt, mit T. Waldhubel und S. Wenk die Persönlichkeitsentwicklung als eine besondere Form des Mensch-Maschinen-Verhältnisses begreifen zu können: als Ausdrucksform konkreter Automationsarbeit, also des Forschungsschwerpunktes der Autoren. Ihr sich offenbarendes Wissen, daß „die Automation als die materielle Basis der Entfaltung der sozialisti-

schen Persönlichkeit zu charakterisieren ist", werde aber angesichts der Durchsetzungsnotwendigkeiten der Automation auch „von Theoretikern in der DDR zunehmend klarer erkannt ..."/82/ Schließlich besitzen wir einen Mechanismus der gesellschaftsverändernden Einwirkung der Produktivkraftentwicklung (wobei wir vorläufig unterstellen, dies sei von den Autoren mit Automation gemeint): Automation wird zu der Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung — denn wir suchen vergebens nach Anhaltspunkten, wodurch die Automation bewirkt wird. Offensichtlich liegt hier ein (der DDR-Diskussion übrigens nicht unbekanntes) Konzept vor, nach welchem „die Produktionsweise einer ökonomischen Gesellschaftsformation lediglich den Wirkungsrahmen für einen ‚gesellschaftlichen Motor' oder für eine bestimmte Summe von ‚Triebkräften' (biete), welche die Produktionsweise ‚vorantreiben'. Dem liegt nicht selten auch die Vorstellung zugrunde, als brauche die Gesellschaft diese ‚Triebkräfte', diesen ‚Motor', nur geschickt zu organisieren, um den weiteren Fortschritt der Produktionsweise zu gewährleisten. Unter solchem Aspekt erscheinen ‚die Produktivkräfte' als letzte ‚Quelle' der historischen Bewegung." (4) Die Probleme im Wissenschaftsprozeß der DDR scheinen — wie sich mit dieser Aussage von K. Teßmann andeutet — doch profaner, als die klare Position von T. Waldhubel und S. Wenk.

Produktion als gesellschaftlicher Prozeß

Erst abschließend erläutern T. Waldhubel und S. Wenk, daß das Spezifische des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus, „die Existenz der sozialistischen Produktionsverhältnisse als notwendige aber nicht hinreichende Bedingung für die Entfaltung sozialistischer Persönlichkeiten ... vorausgesetzt"/82/ wurde. Unbeeindruckt von spezifischen und sich historisch entwickelnden Wechselwirkungen dieser neuen Produktionsverhältnisse mit den Produktivkräften können sich die Autoren auf abstrakte, ihrer Darstellung äußerliche Feststellungen beschränken: „Das Bestimmende des Sozialismus ist es, daß in ihm die Menschheit auf Grund der Eigentumsverhältnisse befähigt ist, selbstbewußt und gesellschaftlich ihr Leben zu organisieren"/81/, der Vorteil des Sozialismus bestehe darin, „die Automation als Grundlage der Herausbildung der sozialistischen Persönlichkeit bewußt und durch die aktive Mitgestaltung der Werktätigen vorantreiben zu können, ohne daß Arbeitslosigkeit oder Widersprüche zu den Eigentumsverhältnissen auftreten, sondern im Gegenteil die Wahrnehmung der Eigentümerfunktion möglich wird, die Steigerung der Produktivität zu einer Verkürzung des gesellschaftlichen Gesamtarbeitstages und zu einer schöpferischen Entfaltung sozialistischer Menschen führen kann."/82/

Erinnern wir uns: Die Autoren unterscheiden „Bedingungen", welche bei vollzähliger Existenz die sozialistische Persönlichkeit im Gefolge haben. Die „fehlende Bedingung" bestehe im Niveau der Arbeitsproduktivität, während die Verhältnisse in der Produktion — also die Produktionsverhältnisse — glücklicherweise als weitere „notwendige aber nicht hinreichende Bedingung" bereits gegeben seien. (Diese stehen daher auch nicht in einem widersprüchlichen Verhältnis zur Entwicklung der Produktivkräfte). Hierdurch erlangen die Autoren sofort den theoretischen Vorteil, sich ganz auf die Automation konzentrieren zu können. Weder eine allgemeine Bedeutung für die Produktivkraftentwicklung durch die Produktionsverhältnisse, noch durch ihren bestimmten Entwicklungsgrad kann die Konzeption belasten: Beides ist nur äußerlicher Rahmen für ihre Idee von der Durchsetzung der Automation. Der gesellschaftliche Bezug wird damit auf eine — gesellschaftsformunabhängige — Vergesellschaftung der Produktion reduziert, welche im Sozialismus zudem noch „planend gelenkt"/73/ werden kann. Die zwar erwähnten Klassen und andere sozialen Ungleichheiten im Sozialismus sind nicht Bestandteil eines sich organisch entwickelnden Prozesses, denn die sozialistischen Produktionsverhältnisse sind nicht als historische, sich verändernde und die Produktivkraftentwicklung beeinflussende Verhältnisse aufgefaßt, sondern sie erhalten die Qualität einer Konstanten, von der sich abstrahieren läßt.

4 K. H. Teßmann: „Zur Kritik des technologischen Determinismus", in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Heft 9/1974, S. 1089.

Hierin besteht auch das Geheimnis einer hinsichtlich der interpretierten DDR-Literatur sicher durchgehaltenen Selektion; nur die dem Anliegen der Autoren förderlichen Passagen können als die für die aktuelle Diskussion repräsentativen gelten. So führte etwa der von den Autoren als Zeuge ihrer Auffassung zitierte Soziologe F. Staufenbiel aus: Bezüglich der Bedeutung der Produktivkraftentwicklung bestehe der theoretische Zugang der Analysen in der „determinierenden Rolle der Produktionsverhältnisse für den Charakter der wissenschaftlich-technischen Revolution und auch den der kulturellen Entwicklung ...", während ein „techno-soziologisches" Konzept bedeuten würde, „daß wir die Lebensweise sozialistischer Persönlichkeiten entsprechend dem Entwicklungsniveau der Technik, also ausschließlich in Abhängigkeit von der Entwicklung der sachlichen Produktivkräfte, begreifen." (5)

Auch im Sozialismus ist der Produktionsprozeß seinem Inhalt nach Arbeitsprozeß. Die Entwicklung seiner Faktoren und ihre Kombination — d. h. die Entfaltung der Produktivkräfte — „ist ihrem Inhalt nach Reduzierung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit zur Herstellung eines bestimmten Gebrauchsgutes." (6) Entwicklung der Produktivität ist damit identisch mit Ökonomie der Zeit, wodurch sich aber nur eine allgemeinste Bestimmung des Einsatzes von Arbeitsmitteln abzeichnet. „Ausschließlich als Mittel zur Verwohlfeilerung des Produkts betrachtet, ist die Grenze für den Gebrauch der Maschinerie darin gegeben, daß ihre eigne Produktion weniger Arbeit kostet, als ihre Anwendung ersetzt." (7) Die Durchsetzung der Zunahme von vergegenständlichter gegenüber der lebendigen Arbeit als gesellschaftlichen bzw. historischen Prozeß aufzufassen, bedeutet dagegen die Form zu bestimmen, die einer Gesellschaft hinsichtlich der Einsparung der lebendigen Arbeit entspricht. „Ökonomie der Zeit" — erstes Prinzip des Sozialismus — fällt nicht zusammen mit ökonomischer Effektivität als eine den Gesellschaftsformationen je spezifische Form der Ökonomie der Zeit. „... die ökonomische Effektivität (ist) kein allgemeiner, in allen Gesellschaftssystemen mit gleichem Inhalt gefüllter Begriff." (8) Die dem Sozialismus adäquate Reduktion lebendiger Arbeit ist folglich der kapitalistischen grundsätzlich nicht vergleichbar: In letzterer ist es nicht die Differenz der Arbeitsquanten, welche die Entwicklung des Arbeitsmittels bestimmt. Da das Kapital „nicht die angewandte Arbeit zahlt,

5 F. Staufenbiel: „Zur Entwicklung kultureller Bedürfnisse in der Arbeiterklasse und Konsequenzen für die Planung sozialer Prozesse im Betrieb und Territorium", in: Lebensweise, Kultur, Persönlichkeit, Berlin (DDR) 1975, S. 55, 56.

6 J. H. Mendner: Technologische Entwicklung und Arbeitsprozeß, Frankfurt/M. 1975, S. 10.

7 K. Marx: Das Kapital, MEW 23, S. 414.

8 G. Mittag: „Hauptaufgabe – Intensivierung – Effektivität", in: Einheit, Heft 3/1973, S. 276. Vgl. auch D. Klein: „Politökonomische Aspekte des Kampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus", in: IPW-Berichte, Heft 3/1976.

sondern den Wert der angewandten Arbeitskraft, wird ihm der Maschinengebrauch begrenzt durch die Differenz zwischen dem Maschinenwert und dem Wert der von ihr ersetzten Arbeitskraft." (9)

Aus der Identifikation von Reduzierung der Verausgabung lebendiger Arbeit mit ihrer gesellschaftlichen Form resultieren indessen die Argumente von T. Waldhubel und S. Wenk. D. h. die theoretische Grundlage ihres Automations*begriffes* ist beschränkt auf Freisetzung von lebendiger Arbeit (als allgemeingesellschaftlicher Tendenz): „ ... mit der Automation tritt der lebendigen Arbeit immer mehr vergegenständlichte entgegen, der einzelne Produzent bewegt in seiner Arbeit eine ungeheure Masse von Maschinerie ..."/79/ Die Durchsetzungs*form* dieses allgemein-historischen Prozesses — von welcher auch erst gesellschaftliche Grenzen, Möglichkeiten und Notwendigkeiten unterscheidbar würden — fällt aus dem Gesichtsfeld der Autoren. Indem sie ihren gesellschaftsformunabhängigen Ausgangspunkt nur jeweils reproduzieren, verharren sie auf einer Ebene, welche von der Projektgruppe Automation wie folgt beschrieben wird: Wesentlich für die Betrachtung der Automation sei „die Art des Produktionsprozesses, also die Stufe der Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur, die Art der Lebensbewältigung. Ausgangspunkt für die Bestimmung des Wesens von Automation ist also die spezifische Arbeit des Menschen ... hierbei geht es um die Stellung des Menschen im Arbeitsprozeß, sein Verhältnis zur Maschinerie, soweit es aus der konkret-nützlichen Tätigkeit ableitbar ist, zunächst unabhängig von der kapitalistischen Formbestimmtheit." (10) Damit — zunächst? — von jeder Formbestimmtheit.

Für diese Betrachtung der Automation ist folgerichtig die gesellschaftliche — daher auch die sozialistische — Form irrelevant, was uns T. Waldhubel und S. Wenk vor allem vorführen und durch die nachträgliche Erklärung ihrer Voraussetzungen nachweisen: Ihrem Automationsbegriff folgend bedürfen sie keiner bestimmten Gesellschaft. Sie wehren sich daher gegen die Gesellschaftsspezifik des Arbeitsprozesses — durch Auslassungen: nach dem grundlegenden Ausgangspunkt in der DDR-Diskussion ist der konkrete Inhalt der Arbeit, sind damit die Erfordernisse der Produktivkraftentwicklung auch im Sozialismus durch *gesellschaftliche* (in letzter Instanz ökonomische) Gesetzmäßigkeiten und Notwendigkeiten bestimmt.

Dieser determinierende Einfluß der ökonomischen Verhältnisse erhält *erstens* in einer konkreten Ausnutzung des gegebenen Produktivkraftniveaus zur Erweiterung der Produktivität der Arbeit seinen Ausdruck. Nur ein vorhandenes Potential kann der reale Ausgangspunkt von ökonomisch-technischer Politik sein. Wie der Prozeß der Entwicklung der neuen Produktivkräfte allgemein immer aus dem Potential des jeweils erreichten Entwicklungsstandes erwächst, so ist auch die Durchsetzung der Automation ein konkreter Prozeß in einem konkreten gesellschaftlichen Zusammenhang. Auf eine Frage nach der Planung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts antwortete

9 K. Marx: Das Kapital, MEW 23, S. 414. „Für das Kapital wird diese Produktivkraft gesteigert, nicht wenn überhaupt an der lebendigen Arbeit, sondern nur wenn an dem *bezahlten* Teil der lebendigen Arbeit mehr erspart als an vergangener Arbeit zugesetzt wird ..." (MEW 25, S. 272).
Hiervon abstrahierend wird verständlich, warum T. Waldhubel und S. Wenk nicht, wie die von ihnen zitierten DDR-Autoren, die wissenschaftlich-technische Revolution in ihrer kapitalistischen Form als unmittelbar begrenzte bestimmen.

10 Projektgruppe Automation und Qualifikation: „Automation in der BRD", in: Das Argument, Sonderband 7/1975, S. 7. Vgl auch S. 79.

der polnische Wissenschaftler L. Pasiencny 1972: „Manche sind der Ansicht, daß es in einem solchen Land wie Polen zweckmäßig ist, die wissenschaftlich-technische Politik auf technologische ‚Engpässe' zu konzentrieren. Andere sind der Meinung, man solle möglichst alle Zweige der Forschung gleichmäßig entwickeln, und wieder andere — das wissenschaftlich-technische Potential müsse auf die Entwicklung der führenden Zweige der Volkswirtschaft konzentriert werden. In der Praxis lassen wir uns von den dringenden Erfordernissen der Ökonomie leiten." (11)

Hier müssen folglich Entscheidungen getroffen werden, welche einen direkten Einfluß auf die Entwicklung der Produktivkräfte ausüben, aber nicht aus einem selbständigen wissenschaftlich-technischen Fortschritt abgeleitet werden können, sondern zugleich aus den spezifischen gesellschaftlichen Verhältnissen. Es muß insbesondere eine — von wissenschaftlichen Begründungen abhängige — Entscheidung vorgenommen werden, für welche Werktätigen die konkrete Arbeit auch weiterhin stärker eine soziale Verpflichtung — also eine Frage der den Autoren mißfallenden „Ehre und des Ruhms"/67/ — bleiben wird, und weniger eine Frage des „ersten Lebensbedürfnisses". Entsprechend kritisierte der Ökonom G. Schulz die einseitige Orientierung auf die revolutionären Veränderungen in den Produktivkräften, wenn dies zur Vernachlässigung der „rationale(n) Nutzung des Vorhandenen ..., der Neuererbewegung und der Rationalisierung" führe. Die neue Qualität der Produktionsbedingungen hervorzubringen, „erscheint die Schaffung völlig neuer Betriebe oder Betriebsabteilungen als günstigster Weg. Dabei wird die qualitative Vervollkommnung der vorhandenen Anlagen vernachlässigt." (12)

Aber wenden wir uns *zweitens* dem fortgeschrittenen Teil der Produktion in sozialistischen Ländern zu. Einer Form des Produktionsprozesses also, welche — wie wir erfahren hatten — die „Wesenszüge der sozialistischen Persönlichkeit" hervorbringt. Die vielleicht entscheidenste — von den Autoren aber nicht erwähnte — Aussage auf dem „II. Kongreß der marxistisch-leninistischen Soziologie in der DDR" (1974) war die Feststellung im Hauptreferat R. Weidigs, daß es nach empirischen Untersuchungen „keinen Zusammenhang zwischen dem Alter der Maschinen und Anlagen und der Schwere der körperlichen Arbeit gibt, das heißt, die physischen Belastungen werden bestenfalls im gleichen Tempo verringert, wie dies durch die Rationalisierung bestehender Anlagen auch erreicht wird. Das spricht einerseits für die Art und Weise der Durchsetzung der sozialistischen Rationalisierung, zeigt aber zugleich, daß in Forschung, Entwicklung und Konstruktion die Entwicklung solcher Produktionstechnik, die die Überwindung der schweren körperlichen Arbeit beschleunigt, noch nicht den erforderlichen Rang einnimmt." (13)

Wie wenig erhöhte geistige Anforderungen schlechthin eine Folge neuer Produktionsmittel sind, dokumentiert sich in den Untersuchungen in der DDR, nach welchen selbst an vollautomatisierten Anlagen nur ein (ermitteltes) „geringstes" geistiges Niveau „produktionsnotwendig" ist. Die Erkenntnis dieser empirischen Tendenz zwingt nach M. Lötsch die Gesellschaft, ausgehend von ihrer Zielsetzung, „durch eine entsprechende Gestaltung der neuen Technik,

11 L. Pasiencny, in: „Die Verbindung der Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution mit den Vorzügen des Sozialismus" (Bericht), in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Heft 8/1972, S. 1026.

12 G. Schulz, in: ebenda, S. 1013.

13 R. Weidig: „Die Entwicklung der Arbeiterklasse und der Persönlichkeit bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR", in: Soziologische Probleme der Klassenentwicklung in der DDR, Berlin (DDR) 1975, S. 51.

durch systematischen Arbeitsplatzwechsel und andere Maßnahmen diesen bisher oft gegebenen Zusammenhang umzukehren." (14) Während T. Waldhubel und S. Wenk die Existenz schwerer körperlicher Arbeit bedauern und sich überdies zum Nachweis des vorhandenen Anteils geringer geistiger Anforderungen in der DDR-Produktion gerade auf diesen Aufsatz von M. Lötsch berufen, /vgl. 67/ unterschlagen sie, daß auch „Automation" mit einem relativ hohen Anteil an schwerer körperlicher Arbeit bzw. geringer geistiger Beanspruchung verbunden sein *kann*. Daß damit entsprechende — der gesellschaftlichen Reproduktion notwendige — Eingriffe in den wissenschaftlich-technischen Prozeß erforderlich werden, paßt nicht in ihr Schema.

Auf dem gleichen Kongreß stellte H. F. Wolf, ausgehend von empirischen Untersuchungen über die Automation in einem Maschinenbau- und einem Chemiebetrieb in der DDR, voneinander abweichende Tendenzen hinsichtlich der Qualifikationsstruktur, des Schweregrades der physischen und psychischen Belastung, der Motivation und des Grades der Selbständigkeit der Werktätigen fest. Er kommt zu dem Schluß, man könne „offenbar nicht von einem einheitlichen für alle Industriezweige gültigen Modell der Automatisierung ausgehen ... Einer Auffassung, die dem konkreten Inhalt der Arbeit unmittelbar den größten Einfluß auf die Persönlichkeitsentwicklung einräumt, kann nicht zugestimmt werden. Wer den Inhalt der Arbeit unvermittelt zu bestimmten Persönlichkeitsmerkmalen in Beziehung setzt, folgt selbst einer Art des ‚technologischen Determinismus'." Vielmehr sei es der gesellschaftliche Charakter der Arbeit, ihre sozialen Faktoren, das Arbeitskollektiv, die Form des Leitungsprozesses, des Wettbewerbs, der Neuererbewegung, welche „in Verbindung mit dem konkreten Inhalt der Arbeit persönlichkeitsfördernde Bedingungen schaffen ..." (15) Die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und seines Kernstücks, der Automation, reduziert sich für die Wissenschaftler in der DDR folglich nicht auf eine Orientierung an der technisch erreichbaren Einsparung an lebendiger menschlicher Arbeit. Nur „wo ein einseitiges technizistisches Herangehen vermieden wurde, wo von Anfang an auch die ökonomischen und sozialen Fragen Gegenstand der Forschung, Entwicklung und Projektierung waren", wurden der sozialistischen Gesellschaft entsprechende Lösungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts erzielt, stellt G. Schulz für die DDR fest. (16) Ebenso verneinte K. Teßmann, „daß jene sozialistischen Leiter besonders erfolgreich sind, welche ihre Anforderungen an den Menschen zuerst oder allein aus den technischen Notwendigkeiten des Reproduktionsprozesses herleiten. Im wirklichen Prozeß setzen sich jene Kollektive als erfolgreich und wirksam durch, welche zugleich eine solche neue Qualität ihrer wesentlichen produktiven, kulturellen, ideologischen zwischen-menschlichen Gesellschaftsbeziehungen ausbilden, die dem sozialökonomischen Aneignungsprozeß der sozialistisch-kommunistischen Gesellschaftsformation gerecht werden. So ordnet sich die Technik dieser neuen Produktionsweise ein." (17)

R. Weidig bestätigte die zu verbessernde Komplexität der Leitung und Planung wissenschaftlich-technischer Entwicklungsprozesse. Es sei erforderlich, „die Probleme der sozialen Entwicklung nicht als ‚Folgeerscheinungen' zu be-

14 M. Lötsch: „Über die soziale Struktur der Arbeiterklasse ...", in: Soziologische Probleme ..., a.a.O. (Fußnote 13), S. 105.

15 H. F. Wolf: „Tendenzen der sozialistischen Persönlichkeitsentwicklung bei der Verwirklichung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und Probleme ihrer Interpretation", in: Lebensweise ..., a.a.O. (Fußnote 5), S. 49, 50.

16 G. Schulz, in: „Die Verbindung ..." (Fußnote 11), S. 1014.

17 K. H. Teßmann: „Zur Kritik ..." (Fußnote 4), S. 1103.

handeln, sondern ihre zielstrebige Lösung von Anfang an in die Strategie der Bewältigung wissenschaftlich-technischer Prozesse einzubeziehen. In diesem Zusammenhang muß die Verbindlichkeit sozialer Zielkriterien des wissenschaftlich-technischen Fortschritts entscheidend erhöht werden." (18) Die gesellschaftsformationsabhängige Auffassung der wissenschaftlich-technischen Revolution verweist umgekehrt auf die Existenz negativer Auswirkungen im Kapitalismus: „Um den Import technischer Neuerungen, die die Struktur der sozialistischen Wirtschaft und Gesellschaft entstellen können, zu vermeiden, müssen wir die mit der WTR in den kapitalistischen Ländern zusammenhängenden ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen und Gesetzmäßigkeiten gründlich analysieren." (19)

Während für die Wissenschaftler in den sozialistischen Ländern zum Zwecke der praktischen Umsetzung vor allem die Analyse der gesellschaftlichen Determiniertheit von Automationsentwicklung im Vordergrund steht, wird für T. Waldhubel und S. Wenk folgerichtig eine Wechselwirkung von Produktivkraftentwicklung mit bestimmten Produktionsverhältnissen so wenig zum Problem, daß wir nicht einen Verweis wenigstens auf die Existenz dieser Diskussion finden. Das enthebt sie natürlich der Mühe, sich in ihrer kritischen Darstellung mit dieser Grundposition kritisch auseinanderzusetzen. Die Automation gilt ihnen schlicht sowohl als die „eigentlich sozialistische Produktionsweise" wie auch als die „bestimmende() Produktionsweise" im Kapitalismus./83/ (20) Da für die Autoren die ökonomischen Verhältnisse ohne wesentliche Bedeutung für den Entwicklungsprozeß der Produktivkräfte sind, gehört weder die Unentwickeltheit sozialistischer Produktionsverhältnisse noch der sich in der politisch-wissenschaftlichen Planung der Produktivkraftentwicklung ausdrückende reale Prozeß zu ihren Kriterien der Persönlichkeitsentwicklung.

Genaugenommen sind es für T. Waldhubel und S. Wenk allerdings nicht die „Produktivkräfte", welche die gesellschaftliche Entwicklung vorantreiben und damit den neuen Menschen hervorbringen. Insofern haben wir die Autoren etwas ungenau interpretiert, was nun zu korrigieren ist. Es ist hierzu die Entwicklung der Elemente des Produktionsprozesses selbst zu untersuchen und damit eine konkretere Bedeutung der These von T. Waldhubel und S. Wenk, nach welcher „ ... die sozialistische Persönlichkeit ... durch die Automation eine Produktionsnotwendigkeit"/81/ wird.

Die Produktivkräfte als System

Die Autoren begründen diese Notwendigkeit als aus dem Mensch-Maschine-Verhältnis in folgender Weise hervorgehend: „die Arbeit an automatischen Anlagen stellt daher die Praxis dar, die gesellschaftliche Aktivität ermöglicht und erzwingt und folglich die Einheit von Bewußtsein und Handeln, die freie und selbsttätige Aktivität im Interesse des gesellschaftlichen Fortschritts als Wesenszug der sozialistischen Persönlichkeit befördert."/80/ Untersuchen wir daher, *wie* „die Automation ‚die Herausbildung einer organischen Einheit von körperlicher und geistiger Arbeit in der materiellen Produktion' " vorantreiben, *woraus* sich der „Prozeß der Intellektualisierung der produktiven Arbeit" /78/ ergeben soll. Die Autoren folgern aus der bereits geschilderten allgemeinen Ten-

18 R. Weidig, a.a.O., (Fußnote 13), S. 53.

19 I. Huszar, in: „Die Verbindung ...", a.a.O. (Fußnote 11), S. 1017.

20 Vgl. auch: Projektgruppe Automation und Qualifikation, „Automation in der BRD", a.a.O. (Fußnote 10), S. 260.

denz der Abnahme von lebendiger Arbeit, „der einzelne Produzent bewegt in seiner Arbeit eine ungeheure Masse von Maschinerie, so daß die Anforderungen an die Verantwortung der Produzenten steigen."/79/ Das neue Verhältnis der Produzenten zu ihrer Arbeit ist also nicht Ausdruck der Gesellschaftlichkeit des Produktionsprozesses, sondern allein Produkt der *sachlichen* Arbeitsbedingungen. (Deren Entwicklung selbst auch der gesellschaftlichen Form gleichgültig sei). Automatisierte Produktion ergäbe daher schlechthin neben der Möglichkeit auch den Zwang für die Arbeitskraft, dem automatisierten Produktionsprozeß entsprechende Fähigkeiten — die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit — hervorzubringen. Die Autoren fahren fort: „Zum einen besitzt der Automationsarbeiter schon mehr Verantwortung, als wenn er an einer einzelnen Maschine ständig kontrolliert arbeiten müßte, zum anderen läßt es die Komplexität und vielfältige Abhängigkeit innerhalb des Gesamtprozesses nicht zu, sich nur um den eigenen Teilbereich zu kümmern, ‚die Verantwortung des einzelnen (erstreckt) sich nicht nur auf einen überschaubaren Anteil der Produktion ..., sondern auf den gesamten Produktionsprozeß, der vom Arbeitskollektiv gesteuert wird.' "/79/ (21) „Zum einen" übersehen die Autoren, daß die Beaufsichtigung der Produzenten mit der Entwicklung der Fließbandproduktion im Kapitalismus weitgehend der Maschine übertragen werden konnte. „Die Ketten- oder Bandarbeit reduziert die Qualität menschlicher Arbeit darauf, ‚Lückenbüßer der Mechanisierung' zu sein, bestimmte Handgriffe auszuführen, deren Rhythmus und Art von dem Tempo der Maschine unausweichlich vorgegeben wird ... ‚Die Maschine ist ein harter Herr, der nichts durchgehen läßt. Kein Mensch könnte als Vorgesetzter solche Unnachsichtigkeit praktizieren.' " (22) Anscheinend ist eine gegensätzliche Tendenz für den Automationsprozeß unterstellt, welche die Beaufsichtigung und Kontrolle mit der technischen Entwicklung den Händen der unmittelbaren Produzenten übergibt.

Zum anderen erwähnen die Autoren nicht, daß sich die eben zitierte DDR-Wissenschaftlerin A. Kahl auf die gesellschaftlich vermittelten Formen sozialistischer Arbeitskollektive bezieht und nicht auf einen „Selbstlauf" des Automationsprozesses. Konkret begründet sie Anforderungen an die dem Charakter sozialistischer Produktionsverhältnisse entsprechende Leitung.

Bevor wir auf einige Auffassungen über den Zusammenhang von Arbeitsmittel und Arbeitskraft in der sozialistischen Gesellschaft eingehen, können wir auch eine vielleicht übriggebliebene Erwartung aufgeben: Die Autoren verwenden die sozialistische Gesellschaft — ihren theoretischen Ausgangspunkt reproduzierend — gerade nicht dazu, in Verfolgung des realen Lebensprozesses Aufschlüsse entweder über die Existenz einer sozialistischen Entwicklungsform der Produktivkräfte oder aber über eine Identität der Arbeitsmittel und ihres Einsatzes, der Ausprägung der Arbeitskraft usw. in verschiedenen Gesellschaften zu erlangen. Während diese stofflichen Prozesse neben dem theoretischen insbesondere auch von praktischem Interesse angesichts kapitalistischer Rationalisierung für die gewerkschaftliche Bewegung wäre, *unterstellen* sie hier grundsätzlich die Identität.

21 Die Autoren zitieren A. Kahl: „Zum sozialen Typ des Arbeitskollektivs in automatisierten Produktionsbereichen der Chemie", in: Aktivität, Schöpfertum, Leitung und Planung, Berlin (DDR) 1975, S. 183.

22 F. Deppe u.a.: Kritik der Mitbestimmung, Frankfurt/M. 1969, S. 245 und H. Popitz, H. P. Bardt u. a.: Technik und Industriearbeit, Tübingen 1957, S. 111.

Ein Hinweis auf die Möglichkeiten systemübergreifender Analysen des Arbeitsprozesses läßt sich z. B. der Kritik an der industriesoziologischen Untersuchung von H. Kern und M. Schumann durch S. Herkommer entnehmen. S. Herkommer problematisiert deren gegen die Requalifikationsbehauptung R. Blauners gerichtete These, daß „unter gewissen Voraussetzungen ... gerade auch durch Automatisierung die Voraussetzungen für restriktive und qualifikationslose Arbeiten" entstehen. Die gesellschaftsunspezifische Technikauffassung von Kern/Schumann übersehe den Einfluß ökonomischer Verhältnisse auf die teilweise vorhandene — technisch begründete — Dequalifikation. „... inwieweit sich darin nicht nur technische Gegebenheiten aussprechen, die unter einem hinzutretenden ‚kapitalistischen Profitmotiv' festgehalten werden und sich deshalb nicht in Richtung auf eine ‚Humanisierung der Arbeit' entwickeln lassen, sondern inwieweit in den konstatierten Gegebenheiten sich notwendige Tendenzen durchsetzen, wird Kern/Schumann nicht zum Problem. Zwar verweisen sie an Bruchstellen ihres Materials stets getreulich auf ökonomische Interessen, die in technische Umstellungen hineinspielen, diese haben aber prinzipiell den Status von Randbedingungen, die dem Produktionsprozeß äußerlich bleiben." (23)

Wenn auch mit umgekehrtem Vorzeichen, so trifft diese Einschätzung durchaus auch auf den Beitrag von T. Waldhubel und S. Wenk zu, die von vornherein gar nicht intendieren, aus dem — hier sozialistischen — gesellschaftlichen Prozeß zu theoretischen Verallgemeinerungen zu gelangen. Ihre scheinbare Bezugnahme auf den Sozialismus als Erkenntnisobjekt bezieht sich auf ein spezielles Anliegen:

Sie müssen aufgrund ihrer theoretischen Prämissen annehmen, daß sich mit ihrer Theorie des gegenwärtigen Kapitalismus auch die sozialistische Entwicklung erklären läßt (24), womit sie allein auf die Fragwürdigkeit ihrer Gesellschaftstheorie überhaupt hinweisen. In ihren Ausführungen bewegen sie sich auf einer Erscheinungsebene, welche durch die gegenüber dem Sozialismus insgesamt höhere Arbeitsproduktivität des heutigen Kapitalismus hervorgerufen wird: Die technischen Errungenschaften der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft erscheinen als technische Errungenschaften überhaupt, ihre besondere Form gerät zum Inhalt des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts. Die hierdurch tatsächlich hervorgerufenen Anforderungen an die theoretische Analyse bleiben ihnen daher geheimnisvoll: Etwa wenn J. Filipec, B. P. Löwe und R. Richta feststellen, „daß einige Elemente der sich entwickelnden wissenschaftlich-technischen Revolution, insbesondere jedoch einige ihrer sozialen Aspekte, vorläufig eher durch eine theoretische Analyse und Synthese als anhand ihrer unmittelbaren Erscheinung veranschaulicht werden können ..." (25)

Diese Problematik wird nach der Automationsauffassung von T. Waldhubel und S. Wenk irrelevant. Ihre Ausführungen implizieren eine Automationsanalyse, nach welcher gerade ihre volle Durchsetzung unterstellt ist, statt ihren Durchsetzungsprozeß zu untersuchen. Aufgrund solcher theoretischer Absicherung erscheinen alle Entwicklungswidersprüche, insbesondere aber gesellschaftsspezifische Schranken und Grenzen, allein als Unvollkommenheiten gegenüber

23 S. Herkommer: „Vom Elend der Industriesoziologie", in: SOPO 16/1972, S. 82.

24 Theoretische Ansatzpunkte finden sich etwa in: H. May und R. Nemitz: „Kann der Kapitalismus die Produktivkräfte weiterentwickeln? " In: Marxistische Blätter, Heft 3/1976.

25 J. Filipec, B. P. Löwe, R. Richta: Sozialismus – Imperialismus – wissenschaftlich-technische Revolution, Frankfurt/M. 1974, S. 72.

einem Endzustand. Nach J. H. Mendner ergibt sich diese Betrachtungsweise aus der Orientierung an der „Freisetzung unmittelbarer Produktionsarbeit überhaupt ... Nach dieser Auffassung gibt es dann entweder nur den Zustand der Vollautomation, in dem bereits jegliche menschliche Arbeit aufgehoben wurde. Diese Vorstellung völlig arbeitsfreier Produktion ist aber nicht geeignet, Automation als ein gesellschaftlich relevantes Phänomen, das selbst einer Entwicklung unterliegt, zu analysieren. Oder es wird jede auf diesem Entwicklungspfad zur Vollautomation eintretende Freisetzung lebendiger Arbeit als ein Moment der Automation bezeichnet ..." (26)

Bedingungen der Automationsentwicklung in der DDR-Diskussion

Die aus dem bestimmten sozialen Zusammenhang von technischer und Arbeitskraft-Entwicklung hervortretenden Widersprüche sind es auch, welche von A. Kahl thematisiert werden. Der Autorin geht es keineswegs um abstrakte Wirkungen der Automation, sondern um die Bedingungen sozialistischer Arbeitskollektive in der automatisierten Chemie-Produktion, wobei sie zu widersprüchlichen Ergebnissen gelangt: Das Überwiegen von geistiger Arbeit führe einerseits zur Vereinheitlichung des geistigen Niveaus innerhalb der Kollektive, andererseits ist „Der Unterschied in bezug auf den Anteil der geistigen Arbeit zwischen den im Produktionsprozeß tätigen Ingenieuren und Facharbeitern ... aber wesentlich geringer als der Unterschied im Inhalt der Arbeit zwischen Facharbeitern und angelernten Arbeitern." Die sich erhöhende Kooperationsbereitschaft in den Kollektiven ist aufgrund der Freisetzung von lebendiger Arbeit verbunden mit der räumlichen Trennung der Arbeitsplätze und steht im Widerspruch zu dem „ausgeprägte(n) Bedürfnis nach interpersoneller Kommunikation." Dem „Selbstlauf" überlassen, komme es „zu Störungen der Kollektivbeziehungen" und führen „Höhere Qualifikation und Disponibilität ... nicht spontan zur Festigung sozialistischer Beziehungen im Kollektiv." (27) Wie der Ausgangspunkt der Verfasserin in dem bestimmten gesellschaftlichen Bezug des Arbeitskollektives besteht, so zeigt sie die aus der Entwicklung des Arbeitsmittels resultierenden Notwendigkeiten einer *sozialistischen* Leitung der Produktion auf.

Wie schon allgemein angedeutet, reduziert sich auch für A. Kahl die wissenschaftlich-technische Entwicklung — damit das Mensch-Maschine-Verhältnis — nicht auf die „Möglichkeiten" der Einsparung an lebendiger Arbeit. Automation gilt in der DDR-Literatur auch nicht als „materielle Basis" der Persönlichkeitsentwicklung wie bei T. Waldhubel und S. Wenk, sondern als deren „materiell-technische Basis". „Der Begriff der materiell-technischen Basis der Gesellschaft ist einerseits enger als der Begriff der Produktivkräfte, weil letztere neben den gegenständlichen Faktoren — den Arbeitsmitteln und Arbeitsgegenständen sowie technologischen Verfahren, Struktur und Organisation der Produktion — auch den subjektiven Faktor — den Menschen als die Hauptproduktivkraft — umfassen." (28) In den Produktivkräften ist das Zusammenwirken der Faktoren des Arbeitsprozesses die Voraussetzung einer gesellschaftsspezifischen Auffassung des Produktionsprozesses. D.h. daß auch die Form der technischen Ausstattung gesellschaftlich determiniert ist. Der Einsatz der Technik

26 J. H. Mendner, a.a.O. (Fußnote 6), S. 187, 188.
27 A. Kahl: „Zum sozialen Typ ...", a.a.O. (Fußnote 21), S. 182 ff.
28 H. Nick: „Materiell-technische Basis und gesellschaftlicher Fortschritt", in: Einheit, Heft 8/1976, S. 870, 871.

ist deshalb nicht Produkt einer abstrakten wissenschaftlich-technischen Revolution, sondern Ausdruck bestimmter Produktionsverhältnisse. Die wissenschaftlich-technische Revolution, schreibt D. Klein in bezug auf die modernen Gesellschaften, führt „an die Schaffung der materiell-technischen Voraussetzungen für die volle Entfaltung der schöpferischen Persönlichkeiten der Werktätigen heran. Ob aber diese Möglichkeiten von Wissenschaft und Technik für die Persönlichkeitsentwicklung genutzt werden, hängt vom Charakter der Produktionsverhältnisse ab." (29) Der theoretische Zugang besteht folglich nicht in einer absolut eigenständigen „Entwicklungslogik" der Technik, was auch für die Ingenieurwissenschaften bedeutsam wird: „Dem Wesen des Sozialismus gemäß kann im Maßstab der Volkswirtschaft planmäßig die Produktionstechnik immer mehr den Bedürfnissen nach schöpferischer Arbeit angepaßt werden, kann das zunehmend zu einem Kriterium der Konstruktionsarbeit werden ..." (30)

Ist für die DDR-Wissenschaftler die wissenschaftliche und technische Entwicklung nicht von selbständigem Charakter, sondern muß sie ihre Potenzen entsprechend der gesellschaftlichen Zielrichtung entwickeln, so muß dies sich im Zusammenwirken der Faktoren des Arbeitsprozesses unmittelbar ausdrükken. G. Schulz führte 1972 ein Beispiel von Automatisierung in der DDR an, wobei (scheinbar) unabhängig von der technischen Ausstattung zwei Möglichkeiten des Einsatzes von Arbeitskräften in Betracht kamen. „Zum Beispiel wurde im VEB Mikromat Dresden der Einsatz von numerisch gesteuerten Werkzeugmaschinen vorbereitet. Es sinken die Qualifikationsanforderungen für das Bedienen der NC-Maschinen. Andererseits erfordert das Einrichten eine höhere Qualifikation. Es wurden zwei Varianten untersucht. Die eine sah das Trennen der Funktion des Einrichtens von der des Bedienens vor. Damit würde ein Bedarf an höher qualifizierten Facharbeitern für das Einrichten und von weniger qualifizierten für das Bedienen entstehen. So wäre die alte aus dem Kapitalismus übernommene Arbeitsteilung reproduziert worden. Der andere Weg — für den man sich entschied — sah die Vereinigung dieser beiden Funktionen vor. Es war eine zahlenmäßig größere Gruppe von Arbeitern mit höherer Qualifikation erforderlich. Das Wichtigste ist, daß alle an der neuen Arbeit großes Interesse fanden." (31) Es ging nicht um einen aus „der Automation" hervorgehenden Einsatz von Arbeitskräften und nicht um eine kurzfristige ökonomische Effektivität als Kriterium der Planung. Die wissenschaftlich-technische Politik orientierte sich an dem spezifischen gesamtgesellschaftlichen Nutzen, der — insbesondere auch langfristig — auch eine dieser Gesellschaft entsprechende Effektivität, die Rationalität in der Auseinandersetzung mit der Natur mit sich bringen soll. D.h., daß der faktische Einsatz lebendiger Arbeit sich auch gegenwärtig nicht aus einer — in diesem Falle weniger von berücksichtigten technischen Varianten abhängigen — Automation „an sich" ergibt, sondern Ausdruck und Folge der Produktionsverhältnisse ist.

Die Entscheidung für die letztere Variante ist aber keineswegs als unhistorische in dem Sinne aufzufassen, daß sie eine Folge nur aktueller oder spontaner Arbeitspolitik wäre. Schon der Entscheidungsspielraum setzt ein bereits vorhandenes Arbeitskräftepotential voraus. Die gesellschaftliche Vorbereitung der lebendigen Arbeit und im weiteren die damit mögliche Art auch der technischen

29 D. Klein: „Die Grenzen des Kapitalismus in der wissenschaftlich-technischen Revolution", in: Einheit, Heft 1/1975, S. 94.
30 Ebenda, S. 95.
31 G. Schulz, in: „Die Verbindung ...", a.a.O. (Fußnote 11), S. 1031.

Entwicklung sind daher die Momente, welche den Prozeß der Produktivkraftentwicklung prägen. Die Kritik am „technologischen Determinismus" muß — ist sie nicht nur eine vordergründige ideologische Kritik — den Nachweis ihrer Richtigkeit durch die These erbringen, daß sich im Zusammenwirken von Technik und der Ausprägung der Arbeitskraft ein System von objektiven und subjektiven Elementen der Produktivkräfte in einer sozialistischen Form herauskristallisiert. Die — sicher erst in Ansätzen sichtbare (32) — Verschiedenheit der technischen Ausrüstung in den gegenwärtigen Gesellschaften ist ein Kriterium der Entwicklung des Charakters der Produktivkraft Mensch, der selbst wieder die Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Produktionsverhältnisse anzeigt. Für den Kapitalismus, schlußfolgert entsprechend D. Klein, bestehe die Schranke der Produktivkraftentwicklung nicht unmittelbar in der technischen Entwicklung. „In der gegenwärtigen Phase der wissenschaftlich-technischen Revolution scheint es möglich, daß der Kapitalismus diese Schranke für die technische Entwicklung noch durch den leistungsfördernden Druck der sozialen Existenzunsicherheit, durch die Wirkung der Konkurrenz auf eine rasche Überführung wissenschaftlicher Ergebnisse in die Produktion und Organisierung der Tätigkeit der qualifiziertesten Kräfte in bestimmtem Maße zu kompensieren vermag." Eben aber die Einsetzbarkeit der Produktivkraft Mensch führe zu generell unterschiedlichen Formen der Produktivkraftentwicklung entsprechend dem Charakter der Produktionsverhältnisse. „Je mehr aber im Prozeß des wissenschaftlich-technischen Fortschritts die schwere körperliche Arbeit durch Maschinen ersetzt wird, je mehr die einfache Arbeit in kompliziertere übergeht und je mehr der Charakter der Tätigkeiten schöpferisches Verhalten verlangt, desto mehr wird sich die Differenz zwischen den Schranken des Kapitalismus und den Möglichkeiten des Sozialismus zur Entwicklung der Persönlichkeit der Werktätigen auch im Niveau der Produktion und in der Beschaffenheit der eingesetzten Technik niederschlagen", die Entwicklungsschranken für die Arbeitskraft im Kapitalismus setzen auch der „Entfaltung der anderen Elemente der Produktivkräfte" Schranken. (33)

Die in sozialistischen Ländern entwickelte Theorie der materiellen Bedingungen des gesellschaftlichen Fortschritts muß auch deshalb als Einheit von technischer und Persönlichkeitsentwicklung dargestellt werden, weil die wissenschaftlich-technische Revolution erfordert, „daß dieses Niveau (der Produktionskenntnisse — W.W.) dem technischen Ausstattungsgrad voraus ist." Die Wissenschaft stehe daher vor der Aufgabe, „die Kenntnisse so und in einer solchen Form zu produzieren, daß sie zu einem aktiven Faktor bei der Herausbildung der schöpferischen Fähigkeiten breiter Bevölkerungsschichten werden können." (34) Die sozialistische Persönlichkeit kann nach dieser Auffassung daher nicht als eine Folge und Notwendigkeit von „Automation" bestimmt werden, da der Automationsprozeß sich in der gesellschaftsbezogenen Wechselwirkung der Elemente der Produktivkräfte vollzieht: Ist die materiell-technische Basis einerseits die Grundlage der Persönlichkeitsentwicklung, so sind es andererseits die sozialistischen Produktionsverhältnisse, welche über das Mittel politisch-wissenschaftlicher Planung auch die der Persönlichkeitsentwicklung adäquate

32 Vgl. H. Nick, a.a.O. (Fußnote 28), S. 877: „Der Übergang vom Nachentwickeln zur Verwirklichung qualitativ neuer, bislang in der Welt nicht bekannter wissenschaftlich-technischer Lösungen ist für uns ein Kardinalproblem des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und seiner ökonomischen Wirksamkeit, eine Grundbedingung wachsender Erfolge des Außenhandels." Vgl. auch S. 872.

33 D. Klein, „Die Grenzen ...", a.a.O. (Fußnote 29), S. 96, 97.

34 G. N. Wolkow, in: „Die Verbindung ...", a.a.O. (Fußnote 11), S. 1018.

Technik hervorbringen — wiederum in Abhängigkeit von den Fähigkeiten der Produzenten. „Weder die Qualifikationsanforderungen noch die geistigen Komponenten des Arbeitsprozesses nehmen mit der Mechanisierung und Automatisierung linear zu", folgert R. Weidig aus dem empirischen Material. (35) Für die DDR-Wissenschaft sei auch aus diesem Grund „die Erhöhung des Qualifikationsniveaus der Arbeiterklasse ... keine Sache des Selbstlaufs. Wiederholt zeigen soziologische Untersuchungen, daß die Teilnahme an den verschiedenen Formen der Weiterbildung mit dem vorhandenen Qualifikationsniveau der Werktätigen fast linear zunimmt, das heißt, die Aktivität höher qualifizierter Gruppen ist auf diesem Gebiet — wie auch auf vielen anderen — bedeutend höher als die niedriger qualifizierter Gruppen. Es sind weitaus höhere Anstrengungen erforderlich und Bedingungen notwendig, um vor allem die Werktätigen mit einem niedrigeren Qualifikationsniveau planmäßig in das System der Aus- und Weiterbildung einzubeziehen. Zugleich geht es ... auch um die rationelle Nutzung des gegebenen Bildungspotentials." (36)

Diese von der Gesellschaft entwickelte, d.h. letztlich aus ihren Produktionsverhältnissen hervorgehende Form der Produktivkräfte ist zugleich Entwicklungsmoment der Produktionsverhältnisse; bringt die Möglichkeit und Notwendigkeit sich verändernder Beziehungen im Produktionsprozeß mit sich. Der Bericht einer sowjetischen Expertenkommission zur Ausarbeitung eines Perspektivplanes der „sozialökonomischen Entwicklung der UdSSR in den Jahren 1976 bis 1990" ist ein Einblick in die praktische Berücksichtigung dieses Zusammenhanges: „Die Entwicklung der Produktivkräfte hat die Vergesellschaftung der Produktion beschleunigt und zu einer umfassenderen Nutzung der herkömmlichen und zur Ausarbeitung von neuen Methoden der Vergesellschaftung geführt ... Dies äußert sich in erster Linie in der Bildung verschiedenartiger komplexer Vereinigungen, die auf der Basis der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeiten. Dies ist ein wichtiger Prozeß auf dem Gebiet der Zunahme der Vergesellschaftung der Produktion und der Entwicklung der Eigentumsverhältnisse." Die veränderten Produktionsverhältnisse formen den „Charakter und ... Inhalt der Arbeit, die Struktur der Arbeitskräfte, die Einstellung zur Arbeit, die Distributionsverhältnisse usw." (37)

Sollte eingangs stärker die gesellschaftliche Entwicklung als Folge eines aktuellen Reproduktionsprozesses dargestellt werden, so war eben zu verfolgen, wie sich die besondere Form der Produktivkräfte des Sozialismus herauskristallisiert. Auch die Aufnahme dieser stärker praxisbezogenen wissenschaftlichen Diskussion in sozialistischen Ländern zeigte, daß die Betonung der Formbestimmtheit des Reproduktionsprozesses sich nicht auf abstraktere Wissenschaften reduziert. Daß die Wissenschaftler in der DDR die Erforschung gesellschaftlicher Praxis aus einer historischen und gesellschaftsspezifischen Einheit von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften herleiten, ist dagegen T. Waldhubel und S. Wenk völlig entgangen. Diskret umgehen sie damit den Versuch einer ihre eigene Position bestätigenden Kritik, indem sie den grundsätzlichen theoretischen Ausgangspunkt der — etwa auch von ihnen zitierten — DDR-Autoren überspringen, um zu verkünden, daß „das gesellschaftliche Leben im Sozialismus ... über die bewußte Regelung und Planung gesellschaftlicher Ver-

35 R. Weidig, a.a.O. (Fußnote 13), S. 53.

36 Ebenda, S. 49

37 A. Jeremin, L. Kasakewitsch: „Ökonomische Probleme des entwickelten Sozialismus", in: Sowjetwissenschaft (Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge), Heft 2/1975, S. 126, 127.

sorgung und Befriedigung gemeinsamer Interessen bestimmt" /70/ sei. T. Waldhubel und S. Wenk haben sich nun selbst in die Lage gebracht, die Gesellschaft vollends von irgendwelchem besonderen und damit auch allgemeinen Einfluß auf ihre sozial-ökonomische Entwicklung befreit zu haben. Daß es sich um eine bestimmte Gesellschaft handelt, ist ihrer Darstellung nur als in Form von Randbedingungen auftauchenden Hinweisen zu entnehmen. (Die Notwendigkeit dieser Erinnerungen zeigt selbst schon an, daß die Entwicklung nicht aus dem gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß hervorgehend verstanden wird.) Gesellschaftliche Entwicklung dennoch zu erklären, verweisen sie auf die Wirkung der gegenständlichen Faktoren des Automationsprozesses; damit auf die (zukünftige) vergegenständlichte oder tote Arbeit. Das erklärte Anliegen der menschlichen Emanzipation vielleicht doch noch aufzuspüren, wenden wir uns abschließend Aspekten des Überbaus in den modernen Gesellschaften zu.

Ziel und Mittel in der sozialistischen Gesellschaft

Aufgrund der Ausschaltung des Entwicklungsprozesses der materiellen Beziehungen, welche die Produzenten im Produktionsprozeß eingehen, kann die Behauptung der Autoren — gleich ob sie zutrifft —, daß ein bestimmtes System moralischer Normen und Regeln der Gesellschaft äußerlich sei, nur durch eine Konfrontation mit dem ihnen vorschwebenden Ziel der Entwicklung zustandegekommen sein. Denn sowohl die Aufgaben der Erzieher, die nach Marx auch erzogen werden, wie auch der den Autoren mißfallende Fakt, daß „ein Teil dieser Regeln zu Gesetzen erhoben (wird), deren Einhaltung vermittels staatlichen Zwangs gewährleistet wird" /69/ sind in diesem Falle nicht als Ausdruck der materiellen Verhältnisse betrachtet, sondern als einfache Negation zu einem utopisch konstruierten Ideal. Irreführend ist daher auch die Feststellung, „Im Sozialismus, in dem dieser unmittelbare Zwang (Repressionsmaßnahmen, wie in kapitalistischen Betrieben — W.W.) wegfällt, ist die sozialistische Arbeitshaltung primär eine Frage des Bewußtseins der Produzenten." /68/ Die Arbeitshaltung ist ebenso wie überhaupt die gesellschaftliche Einstellung ein Entwicklungsprozeß der Persönlichkeit, in welchem „der enge bürgerliche Rechtshorizont" nur unter bestimmten materiellen Voraussetzungen überschritten werden kann: „Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft." (38)

Zufrieden mit der Existenz sozialistischer Produktionsverhältnisse überhaupt, ergibt sich bei den Autoren eine Weiterentwicklung der Gesellschaft nicht als komplexer Organismus, sondern durch den Vorschlag, zu automatisieren. Daß der erreichte Stand der technischen Entwicklung wiederum die Grundlage für die sich verändernde — und nur über die bewußte Erkenntnis veränderbare — Rückwirkung der Überbauverhältnisse ist, kann diese reine Theorie nicht belasten. Umgekehrt: Die Autoren kritisieren zwar bestimmte Entwicklungen im Überbaubereich der DDR als hemmend für die Persönlichkeitsentwicklung, geben aber grundsätzlich nicht an, ob diese überhaupt eine Relevanz besitzen, und wie etwa nicht hemmende vorzustellen seien. Dies wird deutlich an einer allgemeinen Konfusion: In ihrer Kritik des in der DDR propagierten Normen- und Moralsystems vermischen die Autoren bedenkenlos zwei auf unterschiedlicher Ebene angesiedelte Aspekte der Wirkungen auf die Entwicklung der Persönlichkeit: Einerseits die sich in allen Bereichen der Gesellschaft ausdrückende — bzw. „erwünschte" — Verhaltens- und Bewußtseinsentwicklung, also „den

38 K. Marx: Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, S. 21.

sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt." (39) Andererseits die Aussagen von Pädagogen über den Prozeß der Vorbereitung der zukünftigen Produzenten auf den gesellschaftlichen Lebens- und Arbeitsprozeß. Wenn auch beide Momente aufs engste miteinander verbunden sind — daher die Indentifizierung bei T. Waldhubel und S. Wenk — so fallen sie doch keineswegs zusammen. Pädagogik ist weder eine „Überwissenschaft", noch ist sie durch die anderen Gesellschaftswissenschaften ersetzbar. (40)

Insbesondere aber: Die Autoren hatten betont, die Bedingungen der Persönlichkeitsentwicklung zu untersuchen. Ist unsere Kritik berechtigt und sind die Autoren in ihrer Konzeption konsequent, so muß sich ihr Persönlichkeitsbegriff als Kriterium der unterliegenden Gesellschaftsauffassung erweisen. Vergegenwärtigen wir uns daher, wie die Qualitäten der sozialistischen Persönlichkeit nach Ansicht der Autoren entstehen:

- Der Automationsarbeiter bewegt „eine ungeheure Masse von Maschinerie", seine Arbeit macht die Kenntnis der Zusammenhänge über den eigenen Teilbereich hinaus notwendig, daher steige das Verantwortungsbewußtsein. /79, 80/
- Der „ungeheure Wirkungskreis" des individuellen Handelns geht mit der „Notwendigkeit einer genauen Einsicht in die Bedingungen des eigenen Tuns" einher. /79/
- Die Handlungen werden von einem „Gebrauchswert-orientierten, ökonomischen Denken bestimmt", da „Planung und Durchführung der Produktion integrierbar werden." /80/
- Was für die gesellschaftliche Planung und politische Leitung im Sozialismus unmittelbar einsichtig sei, nämlich die „bewußte und gemeinschaftliche Regelung gesellschaftlicher Produktion", „läßt sich mit der Automation nun auch für die Ebene der materiellen Produktion verfolgen, bzw. findet dort ihre Entsprechung." /79, 80/

Offensichtlich liegt dem eine Interpretation Marx'scher Gedanken zugrunde, wonach der Mensch angesichts der von ihm hochentwickelten Technik „neben den Produktionsprozeß (tritt), statt sein Hauptagent zu sein", es „die Entwicklung des gesellschaftlichen Individuums" ist, „die als der große Grundpfeiler der Produktion und des Reichtums erscheint." (41) Daher die klare Anweisung zu automatisieren: Wenn die zukünftige Technik solch entwickeltes Individuum zur Bedingung hat, braucht nur noch diese Technik entwickelt zu werden, lautet die Tautologie. Nun kann davon abgesehen werden, daß „die Produktivkräfte und gesellschaftlichen Beziehungen — beides verschiedene Seiten der Entwicklung des gesellschaftlichen Individuums" sind, diese Seiten „materielle( ) Bedingungen" der gesellschaftlichen Entwicklung sind (42), erst recht aber vermögen die Autoren das Problem auszublenden, daß auch der Erzieher bzw. Pädagogik-Wissenschaftler zukünftig und gegenwärtig gesellschaftliche Erfordernisse umzusetzen hat, die der sozialistische Prozeß hervorbringt. Da die Autoren von dem Erziehungsprozeß des gesellschaftlichen Nachwuchses ebenso wie von den — sich ändernden — Verhaltensweisen der Produzenten im unmittelbaren Produktionsprozeß grundsätzlich abstrahieren, bleibt nur oben geschildertes, sich mit der Technik einstellendes Verhaltenssyndrom der Automationsar-

39 K. Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie, Vorwort, MEW 13, S. 9.
40 Vgl. dazu G. Neuner: „Das Persönlichkeitsproblem und die Pädagogik", in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Heft 10/1973.
41 Vgl. K. Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, S. 592 ff.
42 Ebenda, S. 592 f.

beiter. Die Persönlichkeitsentwicklung wird damit ersetzt durch eine Psychologie der Automation, denn die menschliche Persönlichkeit ist nicht als „Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse", damit als untrennbares Gegenstück zum Gesellschaftsbegriff aufgefaßt, sondern als Summe von Fähigkeiten und Verhaltensweisen, die sich hier angesichts der Automation herausbilden würden. Um Mißverständnisse zu vermeiden: Nicht darin, daß die Autoren die Persönlichkeit psychologisch begründen, sondern darin, daß sie mit solchem Persönlichkeitsbegriff versuchen, unmittelbar die Gesellschaft erklären zu wollen, besteht die Konfusion.

Als Methode der vorliegenden Sozialismusinterpretation läßt sich zusammenfassen, daß ein zukünftiger Entwicklungsgrad der sich sträubenden Realität gegenübergestellt wird, statt den widersprüchlichen Prozeß der Entwicklung zu verfolgen. Damit hat sich gezeigt, wie eine in dem Aufsatz von H. May und R. Nemitz (43) vorgegebene Theorie — wenigstens in dieser Anwendung — zu einem Gegeneinander von Realität und utopischem Ideal führte. Praktisch bleiben uns nur Seifenblasen, denn die Anwendung, die es erst recht sollte, läßt tatsächlich keine Schlüsse über das im Eingangsmotto betonte „Wie der Entwicklung" zu. T. Waldhubel und S. Wenk beziehen ihr „Argument ... ausschließlich auf den fernen Fluchtpunkt der gegenwärtigen Entwicklung ...", damit die Probleme der Gegenwart verschleiernd.

Für die Wissenschaftler in der DDR sind, wie sich zeigte, die über die ökonomische Basis des Sozialismus hinausgehenden Gesellschaftsbereiche unmittelbar einbezogen in die konkrete Weiterentwicklung der Gesellschaft. Diese sind sowohl aktiv auf den unmittelbaren Produktionsprozeß wirkende, wie auch zur Realisierung der Produktionsverhältnisse notwendige Momente des Reproduktions- und Entwicklungsprozesses. Die Einstellung zur Arbeit etwa ändert sich zusammen mit den in Wechselwirkung zu den Produktionsverhältnissen sich ändernden Moral-, Rechts-, Ideologie-, Erziehungsbereichen usw. Die spezifische Rückwirkung des Überbaus ist — wie sich besonders am Problem der, der technischen Entwicklung vorausgehenden, Arbeitskraftentwicklung zeigte — unmittelbarer Bestandteil des Prozesses der Revolutionierung der Produktivkräfte wie auch entscheidend für die Entwicklung der Produktionsverhältnisse selbst: Kenntnisse und Informationen in vielfältigster Form sind gesellschaftlich notwendige Grundlage des sich verändernden Verhältnisses des Menschen zur Natur wie der Beziehungen der Menschen im Produktionsprozeß. Kurz, „Es wird niemals solche technischen Lösungen geben, die uns die Aufgabe abnehmen könnten, uns den komplizierten bildungsökonomischen, arbeitswissenschaftlichen und sozialen Problemen zuzuwenden, die mit der Gestaltung progressiver Arbeitsinhalte verbunden sind und die für den Gesamtfortschritt der Gesellschaft an Bedeutung gewinnen", wie es H. Nick zuspitzte. (44)

Ohne auf nicht unproblematische Auffassungen einzugehen, wie sie in der der DDR-Diskussion bezüglich der Förderung von Bewußtseinsprozessen und der Erziehung vertreten wurden, sei eine grundsätzliche, objektiv bedingte Schranke angedeutet. Die theoretische Prognose — als notwendiger Bestandteil der wissenschaftlichen Planung — kann nur Ausdruck der wirklichen Bewegung und ihrer Analyse sein. Damit ist wissenschaftliche Voraussicht — insbesondere für eine noch junge Gesellschaft — in ihrem Konkretheitsgrad abhängig von den sich historisch herausbildenden, dem Sozialismus eigenen Verhältnissen. Auf diese Problematik verweisen die sowjetischen Autoren C.A. Gordon und E.W.

43 Vgl. H. May und R. Nemitz: „Kann der Kapitalismus ...", a.a.O. (Fußnote 24).
44 H. Nick, a.a.O. (Fußnote 28), S. 875.

Klopnow. Sie unterscheiden in Anlehnung an S.I. Fainsburg drei Typen der Sozialplanung, „die den drei wichtigsten Bereichen der planmäßigen Entwicklung der Gesellschaft entsprechen: 1. der Produktionsbereich (sozialökonomischer Bereich), 2. der Bereich der eigentlichen sozialen Beziehungen und Prozesse und 3. der Bereich der primären Sozialisierung der Persönlichkeit ... Übrigens hält der Autor den dritten Typ der Planung für eine Sache der Zukunft." (45)

Ein „Ideal" der sozialistischen Persönlichkeit, aufgefaßt als Konstrukt, welches dann (von wem?) im Laufe der Jahre — sei es durch Vernunft oder Technik usw. — zu erschaffen wäre, widerspricht zumindest den Grundthesen des Marxismus, nach welchen die Fixierung des „abstrakten Menschen" selbst Ausdruck unentwickelter gesellschaftlicher Verhältnisse ist. F. Staufenbiel folgerte für die Realanalyse: Planung schließe im Sozialismus „die konzeptionelle Voraussicht sozialer Prozesse, Probleme und Aufgaben in sich ein ..." Diese Voraussicht begründe sich aber auf den realen Prozeß, daher „brauchen wir nicht abstrakte, allgemeinmenschliche Werte zu strapazieren, wie das bürgerliche und sozialreformistische Ideologen ständig tun. Wir wollen die wirklichen Prozesse in unserer Gesellschaft analysieren, um mit wissenschaftlichen Erkenntnissen den gesellschaftlichen Fortschritt besser organisieren zu können." (46)

Den letzten Nachweis schließlich, daß es Th. Waldhubel und S. Wenk nicht um eine Darstellung der DDR-Diskussion zu tun war, sondern diese nur der theoretischen Selbstbestätigung diente, erbringen die Autoren in ihrem abschließenden Kapitel. Hier wenden sie sich der Praxis zu, indem sie aufzeigen, wie die „sozialistische Persönlichkeit" zum Kampfbegriff in der bürgerlichen Gesellschaft werden kann.

Eine Interpretation des gegenwärtigen Kapitalismus

Der heutige Kapitalismus ist für die Autoren eine Gesellschaft, in der sich „die Automation immer mehr durchsetzt und zur bestimmenden Produktionsweise wird ..."/83/ Die den Autoren vorschwebende technische Grundlage der Persönlichkeitsentwicklung wirkt also auch in dieser Gesellschaft. Tatsächlich schildern uns T. Waldhubel und S. Wenk, wie sich hier — wenn auch nur scheibchenweise und gehindert durch das Privateigentum — die sozialistische Persönlichkeit (oder etwas von dieser nicht mehr Unterscheidbares) heranbildet. Die Entwicklung der Automation ist die materielle Grundlage, auf welcher sich eine neue Qualität der Arbeitskraft herausbildet; sie bewirkt „veränderte Anforderungen an die Produzenten aus dieser neuen Art der Produktion."/83/ Vom Kapital können „die bei den Produzenten erforderliche Verantwortung und das ökonomische Denken, die neuen Fähigkeiten ... nicht ungestraft negiert werden, ohne daß die Produktion zusammenbrechen und damit unprofitabel würde."/83/ (47) Da hier sozialistische Produktionsverhältnisse fehlen, bewege sich die kapitalistische Form der Entwicklung der Arbeitskraft aber in einem Widerspruch. Denn das Kapital versucht, den „über das System hinausweisenden Tendenzen und Möglichkeiten die Spitze zu brechen und auf pervertie-

45 L. A. Gordon, E. W. Klopow: „Die Erforschung der Lebensweise – eine notwendige Voraussetzung für die Sozialplanung", in: Sowjetwissenschaft (Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge), Heft 12/1973, S. 1272.
46 F. Staufenbiel, a.a.O. (Fußnote 5), S. 54, 53.
47 Anhaltspunkte für die vorschwebende neue Qualität der Arbeitskraft finden sich in: Projektgruppe Automation und Qualifikation: „Automation in der BRD", a.a.O. (Fußnote 10), S. 86 ff.

rende Art und Weise systemintegrierende ‚sozialistische' Haltungen und Fähigkeiten herzustellen."/83/ Diesen „pervertierenden und inhumanen Eingriffen" zu begegnen, muß sich die demokratische Bewegung „mit der Entwicklung der Produktivkräfte im Rücken für die volle Entfaltung der menschlichen Fähigkeiten und Möglichkeiten einsetzen."/84/

Kurz, die sich entwickelnde Technik ist die positive Bedingung, der Einsatz ideologischer Mittel von seiten des Kapitals die negative Bedingung der Persönlichkeitsentfaltung: denn es ist nicht nur Pikanterie, wenn die Autoren gerade in der „Ausbildung in Schule, im Beruf und an der Hochschule" /83/ das Kampffeld für und gegen Reformen festlegen. Die entwickelte Persönlichkeit, welche im Sozialismus wie im Kapitalismus ursächlich durch die Technik hervorgebracht wird, muß aufgrund der Kapitalinteressen daher noch die Barriere des Überbaus (des weiteren wird angeführt: „Raffinierte Manipulationsangebote"/83/) überwinden; ist damit auf eine demokratische Bewegung angewiesen, welche die Lehren der wahren Persönlichkeit verbreitet, statt selbst Produkt von ökonomischen Verhältnissen zu sein, von Produktionsverhältnissen, die ihre Grenzen z. B. in der Gewerkschaftsforderung nach Mitbestimmung ausdrücken — dies erledige die Automation ohnehin.

Der solchermaßen bestimmte demokratische Kampf führt schließlich dazu, die restlichen Merkmale einer sozialistischen Persönlichkeit zu gewinnen — falls folgender Anweisungskatalog beachtet wird: „bürgerliche Privatheit, Konkurrenzhaftigkeit und persönliches Vorteilsstreben gegen die Interessen der Übrigen" sind zu überwinden, „es kann sich ein gesellschaftlicher Mensch bilden, der schrittweise die Persönlichkeitsdeformierung des kapitalistischen Systems abstreift, seine Vernunf, das bürgerliche Erbe, human und gesellschaftlich einsetzt."/84/

Wie in der Sozialismusinterpretation ist auch hier die menschliche Persönlichkeit nicht als Produkt der gesellschaftlichen — letztlich der materiellen — Verhältnisse aufgefaßt. Während die von der Bourgeoisie zu leistende Aufgabe der Gegenwart vor allem in der Anpassung der Produktionsverhältnisse an die Erfordernisse der Produktivkräfte besteht (was sich in politischen Wendungen ausdrückt), glauben die Autoren die Wirkung der Produktionsverhältnisse durch Bewußtseinsakte neutralisieren zu können.

Seit Marx stellt der kapitalistische Produktionsprozeß — unabhängig vom Entwicklungsgrad der Technik — für den Marxismus eine Einheit von Arbeitsprozeß und Verwertungsprozeß dar. Auch die Arbeitsmittel — und Technikenentwicklung bedeutet vor allem Entwicklung der Arbeitsmittel — müssen den spezifisch gesellschaftlichen Verwertungsbedürfnissen entsprechen, die Entwicklung und der Einsatz der Arbeitsmittel bzw. der Technik ist dem Marktmechanismus, der Verwertbarkeit durch das Kapital unterworfen. „Verfügbarkeit der Technik und Investitionsbereitschaft aber genügen nicht, wenn nicht *im konkreten Fall die neue Produktionsmethode tatsächlich bedeutend billiger kommt als die alte, wenn nicht Maschinen wirklich rentabler sind als Menschen!* Und das sind sie durchaus nicht immer — sonst wäre die zweite industrielle Revolution schon längst auf allen Gebieten über uns hinweggebraust.", bestimmt ein bürgerlicher Autor den „Motor der Automation" im Kapitalismus. (48) D. h. die Automation erweitert sich quantitativ und qualitativ nicht in dem Maße, wie sich lebendige Arbeit überhaupt einsparen ließe. Letztere erscheint als das nicht zu umgehende, aber graduell einsparbare Mittel, die vergegenständlichte Arbeit in Bewegung zu setzen. Die lebendige Arbeit wiederum muß vom Kapital in Aktion gesetzt werden: Die vergegenständlichte Arbeit herrscht über die lebendige.

48 W. Bittorf: Automation, die zweite industrielle Revolution, Darmstadt 1959, S. 146.

Dieses historische Produktionsverhältnis der Herrschaft der Toten über die lebendige Arbeit als allgemeine Bedingung gesellschaftlicher Produktion nachgewiesen zu haben, ist das eigentliche Verdienst von T. Waldhubel und S. Wenk Da sie dies schwerlich aus der DDR-Diskussion gelernt haben können, müssen wir die Wurzeln ihrer Konzeption in der Form des bürgerlichen Produktionsprozesses suchen, welche die Ideologie produziert, als seien die gesellschaftlichen Verhältnisse nur jeweils „soziale Folgen" einer eigengesetzlichen Technikentwicklung, „als determiniere die erzeuge Produktionstechnik, also die tote vergegenständlichte Arbeit, den weiteren Geschichtsprozeß, als erwüchse aus dieser Technik das produktive Leben der Gesellschaft." (49) Nicht aus der Maschine, sondern aus ihrer gesellschaftlichen — d. h. auch klassenspezifischen — Anwendung folgt dieser Schein. Politische Thesen, welche diesen Anschein reproduzieren, statt ihn aufzudecken, werden es schwer haben, nicht mit sozialreformistischen Positionen verwechselt zu werden.

49 K. H. Teßmann, a.a.O. (Fußnote 4), S. 1097.

Neu!

Kultur im Klassenkampf

Doppelheft mit Beiträgen zur Kulturpolitik und zum fortschrittlichen Kunstschaffen in Westberlin – Abbildungen von Gemälden, Lithographien, Zeichnungen, Holzschnitten, Fotomontagen, Karikaturen etc.

Herrschende Kulturpolitik auf der Suche nach „neuer Identität" und die demokratische Alternative

Demokratisches Filmschaffen in Westberlin

Filmpolitik in Westberlin am Beispiel der Filmfestspiele

Fortschrittliches Kinder- und Jugendtheater

Lesebedürfnisse – wer befriedigt sie wie? Leseinteressen und belletristische Buchproduktion heute

Anwendungen der realistischen Methode progressiver bildender Kunst

Agitation – keine Kunst?

Fortschrittliche Musik und ihr Publikum

Zur Bedeutung der Kulturarbeit am Beispiel des Klubs Pablo Neruda

Konsultation:
Zum Kulturbegriff der marxistisch-leninistischen Kulturtheorie

Besprechungen u a.:
Unterhaltsame Literatur Westberliner Autoren

Romane zur gesellschaftlichen Stellung der Frau

Kultur im Kampf gegen den Faschismus

Erhältlich im Buchhandel und in den Kreisbüros der SEW.
Bestellungen: SEW – Kreisvorstand Zehlendorf, Teltower Damm 23, 1 Berlin 37, Tel.: 8 11 56 14

KONSEQUENT 25/26

Beiträge zur marxistisch-leninistischen Theorie und Praxis DM 3,–

ZUR TYPOLOGIE SOZIALDEMOKRATISCHER PARTEIHISTORIOGRAPHIE

Die sozialdemokratische Parteigeschichtsschreibung erlebt gegenwärtig einen Aufschwung, der der Erklärung bedürftig ist. In den Jahren 1974/76 wurde über die Entwicklung der SPD mehr veröffentlicht als im Laufe der Dekade zuvor. Wenn man von einer Reihe meist schon aufgrund ihrer sehr speziellen Themenstellung wenig ergiebiger Monographien absieht, trat nach dem 1963 begangenen Jubiläumsjahr der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zunächst eine Phase parteihistoriographischer Stagnation ein, die erst überwunden wurde, als die vom Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre datierende Linksentwicklung der SPD ihren Niederschlag in einem wiederbelebten Interesse an den Bedingungsfaktoren dieses Wandlungsprozesses und seines geschichtlichen Kontextes fand.

Im folgenden soll versucht werden, die nach methodischem Ansatz und Inhalt divergierenden Zweige der sozialdemokratischen Parteihistoriographie herauszukristallisieren, zu charakterisieren und bezüglich ihres Erkenntnisinteresses sowie der daraus resultierenden unterschiedlichen Forschungsergebnisse zu klassifizieren. Dabei kann es nicht unsere Aufgabe sein, notwendiges Grundlagenwissen über historische Daten und Fakten zu vermitteln oder gar die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie neu zu schreiben. Auch darf die Erörterung der hier zu behandelnden Thematik keineswegs als abgeschlossen gelten, handelt es sich doch allenfalls um einen ersten Anlauf, die Arbeiten von SPD-Historiographen mittels eines zugegebenermaßen noch recht groben Rasters nach bestimmten Kriterien zu rubrizieren.

I Methodologie

Grundlage der Bewertung einer wissenschaftlichen Abhandlung über die sozialdemokratische Parteigeschichte muß die Bestimmung des methodologischen Standortes ihres Verfassers sein. Denn wissenschaftstheoretische Prämissen und methodisches Vorgehen entscheiden zusammen mit dem Grad der Vollständigkeit bzw. Repräsentativität des ausgewerteten Materials wesentlich über Qualität und Quantität der Forschungsresultate. So birgt der Verzicht auf ein tragfähiges wissenschaftstheoretisches Fundament und eine an schlüssigen methodologischen Prinzipien orientierte Untersuchungskonzeption bei einem Problemgegenstand wie dem SPD-Werdegang angesichts der schier erdrückenden Materialfülle die Gefahr, über eine ideengeschichtliche Chronik parteipolitischer Entscheidungen nicht hinauszukommen. Gerade weil sich die Mehrzahl der zugänglichen Publikationen über die politische Entwicklung der Sozialdemokratie darauf beschränkt, rein deskriptiv eine Reihe von Oberflächenphänomenen herauszuarbeiten, ohne deren Genese angemessen erklären und die Funktion bestimmter Einzelerscheinungen sowie ihre Relevanz innerhalb eines politischen Gesamtzusammenhangs erfassen zu können, erscheint eine Diskussion methodischer Alternativen der parteihistoriographischen Analyse sinnvoll.

Unerläßlich ist eine Reflexion über Möglichkeiten und Grenzen politik- bzw. geschichtswissenschaftlicher Forschung: Allen Bemühungen um objektive Erkenntnis zum Trotz agieren Politikwissenschaftler und Historiker nicht in einem gesellschaftlichen und politischen Vakuum, müssen vielmehr Stellung beziehen und werden als erkennende Subjekte selbst Partei, auch wenn sie nichts davon ahnen. Wie Wolfgang Abendroth bemerkt, „ist politische Wissenschaft notwen-

dig Subjekt des politischen Prozesses und als solches Parteinahme in der politischen Praxis. So sehr sie — wie jede Wissenschaft — volle Objektivität erstreben muß, so wenig kann sie sie in dieser Situation jemals besitzen. Sie muß vielmehr, will sie diese Objektivität erstreben, diese ihre unaufhebbare Subjektrolle kennen und anerkennen" (1). Indem er der Behauptung von der Neutralität politikwissenschaftlicher Forschung entgegentritt und den fiktiven Charakter eines solchermaßen überhöhten Erkenntnisanspruchs herausarbeitet, plädiert Abendroth für eine von jeglichem objektivistischem Legitimationsbedürfnis befreite Wissenschaft. Diese zeichnet sich dadurch aus, daß sie den politischen Prozeß in seiner Geschichtlichkeit und seinem Gerichtetsein auf die Zukunft zu begreifen sucht, „ihren Ort klar kennzeichnet und dadurch zur Diskussion (und sich selbst damit der Kritik) stellt, also unverhüllt für ihre Konsequenzen Partei nimmt" (2). Wer politikwissenschaftliche Forschungstätigkeit als Politikum versteht, wird mit Abendroth die bedingungslose Offenlegung der jeweils bezogenen Positionen fordern, die — und insofern muß eine Politisierung der Politikwissenschaft erfolgen — nur zu oft hinter dem Schleier unangreifbarer Wissenschaft verborgen bleiben.

Auch Jürgen Habermas hat bereits in einer seiner frühen wissenschaftstheoretischen Arbeiten darauf hingewiesen, „daß der von Subjekten veranstaltete Forschungsprozeß dem objektiven Zusammenhang, der erkannt werden soll, durch die Akte des Erkennens hindurch selber zugehört" (3). Aufgrund dieser Verknüpfung zwischen der sozialwissenschaftlichen Analyse und ihrem Forschungs- bzw. Problemfeld kann es den „freischwebenden" Sozialwissenschaftler, d.h. einen Forscher, der gesellschaftliche Zusammenhänge untersucht, ohne selbst in sie eingebunden zu sein, nicht geben. Der Sozialwissenschaftler muß sich jederzeit seiner charakteristischen Doppelrolle als Subjekt und Objekt des Erkenntnisaktes bewußt sein, will er die Resultate seiner Untersuchung als das erfassen, was sie sind: Reflexe der gesellschaftlichen Realität. Angesichts des hier beschriebenen Tatbestandes spricht Habermas in bezug auf die Soziologie — und seine Feststellung gilt in gleicher Weise für die Parteihistoriographie — von der „eigentümlichen Selbstimplikation dieser Wissenschaft in ihren eigenen Gegenstand" (4).

Zu ähnlichen Aussagen über die Subjekt-Objekt-Relation im sozialwissenschaftlichen Forschungsprozeß gelangt Erich Hahn, der sich auf die erkenntnistheoretischen Erwägungen in den Schriften der marxistischen Klassiker stützt und bei seinem Versuch, die methodologischen Grundprinzipien der Sozialwissenschaft aus den materiellen Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens abzuleiten, alle Bestrebungen zurückweist, in der sozialwissenschaftlichen Methodendiskussion von der gesellschaftlichen Vermitteltheit wissenschaftlicher Forschungsresultate zu abstrahieren. Wissenschaft kann weder ihrem Wesen noch ihrer Intention nach eine vom jeweiligen gesellschaftlichen und geschichtlichen Umfeld abgehobene Enklave bzw. eine ideologisch sterile und politisch indifferente Sphäre neben und außerhalb der Gesellschaft sein. Die Sozialwissenschaften sind vielmehr „ein Bestandteil des gesellschaftlichen Bewußtseins, welches

1 Wolfgang Abendroth: Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, Aufsätze zur politischen Demokratie, 2. Aufl. Neuwied und Berlin(West) 1972, S. 11.
2 Vgl. ebenda, S. 12.
3 Jürgen Habermas: Analytische Wissenschaftstheorie und Dialektik, in: Theodor W. Adorno u.a., Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie, 2. Aufl. Neuwied und Berlin(West) 1970, S. 156.
4 Vgl. Jürgen Habermas: Theorie und Praxis, Sozialphilosophische Studien, 3. Aufl. Neuwied und Berlin(West) 1969, S. 229.

sie (u.a.) gleichzeitig zum Gegenstand ihrer Forschung machen. Ihr haften daher bis zu einem gewissen Grade die gleichen Bestimmungen an wie ihrem Gegenstand. Klarheit hierüber ist aber nur möglich, wenn der materielle Bestimmungsgrund beider als solcher begriffen wird" (5).

Wer mit der Untersuchung bestimmter politischer oder historischer Fragestellungen, also beispielsweise der SPD-Entwicklung von den Anfängen bis zur Gegenwart, befaßt ist, muß auf die sozialen Lebenszusammenhänge rekurrieren, in die Problemgegenstand und wissenschaftliche Fragestellung eingebettet sind. Aufgrund der Tatsache, daß der Sozialwissenschaftler sich nicht aus dem ihn umgebenden sozialen Spannungsfeld lösen kann und in die Wahl seiner fundamentalen Kategorien eine „vorgreifende Deutung der Gesellschaft im ganzen" (6) eingehen läßt, gewinnt das methodologische Postulat an Bedeutung, die Scheinisolation des Untersuchungsgegenstandes zu durchbrechen und den gesamtgesellschaftlichen Kontext mit in die Analyse des thematisch begrenzten Problembereiches einer Studie einzubeziehen.

Dadurch wird der Rahmen einer reinen Parteigeschichtsschreibung gesprengt, begibt man sich doch auf die wesentlich schwerer zugängliche Ebene der Gesamtgesellschaft, um von hier aus mit geschärftem Auge bestimmten Ereignissen im parteipolitischen Raum nachzuspüren.

II Typologie

Jede relevante Strömung innerhalb des politischen Meinungsspektrums besitzt eine ihren spezifischen Interessen, sozialen Bindungen und weltanschaulichen Überzeugungen adäquate Deutung historischer Prozesse, aus der heraus sie sich ideologisch legitimiert. Die Entwicklung der SPD hat seit jeher mehr als andere Phänomene des gesellschaftlichen Lebens äußerst konträre Bewertungen im Bereich von Wissenschaft und Publizistik erfahren. Dennoch mangelt es der Fachliteratur an Versuchen, ein Klassifikationsschema zu entwickeln, um die einzelnen Zweige der sozialdemokratischen Parteihistoriographie trennen und die Vielzahl widersprüchlicher Studien nach festzulegenden Unterscheidungskriterien ordnen zu können.

Geschichtsschreibung — Parteihistoriographie zumal — ist eingebettet in das Spannungsfeld sozialökonomischer Interessengegensätze, Wissenschaft und Politik zugleich, parteiisch, aber deshalb nicht notwendigerweise parteilich. Die erste Aufgabe einer vergleichenden Analyse der sozialdemokratischen Parteihistoriographie heißt von daher Ideologiekritik (11), gilt es doch, das Geschichtsbild jeder Forschungsrichtung in seiner sozialen Bedingtheit zu hinterfragen, das Untersuchungsprozeß bzw. Erkenntnisakt zugrundeliegende Bedürfnisgefüge aufzuhellen und das Leitmotiv einer Beschäftigung mit der SPD-Historie zu erkennen.

Im Rahmen der sozialwissenschaftlichen Methodendiskussion wurde viel über die Vor- und Nachteile typologischer Verfahren räsoniert. Typologien machen, wie Karl Theodor Schuon treffend bemerkt, keineswegs den Endzweck der Forschung aus, verkörpern allerdings Elemente einer weitergreifenden Un-

5 Erich Hahn: Historischer Materialismus und marxistische Soziologie, Studien zu methodologischen und erkenntnistheoretischen Grundlagen der soziologischen Forschung, Berlin (DDR) 1968, S. 26.
6 Vgl. Jürgen Habermas: Theorie und Praxis, a.a.O., S. 177.
7-10 entfallen.
11 Vgl. Werner Hofmann: Gesellschaftslehre als Ordnungsmacht, Die Werturteilsfrage – heute, Berlin(West) 1961, S. 150.

tersuchungskonzeption, die über den beschränkten Horizont heuristischer Prinzipien hinausweisen. „Politologie kann auf Grund ihres reflexiven Charakters nicht Modelltheorien liefern, sondern muß auf der Grundlage der Einheit von Theorie und Praxis Sinnanalyse anstreben, die ihrerseits wiederum auf typologische Begriffsbildung angewiesen ist. Typologie erhält jetzt eine andere Funktion. Sie ist nicht mehr Vorstufe zu einer Modelltheorie, sondern hermeneutisches Hilfsmittel sprachlicher Verständigung und empirischer Überprüfung, ihre Exaktheit nicht mehr vom ‚Modell' her zu bestimmen, sondern festgelegt von der Sache und der Logik der Sinnanalyse" (12).

Noch als wissenschaftliche Aufbereitung historischer Ereignisse, weniger geronnene Vergangenheit denn politisch-praktische Beeinflussung und Reflex der Gegenwart, ist die sozialdemokratische Parteigeschichtsschreibung nicht einheitlich, sondern in sich vielfach differenziert, wobei folgende Hauptströmungen unterschieden werden können: die bürgerlich-idealistische (akademische) Historiographie, die parteioffizielle bzw. -offiziöse Forschung, der man ebenso wie ersterer ein apologetisches oder jedenfalls ein quasi-apologetisches Erkenntnisinteresse zuordnen muß, die „antirevisionistische" Parteigeschichtsschreibung, der eine kondemnatorische Haltung zugrunde liegt, und schließlich die traditionalistisch-marxistische Richtung, deren Untersuchungsresultate sich aus einer kritischen Sichtweise der sozialdemokratischen Parteivergangenheit erklären.

Methodische Basis und politischer Fundus dieser parteihistoriographischen Schulen sollen nunmehr unter Wahrung des systematischen Aufbaus einander gegenübergestellt werden, bevor wir im Schlußkapitel, chronologischen Gesichtspunkten folgend, einzelne Problemkreise der sozialdemokratischen Geschichtsschreibung exemplarisch auf ihren Stellenwert für jeden der genannten Forschungszweige hin prüfen.

Die bürgerlich-idealistische Parteihistoriographie

Trotz ihres Aufschwungs nach dem Zweiten Weltkrieg hat die an den Hochschulen der BRD und West-Berlins gelehrte Fachwissenschaft bis heute noch keine zusammenhängende Darstellung der sozialdemokratischen Parteigeschichte vorgelegt, die auch nur entfernt Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben vermöchte. Entweder verbannte man das im Rahmen einer historischen Gesamtschau nicht zu übergehende Thema in umfangreiche Standardwerke zur Nationalgeschichte und widmete ihm aus diesem Grunde nur wenige Zeilen, oder es wurde die Form einer Monographie gewählt, deren Gegenstand allenfalls Teilaspekte des Problems berücksichtigen konnte.

Schon ihr positivistisches Wissenschaftsverständnis, das von der Fiktion wertfreier Forschung ausgeht, versperrt der akademischen Historiographie den Zugang zum Wesen parteipolitischer Entwicklungen. Eine Parteigeschichtsschreibung, die den methodologischen Postulaten des „deutschen Historismus" verpflichtet ist und ihr Objekt aus seiner gesellschaftlichen Verankerung reißt, bleibt auf der Erscheinungsebene stehen, verfährt also rein deskriptiv und dringt aufgrund ihrer isolierten Betrachtungsweise nicht bis zum eigentlichen Kern des Geschichtsablaufs vor. Indem die bürgerlichen Chronisten „die Parteien außerhalb der Interessen der verschiedenen Klassen zu erklären suchen und den objektiven historischen Prozeß und seine Gesetzmäßigkeiten negieren, gelangen sie über die Erkenntnis von Teilwahrheiten nicht hinaus und bleiben letzten En-

12 Karl Theodor Schuon: Typologie und kritische Theorie, in: Das Argument, Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften, H. 50, S. 96.

des im Irrationalen stecken" (13). Ihr Versuch, die revolutionäre Sozialdemokratie als bloßes Historikum neben anderen für immer vergangenen Phänomenen ins Museum zu verbannen, stempelt die akademische Geschichtsschreibung, deren Repräsentanten sich in der Regel „auf eine von jedem ökonomischen und politischen Kontext losgelöste Beschreibung der Entwicklung der Partei" (14) beschränken, zum Politikum, das zu sein von ihr vielfach geleugnet wird.

Unter dem Schleier wissenschaftlicher „Objektivität", die jeder Parteilichkeit entsagt, setzte die nach Exklusivität im universitären Raum strebende bürgerliche Historiographie Westdeutschlands, seit sie sich im Laufe der fünfziger Jahre durch den Fortschritt der Geschichtsschreibung in der DDR mit fundierten Untersuchungen zu Fragen aus dem Bereich der bis dahin von ihr sträflich vernachlässigten Arbeiterbewegung konfrontiert sah, gezielt ihre Kapazitäten ein, um die Notwendigkeit der Integration von SPD und Gewerkschaften in den kapitalistischen Staat zu demonstrieren. Dabei reduziert sie die Komplexität historischer Vorgänge nur allzuoft auf eine Illustration parteipolitischer Richtungskämpfe, deren sozioökonomischer Kausalnexus verneint, vernachlässigt oder gruppenpsychologisch verkürzt wird. Ralf Dahrendorf bedient sich gar tiefenpsychologischer Erklärungsmuster, wenn er die Irrungen und Wirrungen der deutschen Arbeiterbewegung auf eine „politische Todessehnsucht" zurückführt, der die Organisationen des Proletariats verfallen seien, hätten sie doch „in ihrem Willen, das Gute zu realisieren, mit Vorliebe politische Vorstellungen und Praktiken entwickelt, die eben dieses unmöglich machen. So kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Sozialdemokratie zu allen Zeiten ihrer Entwicklung die politische Demokratie gebraucht, sie zu nahezu allen Zeiten auch gewollt und schließlich, wenn sie gefährdet war, verteidigt hat; die gesellschafts- und staatspolitischen Konzeptionen jedoch, die sie vertrat, haben ihrerseits eher zur Schwächung jener Verfassung der Freiheit beigetragen, die sie hernach beklagte" (15). Und Wilhelm Backhaus, der die deutsche Sozialdemokratie als „ein mit den üblichen Mitteln der noch so vertieften Objektbehandlung schwerlich zu lösendes Problemknäuel" bezeichnet und sie als „historisches Kuriosum" jeder rationalen Analyse entzieht (16), macht den „suggestiven Zwang eines nationalen ‚Über-Ich'" dafür verantwortlich, daß die SPD, obwohl von sich und anderen als Kampfinstrument der Arbeiterklasse begriffen, „stets von neuem und mit Nachdruck gegen alle wirklich radikalen und revolutionären Massenaktionen" Widerstand leistete (17). Bei Hedwig Wachenheim werden die tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Marx und Lassalle, denen sich die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung in zwei konkurrierende Parteien verdankt, entpolitisiert und auf ein Problem persönlicher Rivalität, auf angebliche Defekte in der Psychostruktur (Neidgefühle, Eifersucht) des ersteren reduziert, eine immer wiederkehrende Argumentationsfigur im Denken bürgerlicher Histo-

13 Siehe Werner Berthold u.a. (Hrsg.): Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung, Handbuch, 3. Aufl. Köln 1973, S. 258.

14 Siehe Bärbel Kunze: Erich Matthias' Apologie der SPD-Entwicklung, Zur Historiographie über die Sozialdemokratie am Ende der Weimarer Republik, in: Das Argument, H. 63, S. 55.

15 Ralf Dahrendorf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1968, S. 211.

16 Wilhelm Backhaus: Sind die Deutschen verrückt?, Ein Psychogramm der Nation und ihrer Katastrophen, Bergisch Gladbach 1968, S. 13.

17 Siehe ebenda, S. 21.

riker (18). Überhaupt läßt sich eine Tendenz zur Personalisierung des Geschichtsverlaufs, zur Individualisierung gesellschaftlicher Phänomene sowie zur Privatisierung politischer Konfliktfelder beobachten, die mit einer eher oberflächlichen Behandlung verfügbarer Quellen einherzugehen pflegt.

Die akademische Geschichtsschreibung erfüllt eine wichtige Aufgabe im Rahmen bürgerlicher Ideologieproduktion. Zu ihren zentralen Anliegen gehört die historiographische Entmarxifizierung der deutschen Sozialdemokratie. So werden die marxistischen Wurzeln der Arbeiterbewegung exstirpiert, der Einfluß des historischen Materialismus auf die proletarischen Massen wird bagatellisiert, die engen Bindungen zwischen den Begründern des wissenschaftlichen Sozialismus und der Parteispitze werden eliminiert. Beispielsweise gelangt Ralf Dahrendorf zu der Auffassung, „daß die jahrelangen Bemühungen der SPD, Marx über Bord zu werfen, eigentlich verfehlt und sogar ein wenig amüsant waren, denn strenggenommen ist Marx nie an Bord gewesen" (19). Karl Marx gerät zur historischen Randfigur, die weder an der Wiege der Sozialdemokratie gestanden noch die politische Position ihrer Mitgliedschaft entscheidend geprägt hat (20). Die Rolle Marxens innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung wird auf sein wissenschaftliches Wirken restringiert, dessen praktische Relevanz man relativiert und zugunsten reformistischer Bestrebungen hinwegredigiert. Als politischer Widerpart fungiert in dieser historiographischen Konstruktion Ferdinand Lassalle. „Seine Vorstellung hatte der Marxschen voraus, daß sie die Arbeiterschaft im ganzen, sofort vom Augenblick ihres Auftretens an, zur politischen Aktivität und Organisation anregt. Darum hat er und nicht Marx die politischen Kräfte, die in der Arbeiterschaft schlummerten, erweckt und ist er, und nicht Marx, zum Gründer der deutschen Arbeiterbewegung geworden" (21). Durch die negative Überzeichnung in der Person seines Schöpfers liegender Charaktereigenschaften soll offenbar der Marxismus insgesamt getroffen und als für die kontinuierliche Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei schädlich diskreditiert werden, ohne daß eine inhaltliche Auseinandersetzung mit diesem äußerst vielschichtigen Lehrgebäude erfolgten müßte.

„Im strategischen Konzept bürgerlicher Geschichtsschreibung, die deutsche Arbeiterbewegung nachträglich gegen den Einfluß des Marxismus zu immunisieren bzw. ihn als eine ephemere Erscheinung in ihrer Geschichte zu kennzeichnen, kommt der Technik des Auseinanderlegens und kontrastierenden Gegeneinanderausspielens von Reform und Revolution, Theorie und Praxis, Nationalismus und Internationalismus eine zentrale Funktion zu" (22). Die akademische Parteihistoriographie geht davon aus, daß die Sozialdemokratie ihre revolutionäre Programmatik nicht im Laufe eines durch tiefgreifende Änderungen der konkurrenzkapitalistischen Wirtschaftsstruktur Deutschlands um die Jahr-

18 Vgl. Hedwig Wachenheim: Die deutsche Arbeiterbewegung 1844-1914, Köln und Opladen 1967, S. 61 und 75.
19 Siehe Ralf Dahrendorf: Wie ist Freiheit in der modernen Welt möglich?, in: Vorstand der SPD (Hrsg.): Junge Generation und Macht, Hannover 1960, S. 33.
20 Vgl. z.B. Wolfgang Schieder: Das Scheitern des bürgerlichen Radikalismus und die sozialistische Parteibildung in Deutschland, in: Hans Mommsen (Hrsg.): Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, Verhandlungen der Sektion „Geschichte der Arbeiterbewegung" des Deutschen Historikertages in Regensburg, Oktober 1972, Frankfurt am Main 1974, S. 32 f.
21 Hedwig Wachenheim: Die deutsche Arbeiterbewegung 1844-1914, a.a.O., S. 70.
22 Volker Ullrich: Emanzipation durch Integration?, Zur Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung überdie Arbeiterbewegung bis 1914, in: Das Argument, H. 75, S. 146.

hundertwende bedingten Anpassungsprozesses aufgab, sondern daß der Bewegung von Anfang an Momente inhärent waren und schließlich dominant wurden, die einer Kongruenz von Theorie und Praxis entgegenstanden, eine zunehmende „Entfremdung" zwischen beiden bewirkten und das sozialistisch-marxistische „Dogma" zu einem bloßen Deckmantel des pragmatisch zu bewältigenden Parteialltags degradierten. Doch lassen sich weder Belege für die behauptete „Diskrepanz zwischen politischem Handeln und ideologischem Anspruch" (23) innerhalb der SPD des Erfurter Programms von 1891 beibringen, noch kann ihr Versagen am Vorabend des Ersten Weltkriegs mit einer „doppelten Loyalität, sowohl gegenüber dem nationalen Staat als auch gegenüber der internationalen Arbeiterklasse, denen sich die Sozialdemokratie aus langer Tradition gleichermaßen verpflichtet fühlte" (24), erklärt werden. Wiewohl man die Problematik der Einheit von sozialistischer Theorie und Praxis keineswegs verkennen darf, so wenig soll übersehen werden, daß jene Widerspruchssymptome, die bürgerliche Chronisten in die Partei hineinprojizieren, ihre eigenen sind. „Die These vom Zwiespalt zwischen Theorie und Praxis verdankt sich dem Axiom, daß ein automatischer — allenfalls durch Ungleichzeitigkeiten zwischen technisch-ökonomischer und politischer Entwicklung gehemmter — Zusammenhang zwischen Industrialisierung und dem Abbau von Klassengegensätzen bestehe, daß Reformfortschritte und Steigerung des Lebensstandards automatisch zur Integration der Arbeiterschaft in das kapitalistische System führen müßten und daß deshalb Reform und Revolution einander ausschlössen: ihr Verhältnis wird als metaphysischer Gegensatz postuliert. Dabei wird die Frage ausgeklammert, auf welche Weise bislang in der Geschichte denn Reformen überhaupt durchgesetzt wurden. Sie könnte nämlich zu der Antwort führen, daß Reformen bisher immer nur Ergebnisse von Klassenkämpfen waren oder allenfalls als präventive Gratifikation an Teile der Arbeiterklasse gewährt wurden, um diese zu integrieren und von der Masse der Arbeiter politisch zu trennen" (25).

Gemäß seiner Prämisse, die kapitalistische Wirtschaftsordnung sei die beste aller möglichen, führt der akademische Forschungszweig SPD und Gewerkschaften als soziale Korrekturfaktoren des Systems ein, die auf politischem bzw. ökonomischem Gebiet arbeitsteilig an der Humanisierung und gleichzeitigen Effektivierung des Gesellschaftsgetriebes mitzuwirken haben. Die Stabilisierung der herrschenden Zustände basiert dieser „Integrationskonzeption" zufolge auf der gleichberechtigten Teilnahme einer sozial befriedeten Arbeiterschaft am öffentlichen Leben, die durch materielle Zugeständnisse neutralisiert werden soll, was „die Überwindung jener zugespitzten Polarisierung zwischen Arbeiterschaft und ‚bürgerlicher Gesellschaft' voraussetzt, die das Einleben und die Verwirklichung der Demokratie in Deutschland immer wieder hintangehalten hat" (26). In einem solchen Konzept muß die Anpassung der SPD-Führung an vorgegebene politische und ideologische Strukturen, die auf der Herrschaft des Kapitals über die Lohnarbeit gründen, als conditio sine qua non jeder Wohlstands- und Freiheitssicherung für die übergroße Mehrheit des Volkes erscheinen, wohingegen sozialistische Vorstellungen innerhalb der Arbeiterbewegung als dogmati-

23 Siehe Helga Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Ein Überblick, 2. Aufl. München 1971, S. 110.
24 Ebenda, S. 164 f.
25 Georg Fülberth/Jürgen Harrer: Zur Kritik der sozialdemokratischen Hausgeschichtsschreibung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 5/1975, S. 539.
26 Siehe Hans Mommsen: Einleitung, in: Ders. (Hrsg.): Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, a.a.O., S. 11.

sche Verfehlungen, anachronistische Irrlehren oder utopische Phantastereien abqualifiziert werden. Denn die unverhohlene Parteinahme der bürgerlichen Geschichtsschreibung für den reformistisch-integrationistischen Flügel der Sozialdemokratie korrespondiert mit einer systematisch betriebenen „Diabolisierung der Linken" (27), die sich auf den Boden des Theorems von der „Industriegesellschaft" stellt. Die Integration der proletarischen Organisationen in den bürgerlichen Staat wird „als ein mit dem Übergang zur ‚Industriegesellschaft' einsetzender notwendiger, kontinuierlich ablaufender Prozeß hingestellt, dessen Durchsetzung angeblich das eigentliche Grundanliegen der Arbeiterbewegung selbst gewesen sei und der demzufolge den konzeptionellen Leitfaden der Gesamtdarstellung einer Geschichte der Arbeiterbewegung bilden müsse" (28). Demnach ist die Entwicklung der Sozialdemokratie zu einer „breiten demokratischen Volkspartei", dem idealtypisch verklärten Wunschbild bürgerlicher Theoretiker, nicht nur „durch die soziale Umschichtung unabweisbar" geworden, sondern war schon in der Entstehungsgeschichte dieser Bewegung angelegt (29). Jene prägnante Formel, auf die Reinhard Kühnl das ideologische Substrat der von einer Arbeitsgruppe Marburger Studenten untersuchten westdeutschen Geschichtsbücher brachte, gilt gleichermaßen für den akademischen Zweig der sozialdemokratischen Parteihistoriographie: „So wie es ist, so muß es bleiben; die Geschichte beweist, daß es anders weder sein kann noch sein darf" (30).

Die parteioffizielle bzw. -offiziöse Geschichtsschreibung

Wie im einzelnen gezeigt werden soll, sind die Übergänge zwischen der bürgerlichen Historiographie und dem parteioffiziellen bzw. -offiziösen Zweig fließend. „Die fast vollständige Übereinstimmung zwischen der offiziellen Geschichtsschreibung der SPD und der akademischen Wissenschaft macht es erklärlich, weshalb die hauseigene historiographische Produktion der Sozialdemokratie quantitativ so schmal ist. Die Annäherung der parteieigenen historischen Publizistik an die allgemeinere bürgerliche Wissenschaftsöffentlichkeit wird zweifellos als ein weiterer Beitrag zur ‚Öffnung' der Partei — genauer: zum Aufgehen ihrer ideologischen Arbeit in der bürgerlichen Theorieproduktion — verstanden" (31). Sich methodisch eng an die idealistische, von den materiellen Bedingungen, Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnissen abstrahierende Konzeption der bürgerlichen Geschichtswissenschaft anlehnend, kommentiert die parteioffizielle bzw. -offiziöse Historiographie die Wandlung in Politik und Programmatik im affirmativen Sinne. Der Parteispitze sowie der von ihr beeinflußten sozialdemokratischen Hausgeschichtsschreibung fehlt die Bereitschaft, sich der Gegenwart im Angesicht der Vergangenheit zu versichern. So degeneriert die mehrheitlich als Auftragsarbeit der parteieigenen Friedrich-Ebert-Stiftung lobbyistisch eingefärbte Historiographie nur allzuleicht zur ex-

27 Siehe Volker Ullrich: Emanzipation durch Integration?, a.a.O., S. 135.
28 Werner Berthold u.a. (Hrsg.): Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung, a.a.O., S. 47.
29 Vgl. Hans Mommsen: Einleitung, a.a.O., S. 10.
30 Reinhard Kühnl: Einleitung, in: Ders. (Hrsg.): Geschichte und Ideologie, Kritische Analyse bundesdeutscher Geschichtsbücher, 2. Aufl. Reinbek bei Hamburg 1974, S. 8.
31 Georg Fülberth/Jürgen Harrer: Zur Kritik der sozialdemokratischen Hausgeschichtsschreibung, a.a.O., S. 533.

kulpatorischen Vergangenheitsbewältigung, schlimmer noch: zur Vergangenheitsverdrängung.

Indem die apologetische Geschichtsschreibung den von sozialdemokratischen Parteiführungen konsequent vorangetriebenen Adaptionsprozeß um jeden Preis zu rechtfertigen sucht, reproduziert sie deren Opportunismus und parodiert ihren eigenen Untersuchungsgegenstand, auch wenn sie nichts davon ahnt. Man wird von dem Bemühen beherrscht, die fragwürdige These des Godesberger Grundsatzprogramms pseudowissenschaftlich zu untermauern, wonach die geistigen Wurzeln der Sozialdemokratie nicht im Marxismus, sondern „in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie" zu suchen sind (32). Seitdem sich die SPD wieder stärker auf ihre Geschichte besinnt, wurde alles daran gesetzt, eine Kontinuitätslinie von Lassalles Allgemeinem Deutschen Arbeiterverein über die in Gotha vereinte und wenig später unter ein zwölf Jahre währendes Ausnahmegesetz gestellte Partei Bebels bis zur Gegenwartssozialdemokratie zu konstruieren. Hatten schon die Hundertjahrfeiern der SPD 1963 dem Zweck gedient, „die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung mit dem Godesberger Programm gleichzuschalten" (33), so sah sich die sozialdemokratische Führung infolge der viele Illusionen über eine krisenfreie Entwicklung des Nachkriegskapitalismus zerstörenden Rezession von 1966/67 gezwungen, das seitens weiter Teile der eigenen Mitgliedschaft und vor allem der kritischen Jugend beklagte Theoriedefizit mittels einer als Integrationsideologie auf reformistischer Grundlage fungierenden Geschichtsinterpretation zu kompensieren. Angesichts der politischen Legitimationskrise des Systems und der wachsenden Attraktivität des Marxismus war die Selbstdarstellung der Sozialdemokratie als Partei ohne Vergangenheit obsolet geworden. Die sozialdemokratische Parteigeschichte ließ sich nicht länger als Tabula rasa behandeln, das mühsam geschaffene Image von der ideologischen Jungfräulichkeit verlor zusehends an Glaubwürdigkeit. Allerdings steht die mehrfach geforderte „offene, selbstkritische Analyse der eigenen Geschichte" bis heute aus, wofür Georg Eckert das geistig-politische Klima des Kalten Krieges ebenso als Entschuldigungsgrund nennt wie die ungünstige Archiv- und Quellenlage (34), was indes eher auf die prekäre Interessenlage einer die originären, revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung konterkarierenden SPD-Spitze zurückzuführen sein dürfte. Denn auch die Phase historiographischer Abstinenz war wesentlich bestimmt durch das Wechselspiel zwischen dem Kurs des Parteiestablishments und der sozialdemokratischen Hausgeschichtsschreibung. Parteigeschichte schreiben heißt Parteipolitik machen. —

Die parteioffizielle bzw. -offiziöse Historiographie akzeptiert den ökonomischen und politischen Rahmen des kapitalistischen Systems, das sie jedoch für verbesserungsbedürftig erachtet, und sucht den Nachweis zu führen, daß sich die Arbeiterbewegung als mitverantwortlicher Partner der Unternehmerverbän-

32 Siehe Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen auf dem außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg 1959, in: Dieter Dowe/Kurt Klotzbach (Hrsg.): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 352.
33 Vgl. Josef Schleifstein: Geschichtsschreibung zum Ruhme Godesbergs, in: Ders.: Zur Geschichte und Strategie der Arbeiterbewegung, Ausgewählte Beiträge, Frankfurt am Main 1975, S. 51.
34 Siehe Georg Eckert: Die Konsolidierung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zwischen Reichsgründung und Sozialistengesetz, in: Hans Mommsen (Hrsg.): Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, a.a.O., S. 35 (Anm. 1).

de an der weiteren Ausgestaltung des „Sozialstaates" bewähren muß, will sie den Intentionen ihrer Gründer unter modernen Bedingungen gerecht werden. Institutionen wie die Große Koalition oder die Konzertierte Aktion des ehemaligen sozialdemokratischen Wirtschaftsministers Karl Schiller erfahren eine ausgesprochen positive Würdigung (35). Zwar fordert Heinrich Potthoff, die Geschichte der SPD müsse „vor dem Hintergrund der politisch-ökonomisch-sozialen Entwicklung betrachtet werden" (36), doch weder er noch irgendein anderer Vertreter seiner Richtung vermag sich aus dem Circulus vitiosus jener apologetischen Parteihistoriographie zu lösen, die den taktischen Zwängen einer sozialdemokratischen Funktionärsoligarchie unterliegt und nichtsdestoweniger deren ideologisches Fundament stets von neuem sanktioniert.

Den Dreh- und Angelpunkt der apologetischen Geschichtsschreibung bildet die Hypothese eines Auseinanderklaffens von Theorie und Praxis innerhalb der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg. Dadurch, daß eine solche Kluft konstatiert wird, läßt sich die historiographische Gretchenfrage verneinen, ob die SPD der wilhelminischen Ära eine revolutionäre Klassenpartei im marxistischen Sinne war. Will man der parteioffiziellen Geschichtsversion Glauben schenken, brachte erst das Godesberger Programm „Theorie und Praxis widerspruchslos zusammen" (37). Wie die bürgerliche Fachwissenschaft hängen alle sozialdemokratischen Historiker, soweit ihre Arbeiten parteioffiziellen bzw. -offiziösen Charakters sind, der für den Bernsteinschen Revisionismus konstitutiven Auffassung an, dieser habe der von Anbeginn reformistischen Parteipraxis um die Jahrhundertwende auch theoretisch zu ihrem Recht verhelfen müssen. Eduard Bernsteins Angriff auf den Marxismus als programmatische Grundlage der SPD wird gewissermaßen zum Gebot der Stunde hochstilisiert: „Der Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie ist nur zu verstehen als Reaktion auf die vulgärmarxistischen Dogmen und die Diskrepanz zwischen der radikalrevolutionären Phraseologie der Partei und ihrer sozialreformerischen Praxis" (38). Sich in die Formulierung einer politischen Scheinalternative flüchtend, fragt Susanne Miller, ob die Sozialdemokraten der damaligen Zeit ihre Zielvorstellungen „auf dem Wege der Revolution oder (!) dem der Reform" zu realisieren gedachten (39). Damit nimmt die Autorin eine undialektische Entgegensetzung von Reform und Revolution vor, obwohl dieses Begriffspaar, wie schon Rosa Luxemburg in ihrer Kontroverse mit Bernstein dargetan hatte, zwei sich wechselseitig bedingende Elemente einer einheitlichen Strategie sozialistischer Gesellschaftsveränderung bezeichnet. „Für die Sozialdemokratie besteht zwischen der Sozialreform und der sozialen Revolution ein unzertrennlicher Zusammenhang, indem ihr der Kampf um die Sozialreform das Mittel, die soziale Umwälzung aber der Zweck ist" (40).

35 Vgl. Susanne Miller: Die SPD vor und nach Godesberg, Bonn-Bad Godesberg 1974, S. 45 f.
36 Heinrich Potthoff: Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, Bonn-Bad Godesberg 1974, S. 13.
37 Siehe Willi Eichler: Hundert Jahre Sozialdemokratie, Bielefeld o.J., S. 79.
38 Hans-Josef Steinberg: Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie, Zur Ideologie der Partei vor dem I. Weltkrieg, 3. Aufl. Bonn-Bad Godesberg 1972, S. 89.
39 Siehe Susanne Miller: Das Problem der Freiheit im Sozialismus, Freiheit, Staat und Revolution in der Programmatik der Sozialdemokratie von Lassalle bis zum Revisionismusstreit, 3. Aufl. Frankfurt am Main 1967, S. 118.
40 Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution, in: Dies.: Ausgewählte politische Schriften in drei Bänden, Bd. 1, Frankfurt am Main 1971, S. 48.

Überhaupt muß die von einer signifikanten Vernachlässigung der historischen Rolle direkter Kampfformen des klassenbewußten Proletariats begleitete Fixierung auf Erfolge sozialdemokratischer Parlamentsarbeit und deren Verabsolutierung als integraler Bestandteil jenes Zerrbildes gelten, das Theo Pirker anläßlich seiner Kritik an der parteioffiziellen bzw. -offiziösen Geschichtsfalsifikation „die Legende der SPD von sich selbst" genannt hat (41). Die sozialdemokratische Hausgeschichtsschreibung kann ihre prinzipielle Abneigung gegenüber außerparlamentarischen Mobilisierungsaktionen der Werktätigen nicht verheimlichen. Beispielsweise bedauert man die relativ späte Wiedervereinigung von Mehrheitssozialdemokratie und einem Großteil der aufgrund zunehmender Opposition gegen die Politik der Kriegskreditbewilligung sowie des Burgfriedens abgespaltenen USPD keineswegs wegen möglicher Einbußen an organisatorischer Schlagkraft, sondern weil jeder noch während der Revolutionswochen herbeigeführte Zusammenschluß ein breites Echo gefunden und „die schnell um sich greifende Unruhe der Massen ... von vornherein gedämpft oder weitgehend aufgefangen" hätte (42). Ein weiteres, demselben Zusammenhang entstammendes Charakteristikum der apologetischen Historiographie bildet ihre streng antikommunistische Orientierung, die sich in der totalitarismustheoretisch drapierten Gleichsetzung von nationalsozialistischer und KPD-Politik gegen Ende der Weimarer Republik ebenso manifestiert wie in der geschichtspropagandistischen Ausschlachtung des Schismas der deutschen Sozialdemokratie, für das der linke Flügel, nicht die den opportunistischen Tendenzen nachgebende Parteiführung verantwortlich zeichnen soll. „Als Werkzeug Moskaus mußten die Kommunisten schließlich auch die Arbeiterbewegung spalten, selbst da, wo sie noch nicht gespalten war: in den Gewerkschaften und Kulturorganisationen — eine geradezu verbrecherische Aktion gegen die Demokratie und die Arbeiterschaft" (43). Neben dem in der politischen Publizistik immer wieder auftauchenden, beinahe schon klassisch zu nennenden und der Natur solcher Instrumentalisierungsthesen entsprechend nationalistische und antisowjetische Ressentiments gleichermaßen freisetzende Topos von der „Fernsteuerung" einer als ständige Bedrohung des sozialdemokratischen Masseneinflusses empfundenen KP offenbart Willi Eichlers Versuch einer Kriminalisierung des Kommunismus die theoretische Unsicherheit führender Parteihistoriographen in der Auseinandersetzung mit dem Marxismus. Dem Dilemma einer verbürgerlichten Arbeiterpartei, das Klasseninteresse ihrer sozialen Basis verraten und doch zumindest verbal an dessen Vertretung festhalten zu müssen, zollt die SPD-Hausgeschichtsschreibung auf ihre Weise Tribut: „Nicht in den Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterklasse, sondern in ihrer Anpassung an die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse unter dem Deckmantel politischer Gleichberechtigung wird der Motor von Demokratisierung und sozialem Fortschritt gesehen. Zwar wird formal am Emanzipationsbegriff festgehalten, doch wird dieser seines ursprünglichen Inhalts — nämlich Emanzipation der Arbeiterklasse und aller werktätigen Bevölkerungsschichten von gesellschaftlicher Ausbeutung und Unterdrückung durch Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse in Wirtschaft, Gesellschaft und

41 Vgl. Theo Pirker: Die SPD nach Hitler, Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945-1964, München 1965, S. 8.
42 Siehe Susanne Miller: Die Sozialdemokratie in der Spannung zwischen Oppositionstradition und Regierungsverantwortung in den Anfängen der Weimarer Republik, in: Hans Mommsen (Hrsg.): Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, a.a.O., S. 105.
43 Willi Eichler: Hundert Jahre Sozialdemokratie, a.a.O., S. 56.

Staat — entleert ... Unter diesen Prämissen erscheinen der kommunistische Flügel wie überhaupt alle klassenkämpferischen Tendenzen der Arbeiterbewegung als Störfaktor bei der Verwirklichung der Demokratie. Trotz gelegentlicher Distanzierung in der akademischen Literatur mündet dieser Ansatz notwendigerweise in die Übernahme des Totalitarismusdogmas, da ihm jede politische Richtung, welche die Zusammenarbeit der Klassen gefährdet, unabhängig von politischer Funktion und sozialem Inhalt als demokratiefeindlich gilt" (44).

Die „antirevisionistische" Parteigeschichtsschreibung

Der sich als „antirevisionistisch" verstehende Forschungszweig weist, was seine über weite Strecken idealistische Geschichtsauslegung wie die Bewertung bestimmter Einzelprobleme oder ganzer Entwicklungsphasen betrifft, zahlreiche Gemeinsamkeiten mit der akademischen/apologetischen Parteihistoriographie auf. Einen Schnittpunkt dieser drei Forschungsrichtungen markiert die Position von Dieter Groh, Erich Matthias und Hans-Josef Steinberg, auf deren Arbeiten sich, obwohl dem akademischen bzw. dem offiziell-offiziösen Bereich sozialdemokratischer Parteigeschichtsschreibung zuzurechnen, auch die Vertreter eines linkskommunistischen Standortes berufen können (45). Ziel ist die historiographische Fundierung einer mit der Korsch-Rezeption zur Zeit der spontaneistischen, basisdemokratischen Modellen zugeneigten außerparlamentarischen Protestbewegung (APO) Mitte der sechziger Jahre wiederauflebenden Revisionismuskritik, die außer den sozialdemokratischen auch die kommunistischen Parteien traf.

Arno Klönne hat zwei Varianten der funktionellen Einschätzung sozialdemokratischer Organisationen herauskristallisiert, die für den antirevisionistischen Ansatz kennzeichnend sind. Die Theorie des Klassenverrats begreift sozialdemokratische und „reformistisch" gewordene kommunistische Bewegungen als „bloße Instrumente der herrschenden Klasse in den kapitalistischen Ländern — Agenturen, die den Sonderauftrag der ideologischen Integration der Arbeiter in das System wahrzunehmen haben", die Sozialfaschismustheorie erklärt die Sozialdemokratie ebenfalls zum Hauptgegener der politischen Linken, dessen wahrer Charakter sich hinter der Maske progressiver Phrasen verberge: „Die Sozialdemokratie trägt faschistische Herrschaft effektiver als alle unter faschistischem Titel auftretenden Parteien oder Organisationen, weil sie in weitaus größerem Umfange über proletarische Gefolgschaft verfügen kann und diese zum Träger der Konterrevolution statt zum Potential der Revolution umzufunktionieren versteht" (46). Seiner Intention entsprechend, die lohnabhängigen Massen aus der Einflußzone der SPD herauszubrechen, ohne jedoch eine politisch-programmatische und organisatorische Alternative offerieren zu können, moniert die Geschichtsschreibung des antirevisionistischen Flügels der westdeutschen Linken den Verzicht sozialdemokratischer Politik auf revolutionäre Umsturzversuche, ignoriert die dialektische Verknüpfung von parlamentarischem

44 Georg Fülberth/Jürgen Harrer: Zur Kritik der sozialdemokratischen Hausgeschichtsschreibung (II), in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 6/1975, S. 660 f.

45 Etwa Hansgeorg Conert: Die politischen Grundrichtungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg, 2. Aufl. Offenbach 1973, S. 5 f.

46 Siehe Arno Klönne: Sozialdemokratie – eine Agentur kapitalistischer Interessen?, in: Reinhard Kühnl (Hrsg.): Der bürgerliche Staat der Gegenwart (Formen bürgerlicher Herrschaft II), Reinbek bei Hamburg 1972, S. 58.

und Massenkampf, hypostasiert die Basisarbeit und minimiert demgemäß die Bedeutung jeden institutionellen Engagements.

Bezeichnenderweise teilt die „antirevisionistische" Parteihistoriographie ihr zentrales Axiom, wonach die Sozialdemokratie des ausklingenden 19. Jahrhunderts durch eine „Spannung zwischen der Sonorität der Phrase in der Theorie und der opportunistischen Biegsamkeit in der Praxis" (47) an der gedeihlichen Entfaltung politischer Initiativen gehindert wurde, mit Bernstein und den Revisionisten, die sich angesichts heftiger Proteste gegen ihre Umstülpung des Marxismus auf diese Weise innerparteilich zu rehabilitieren hofften. Hansgeorg Conert bezeichnet es als Kernthese seiner Studie über die Fraktionsbildung in der wilhelminischen SPD, „daß die deutsche Sozialdemokratie zwischen dem Fall des Sozialistengesetzes und dem Ausbruch des 1. Weltkriegs (zuvor und danach ohnehin nicht!) keine marxistische Partei war, d.h. daß die Marxsche Gesellschafts- und Geschichtstheorie sowie Kritik der Politischen Ökonomie 1. von den Theoretikern und Führern der Partei unangemessen, einseitig und entstellt rezipiert, 2. nicht zur Grundlage der Entwicklung einer konsistenten Strategiekonzeption genutzt wurde und 3. erst recht nicht die praktische Politik der Partei bestimmte" (48). Auch Bernd Rabehl u.a. halten es für eine Illusion, anzunehmen, die SPD habe „irgendwann in der revolutionären Tradition des Marxismus gestanden" (49). Und Kurt Mandelbaum charakterisiert die Sozialdemokratie gar als „ausschließliche Zeitungsleser- und Wählerpartei", die sich selbst jeder Möglichkeit beraubt habe, „die von ihr repräsentierte Macht des Proletariats auch wirklich zu realisieren" (50).

Der Widerspruch zwischen marxistischer Terminologie und faktischer Lethargie, seitens antirevisionistischer Historiker bis zur Philippika gegen die Vorkriegssozialdemokratie verdichtet, reflektiert nichts anderes als das Verhältnis von Theorie und Praxis der durch sie repräsentierten politischen Richtungsgruppierung. Damit werden die Schwächen der eigenen strategischen Konzeption auf die kämpferische Sozialdemokratie der Kaiserzeit projiziert und zum Hauptvorwurf gegenüber einem vorgegebenen Feindbild umfunktioniert, die Fehler einer reinen Negativorientierung aber kaschiert oder zumindest rationalisiert. Georg Fülberth und Jürgen Harrer zufolge versagen die antirevisionistischen Chronisten bei der Einlösung ihres marxistischen Anspruchs, „weil sie den Gegensatz von Proletariat und herrschenden Klassen ... nicht aus dem Antagonismus von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung herleiten und den Bereich der materiellen Produktion selbst dort, wo sie sozial- und wirtschaftsgeschichtlich verfahren, lediglich mit Kriterien der Produktivkraftentwicklung, der Kapitalbewegung und der Verteilung analysieren" (51). Dadurch,

47 Kurt Mandelbaum: Sozialdemokratie und Imperialismus, in: Ders.: Sozialdemokratie und Leninismus, Zwei Aufsätze, Berlin(West) 1974, S. 10. Eine ganz ähnliche Formulierung findet sich bei Erich Matthias: Kautsky und der Kautskyanismus, Die Funktion der Ideologie in der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg, in: Iring Fetscher (Hrsg.): Marxismusstudien, Zweite Folge, Tübingen 1957, S. 194.

48 Hansgeorg Conert: Die politischen Grundrichtungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg, a.a.O., S. 6.

49 Bernd Rabehl u.a.: Historische und politische Voraussetzungen der Kritik Mandelbaums am Sozialdemokratismus und am Leninismus, in: Kurt Mandelbaum: Sozialdemokratie und Leninismus, a.a.O., S. 99.

50 Siehe Kurt Mandelbaum: Sozialdemokratie und Imperialismus, a.a.O., S. 4.

51 Vgl. Georg Fülberth/Jürgen Harrer: Die deutsche Sozialdemokratie 1890-1933, Darmstadt und Neuwied 1974, S. 33 (Anm. 16).

daß man vom jeweiligen Klassenkampfniveau bzw. vom Bewußtseinsstand der Lohn- und Gehaltsempfänger abstrahiert, wird die Lehre des Historischen Materialismus trotz verbaler Bekenntnisse zu ihren methodologischen Prämissen heimlich dispensiert.

„Seit ihrem Ursprung bis 1914 war die SPD eine soziale und liberale Oppositionspartei, die Teile der Arbeiter und der Kleinbürger umschloß und die zu keinem Zeitpunkt ihre Abhängigkeit von der bürgerlichen und imperialistischen Politik überwand" (52). Dem linken Radikalismus der antirevisionistischen Theoretiker erscheint die SPD-Geschichte als der große Bluff, als Inkarnation des Bösen, als ein einziger Betrug an den „revolutionären Volksmassen". Nach Auffassung Bernd Rabehls stellt die deutsche Sozialdemokratie seit jeher einen kleinbürgerlich-proletarischen Klassenkompromiß dar, durch den die Arbeiter politisch integriert, organisatorische absorbiert und ideologisch kastriert werden sollten (53). Demzufolge wäre die SPD also zu keiner Zeit die politische Interessenrepräsentanz der abhängig Beschäftigten, sondern im Gegenteil ein bourgeoiser Agent provocateur in den Reihen des Proletariats gewesen mit der Order, die unterdrückten Schichten nur noch enger an das kapitalistische Ausbeutungssystem zu ketten. Entstanden aus der „Verschmelzung zweier im wesentlichen lassallischer Richtungen" (54) (wieder fällt die Nähe zu akademischer und parteioffiziöser Geschichtsschreibung auf), habe sich die SPD, so behaupten ultralinke Historiker, nie aus der Umklammerung durch die bürgerliche Demokratie lösen können. Die Überstrapazierung moralischer Kategorien und der Rückgriff auf maximalistische Maßstäbe führen zu einer undifferenzierten Betrachtungsweise historischer Prozesse, wobei selbst völlig verschiedene Entwicklungsphasen der Sozialdemokratie einander gleichgesetzt werden. Die Konturen gehen verloren. Aber die SPD unter Bebel war eine andere als die Brandts, Schmidts und Wehners, sowohl programmatisch als auch politisch-praktisch. Zur wissenschaftlichen Durchdringung der sozialdemokratischen Parteigeschichte trägt die antirevisionistische Forschungsrichtung nur wenig bei.

Die traditionalistisch-marxistische Parteihistoriographie

In der Nachfolge des wohl bedeutendsten sozialdemokratischen Historikers, Franz Mehring, und im Anschluß an die Arbeiten Wolfgang Abendroths, des einzigen marxistischen Theoretikers von Rang, den die SPD nach 1945 hervorgebracht hat, bemühen sich jüngere Autoren seit geraumer Zeit, bei der Rekonstruktion einer nicht selten vergessenen bzw. verzerrten Parteivergangenheit die Zeugnisse (Briefe, Tagebuchnotizen u.ä.) der Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus nutzbar zu machen, die überragende Bedeutung des gesellschaftlichen Umfeldes für das Gedeihen der sozialdemokratischen Bewegung angemessen zu berücksichtigen und den historiographischen Kardinalfehler einer isolierten Rückschau auf parteipolitische Ereignisse zu vermeiden. Denn weder aus dem Seelenleben der Parteiführer noch aus den Veränderungen in der Sozialstruktur ihrer Basis oder einer mysteriösen, integrativ und nivellierend wirkenden Eigendynamik der „modernen Industriegesellschaft" kann sozialdemokratische Geschichtsschreibung ihre Grunderkenntnisse über den Gang der Dinge

52 Bernd Rabehl u.a.: Historische und politische Voraussetzungen der Kritik Mandelbaums am Sozialdemokratismus und am Leninismus, a.a.O., S. 100.
53 Vgl. Bernd Rabehl: Geschichte und Klassenkampf, Einführung in die marxistische Geschichtsbetrachtung der Arbeiterbewegung, Berlin(West) 1973, S. 179.
54 Kurt Brandis (Karl Friedrich Brockschmidt): Der Anfang vom Ende der Sozialdemokratie, Die SPD bis zum Fall des Sozialistengesetzes, Berlin(West) 1975, S. 34.

schöpfen, sondern allein aus der historisch-materialistischen Aufbereitung sozioökonomischer Determinanten und deren Widerspiegelung im politischen Überbaubereich, speziell aber innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung.

„Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen" (55). Diese prägnante Formulierung der materialistischen Geschichtsauffassung aus dem Kommunistischen Manifest bildet zusammen mit der von Engels überlieferten Einsicht, „daß die ökonomischen Tatsachen, die in der bisherigen Geschichtsschreibung gar keine oder nur eine verachtete Rolle spielen, wenigstens in der modernen Welt eine entscheidende geschichtliche Macht sind; daß sie die Grundlage bilden für die Entstehung der heutigen Klassengegensätze; daß diese Klassengegensätze in den Ländern, wo sie vermöge der großen Industrie sich voll entwickelt haben, ... wieder die Grundlage der politischen Parteibildung, der Parteikämpfe und damit der gesamten politischen Geschichte sind" (56), den marxistischen Fixpunkt einer systematischen Erforschung der sozialdemokratischen Parteivergangenheit. Abendroth fordert eine „Besinnung auf den geschichtlichen Gesamtprozeß der Entfaltung der Arbeiterbewegung", die er als Voraussetzung dafür ansieht, „sich über die Situation unserer gegenwärtigen Welt Klarheit zu verschaffen" (57). Eine die Analyse der ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus und die Anamnese der Klassenkämpfe reflektierende Parteihistoriographie gelangt zu dem Schluß, daß die SPD spätestens mit der Bewilligung der Kriegskredite am 4. August 1914 aufhörte, eine aktive und vorwärtstreibende Rolle in den Auseinandersetzungen zwischen Produktionsmittelbesitzern und Lohnabhängigen zu spielen, vielmehr zunehmend in das komplexe Herrschaftsgefüge des ob seiner politischen Labilität nach Massenloyalität strebenden Systems eingebunden wurde.

Die traditionalistisch-marxistisch orientierten, linkssozialdemokratischen bzw. sozialistischen Historiker halten diesen Verbürgerlichungsprozeß einer vormals revolutionären Arbeiterpartei im Gegensatz zur marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung kommunistischer Provenienz für reversibel. Sie gehen mehrheitlich davon aus, daß die SPD, obwohl durch den verhängnisvollen Anpassungskurs ihrer Führungsspitzen hinreichend kompromittiert, dennoch im Zuge einer Verschärfung der kapitalistischen Widersprüche, sich zuspitzender Krisen und einer entsprechenden Intensivierung der Klassenkonflikte wieder zu einer sozialistischen Partei, daß „der Entwicklungsprozeß ... noch umgekehrt" werden kann (58). Um ihre Reversibilitätstheorie zu erhärten, verweisen die traditionalistischen Marxisten mit einigem Recht auf die Geschichte sozialdemokratischer bzw. sozialistischer Parteien des westeuropäischen Auslands, deren politische Entwicklung unter günstigen sozialökonomischen Bedingungen einen entsprechenden Verlauf genommen hat. In diesem Zusammenhang ist vor allem Frankreich zu nennen, wo aufgrund der modellhaften Transformation einer rechtssozialdemokratischen (SFIO) in eine sozialistische Partei (PSF) binnen weniger Jahre eine völlig neue Situation auf der Linken entstand, die ihren beredten Ausdruck im Programm der Volkseinheit fand. „Zwar lassen sich französ-

55 Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, S. 462.
56 Siehe Friedrich Engels: Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten, in: MEW, Bd. 21, S. 211.
57 Vgl. Wolfgang Abendroth: Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, 7. Aufl. Frankfurt am Main 1970, S. 8.
58 Ders.: Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, Das Problem der Zweckentfremdung einer politischen Partei durch die Anpassungstendenz von Institutionen an vorgegebene Machtverhältnisse, 2. Aufl. Frankfurt am Main 1969, S. 76.

sische und auch italienische Verhältnisse nicht auf die BRD übertragen – dort sind z.B. die kommunistischen Parteien wesentlich stärker als die Sozialistischen Parteien –, aber dennoch bietet gerade ‚Das gemeinsame Regierungsprogramm der Sozialisten und Kommunisten in Frankreich' eine Orientierung und ein Beispiel für den Weg, den auch die Sozialisten in der SPD einschlagen müssen, wenn sie eine grundlegende Veränderung wirklich wollen" (59).

Ein gewichtiger Grund für die anhaltende rege Publikationstätigkeit der traditionalistisch-marxistischen Parteihistoriker dürfte darin zu suchen sein, daß die übrigen behandelten Forschungsrichtungen in der Vergangenheit ein deutliches Übergewicht besaßen und das westdeutsche Geschichtsbild im Hinblick auf die Organisationen der Arbeiterbewegung nahezu allein prägten. Von einschlägigen Studien aus der DDR wegen ihres geringen Verbreitungsgrades hierzulande einmal abgesehen, wird in den neueren Arbeiten der Traditionalisten auch wieder der tagespolitische Bezug der heute vorherrschenden Parteihistoriographie problematisiert, den man jahrelang außer acht gelassen hatte. „Ebenso wie die Selbstinterpretation der frühen Revisionisten und die Kautsky-Kritik Korschs ist auch die nach 1945 dominante, vor allem durch Matthias formulierte historische Einschätzung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands durch aktuelle politische Interessen bestimmt. Matthias' und seiner Nachfolger Kautsky-Deutung hatte den Zweck, eine historische Legitimation der Entwicklung der SPD zu einer pragmatischen ‚Volkspartei' in der Bundesrepublik zu liefern. Indem behauptet wurde, daß der Marxismus niemals Bedeutung für die praktische Auseinandersetzung der Sozialdemokratie mit der bürgerlichen Gesellschaft hatte, konnte die in den fünfziger Jahren proklamierte ‚Entideologisierung' der SPD als das Abwerfen von Ballast verstanden werden, der die Partei immer nur behinderte, für ihre Erfolge aber nicht von Relevanz war und dessen Voraussetzungen nunmehr – in einer Gesellschaft, die eine völlige Integration der Arbeiterklasse in das bestehende System sowie eine ständige Steigerung des Lebensstandards ermöglichte – entfielen" (60). Demgegenüber stellt sich die kritische Parteigeschichtsschreibung in die Tradition der kämpferischen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg und knüpft bewußt an die Überlegungen von Karl Marx, Friedrich Engels und August Bebel an, wonach die Arbeiterklasse die politische Macht erobern muß, um die Eigentumsverhältnisse umwälzen zu können. Vor allem letzterer kann geradezu als Schlüsselfigur der traditionalistisch-marxistischen Historiographie gelten. „Mitbegründer und Organisator der deutschen Sozialdemokratie; selbständiger Propagandist des Marxismus; Diskussionspartner von Marx und Engels, der ihnen immer wieder die Realität der Klassenkämpfe in Deutschland vermittelte und umgekehrt ihre wissenschaftliche Arbeit, bereichert durch seinen eigenen theoretischen Beitrag, auf die deutsche Praxis anzuwenden versuchte; der führende Parlamentarier der deutschen Arbeiterbewegung; ein unbeirrter Feind des Revisionismus in Theorie und Praxis: all dies war August Bebel" (61). Während die reformistisch-integrationistische Variante sozialdemokratischer Parteigeschichtsschreibung Bebel unter Berufung auf die eher schwankende Haltung gegen Ende seines Lebens für sich zu rekla-

59 Heinz-Gerd Hofschen u.a.: SPD im Widerspruch, Zur Entwicklung und Perspektive der Sozialdemokratie im System der BRD, Köln 1975, S. 171.

60 Georg Fülberth/Jürgen Harrer: Die deutsche Sozialdemokratie 1890-1933, a.a.O., S. 26 f.

61 Georg Fülberth: August Bebels Beitrag zur Durchsetzung zentraler Prinzipien marxistischer Politik in der deutschen Arbeiterbewegung, in: Wolfgang Abendroth u.a. (Hrsg.): Sozialdemokratie und Sozialismus, August Bebel und die Sozialdemokratie heute, Köln 1974, S. 15 f.

mieren sucht, hebt Georg Fülberth vier Leistungen hervor, die den im Alter schon wegen seines äußerst schlechten Gesundheitszustandes natürlich nicht mehr mit der gewohnten Härte auftretenden Parteivorsitzenden zum unvergeßlichen Symbol der klassenbewußten Sozialdemokratie werden ließen: das Ringen mit dem Opportunismus, die Herausbildung neuer Organisationsprinzipien unter dem Sozialistengesetz, die Entwicklung einer revolutionären Parlamentstaktik sowie die Durchsetzung der marxistischen Theorie innerhalb der Partei (62).

Besonders energisch widersprechen die traditionalistisch orientierten Autoren der weitverbreiteten Ansicht, nach dem Fall des Sozialdemokratie und Gewerkschaften weitgehend illegalisierenden Ausnahmegesetzes im Jahr 1890 habe sich die Partei zwar verbal zum Marxismus bekannt, ihre Alltagspraxis sei jedoch schon damals auf sozialpolitische Korrekturen innerhalb des Kaiserreiches begrenzt gewesen. Die programmatische Position der Vorkriegssozialdemokratie war keineswegs ein ideologischer Schleier, unter dem sich eine kleinbürgerlich-sozialliberale Realpolitik verbarg, sondern, wie Franz Mehring zu berichten weiß, von den Parteimitgliedern Satz für Satz „in jahrzehntelangem Ringen erarbeitet, erkämpft, erlebt worden" (63). Alle Spekulationen über eine sich vertiefende Kluft zwischen dem klassenkämpferischen Anspruch der alten Sozialdemokratie und einer durch wortradikale Parolen verklärten, aber im Grunde systemkonformen und nur deshalb erfolggekrönten Parteiwirklichkeit wird nach Meinung der traditionalistischen Marxisten von den Quellen ad absurdum geführt. „Die historische Wahrheit ist gerade umgekehrt. Trotz theoretischer Mängel ... war die Praxis der Sozialdemokratie der damaligen Zeit entsprechend den vorherrschenden Bedingungen revolutionär ausgerichtet, d.h. sie entsprach der gesetzmäßigen Entwicklung des gesellschaftlichen Prozesses und mußte daher in dieser Phase zum Erfolg führen" (64). Vor allem aber tritt die marxistische Historiographie dem Homogenitätsmythos entgegen, der eine Linearentwicklung der SPD suggerieren will und deshalb zwangsläufig zu in sich unstimmigen Aussagen kommt. „Von einer einheitlichen Geschichte der deutschen Sozialdemokratie kann ... in keiner Weise gesprochen werden, sondern lediglich von gegensätzlichen Kontinuitätslinien, wobei sich die Forderung nach einer selbständigen Klassenpolitik sozialdemokratischer Politik bis heute in einer Minoritätsposition innerhalb der mehrheitlich vom Sozialliberalismus beherrschten westdeutschen Sozialdemokratie gehalten hat" (65).

III. Ideologie

Die vorgestellten Strömungen sozialdemokratischer Parteigeschichtsschreibung unterscheiden sich zwar keineswegs durchgängig voneinander, sondern stimmen in der Beurteilung vieler Detailprobleme auch überein, doch interessieren an dieser Stelle natürlich primär solche Zeitabschnitte, Entwicklungstrends

62 Vgl. ebenda, S. 19 f.

63 Siehe Franz Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Zweiter Teil, Berlin (DDR) 1960, S. 683.

64 Gerhard Stuby: Der Kampf der revolutionären Arbeiterbewegung gegen das Sozialistengesetz im Kaiserreich und die Berufsverbote gegen Kommunisten, Sozialisten und andere Demokraten in der BRD, in: Wolfgang Abendroth u.a. (Hrsg.): Sozialdemokratie und Sozialismus, a.a.O., S. 80.

65 Georg Fülberth: Die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie von ihrer Gründung bis zum Ende des Sozialistengesetzes, in: Jutta von Freyberg u.a.: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863-1975, Köln 1975, S. 12.

und Grundsatzentscheidungen, die kontrovers diskutiert werden und von daher den Blick auf ideologische Differenzen lenken. Paradigmatisch wollen wir uns mit der Periode vom Erlaß des Sozialistengesetzes 1878 bis zur Verabschiedung des Erfurter Programms 1891 befassen, weil hier die politische Determiniertheit der einzelnen Geschichtsbilder besonders deutlich zutage tritt. Eigentlich handelt es sich um zwei Themenkomplexe, die jedoch eng zusammenhängen. Zunächst werden die Auswirkungen des „Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" auf die Partei (Parlamentarisierung versus Radikalisierung) erörtert, sodann wird die Frage nach der Einschätzung des in Erfurt noch unter dem Eindruck der Aufhebung des Ausnahmegesetzes beschlossenen Programmdokuments gestellt. Dabei ließ sich die von uns bevorzugte Methode des synoptischen Vergleichs nicht immer durchhalten. Um die spezifischen Interpretationsmuster der vier parteihistoriographischen Schulen ad oculos demonstrieren zu können, haben wir die auftretenden Friktionen allerdings gerne in Kauf genommen.

Längst bevor Otto von Bismarck die Attentate Hödels und Nobilings auf den greisen Kaiser mit der Vorlage eines Ausnahmegesetzes zum Generalangriff auf die Sozialdemokratie nutzte, hatte sich die Partei massiver Repressalien von seiten des monarchischen Obrigkeitsstaates zu erwehren gehabt. Doch wie der Leipziger Hochverratsprozeß gegen Bebel, Hepner und Liebknecht im Jahre 1872, so waren auch eine Reihe anderer Gerichtsverfahren, wenn schon nicht im Sande verlaufen, dann aber doch zu Agitationsforen umfunktioniert worden, die das sozialdemokratische Gedankengut bekannt machten. Das am 19. Oktober 1878 vom Deutschen Reichstag verabschiedete „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" mußte nun die Entscheidung darüber bringen, ob die herrschenden Klassen das aufbegehrende Proletariat mit polizeistaatlichen Mitteln würden in die Knie zwingen können, oder ob die nach dem Gothaer Vereinigungskongreß alsbald konsolidierte, in Theorie und Praxis gleichermaßen Fortschritte verzeichnende Sozialdemokratie selbst schwersten Belastungen standzuhalten vermochte, die sich überdies gar als eine Quelle moralisch-politischer Stärke erweisen sollten.

Das Ausnahmegesetz erlaubte zwar die Mitarbeit sozialdemokratischer Abgeordneter in den Parlamenten und die Beteiligung an den Wahlen, doch mußte die Paralysierung des Parteilebens eine entscheidende Schwächung der Bewegung nach sich ziehen, gelang es nicht, die Klippen der Illegalität zu umschiffen. Wegen der notwendig gewordenen Auflösung der sozialdemokratischen Leitungsorgane fielen wichtige Führungsfunktionen automatisch an die Reichstagsfraktion, deren einzig durch die entstandene Notsituation legitimierte Monopolstellung im Bereich öffentlicher Artikulation und interner Entscheidungsbildung Spannungen mit den im Untergrund agierenden Kadern geradezu herausforderte. „Die Parlamentsvertreter der Sozialdemokratie waren unter den Bedingungen der Illegalität durch die Partei selbst nicht zu kontrollieren, die innerparteiliche Demokratie war ihnen gegenüber faktisch außer Kraft gesetzt" (66). Eine Geschichtsschreibung, die den obengenannten Umstand übersieht und in dem außergewöhnlichen Machtzuwachs der Fraktion unter dem Sozialistengesetz die Ursache für die Ausformung des „parlamentarische(n) Charakter(s) der Sozialdemokratie" zu erkennen wähnt (67), legt den Schwerpunkt

66 Georg Fülberth/Jürgen Harrer: Die deutsche Sozialdemokratie 1860-1933, a.a.O., S. 54.

67 Siehe Kurt Brandis: Der Anfang vom Ende der Sozialdemokratie, a.a.O., S. 49. Auch nach Auffassung bürgerlicher und rechtssozialdemokratischer Historiker macht das Sozialistengesetz aus der Sozialdemokratie eine parlamentarische Reformpartei, die ihre Wandlung nur noch nicht eingesteht. Vgl. Gerhard A. Ritter: Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich, Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890-1900, 2. Aufl. Berlin(West) 1963, S. 12; Susanne Miller: Das Problem der Freiheit im Sozialismus, a.a.O., S. 182. Beide Autoren berufen sich auf Karl Friedrich Brockschmidt, der unter dem Pseudonym Kurt Brandis zu den Mitbegründern des antirevisionistischen Zweiges der sozialdemokratischen Parteigeschichtsschreibung gehört.

ihrer Betrachtungen einseitig auf die Initiativen der Abgeordneten, wogegen der ebenso opfer- wie erfindungsreiche Kampf der „einfachen" Parteimitglieder, die tagtäglich ihre berufliche Existenz und die soziale Sicherheit ihrer Familien aufs Spiel setzten, unberücksichtigt bleibt. Jeder Überbewertung des parlamentarisch-institutionellen Komplexes für die Parteientwicklung abhold, akzentuiert die traditionalistisch-marxistische Historiographie stärker den persönlichen Einsatz der sozialdemokratischen Aktivisten, die keinen Moment zögerten, den ihnen von Junkertum und Großbourgeoisie hingeworfenen Fehdehandschuh aufzunehmen. Daß die sich eben erst formierende Emanzipationsbewegung des modernen Proletariats diese Machtprobe siegreich bestand, ließ Franz Mehring vom „Heldenzeitalter" der deutschen Arbeiterklasse sprechen (68). Obwohl die traditionalistischen Marxisten keineswegs verkennen, daß die Partei auch in ihrer heroischen Periode nicht frei war von opportunistischen Abweichungen, die das parlamentarische Wirkungsfeld überbewerteten und meist in der Fraktion selbst ihren Ausgang nahmen, weisen sie doch zugleich auf die solche Neigungen zwangsläufig hervorrufenden Faktoren hin: den Druck der staatlichen Zwangsmaßnahmen und die Fortschritte auf dem Gebiet der Sozialgesetzgebung. „Vorwiegend handelte es sich bei diesen Erscheinungen unter dem Sozialistengesetz weniger um bewußt reformistische Arbeiterpolitik als um defensive Reflexe auf die Repression" (69).

Von einer putschistischen Mißdeutung des Revolutionsbegriffs ausgehend, bezeichnet Hedwig Wachenheim die Haltung der Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz als „unrevolutionär" (70). Die Unhaltbarkeit dieser Position bedarf keiner ausführlichen Erörterung. Denn natürlich kam eine bewaffnete Erhebung des sozialdemokratischen Anhangs schon wegen seiner zahlenmäßigen Schwäche und der haushohen Überlegenheit des staatlichen Machtapparats überhaupt nicht in Betracht. „Während der Beratung des Sozialistengesetzes war innerhalb der sozialdemokratischen Partei selbstverständlich schon die Frage erwogen worden, was nach seinem Erlasse zu tun sei. Ein gewaltsamer Widerstand gegen die Entrechtung der Arbeiterklasse wäre einfacher Wahnsinn gewesen, aber auch der naheliegende Gedanke einer geheimen Organisation wurde sofort und auf immer verworfen. Für eine breite und mächtige Volksbewegung war alle Geheimbündelei unmöglich, und wäre sie dennoch versucht worden, so würde sie nur ein der Polizei erwiesener Liebesdienst gewesen sein" (71). Der Auffassung Mehrings widersprechend, konstatiert Karl Friedrich Brockschmidt einen Gegensatz zwischen der um den Bestand der Organisation fürchtenden sozialdemokratischen Führung bzw. der erstmals Einfluß auf die politischen

68 Franz Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Zweiter Teil, a.a.O., S. 509.

69 Georg Fülberth/Jürgen Harrer: Die deutsche Sozialdemokratie 1890-1933, a.a.O., S. 55.

70 Siehe Hedwig Wachenheim: Die deutsche Arbeiterbewegung 1844-1914, a.a.O., S. 217.

71 Franz Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Zweiter Teil, a.a.O., S. 514.

Entscheidungen gewinnenden Parteibürokratie und den proletarischen Mitgliedern, die deren kapitulatives Verhalten nach dem Inkrafttreten des Ausnahmegesetzes korrigierten. In der disparaten Entwicklung der Sozialdemokratie während der nächsten Jahre ununterbrochener Verfolgungen und Behinderungen findet dieser Zielkonflikt seinen Niederschlag: „Die Sozialdemokratie hatte ... unter dem Sozialistengesetz eine widerspruchsvolle Bewegung durchlaufen: Eine Radikalisierung in der Ideologie und eine Verstärkung der opportunistischen Züge ihrer Praxis" (72). Die etablierte Fachwissenschaft in der BRD hat das hier zum Ausdruck gebrachte Interpretationsschema aufgegriffen, die sozialdemokratische Hausgeschichtsschreibung tendiert jedoch aus naheliegenden Gründen stärker dazu, die Partei als monolithischen Block zu behandeln, was sie der Peinlichkeit enthebt, über die Dissensmöglichkeiten im Verhältnis von Führung und Massen räsonieren zu müssen. Statt dessen wird die historische Wahrheit regelrecht auf den Kopf gestellt, wenn selbst Bebel, der sich nicht nur 1884/85 bei der Entscheidung darüber, ob die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einer nach festgelegten Punkten modifizierten Regierungsvorlage, die eine kolonialpolitisch motivierte Subventionierung deutscher Dampfschiffahrtslinien nach Übersee verlangte, würde zustimmen können, als konsequenter Streiter für einen kompromißlosen Kurs gegenüber dem preußisch-reaktionären System des Kaiserreiches erwies, eine Umdeutung im „gemäßigten" Sinn erfährt, zum Kronzeugen des „demokratischen Sozialismus" der heutigen SPD-Spitze wird: „Das Sozialistengesetz von 1878 sollte die Partei vernichten. Das Gegenteil trat ein: August Bebel verhinderte, daß die Partei sich radikalisierte. Er rückte die parlamentarische Tätigkeit ins Zentrum und demonstrierte durch deren Lebendigkeit vor der Mitgliedschaft und der öffentlichen Meinung die ungebrochene Lebenskraft der Partei. Immer mehr prägte sich dem Bewußtsein der Partei der parlamentarische Weg als der einzig gangbare Weg sozialdemokratischer Politik ein" (73).

Die marxistischen Historiker erkennen der gegenläufigen Tendenz den Primat zu. Sie betonen in erster Linie die mit der Entfaltung massenhaften Klassenbewußtseins korrespondierende Radikalisierung der Parteimitgliedschaft, die sie nicht nur auf den unmittelbaren Effekt der restriktiven Handhabung die politische Betätigung von Sozialdemokraten betreffender Rechtsnormen durch Polizei und Justiz zurückführen, sondern aus der sozioökonomischen Situation des Kapitalismus vor dem Eintritt in sein monopolistisches Endstadium (Imperialismus) herleiten. „Die objektive ökonomische Grundlage der Radikalisierung war die Verschärfung des Widerspruchs zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, deren deutlichstes Merkmal in dieser Zeit das unterschiedliche Entwicklungstempo von Reallöhnen und Arbeitsproduktivität ist" (74). Hier versagt die akademische/apologetische Geschichtsschreibung kläglich, gelangt sie doch nicht über mentalmechanistische Erklärungsversuche hinaus, die den Hintergrund des Heranreifens der Sozialdemokratie zu einer proletarischen Massenpartei kaum zu erhellen vermögen. Ihre konzeptionelle Ratlosigkeit wird evident, wenn sich etwa Hedwig Wachenheim der heuristischen Formel bedient: „Druck erzeugt Gegendruck" (75).

72 Vgl. Kurt Brandis (Karl Friedrich Brockschmidt): Der Anfang vom Ende der Sozialdemokratie, a.a.O., S. 36 ff. (Zitat S. 72).
73 Hundert Jahre Sozialdemokratische Partei, Festvortrag von Prof. Carlo Schmid, gehalten am 12. Mai 1963 in Hannover, Hannover 1963, S. 30.
74 Georg Fülberth/Jürgen Harrer: Die deutsche Sozialdemokratie 1890-1933, a.a.O., S. 52 f.
75 Hedwig Wachenheim: Die deutsche Arbeiterbewegung 1844-1914, a.a.O., S. 216.

Die Zeit zwischen dem Erscheinen des von Engels verfaßten „Anti-Dühring" im Jahre 1878 und dem Fall des Ausnahmegesetzes 1890 wird allgemein als die Phase der Marxismusrezeption in der deutschen Sozialdemokratie angesehen. Akademische, apologetische und antirevisionistische Historiographie, die der 1869 als Pendant zum ADAV entstandenen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) wie ihrem Eisenacher Programm jeden marxistischen Einschlag bestreiten, kommen also nicht umhin, die Aneignung des wissenschaftlichen Sozialismus durch fortgeschrittene Teile der Arbeiterbewegung im Kaiserreich zu konzedieren. Um jedoch den Eindruck einer Dominanz des Marxismus in der deutschen Sozialdemokratie sofort wieder verwischen zu können, wird 1. die Autorität von Marx und Engels auf dem Gebiet der Parteipolitik geleugnet, 2. die wissenschaftliche Qualifikation ihrer deutschen Adepten in Abrede gestellt, 3. die Bedeutung hinzutretender andersgearteter philosophischer Einflüsse dagegen um so höher veranschlagt.

Die im Londoner Exil lebenden Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus werden, obwohl sie der Parteiführung gerade unter dem Sozialistengesetz mit (kritischem) Rat und Tat zur Seite standen, vom akademischen Forschungszweig, zum Teil auch von der parteioffiziösen Geschichtsschreibung zu politischen Ignoranten gestempelt, deren theoretische Meisterschaft angeblich mit einer tragischen Unwissenheit in praktischen Tagesfragen einherging. Noch immer den Idealen des Revolutionsjahres 1848 anhängend, haben beide Männer der Meinung Arthur Rosenbergs nach „die wirkliche Eigenart der sich seit 1863 neu herausbildenden europäischen Arbeiterparteien niemals ganz verstanden" (76). Diese Sentenz wandert, von Erich Matthias in seinem Artikel über die Funktion der Ideologie in der deutschen Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkriege paraphrasiert: „Marx und Engels haben die wirkliche Eigenart der modernen Arbeiterparteien, die sich seit den sechziger Jahren in Deutschland und Europa herausbildeten, niemals ganz verstanden. Sie blieben stets in der Welt des revolutionären Marxismus von 1848 verhaftet, auch wenn sie durch ihre Analyse der politischen und sozialen Gegenwart zu der Auffassung gelangten, daß die veränderten Verhältnisse eine andere Bewegungsweise der sich zu Massenparteien entwickelnden Arbeiterparteien erforderten" (77), nahezu wörtlich in Karl Anders' Jubiläumsschrift „Die ersten hundert Jahre", ohne dort als Zitat kenntlich gemacht zu sein, und dokumentiert so höchst eindrucksvoll den eklektischen Charakter der sozialdemokratischen Hausgeschichtsschreibung: „Marx und Engels hatten sich von ihren Vorstellungen des Jahres 1848 nie völlig lösen können und daher die wirkliche Bedeutung der modernen sozialdemokratischen Parteien, wie sie in Deutschland und im übrigen Europa entstanden, nie ganz verstanden" (78).

Einen von Karl Korsch in die wissenschaftliche Diskussion eingeführten Terminus aufgreifend, hat Erich Matthias die Position der sozialdemokratischen Parteispitze vor dem Weltkrieg als „Kautskyanismus" bezeichnet und daran den Versuch geknüpft, einen Gegensatz zwischen dem genuinen Marxismus und den seinerzeit innerhalb der SPD herrschenden Anschauungen über gesellschaftsanalytische wie strategische Fragen zu konstruieren (79). Kautskys mit darwinisti-

76 Siehe Arthur Rosenberg: Demokratie und Sozialismus, Zur politischen Geschichte der letzten 150 Jahre, Frankfurt am Main 1962, S. 251.
77 Erich Matthias: Kautsky und der Kautskyanismus, a.a.O., S. 157.
78 Karl Anders: Die ersten hundert Jahre, Zur Geschichte einer demokratischen Partei, Hannover 1963, S. 36.
79 Zum folgenden Erich Matthias: Kautsky und der Kautskyanismus, a.a.O., S. 151 ff.

schen Elementen blinder Fortschrittsgläubigkeit durchsetzter Vulgärmarxismus habe die sich längst zur parlamentarischen Reformpartei „gemauserten", aber noch an überkommenen Traditionen ihrer politischen Pubertät festhaltenden Sozialdemokratie nicht nur ein reines Gewissen verschafft, sondern auch ihren Zusammenhalt gewährleistet. Aufgrund seiner Eigenart als ideologisches Bindemittel der Partei hätte somit ein von Kautsky zur evolutionistischen Heilslehre umgebogener Marxismus die „Integrationstaktik" der sozialdemokratischen Führung theoretisch abgesichert, d.h. eine bloße Integrations- bzw. Alibifunktion erfüllt. Der Parteileitung wird eine Art reformistischer Mentalreservation angedichtet, die sie unter Beibehaltung ihres revolutionären Pathos eine dem „Gemeinwohl" dienende Realpolitik treiben ließ. Diese These, deren Grundzüge schon vor fast fünfzig Jahren im Werk Brockschmidts entfaltet worden waren, stieß zwar bei einzelnen Historikern der akademischen/apologetischen Richtung auf Kritik, wurde jedoch grundsätzlich nicht in Zweifel gezogen. So trug Hans-Josef Steinberg den Einwand vor, es sei zu bedenken, „ob die offizielle Parteiideologie durch den Begriff ‚Kautskyanismus' in adäquater Weise gekennzeichnet werden kann" (80). Darüber hinaus halten es sowohl Steinberg als auch Susanne Miller für undenkbar, Kautskys Ansichten „lediglich als eine Ideologie im Dienste einer bestimmten Taktik zu deuten. Noch weniger ist das möglich im Falle von August Bebel" (81). Ohne die persönliche Integrität Bebels bemühen zu müssen, kann man seitens der traditionalistisch-marxistischen Parteihistoriographie den langjährigen intensiven Kontakt zwischen Karl Kautsky und den „Londonern" ebenso wie die bis weit nach der Jahrhundertwende ungebrochene Schärfe der theoretischen Auseinandersetzung mit allen wichtigen Revisionsbemühungen in den von ihm edierten Publikationen als Indiz für die Richtigkeit der Gegenthese anführen, daß die Exegese des marxistischen Systems durch den führenden Theoretiker der II. Internationale sehr wohl mit den Intentionen seiner Lehrer vereinbar war, wenn sich auch Ansätze einer deterministischen Überzeichnung der Revolutionsperspektive und einer Unterbewertung des subjektiven Faktors gegenüber der „Naturnotwendigkeit" geschichtsphilosophisch bestimmter Entwicklungsprozesse aufweisen ließen. „Die Rezeption des Marxismus in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts erfolgte noch weitgehend unter den Bedingungen des liberalen Konkurrenzkapitalismus, die vor allem durch Kautsky formulierte Theorie war die in weiten Teilen adäquate Form des Marxismus in einer Situation zeitweilig geminderter innenpolitischer Krisenhaftigkeit" (82).

Dieter Groh spricht dagegen in demselben Zusammenhang von einem der „negativen Integration", die sich durch eine allmähliche materielle Besserstellung der Arbeiterschaft und den Trend zu ihrer politischen Emanzipation einerseits bei gleichzeitiger prinzipieller Verweigerung gleicher Lebenschancen und Fortdauer der Ausbeutungs- und Unterdrückungsmaßnahmen andererseits auszeichnete, entsprechenden „Verhaltensmuster des revolutionären Attentismus", für das ein „Konglomerat von politischer Abwartehaltung, auf Umsturz der bestehenden Verhältnisse zielender Revolutionshoffnung und verbalem Radikalismus" als charakteristisch angesehen wird (83). Doch auch dieser Versuch einer Ergründung des angenommenen Dualismus von Theorie und Praxis mittels sozialpsychologischer Hilfskonstruktionen scheitert an der Schwierigkeit, die von der Sozialdemokratie durch Ausnutzung sämtlicher ihr zur Verfügung stehender legaler wie illegaler Wirkungsmöglichkeiten agitatorisch optimal unterstützte und sich in Form gewaltiger Stimmengewinne äußernde antikapitalistische Massenstimmung mit dem Volksparteistereotyp zur Deckung zu bringen. Erst als der Imperialismus viele Jahre später aufgrund der ihm eigenen Dynamik (Entfaltung der Produktivkräfte, Konzentration und Zentralisation des Kapitals, kolonialistische Ausweitung der Absatzmärkte, Forcierung des Kapitalexports, Erzielung von Monopolprofiten) in der Lage war, meist besonders qualifizierten Gruppen der arbeitenden Bevölkerung Gratifikationen unterschiedlichster Art zu gewähren und sie dadurch dem proletarischen Klassenstandpunkt zu entfremden, breiteten sich innerhalb der Sozialdemokratischen Partei bürgerliche Ideologeme aus und führten in der Folgezeit zur Paralysierung ihres revolutionären Aktivismus, dessen Anteil am Sieg über die Urheber des Ausnahmegesetzes gar nicht hoch genug veranschlagt werden kann.

Faßt die marxistische Geschichtsschreibung das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" als den notwendig zum Scheitern verurteilten Versuch der herrschenden Klassen und ihres Staates auf, die in einem schwierigen Konsolidierungsprozeß befindliche Arbeiterbewegung zu domestizieren bzw. ihre Organisationen noch in der Aufbauphase zu zerschlagen, so bedauern bürgerliche und rechtssozialdemokratische Historiker die durch Bismarcks Schritt eingetretene Erschwernis der Integration und die Zementierung bestehender „Vorurteile" bei unterprivilegierten Bevölkerungskreisen. „Die verhängnisvolle Kluft zwischen Arbeiterschaft und Staat, die in den Jahren des Sozialistengesetzes aufgerissen worden war, hatte sich noch Jahrzehnte später nicht wieder völlig geschlossen" (84). Da diese Autoren die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie eher als historischen Betriebsunfall denn als gesetzmäßigen, in einem Stadium fortgeschrittener Klassenkämpfe unausweichlichen Vorgang begreifen, werden die als verspätete Reaktion auf eben jenes Ereignis interpretierbaren Repressionsmaßnahmen des Sozialistengesetzes ihres politökonomischen Bezugspunktes beraubt und zu einem allerdings folgenschweren taktischen Mißgeschick der Bismarck-Administration verharmlost. „Die tiefste und tragischste Wirkung des Sozialistengesetzes war zweifellos, daß es eine für absehbare Zeit offenbar unüberwindbare Kluft zwischen der Arbeiterschaft und dem Bürgertum aufgerissen hatte" (85). Doch die sozialdemokratische Hausgeschichtsschreibung geht noch einen Schritt weiter. Nicht der bürgerlich-junkerliche Staat allein trägt die Schuld an der Desintegration der Arbeiterschaft, die Parteilinke wird für mitverantwortlich erklärt. Man konstatiert „eine fatale Wechselwirkung zwischen der programmatischen Starrheit der SPD und der politischen Intransigenz der herrschenden Schichten, die die Parteimitglieder zusehends erbitterte und den Orthodoxen und Radikalen ständig neue Argumente lieferte" (86).

80 Siehe Hans-Josef Steinberg: Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie, a.a.O., S. 78.

81 Susanne Miller: Zur Rezeption des Marxismus in der deutschen Sozialdemokratie, in: Heiner Flohr u.a. (Hrsg.): Freiheitlicher Sozialismus, Beiträge zu seinem heutigen Selbstverständnis, Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 28.

82 Georg Fülberth/Jürgen Harrer: Die deutsche Sozialdemokratie 1890-1933, a.a.O., S. 27.

83 Vgl. Dieter Groh: Negative Integration und revolutionärer Attentismus, Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt am Main – Berlin(West) – Wien 1973, S. 36.

84 Gerhard A. Ritter: Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich, a.a.O., S. 11.

85 Willi Eichler: Hundert Jahre Sozialdemokratie, a.a.O., S. 26.

86 Dieter Dowe/Kurt Klotzbach: Einleitung, in: Dies. (Hrsg.): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, a.a.O., S. 25.

Umstritten ist auch die Frage, ob der Fall des Ausnahmegesetzes nach zwölfjähriger Geltungsdauer als ein Verdienst der Sozialdemokratie betrachtet werden kann. Auf das Mehringsche Standardwerk rekurrierend, heben die traditionalistischen Marxisten die politisch-organisatorischen Leistungen der Partei und ihrer Führer unter dem Sozialistengesetz hervor, würdigen den entschlossenen Widerstand des Proletariats als einen wesentlichen Faktor im Kampf gegen die Einschränkung demokratischer Rechte, erklären die Befreiung von den schlimmsten Fesseln einer reaktionären Gesetzgebung zum Werk der Betroffenen selbst. „Die kämpfenden sozialistischen Arbeiter hatten nicht nur dem Gesetz widerstanden, sondern auch zum Sturz seines Urhebers Bismarck beigetragen. Mit dem Sieg über den ‚Eisernen Kanzler' und über das Sozialistengesetz hatten die deutsche Sozialdemokratie und die Arbeiterklasse in einem klug und kühn geführten Kampf dem preußisch-deutschen Militärstaat eine ernsthafte Niederlage beigebracht und die Legalität für ihre Organisationen errungen" (87). Wird dieser Problematik von bürgerlicher bzw. rechtssozialdemokratischer Seite wenig Aufmerksamkeit geschenkt, weil hier die parlamentarischen Gegebenheiten Ende der achtziger/Anfang der neunziger Jahre als Begründung dafür ausreichen, daß die Verlängerung des Ausnahmegesetzes im Reichstag scheiterte, beharrt die antirevisionistische Parteihistoriographie auf ihrem Standpunkt, wonach der von den Sozialdemokraten geleistete Beitrag zur Beseitigung der verhaßten Paragraphen äußerst gering veranschlagt werden muß. „Die Nichtverlängerung bzw. die spätere Aufhebung des ‚Sozialistengesetzes' 1890 weckte in der Sozialdemokratie ein Hochgefühl des Sieges, das zwar vollauf verständlich, aber doch wohl nicht ganz berechtigt war. Denn in erster Linie hatten politische Konstellationen, die außerhalb des Einflußbereichs der Partei lagen, das Gesetz zu Fall gebracht" (88). Dem wäre freilich insofern zu widersprechen, als die erfolgreiche, nur aufgrund des vorbildhaften Einsatzes von Führung wie Mitgliedschaft mögliche Beteiligung der Sozialdemokratie an Wahlen und die Durchführung von Streikaktionen zwecks Verbesserung des Lebensstandards der Massen staatliche Ächtungsbestimmungen zunehmend obsolet und die Partei zu einem erheblichen Machtfaktor hatte werden lassen.

Schließlich gehen die Meinungen darüber auseinander, in welchem Zustand sich die Partei beim Fall des Sozialistengesetzes befand. Mehring, dessen Arbeit sich durch einen allegorischen, aphoristischen und anekdotischen Stil auszeichnet, benutzt das Bild von der Sozialdemokratie als einem Jüngling mit schnell aufgeschossenen Gliedern, mit manch schwärmenden Gedanken im Kopf, der in den Kampf gezogen war: „als sie heimkehrte, war sie ein muskelkräftiger und wettergehärteter Mann, entschlossen, fertig, klar, gewachsen welch Höchstem immer" (89). Zu einer völlig anderen Wertung gelangt Hedwig Wachenheim: „Eine Partei voll innerer Widersprüche trat in die Arena relativer Freiheit ein" (90). Und obgleich der antirevisionistische Forschungszweig ebenfalls eher eine innerparteiliche Ambivalenz anzunehmen bereit ist, muß festgestellt werden, daß die Sozialdemokratie inhaltlich gestärkt und organisatorisch gefestigt aus ihrer härtesten Bewährungsprobe hervorging. Die mittlerweile hauptsächlich in der Industriearbeiterschaft verankerte Partei hatte „relativ klarere Vor-

87 Georg Fülberth: Die Wandlung der deutschen Sozialdemokratie vom Erfurter Parteitag 1891 bis zum Ersten Weltkrieg, Köln 1974, S. 5.
88 Hansgeorg Conert: Die politischen Grundrichtungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg, a.a.O., S. 16.
89 Siehe Franz Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Zweiter Teil, a.a.O., S. 675.
90 Hedwig Wachenheim: Die deutsche Arbeiterbewegung 1844-1914, a.a.O., S. 276.

stellungen über ihre geschichtliche Funktion (und damit über ihre Strategie und Taktik) gewonnen, als sie vor dem Ausnahmegesetz Gemeingut ihrer Führer und Funktionäre gewesen waren" (91).

Kaum war der Druck des Ausnahmegesetzes gewichen, ging die Sozialdemokratie daran, sich ein neues Parteiprogramm zu geben. Obwohl man schon auf dem St. Gallener Kongreß 1887 die Ausarbeitung einer entsprechenden Vorlage und die Einsetzung einer Programmkommission (Ignaz Auer, August Bebel, Wilhelm Liebknecht) beschlossen hatte, konnte die Revision des noch immer gültigen, wenn auch von der Realität in Partei und Gesellschaft längst überholten Gothaer Kompromisses erst nach dem 1890 zu Halle abgehaltenen Parteitag, auf dem Liebknecht lediglich einen Zwischenbericht erstattete, konzentriert in Angriff genommen werden. Als das höchste Beschlußgremium der SPD im Oktober des darauffolgenden Jahres erneut zusammentrat, waren vier Programmentwürfe eingegangen, unter denen der des Parteivorstandes sowie eine von Karl Kautsky und Eduard Bernstein überarbeitete Fassung, die sich ebenfalls in einen grundsätzlichen und einen tagespolitischen Teil gliederte, hervorstachen. Zwar entsprach die Zweiteilung — Mehring zufolge — „der Taktik des klassenbewußten Proletariats, das unter praktisch gegebenen Verhältnissen kämpfen muß, aber als sicheren Kompaß auf dem klippenreichen und stürmischen Meere moderner Klassenkämpfe nur sein Endziel besitzt" (92), doch sollte sich an ihr nicht nur der innerparteiliche Meinungsstreit zwischen Marxisten und Revisionisten, sondern auch die Kontroverse der verschiedenen historiographischen Schulen über den Charakter des Erfurter Programms entzünden. Bürgerliche und parteioffiziöse Geschichtsschreibung diagnostizieren einen programmatischen Dualismus, das Auseinanderfallen von theoretischer Vision und praktischer Realisation. So bemängelt Erich Matthias, der die Bewegungsgesetze des Kapitalismus herauskristallisierende Analyseteil und der demokratisch-sozialreformerische Forderungskatalog stünden „ohne innere Beziehung nebeneinander" (93). Und Helga Grebing fügt ergänzend hinzu, das dogmatische Insistieren auf der sich in der Prinzipienerklärung wiederfindenden Revolutionstheorie habe die SPD-Spitze „an der Aufstellung und Durchführung eines politischen Aktionsprogramms zur Eroberung der Macht im Staate gehindert" (94). Auch die antirevisionistischen Historiker machen entweder einen „Bruch ... zwischen den beiden deutlich getrennten Programmteilen" (95) aus oder konstatieren doch zumindest ein „Spannungsverhältnis zwischen dem in den Grundsätzen sichtbaren geschlossenen Gesellschaftsbild und den stärker tagesbezogenen Forderungen im zweiten Teil des Programms" (96). Demgegenüber stellt Wolfgang Abendroth fest, es sei eine Legende, „der zweite, tagespolitische und also auf aktuell erkämpfbare Reformen gerichtete Teil des Programms stünde im Widerspruch zur theoretischen Einleitung" (97). Die traditionalistisch orientierten

91 Siehe Wolfgang Abendroth: Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, a.a.O., S. 28.
92 Vgl. Franz Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Zweiter Teil, a.a.O., S. 682.
93 Siehe Erich Matthias: Kautsky und der Kautskyanismus, a.a.O., S. 159 f.
94 Helga Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., S. 112.
95 Siehe Hansgeorg Conert: Die politischen Grundrichtungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg, a.a.O., S. 20.
96 Hartfried Krause: Kleine Schritte zur neuen Mitte, Kurze Historie der Socialdemokratie, in: Mitarbeiter der „darmstädter studentenzeitung" (Hrsg.): SPD und Staat, Geschichte, Reformideologie, „Friedenspolitik", Berlin(West) 1974, S. 18.
97 Siehe Wolfgang Abendroth: Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, a.a.O., S. 32.

Autoren sehen in der einstimmig gefaßten Entscheidung des Erfurter Parteitages, Bebels Empfehlung zu folgen und den auch von Engels favorisierten Text Kautskys und Bernsteins nach unwesentlichen Änderungen durch eine Redaktionskommission anzunehmen, das marxistische Credo der deutschen Sozialdemokratie schlechthin, betrachten den Programmbeschluß als einen weiteren Schritt der Partei in Richtung London.

Auch wenn Erich Matthias auf seinen angeblichen „Krypto-Revisionismus" (98) hinweist, kommen die akademische und die apologetische Forschungsrichtung doch nicht umhin, das Erfurter Programm als historischen Markstein zu würdigen, mit dem der Marxismus vorläufig „die offizielle theoretische Grundlage" (99) der SPD wurde. „Als sich die deutsche Sozialdemokratie 1891 in Erfurt ein Programm gab, bedeutete dies mehr als die Fixierung der gemeinsamen Ziele einer politischen Partei, mehr als die Errichtung einer ideologischen Plattform für die nach dem Fall des Sozialistengesetzes nunmehr legale politische Arbeit der SPD. Das Erfurter Programm ist vielmehr Ausdruck des siegreichen Eindringens des Marxismus in die deutsche Arbeiterbewegung, ein Prozeß, der erst nach der organisatorischen Grundlegung der Bewegung — vor allem durch Lassalle — einsetzt und der durch die Halblegalität, in die die Partei durch das Sozialistengesetz gedrängt wurde und in der sie sich naturgemäß radikalisieren mußte, ohne Zweifel gefördert und beschleunigt wurde" (100). Da man bürgerlicherseits nicht zugeben mag, daß der Marxismus die in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen wurzelnden Klassenantagonismen auf den Begriff bringt, muß der Grund für seine Attraktivität in außergewöhnlichen Umständen gesucht werden, die den Anhängern des wissenschaftlichen Sozialismus entscheidende „Wettbewerbsvorteile" auf dem proletarischen Meinungsmarkt verschafften: „Die zwölfjährige Verfolgungszeit hat durch das Verbot der Parteipresse und -literatur sowie jeglicher außerparlamentarischer sozialdemokratischer Parteitätigkeit ein geistiges Vakuum erzeugt, das dem Wirken der marxistischen Theoretiker, die dieses Vakuum auszufüllen sich bemühten, geradezu eine Monopolstellung verschaffte" (101). Vertraut man dieser Geschichtsversion, so war der Marxismus nicht die der Erfahrung von Ausbeutung und Unterdrückung durch ein aufgrund schmerzhafter Geburtswehen des monopolistischen Kapitalismus sensibilisiertes Proletariat entlehnte Weltanschauung, sondern trug die Züge einer „verführerischen Ideologie", die es leicht hatte, sich in der vom Sozialistengesetz hinterlassenen Theorielücke zu etablieren (102).

Feuilletonistisch ausgedrückt, ist das Erfurter Programm der marxistische Dorn im Auge sozialdemokratischer Historiker. Diese lassen denn auch nichts unversucht, um die Aussagen des mißliebigen Textes abzuqualifizieren und seine Bedeutung zu relativieren, wobei ihnen die Parteiführung gerne assistiert: „Formell stellte das 1891 verabschiedete Erfurter Programm den Sieg des Marxismus dar. Allerdings muß man wissen: Vieles was sich in der deutschen Sozialdemokratie als Annahme der revolutionären Lehre von Marx gab, entsprach in Wirklichkeit nur der zwangsweisen Einstellung zu der vorrevolutionären Regierungsweise des Kaiserreichs. In Wirklichkeit hat schon damals der Weg dieser

98 Erich Matthias: Kautsky und der Kautskyanismus, a.a.O., S. 168.
99 Heinrich Potthoff: Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, a.a.O., S. 44.
100 Christian Gneuss: Um den Einklang von Theorie und Praxis, Eduard Bernstein und der Revisionismus, in: Iring Fetscher (Hrsg.): Marxismusstudien, Zweite Folge, a.a.O., S. 198.
101 Susanne Miller: Das Problem der Freiheit im Sozialismus, a.a.O., S. 200.
102 Vgl. ebenda, S. 297.

Partei zur demokratisch-sozialistischen Reformbewegung begonnen" (103). Abgesehen von der Autorität des mit der Programmrevision befaßten Personenkreises, in dem Friedrich Engels dadurch eine besondere Rolle spielte, daß er, um die innerparteiliche Diskussion zu beeinflussen, Marxens Kritik am Gothaer Programm in der „Neuen Zeit" veröffentlichte und Änderungsvorschläge zum Entwurf des Parteivorstandes unterbreitete, nennt Gerhard A. Ritter als Ursachen der Programmentscheidung von Erfurt „die ungeheure Hochachtung der deutschen Arbeiterschaft vor allen wissenschaftlichen Erörterungen und das Fehlen jedes weltanschaulichen Konkurrenzsystems neben dem Marxismus" (104). Weil auch die antirevisionistische Geschichtsschreibung den marxistischen Gehalt des Erfurter Programms nur schwer leugnen kann, sucht sie den Eindruck zu erwecken, als sei die Konzeption des wissenschaftlichen Sozialismus einem unwissenden, an theoretischen Fragen kaum interessierten und politisch eher indifferenten Parteivolk von oben, d.h. von seinen (autodidaktisch) gebildeten, mit den Londoner „Kirchenvätern" in Verbindung stehenden und ideologisch gestählten Führern aufoktroyiert worden. „Der theoretische Teil des Erfurter Programms ... war zur Zeit seiner Annahme nur die Zusammenfassung des geistigen Besitztums einer dünnen Oberschicht der Partei, die sich um die ‚Neue Zeit' gruppierte" (105). Unerwähnt bleibt die breite Zustimmung der Mitgliedschaft in mehreren hundert Versammlungen, wenig gewürdigt wird auch die Tatsache, daß alle vorliegenden Entwürfe auf dem Boden des Marxismus standen und nur redaktionell voneinander abwichen.

Die Bedeutung des auf dem Erfurter Parteitag verabschiedeten Programmdokuments liegt darin, daß die bürgerliche Gesellschaft analytisch erfaßt, ihr Wesen politökonomisch bestimmt und bezüglich der langfristigen Entwicklungsperspektiven historisch-materialistisch aufbereitet wird. Ausgehend von den der ökonomischen Reifung des Kapitalismus immanenten Gesetzmäßigkeiten, als da sind die wachsende Konzentration und Zentralisation der Produktion wie des Kapitals, die forcierte Proletarisierung der Mittelschichten, die Polarisierung zwischen den Klassen, die Verschärfung der zyklischen Krisen und die Ausbreitung der existentiellen Unsicherheit unter den Lohnempfängern, begründet der auf dem Abschnitt über die geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation in Marxens „Kapital" fußende Grundsatzteil die Notwendigkeit weitreichender Sozialisierungsmaßnahmen: „Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde" (106). Will die Arbeiterklasse dieses Ziel erreichen, so muß sie die politische Macht erobern, um in deren Besitz die Pro-

103 So Willy Brandt: Karl Marx, Rede zum 150. Geburtstag von Karl Marx in Trier, in: Ders.: Friedrich Engels und die soziale Demokratie, Bonn-Bad Godesberg 1970, S. 47.
104 Siehe Gerhard A. Ritter: Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich, a.a.O., S. 95.
105 Kurt Brandis: Der Anfang vom Ende der Sozialdemokratie, a.a.O., S. 68.
106 Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen auf dem Parteitag in Erfurt 1891, in: Dieter Dowe/Kurt Klotzbach (Hrsg.): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, a.a.O., S. 176 f.

duktionsverhältnisse umzuwälzen. Die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei aber besteht nun darin, den Kampf des Proletariats „zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen" (107). Der Aktionsteil des Erfurter Programms zerfällt noch einmal in zehn Gruppen politischer Alternativvorstellungen, die vom allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht bis zur Abschaffung aller indirekten Steuern und Zölle reichen und auf Demokratisierung bzw. mehr soziale Gerechtigkeit abzielen, sowie fünf Punkte zur Verbesserung des Arbeiterschutzes. Damit wurden die bereits in Gotha erhobenen Reformforderungen erweitert und präzisiert, so daß sie allein von ihrer Anlage her über das bestehende System hinauswiesen.

Die retrospektive Selbstverleugnung der SPD, wie sie von der parteioffiziellen bzw. -offiziösen Geschichtsschreibung betrieben wird, schließt Form und Inhalt des Erfurter Programms mit ein. Der Logik seines inneren Aufbaus steht diese Forschungsrichtung verständnislos gegenüber. „Die theoretischen Grundsätze und die praktischen Forderungen haben sehr wenig miteinander zu tun. Die Partei war nach schweren Jahren eines systematischen Ausrottungsfeldzuges, der gegen sie geführt wurde, besonders aufnahmefähig für eine sozialistische Verheißung, die mit ‚Naturnotwendigkeit' die Tore des Himmels aufstößt" (108). Minimal sind die Unterschiede zur antirevisionistischen Parteihistoriographie, derzufolge zwischen beiden Programmteilen „kein geistiges Band" besteht (109). Dem halten die traditionalistischen Marxisten entgegen, daß demokratische und antimonopolistische Reformen keineswegs im Widerspruch zu einer revolutionären Politik stehen, solange sie in einen systemübergreifenden Zusammenhang eingebettet bleiben. Einen konzeptionellen Bruch zwischen der Prinzipienerklärung und dem Forderungskatalog des Erfurter Programms sieht etwa Georg Fülberth von daher nicht. „Vielmehr bildet der zweite Teil mit dem ersten eine organische Einheit" (110).

Nach der Abrechung mit halbanarchistischen und rechtsopportunistischen Tendenzen in den eigenen Reihen präsentierte sich die zur wählerstärksten Partei des Deutschen Reiches avancierte Sozialdemokratie in Erfurt als selbstbewußte Massenorganisation, die sich zur Befreiung des Proletariats berufen fühlte und ihre historische Mission aus dem Marxismus ableitete. Diese Bastion des wissenschaftlichen Sozialismus, deren Führungsrolle in der II. Internationale unangefochten war, fiel erst lange Zeit danach, als der Grundsatzteil des Programms bei einer mit dem Übergang zum Imperialismus entstandenen und durch die in Ablösung der „Großen Depression" einsetzende ökonomische Prosperitätsphase erstarkenden Strömung unter dem Begriff des Revisionismus auf massiven Widerstand stieß. Doch änderten diese Angriffe nichts an der Tatsache, daß der in Erfurt gefaßte Beschluß Generationen deutscher Sozialisten prägte und den Lauf der Parteigeschichte maßgeblich beeinflußte.

„Das Erfurter Programm wurde zur Grundlage der ideologischen Erziehung, aber auch der theoretischen Diskussion in der Partei bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Auch die Revisionisten haben es nur in Einzelheiten, nicht insgesamt, vor allem zunächst nicht grundsätzlich in bezug auf die Zielsetzung der Überführung der großen Wirtschaftseinheiten in gesellschaftliches Eigentum in Frage gestellt. Sie haben erst ein Jahrzehnt später zur abstrakten Entgegensetzung von Reform und Revolution gefunden ..." (111).

107 Siehe ebenda, S. 177.
108 Karl Anders: Die ersten hundert Jahre, a.a.O., S. 95.
109 Siehe Kurt Brandis: Der Anfang vom Ende der Sozialdemokratie, a.a.O., S. 67.
110 Georg Fülberth: Die Wandlung der deutschen Sozialdemokratie vom Erfurter Parteitag 1891 bis zum Ersten Weltkrieg, a.a.O., S. 9.
111 Vgl. Wolfgang Abendroth: Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, a.a.O., S. 31 f.

HISTORISCH-MATERIALISTISCHE PERIODISIERUNG ODER DREI-STADIEN-SCHEMA?

Kritische Bemerkungen zu Immanuel Geiss: Zwischen Marx und Stalin. Kritische Anmerkung zur marxistischen Periodisierung der Weltgeschichte.

Der folgende Beitrag beinhaltet eine Auseinandersetzung mit einem Artikel von Immanuel Geiss, der sich mit der „marxistischen Periodisierung der Weltgeschichte" (1) befaßt. Der Geissche Aufsatz entspringt der seit einigen Jahren geführten Diskussion um die sogenannte „Legitimationskrise" der gegenwärtigen bürgerlichen Geschichtswissenschaft. Wegen des offenbar unzureichenden Erklärungswertes kulturmorphologischer, hermeneutischer und anderer geistesgeschichtlicher Deutungsversuche historischer Prozesse erwies es sich als notwendig, fortschrittlichen Tendenzen in der Geschichtswissenschaft nachzugeben und sozial- und wirtschaftsgeschichtliche „Faktoren" in den Erklärungszusammenhang einzubeziehen. Damit war aber bereits der Kern ihrer Aufhebung in die bürgerliche Geschichtswissenschaft hineingetragen worden, und nicht wenige der beteiligten Historiker schreckten vor den sich abzeichnenden Konsequenzen zurück. Die bis dahin meist pauschale Ablehnung des Marxismus machte einer ausführlicher begründeten Abgrenzung Platz, die letztlich darauf abzielt, dem Marxismus einen dogmatischen Ökonomismus vorzuwerfen. Obwohl die partielle Anerkennung der Bedeutung der materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse für geschichtliche Prozesse und Ereignisse zu begrüßen ist, darf die ideologische Funktion der durch die Verbindung mit der bürgerlichen Soziologie modernisierten Geschichtswissenschaft nicht übersehen werden. Vor allem, wenn sie sich als wissenschaftliche Alternative zum Marxismus, ja als dessen „Überwindung" anbietet, ist sie vornehmlich als Bestandteil des sozialintegrativen Instrumentariums moderner Herrschaftstechnik zu sehen. Gegen diesen Anspruch und diese Funktion richtet sich der folgende Aufsatz.

Geiss vertritt in einem wirkungsvollen Publikationsorgan (das auch von vielen Lehrern gelesen wird, so daß ein erheblicher „Multiplikatoreffekt" sichergestellt ist) die Auffassung, daß alle Marxisten, soweit sie an der gesetzmäßigen Abfolge bestimmter ökonomischer Gesellschaftsformationen — Urgesellschaft, Sklavenhaltergesellschaft, Feudalismus, Kapitalismus, Sozialismus und bei einer Reihe von Autoren die asiatische Produktionsweise — festhalten, Marx und Engels falsch interpretierten (2) und daß dieses „aus Marx herausgepreßte ‚marxistische' Periodisierungsschema" (3) in Wirklichkeit auf Stalin zurückgehe. Abgesehen davon sei es ohnehin unbrauchbar, da es dem komplexen historischen Prozeß nicht gerecht werde. Der Verfasser stellt sich die Aufgabe, Marx und Engels weiterzuentwickeln, erhebt unter Berufung auf sie „die Vermehrung der Bevölkerung und der Produktion" sowie die „Industrialisierung" (4) zu Triebkräften der Geschichte und stellt schließlich ein Drei-Stadien-

1 Immanuel Geiss: „Zwischen Marx und Stalin. Kritische Anmerkungen zur marxistischen Periodisierung der Weltgeschichte", in: Beilage zur Wochenzeitung das parlament („aus politik und zeitgeschichte", B 41/74 vom 12. Oktober 1974).
2 Vgl. ebenda z.B. S. 18.
3 Ebenda, S. 9.
4 Ebenda, S. 7.

Schema zur Periodisierung der Weltgeschichte auf. (5) Es soll im folgenden untersucht werden,

1. ob sich anhand der Texte von Marx und Engels eine Definition der Kategorie „ökonomische Gesellschaftsformation" finden läßt,
— ob diese Definition eine Abgrenzung gegenüber der Kategorie „Produktionsweise" zuläßt und
— ob dann andere, von Marx und Engels vor allem in den Frühschriften verwendete Begriffe — „Existenzweise", „Produktionsepoche" etc. — im Sinne einer Präzisierung und Vereinheitlichung des Begriffsapparates fallengelassen werden können.
2. Ob und in welchem Umfange die gesetzmäßige Abfolge bestimmter ökonomischer Gesellschaftsformationen bereits aus den Werken von Marx und Engels zu ersehen ist,
— um welche es sich dabei handelt,
— auf welches raum-zeitliche Gefüge sich diese Gesetzmäßigkeit bezieht und
— welche Veränderungen innerhalb der Produktionsverhältnisse einer Gesellschaftsformation eintreten können, ohne daß sie aufgehoben wird.

Geiss' Arbeitsweise

Es erscheint notwendig, der Erörterung dieses Aufsatzes breiteren Raum zu widmen, da hier von einem bekannten Historiker, der sich während der vergangenen Jahre in der geschichtswissenschaftlichen Diskussion und Forschung zweifellos beträchtliche Dienste erworben hat, letztlich bestritten wird, daß sich der systematische Anspruch der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft mit den Ergebnissen der historischen Forschung vereinbaren läßt. Damit jedoch aus der Aufmerksamkeit, die der zitierten Arbeit gewidmet wird, keine falschen Schlüsse über ihre wissenschaftliche Bedeutung gezogen werden, erscheinen einige allgemeine Bemerkungen zur Arbeitsweise ihres Verfassers angebracht.

Vor allem ist festzuhalten, daß der Verfasser die gesetzmäßige Abfolge der Gesellschaftsformationen auf jeden Fall verwerfen und durch sein Drei-Stadien-Schema ersetzen will. Wohl nur um die Argumentation zu erleichtern, begnügt er sich nicht mit einem „festen Periodisierungsschema", dessen mögliche wissenschaftliche Bedeutung er in einem Satz erörtert (6), sondern behauptet, die Marxisten verträten eine „zeitlich universale und räumlich lückenlose Geltung" (7) dieses Schemas. Mit anderen Worten, zu einem bestimmten Zeitpunkt sei eine der oben genannten Gesellschaftsformationen auf dem gesamten Erdball durch die nachfolgende abgelöst worden, wie sie selbst zu einem ebenfalls exakt bestimmbaren Schlüsseldatum global an die Stelle der vorhergehenden getreten sei.

Obwohl Geiss annimmt, sich bei seiner Argumentation auf Marx und Engels stützen zu können, verschafft sich anfangs doch noch einmal eine selbstkritische Einschätzung der eigenen Quellenkenntnisse Geltung, wenn er vorsorglich einschränkt: „Selbst wenn der Beweis (für die Rückführbarkeit der gesetzmäßigen Abfolge der Gesellschaftsformationen auf Marx und Engels, W.A.) durch Aufspürung einschlägiger Zitate doch noch gelänge, so wären auch Marx und Engels keine unfehlbaren Autoritäten, vor denen der Historiker in Ehr-

5 Ebenda, S. 18 ff.
6 Ebenda, S. 16.
7 Ebenda, S. 6.

furcht zu erstarren und selbständig zu denken aufzuhören hätte." (8) Es soll hier nicht darüber gerechtet werden, daß Geiss selber einem Rückfall „in die Autoritäten zitierenden Scholastik des Mittelalters" (9) erliegt, den er pauschal den „Marxisten" vorwirft, wenn er der „Aufspürung" einzelner Zitate offenbar mehr Bedeutung beimißt als der Interpretation der Texte im Zusammenhang. Es dürfte aber deutlich werden, daß er die gesetzmäßige Abfolge der Gesellschaftsinformationen auch dann verwerfen will, wenn nachgewiesen wird, daß ihre Erkenntnis auf Marx und Engels zurückgeht.

In der theoretischen Entwicklung der Kategorie der Gesellschaftsformation durch Marx und Engels lassen sich schwerpunktmäßig vier Entwicklungsabschnitte unterscheiden: erstens die zweite Hälfte der 40er Jahre, in der „Die Deutsche Ideologie" und das „Manifest der kommunistischen Partei" entstanden; zweitens die Zeit von ungefähr 1853 bis 1859, in der einige Artikel, die Marx in der „New-York Daily Tribune" veröffentlichte, sowie die „Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie" und „Zur Kritik der politischen Ökonomie" für das hier behandelte Thema besonders wichtig sind; drittens die 60er und 70er Jahre, in denen die drei Bände „Kapital" und die „Theorien über den Mehrwert" geschaffen wurden; viertens die 80er Jahre, in denen Engels Schrift „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates" (10) besonders wichtig ist.

Geiss zitiert zwar aus sechs Werken und drei Briefen von Marx und Engels (11), benutzt die meisten dieser Zitate aber nur, um, sofern Marx und Engels darin Zeitgenossen rügen, die sich als Marxisten verstehen, diese Bezeichnung aber nicht verdienen, sie im einfachen Analogieschluß gegen heute lebende Marxisten und die Theorie von der ökonomischen Gesellschaftsformation zu verwenden (12); zum Teil benutzt er sie auch, um die wissenschaftliche Aussagefähigkeit der „Deutschen Ideologie" zu erschüttern (13) oder um den Eindruck einer Beliebigkeit der Begriffsbildung und -verwendung bei Marx hervorzurufen (14). Anhand von nur fünf Zitaten aus vier Schriften, die zwischen 1845 und 1859 entstanden, untersucht Geiss Marx' und Engels' Auffassung von der gesetzmäßigen Abfolge der Gesellschaftsformationen auf zwei Seiten seines Aufsatzes (15). Eine wissenschaftliche Begründung für diese selektive Quellenbehandlung gibt der Verfasser nicht, obwohl er dazu besonders verpflichtet wäre, weil er schreibt, das „Fünf-Stadien-Schema" sei zentraler

8 Ebenda, S. 6.
9 Ebenda, S. 4.
10 Die genannten Arbeiten sind in Marx/Engels, Werke (im folgenden zitiert als MEW), Berlin/DDR, seit 1956, Bde. 3, 4, 9, 13, 23 bis 26.3., 21 veröffentlicht. Die Grundrisse wurden außerhalb der MEW 1953 herausgegeben.
11 „Die deutsche Ideologie", Vorwort „Zur Kritik der politischen Ökonomie", Vorwort zu „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie", „Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie", „Manifest der Kommunistischen Partei", „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (‚Anti-Dühring')", Brief von Marx an die Redaktion des „Oetetschestwennje Sapiski", MEW, Bd. 19, S. 107–112; F. Engels an Joseph Bloch, 21./22. September 1890, MEW, Bd. 37, S. 462–465; F. Engels an Conrad Schmidt, 5. August 1890, MEW, Bd. 37, S. 435–438.
12 Geiss, a.a.O., vor allem die Polemik S. 8 f.
13 Ebenda, S. 7.
14 Ebenda.
15 Ebenda, S. 6 ff.

Bestandteil „des sog. ‚historischen Materialismus' oder ‚Marxismus' oder ‚Marxismus-Leninismus' oder des ‚wissenschaftlichen Sozialismus', weil es Kernstück der marxistischen politischen Ökonomie ist. Da die politische Ökonomie . . . primär eine historische Wissenschaft ist . . ., hat nun auch der Historiker ein kritisches Wort in der Überprüfung dieses Periodisierungsschemas mitzureden" (16). Über die Begriffsreihung im ersten Satz, die geeignet ist, begriffliche Beliebigkeit bei Marx und Marxisten zu suggerieren, soll hier nicht gesprochen werden, da der Verfasser dieses Verfahren noch an anderer Stelle anwendet. Bezüglich der Quellenauswahl ist wichtig, daß der Verfasser seine Kompetenz zur Stellungnahme aus der Tatsache ableitet, daß die „marxistische politische Ökonomie" *auch* eine historische Wissenschaft ist. Um so erstaunlicher, daß der Verfasser von den acht Büchern, in denen allein Marx die Theorie entwickelt, nur eins, das er dazu noch selbst als „Rohentwurf" bezeichnet (17), heranzieht.

Die von ihm selbst zur Periodisierung ausgewählten Kriterien entnimmt Geiss ausschließlich der „Deutschen Ideologie", S. 17—77. „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie" wird in diesem Zusammenhang zwar dem Titel nach erwähnt, es werden jedoch keine Belege daraus angeführt. Trotz dieser Tatsache bemüht sich Geiss, „Die Deutsche Ideologie" — wie auch die „Grundrisse" — als unreife Frühwerke von zweifelhaftem wissenschaftlichen Wert darzustellen. Dabei geht er soweit, dem Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU „Übereifer" vorzuwerfen, weil es diese Schriften überhaupt veröffentlicht hat. (18)

Theorie und Praxis

Einleitend betont Geiss, Marxismus gelte für die folgenden Ausführungen „nur als wissenschaftliche Methode, nicht als politisches Kampfprogramm und schon gar nicht als Weltanschauung mit heilsgeschichtlichen Dimensionen" (19). Diese Methode wird nicht dargestellt, und durch die kontradiktorische Gegenüberstellung der Bezeichnungen „politisches Kampfprogramm" und „Weltanschauung mit heilgeschichtlichen Dimensionen" kann bei einem mit dem Gegenstand nicht vertrauten Leser die Auffassung entstehen, als sei es nicht nur möglich, sondern sogar die einzig seriöse Art, Marxismus als „wertfreie" Wissenschaft zu betreiben. Tatsächlich negiert Geiss die Dialektik von Theorie und Praxis, die für den Marxismus konstitutiv ist. Praxis wird ohne inhaltliche Bestimmung auf die Unwissenschaftlichkeit und Aggressivität suggierende Kurzformel „politisches Kampfprogramm" reduziert. Schließlich werden diejenigen, die an der Praxis als erkenntnisleitendem Kriterium festhalten, mit dem Vorwurf einer „Weltanschauung mit heilsgeschichtlichen Dimensionen" bedacht, durch den als Argumentationsersatz allzu deutlich das antikommunistische Schlagwort vom „Religionsersatz" leuchtet. Abgesehen davon, daß Geiss hier — und dies ist kein Einzelfall — seiner eigenen Forderung nicht gerecht wird, in „der notwendigen wissenschaftlichen Debatte" dürften „nur sachliche Argumente gelten" (20), tritt er damit in einen klaren Gegensatz zu Marx und Engels. Sie

16 Ebenda, S. 4 f.
17 Ebenda, S. 10, Anm. 22.
18 Ebenda.
19 Ebenda, S. 4.
20 Ebenda, S. 5.

distanzieren sich u.a. in der „Deutschen Ideologie" bei ihren Ausführungen über Ludwig Feuerbach klar von den Theoretikern und Philosophen, denen sie die „*praktischen* Materialisten" (Hervorhebung im Original, W.A.) gegenüberstellen, zu denen sie sich selber rechnen (21).

Praxis und Fortschritt

Fortschritt realisiert sich nur über das praktische Handeln gesellschaftlicher Individuen und Gruppen, die aufgrund ihrer unterschiedlichen oder gegensätzlichen sozialen Stellung spezifische Interessen ausbilden. Der Hitler-Faschismus und die gegenwärtig in aller Welt existierenden faschistischen Regimes verdanken dem Umstand, daß Geiss nicht zu dieser Erkenntnis gelangt ist, ihre Einordnung in das dritte Stadium seines Periodisierungsversuchs mit der Bezeichnung „industriell-republikanisch-*demokratisch*" (Hervorhebung von mir, W.A.). Für den Marxismus zeigt sich anhand solcher Beispiele, daß der Fortschrittsbegriff wesentliches Element des m.E. übergreifenden Praxisbegriffs sein muß, um eine unzweideutige inhaltliche Bestimmung der Praxis zu gewährleisten.

Geiss steht dem Fortschrittsbegriff hilflos gegenüber. Anstatt durch Quellenstudien den Fortschrittsbegriff von Marx und Engels herauszuarbeiten — auf die er sich doch stützen möchte —, überläßt er es dem Leser, sich vorzustellen, wovon die Rede ist, wenn er von Fortschritt spricht: „Wie auch immer dieser ‚Fortschritt" definiert sein mag" (22). Diese Unterlassung wiegt umso schwerer, als Geiss erkennt, daß die Frage der gesetzmäßigen Abfolge der Gesellschaftsformationen eng mit dem Fortschrittsbegriff verknüpft ist und „schwerwiegende(n) ideologische(n) und damit auch politische(n) Konsequenzen" (23) hat.

Aufgrund der nicht ausreichenden inhaltlichen Klärung gerät Geiss die im vorhergehenden Abschnitt getroffene, ebenfalls ungenügend definierte Unterscheidung zwischen Marxisten und Marxisten in Anführungszeichen außer Kontrolle und wird schließlich sogar aufgehoben. Er stellt nämlich fest, daß für „alle(n) sich auf Marx und Engels berufenden Strömungen unserer Zeit — also beim historischen Materialismus marxistischer wie ‚marxistischer' Natur . . . die bekannte Aufeinanderfolge der sog. Produktionsweisen eine zentrale Rolle" (24) spielt. Im folgenden verzichtet der Verfasser dann konsequenterweise auch auf die formale Unterscheidung und schreibt, „daß eben die konsequentesten Anhänger dieser Lehre selbst ‚fortschrittlich' in einem heilsgeschichtlichen Sinne sind, weshalb alle anderen Feinde des Fortschritts für die Menschheit sind (. . .)" (25) Offen wird, wieder durch die unwissenschaftliche Formel des „Religionsersatzes", der Vorwurf der Irrationalität erhoben — gegen Marxisten und „Marxisten", oder wie es an anderer Stelle heißt, „Vertreter des ‚wissenschaftlichen Sozialismus' gleich welcher Spielart" (26), sofern diese sich nicht Geiss' Diktum beugen und die gesetzmäßige Abfolge der Gesellschaftsformation verwerfen. Damit wendet sich Geiss nicht nur gegen die Dog-

21 Marx/Engels: „Die deutsche Ideologie", MEW, Bd. 3, S. 42.
22 Geiss, a.a.O., S. 4.
23 Ebenda.
24 Ebenda.
25 Ebenda
26 Ebenda, S. 5.

matisierung der Werke der Klassiker durch Revolutionsromantiker, wie sie an Hochschulen der BRD gelegentlich auftreten, sondern auch gegen die ernsthafte und methodisch sorgfältige Beschäftigung mit und Anwendung von marxistischen Kategorien. Geiss zeigt trotz aller anfänglich getroffenen Unterscheidungen und Einschränkungen, daß er den Marxismus nur als ideologischen Steinbruch betrachtet, aus dem er einige „brauchbare Elemente" (27) isoliert, um der traditionellen bürgerlichen Geschichtswissenschaft aus ihrer Krise herauszuhelfen. Es geht also nicht um eine Weiterentwicklung, sondern vielmehr um einen Angriff auf den Marxismus als Wissenschaft, obwohl der Verfasser diesen Anspruch auf Seite 5 selbst als „vermessen" bezeichnet.

Der marxistische Fortschrittsbegriff

Seit der vertieften Kenntnis der menschlichen Urgeschichte, die sich am deutlichsten in Engels' „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates" niederschlägt — und er konnte für diese Arbeit auf ausführliche Vorarbeiten von Marx zurückgreifen (28) — vertraten die beiden Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus die Auffassung, daß sich die menschliche Geschichte in einem großen Dreischritt bewegt.

In der klassenlosen Urgemeinschaft mit ihrem Gemeineigentum sind die Menschen noch weitgehend den Zwängen der Natur ausgeliefert, selbst noch ununterschiedener Bestandteil der Natur. Der Kampf gegen diese Naturzwänge erfordert und erbringt eine Steigerung der Produktivkräfte, die eine Produktion über den unmittelbaren Bedarf hinaus und damit eine Anhäufung von Reichtümern ermöglicht. Über einen langen Zeitraum entwickelnsich diese ursprünglichen Gemeinschaften zu den Klassengesellschaften mit dem Privateigentum an Produktionsmitteln und dem zum Schutz desselben unabdingbaren Staat. In der Folgezeit durchläuft die Menschheit, oder zumindest ein Teil von ihr, einige Gesellschaftsformationen, die sich durch die Art unterscheiden, in der den unmittelbaren Produzenten Mehrarbeit abgepreßt wird. Das Ergebnis dieser Mehrarbeit, das Mehrprodukt wird ganz oder größtenteils von der jeweils herrschenden Klasse der Produktionsmitteleigentümer angeeignet. Zwar sind die Möglichkeiten, den Naturzwängen zu begegnen, größer geworden, aber zu diesen traten gesellschaftliche Zwänge, die aus den „notwendige(n), von ihrem Willen unabhängige(n) Verhältnisse(n)" entstehen, welche die Menschen „in der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens"(29) eingehen. Zwei Entwicklungen setzen sich trotz aller Stagnationen und Rückschläge (30) durch. Erstens schreitet die Produktivkraftentwicklung immer weiter fort, bis „jede herrschende und ausbeutende Klasse überflüssig, ja ein Hindernis der gesellschaftlichen Entwicklung geworden"(31) ist, und zweitens wird die Geschichte immer mehr zur Weltgeschichte (32). Eine der historischen Aufgaben des Bürgertums ist die Herstellung des Weltmarktes, die Ermöglichung des weltweiten Verkehrs zwischen Nationen und Individuen.

27 Ebenda, S. 4.
28 F. Engels: „Der Ursprung der Familie . . . ", MEW, Bd. 21, S. 27.
29 K. Marx: Vorwort „Zur Kritik der Politischen Ökonomie", MEW, Bd. 13, S. 8.
30 Vgl. F. Engels: „Ludwig Feuerbach . . .", MEW, Bd. 21, S. 292f.
31 F. Engels: „Anti-Dühring", MEW, Bd. 20, S. 169.
32 Marx/Engels: „Die deutsche Ideologie", a.a.O., S. 37.

Die Klassengesellschaften waren in dieser ihnen gemeinsamen Eigenschaft die Negation des naturhaften, fast noch tierhaften Zustandes der Menschheit. Die proletarische Revolution, mit der die ganze Gesellschaft und nicht mehr bloß eine Klasse, die gewaltigen Produktivkräfte der neueren Zeit unter ihre Leitung stellt, ist die Negation dieser Negation. Damit verliert auch der Fortschritt seinen bis dahin ambivalenten Charakter: „Erst wenn eine große soziale Revolution die Ergebnisse der bürgerlichen Epoche, den Weltmarkt und die modernen Produktivkräfte, gemeistert und sie der gemeinsamen Kontrolle der am weitesten fortgeschrittenen Völker unterworfen hat, erst dann wird der menschliche Fortschritt nicht mehr jenem scheußlichen heidnischen Götzen gleichen, der den Nektar nur aus den Schädeln Erschlagener trinken wollte."(33) Wieder über einen längeren Entwicklungsweg, mit Irrtümern, Stagnationen und Rückschlägen, in Auseinandersetzung mit den noch bestehenden Klassengesellschaften, strebt die Gesellschaft einem Zustand zu, „worin es keine Klassenunterschiede, keine Sorgen um die individuellen Existenzmittel mehr gibt, und worin von wirklicher menschlicher Freiheit, von einer Existenz in Harmonie mit den erkannten Naturgesetzen, zum ersten Mal die Rede sein kann"(34). Unter Fortschritt verstehen Marxisten also alle geschichtlichen Bewegungen, die die Menschheit diesem Gesellschaftszustand näher bringen. Und um es noch einmal in aller Deutlichkeit zu sagen: Natürlich sehen sie nicht „alle anderen" als Feinde des Fortschritts, sondern nur diejenigen, die aufgrund der sozialökonomischen und politischen Stellung, die sie in der Klassengesellschaft innehaben, aktiv diesen Fortschritt zu unterdrücken und überlebte Zustände am Leben zu halten versuchen.

Mit dieser Erklärung dürften sich auch die Spekulationen von Geiss(35) über die Bezeichnung der „asiatische(n), antike(n), feudale(n) und modern bürgerliche(n) Produktionsweisen als *progressive* Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation"(36) als gegenstandslos erweisen. Die Bezeichnung „progressiv" ist auf die oben genannte Urgesellschaft bezogen, was auch aus diesbezüglichen Äußerungen Marx' in den Grundrissen hervorgeht (37).

Begriffsbestimmungen

Die allgemeine Erklärung des Verfassers, über die „brauchbaren Elemente im Marxismus" reflektieren zu wollen, kann die fehlende exakte Definition der wissenschaftlichen Problemstellung nicht ersetzen. Dieser Mangel beeinträchtigt die Systematik der Darstellung. Nachdem Geiss zwei „Ansätze für ein ‚marxistisches' (zu diesem Zeitpunkt läßt die Arbeit des Verfassers durchaus noch nicht erkennen, ob es sich nicht doch um ein marxistisches handelt, W. A.) Periodisierungsschema"(38) zitiert hat, führt er ein entsprechendes Zi-

33 K. Marx: „Die künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien", MEW, Bd. 9, S. 226.
34 F. Engels: „Anti-Dühring", a.a.O., S. 107; vgl. auch ebenda, S. 106, 180 und 264.
35 Geiss, a.a.O., S. 8.
36 Karl Marx: Vorwort „Zur Kritik der Politischen Ökonomie", a.a.O., S. 9 (Hervorhebung von mir, W.A.).
37 K. Marx: Grundrisse . . . a.a.O., S. 27: „bloße Jäger- und Fischervölker liegen außer dem Punkt, wo die wirkliche Entwicklung beginnt".
38 Geiss, a.a.O., S. 7; dort auch die o.g. Zitate aus der „Deutschen Ideologie", dem „Kommunistischen Manifest" und den „Grundrissen". In dem Zitat aus dem

tat aus den „Grundrissen" an. Bei der Interpretation dieses Zitats gelingt es dem Verfasser nicht, die Untersuchung der Kategorien, mit denen Marx und Engels Geschichtsabschnitte bezeichnet haben, von der inhaltlichen Bestimmung solcher Abschnitte und der Frage ihrer gesetzmäßigen chronologischen Abfolge analytisch zu trennen.

Geiss bemüht sich, möglichst viele Synonyme für „ökonomische Gesellschaftsformation" zu finden. In der Tat ist vor allem in den sogenannten Frühschriften eine Verwendung anderer Begriffe zu konstatieren, die als Synonyme für den späteren Begriff der ökonomischen Gesellschaftsformation verwendet werden. Aber selbstverständlich erfordert exaktes wissenschaftliches Arbeiten auch bei der Klärung der Begriffe, ihre Entwicklung durch die weiteren Werke der Autoren zu verfolgen und festzustellen, ob erstens auf bestimmte Bezeichnungen ein Schwergewicht gelegt wird und welche Kategorien zweitens den Gegenstand im Sinne von Marx und Engels am zutreffendsten kennzeichnen. Eine Weiterentwicklung hätte also bei größtmöglicher Quellentreue einen klaren und einheitlichen Begriffsapparat zu schaffen, nicht aber aus einer diffusen Dogmatisierungsangst Marx und Engels eine unwissenschaftliche Beliebigkeit der Begriffsbildung zu unterstellen, die einer inhaltlichen Beliebigkeit Vorschub leistet, der Geiss später ja auch erliegt. In seinem Bemühen geht er soweit, daß er die „slawische Form des Eigentums" als Synonym für ökonomische Gesellschaftsformation bezeichnet (39). Geiss verwechselt also die allgemeine Kategorie ökonomische Gesellschaftsformation, die systematisch-logischen Charakter hat, mit ihren je verschiedenen historischen Konkretisierungen. Ebenso gut könnte er Sklaverei, Feudalismus usw. als Synonyme für ökonomische Gesellschaftsformation auffassen. Im Vorwort „Zur Kritik der politischen Ökonomie", aus dem Geiss ja auch zitiert, sagt Marx übrigens klar, daß die Eigentumsverhältnisse nur ein juristischer Ausdruck für die Produktionsverhältnisse sind (40). Trotzdem bezeichnet Geiss auch sie als Synonym für ökonomische Gesellschaftsformation.

In den Werken von Marx und Engels ist mit fortschreitendem Erkenntnisstand eine Tendenz zur Vereinheitlichung der Begrifflichkeit unverkennbar. Ein gutes Beispiel dafür ist der Begriff „Produktivkräfte", neben dem synonym lange die Bezeichnung „Produktionskräfte" verwendet wird, z.B. noch in den ersten beiden Ausgaben des „Anti-Dühring". Für die „dritte, durchgesehene und vermehrte Auflage" (41) ersetzte Engels die Bezeichnung „Produktionskräfte" durch „Produktivkräfte"(42). Beim Umfang der Werke und in Anbetracht der Arbeitsbelastung, die die Klassiker sich bis zu ihrem Tod aufbürdeten, liegt es nahe, daß solche Korrekturen nicht in allen Werken und für alle Begriffe vorgenommen werden konnten. Vor allem bei den vonEngels postum herausgegebenen Marxschen Arbeiten kommt ein weiteres hinzu. Engels führt in der Einleitung zu Karl Marx' „Lohnarbeit und Kapital" (Ausgabe 1891) (43) aus, daß Marx seine Kritik der politischen Ökonomie erst gegen Ende der 50er Jahre mit dem Erscheinen des ersten Hefts „Zur Kritik der politischen Ökonomie" (1859) zum (vorläufigen) Abschluß gebracht hatte und daß seine vorher erschienenen Schriften in einzelnen Ausdrücken und ganzen Sätzen vom späteren Standpunkt aus „schief und selbst unrichtig erscheinen"(44). Trotzdem haben nach seiner Auffassung „Verfasser wie Publikum ein unbestrittenes Recht . . . auf unveränderten Abdruck dieser älteren Schriften."(45) Diese Weigerung Engels', etwas zu verändern, gilt auch für die Werke, die Marx später geschrieben hat, wie aus Engels' „Ergänzung und Nachtrag zum III. Buche des ‚Kapital' " zu entnehmen ist. (46) So finden sich selbst in den späteren Schriften immer noch Ausdrücke, die synonym zu „ökonomische Gesellschaftsformation" oder „Produktionsweise" verwendet werden. Doch werden diese beiden von Marx und Engels augenscheinlich bevorzugt, da sie am häufigsten vorkommen und an inhaltlich wesentlichen Punkten verwendet werden. Außerdem lassen sich für diese beiden — im Gegensatz zu ihren Synonymen — eindeutige Definitionen aus den Werken der Klassiker ableiten. Das berechtigt m.E. dazu, nach ihrer Ableitung ausschließlich diese beiden Kategorien zu gebrauchen.

„Kommunistischen Manifest" läßt Geiss ohne Kennzeichnung die von Engels zur englischen Ausgabe von 1888 eingefügte, zweite Anmerkung aus, obwohl sie für den behandelten Gegenstand wichtig ist und Geiss' Interpretation direkt widerspricht. Engels weist unter anderem darauf hin, daß er in „Der Ursprung der Familie . . ." den Auflösungsprozeß der Urgemeinschaft und die Herausbildung der Klassengesellschaft untersucht.

39 Ebenda, S. 8.

40 K. Marx: Vorwort „Zur Kritik der Politischen Ökonomie", a.a.O., S. 9.

41 F. Engels: „Anti-Dühring", a.a.O., S. 4.

42 Ebenda, S. 249, Anmerkung der Herausgeber.

Ökonomische Gesellschaftsformationen

Marx und Engels gingen bei ihren Analysen von den materiellen Grundlagen der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion aus. Auch die Kategorie der ökonomischen Gesellschaftsformation wird sich also nur von diesem Ausgangspunkt erschließen lassen. Im III. Band des „Kapital" schreibt Marx, daß er gezeigt hat, „daß der kapitalistische Produktionsprozeß eine geschichtlich bestimmte Form des gesellschaftlichen Produktionsprozesses überhaupt ist. Dieser letztere ist sowohl Produktionsprozeß der materiellen Existenzbedingungen des menschlichen Lebens wie ein in spezifischen, historisch-ökonomischen Produktionsverhältnissen vor sich gehender, diese Produktionsverhältnisse selbst und damit die Träger dieses Prozesses, ihre materiellen Existenzbedingungen und ihre gegenseitigen Verhältnisse, d.h. ihre bestimmte ökonomische Gesellschaftsformation produzierender und reproduzierender Prozeß. Denn das Ganze dieser Beziehungen, worin sich die Träger dieser Produktion zur Natur und zueinander befinden, worin sie produzieren, dies Ganze ist eben die Gesellschaft, nach ihrer ökonomischen Struktur betrachtet"(47).

Diese Definitionen der ökonomischen Gesellschaftsformation umfaßt drei zentrale Elemente. Erstens die Einheit von Struktur und Entwicklung, d.h. von Logischem und Historischem. Die Produktionsverhältnisse bezeichnet Marx als „historisch-ökonomische". Sie sind also zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt zusammen mit den Produktivkräften konstituierendes Moment der materiellen Produktionsweise, der ökonomischen Gesamtstruktur, auf der die Gesellschaft aufbaut. Diese Struktur ist jedoch ein Ergebnis historischer Prozesse und beinhaltet gleichzeitig Voraussetzungen für die wei-

43 MEW, Bd. 22, S. 202–209.

44 Ebenda, S. 202.

45 Ebenda, S. 203; vgl. auch F. Engels: Vorwort zu Marx' Schrift „Das Elend der Philosophie", MEW, Bd. 21, S. 187.

46 K. Marx: Das Kapital, Bd. III, MEW, Bd. 25, S. 897.

47 Ebenda, S. 826 f.

tere geschichtliche Entwicklung, in der sie selbst und der sich auf ihr erhebende Überbau verändert wird. (48)

Hieraus geht hervor, daß jede Gesellschaftsformation ihre Existenz Entwicklungen dankt, die in der vorangegangenen Formation ihren Anfang nahmen. So wuchs z.B. das Handelskapital aus den feudalen Strukturen hervor, wirkte verändernd und zerstörend auf sie zurück und trug damit zur Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise und zur Entwicklung der sie einschließenden kapitalistischen Gesellschaftsformation bei. Andererseits — zumindest soweit es sich um die Klassengesellschaften handelt — entwickeln sich auch aus der neuen Struktur wieder Elemente der nächst höheren Formation. Die in der systematisch-logischen Analyse idealtypisch erfaßten Gesellschaftsformationen kommen in dieser Form in Wirklichkeit nicht vor. Aber es ist gerade die systematisch-logische Untersuchung, die es ermöglicht, die für eine bestimmte Gesellschaftsformation untypischen Elemente richtig zu erkennen, sie also z.B. als fortschrittlich, d.h. auf die nächst höhere Gesellschaftsformation verweisend, oder auch als Relikte überwundener Formationen einzuordnen und damit der konkreten historischen Arbeit die Systematisierung ihres Materials zu ermöglichen.

Zweitens beinhaltet die Marxsche Definition die dialektische Beziehung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen als Triebkraft der Geschichte, denn von nichts anderem ist die Rede, wenn von den „Beziehungen, worin sich die Träger dieser Produktion zur Natur und zueinander befinden", gesprochen wird. Die Bedeutung dieser Basis, die „das *in letzter Instanz* bestimmende Moment in der Geschichte" ist, die „durch alle die unendliche Menge von Zufälligkeiten . . . als Notwendiges . . . sich durchsetzt" (49), wird durch das Adjektiv „ökonomisch" betont.

Die Analyse der ökonomischen Struktur ist zwar eine notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzung zum Verständnis einer bestimmten Gesellschaft. Die aus ihr hervorwachsenden Teilsysteme des Überbaus, die Staatsform, das Recht, Wissenschaft, Kunst etc. gewinnen eine relative Selbständigkeit und Eigengesetzlichkeit gegenüber ihrer ökonomischen Basis und wirken auf sie zurück (50), so daß die konkrete Totalität nur durch sorgfältige Untersuchung all dieser Teilbereiche und ihrer Beziehungen untereinander verstanden werden kann. Auch diesem Erfordernis der historisch-materialistischen Analyse trägt die Kategorie der ökonomischen Gesellschaftsformation Rechnung. Bereits in den „Grundrissen" sagt Marx zum Begriff der Gesellschaft, der in der oben genannten Kategorie aufgehoben wird, folgendes: „Die Gesellschaft besteht nicht aus Individuen, sondern drückt die Summe der Beziehungen, Verhältnisse aus, worin diese Individuen zueinander stehen."(51) Mithin ist die Bewegung des Überbaus explizit eingeschlossen.

Diese Definition umfaßt also die zentralen Kriterien zur Beurteilung des Gegenstandes in allgemeinster Form (52), ohne jedoch einer unwissenschaftlichen, dem eigenen Gutdünken anheim gestellten Interpretation Raum zu lassen. Vielmehr gibt sie eine Hierarchie der Kriterien an, die sich auf die einzelnen Strukturelemente und -ebenen beziehen und so die Analyse des gesellschaftlichen Ganzen auch als Aufgabe systematischer Bestimmung begründen. Bei der Bezeichnung bestimmter ökonomischer Gesellschaftsformationen kann man sich dann, wie Marx und Engels es taten, auf einen spezifischen, wesentliche Momente der jeweiligen Gesellschaft widerspiegelnden Namen beschränken — z.B. Sklaverei, Feudum oder Kapital als sozialökonomische Grundverhältnisse. Der Vorwurf des „öden Ökonomismus und Dogmatismus"(53), den Geiss gegen die Theorie von deren gesetzmäßigen Abfolge der ökonomischen Gesellschaftsformationen erhebt, läßt sich also schon anhand der Definition dieser Kategorie zurückweisen

48 Siehe dazu E. Engelberg, a.a.O., und in demselben Band vor allem den Aufsatz von Küttler/Lozek: „Marxistisch-leninistischer Historismus und Gesellschaftsanalyse. Die historische Gesetzmäßigkeit der Gesellschaftsformation als Dialektik von Ereignis, Struktur und Entwicklung", S. 33–78.

49 F. Engels an Joseph Bloch, a.a.O., S. 463.

50 Vgl. F. Engels an Conrad Schmidt, a.a.O., vor allem S. 490–494.

51 K. Marx: Grundrisse . . ., a.a.O., S. 176.

52 Siehe dazu Ernst Engelberg: „Zu methodologischen Problemen der Periodisierung", in: E. Engelberg (Hrsg.): Probleme der marxistische Geschichtswissenschaft. Beiträge zu ihrer Theorie und Methode, Köln 1972, S. 126f.

Produktionsweise

Bei sorgfältigerer Untersuchung der Quellen zeigt sich, daß bereits in den früheren Schriften von Marx und Engels die Neigung besteht, ökonomische Gesellschaftsformation und Produktionsweise zu unterscheiden. So heißt es z.B. in der „Deutschen Ideologie", „daß eine bestimmte Produktionsweise . . . stets mit einer bestimmten . . . gesellschaftlichen Stufe vereinigt ist"(54), und in den Grundrissen spricht Marx beispielsweise von der „Auflösung der auf den Tauschwert gegründeten Produktionsweise und Gesellschaftsform" (55).

Dies deutet im Zusammenhang mit der Erörterung der Kategorie der ökonomischen Gesellschaftsformation bereits darauf hin, daß der Begriff „Produktionsweise" auf die ökonomische Basis der Gesellschaft abzielt, auf die dialektische Einheit von Produktivkräften und den ihrem Entwicklungsgrad entsprechenden Produktionsverhältnissen (56), was auch durch die Ausführungen von Marx in den ökonomischen Werken bestätigt wird, die den „Grundrissen" folgen. Unmißverständlich schreibt er im Vorwort „Zur Kritik der politischen Ökonomie": „In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse (die immer immer in Verbindung mit den Produktivkräften gesehen werden müssen und umgekehrt ebenso, W.A.) bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. *Die Produktionsweise* des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt" (57).

Diese Unterscheidung behält Marx im „Kapital" sowie den „Theorien über den Mehrwert" bei. Einige kurze Zitate und Quellennachweise mögen jedoch genügen. Im „Kapital", Band III, z.B. schriebt Marx: „Die kapitalistische Produktionsweise und die ihr entsprechenden Verhältnisse als allgemein gesell-

53 Geiss, a.a.O., S. 21.

54 Marx/Engels: „Die deutsche Ideologie", a.a.O., S. 30.

55 K. Marx: Grundrisse . ., a.a.O., S. 175.

56 Vgl. ebenda, S. 188f.

57 K. Marx: Vorwort „Zur Kritik der politischen Ökonomie", a.a.O., S. 8f (hervorhebung von mir, W.A.).

schaftliche Basis vorausgesetzt, . . ." (58). Und im dritten Teil der „Theorien über den Mehrwert": „Erst sobald die kapitalistische Produktion zur herrschenden geworden, nicht nur sporadisch existiert, sondern sich die Produktionsweise der Gesellschaft untergeordnet, . . ." (59).

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß „ökonomische Gesellschaftsformation" die übergreifende Kategorie ist, die die konkrete Totalität eines gesellschaftlichen Systems in allen seinen Elementen, seiner Einheit von Wesen und Erscheinung und ihren konkreten historischen Bewegungsformen erfaßt, während sich der Begriff „Produktionsweise" nur auf die ökonomische Basis der Gesellschaft bezieht. Eine Unterscheidung ist also nicht nur möglich, sondern, wie Geiss selber praktisch vorführt, auch notwendig. Das Unverständnis, mit dem Geiss der Begriffsbildung und -verwendung der Klassiker gegenübersteht, zeigt sich deutlich an den Bezeichnungen, die er für die drei Stadien seiner Alternative zur Theorie von der ökonomischen Gesellschaftsformation auswählt: „prä-agrarische", „agrarisch-aristokratisch-monarchische" und „industriell-republikanisch-demokratisch(e)" „Ordnung (oder ‚Gesellschaftsformation' oder ‚Produktionsweise' oder wie auch immer)" (60).

Die gesetzmäßig chronologische Abfolge bestimmter ökonomischer Gesellschaftsformationen

Auf knapp zwei Seiten seines Aufsatzes untersucht Geiss anhand stark eingeschränkten Quellenmaterials die Periodisierung bei Marx und Engels. Dabei widmet er der komplexen Beziehung von Marx und Engels zu Hegel, die im Verlaufe ihrer Arbeiten nicht unwichtige Akzentverschiebungen erfuhr (61), drei Sätze: „Hegel sprach, noch ganz in der antik-christlichen Tradition, von den Zeitaltern der vier Reiche (orientalisches, griechisches, römisches und germanisches Reich). Ansätze zu einer Art Periodisierung bei Marx und Engels erscheinen so wie eine materialistische Ausfüllung des Hegelschen Periodisierungsschemas, das sich noch an politischen Formen orientierte. Dagegen nahmen Marx und Engels die Formen der Produktion als Kriterium zur Strukturierung des historischen Prozesses, der zur Bildung der kapitalistischen oder bürgerlichen Produktionsform führte." (62)

58 K. Marx: Das Kapital, Bd. III, a.a.O., S. 882; vgl. ebenda S. 885. Die Kontinuität in den unter Anm. 56 und 57 nachgewiesenen Aussagen dürfte unübersehbar sein.

59 K. Marx: Theorien über den Mehrwert (Vierter Band des „Kapitals"), Dritter Teil, MEW, Bd. 26.3, S. 412; vgl. auch MEW, Bd. 26.1., S. 383 und MEW, Bd. 26.2, S. 148.

60 Geiss, a.a.O., S. 18f.

61 Vor allem in den Frühschriften liegt der Schwerpunkt auf der Kritik des Idealisten Hegel. Später hoben Marx und Engels die Verdienste des Dialektikers Hegel hervor: „Die mystifizierende Seite der Hegelsche Dialektik habe ich vor beinah 30 Jahren, zu einer Zeit kritisiert, wo sie noch Tagesmode war. Aber grade als ich den ersten Band des ‚Kapital' ausarbeitete, gefiel sich das verdrießliche, anmaßliche und mittelmäßige Epigonentum, . . . , darin, Hegel zu behandeln, wie der brave Moses Mendelssohn zu Lessings Zeiten den Spinoza behandelt hat, nämlich als ‚toten Hund'. Ich bekannte mich daher offen als Schüler jenes großen Denkers . . . ". K. Marx: Das Kapital, Bd. I, MEW, Bd. 23, S. 27.

62 Geiss, a.a.O., S. 6.

Sucht man die von Geiss wiedergegebenen, aber nicht nachgewiesenen Ausführungen Hegels über die vier Reiche im Original auf, so stellt man fest, daß die politischen Formen, an denen Hegel sich angeblich orientiert, von untergeordneter Bedeutung sind, ja, daß ihre Erhebung zu wesentlichen Kriterien der Hegelschen Geschichtsauffassung geeignet ist, die Schärfe des Gegensatzes zwischen Idealismus und dialektischem Materialismus zu verhüllen.

In der Einleitung zu den „Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte" verweist Hegel auf die „Grundlinien der Philosophie des Rechts § 341—360", in denen er „bereits den näheren Begriff solcher Weltgeschichte angegeben" habe, „wie auch die Prinzipien oder Perioden, in welche deren Betrachtung zerfällt" (63). In § 342 stellt Hegel unter anderem fest, daß die Weltgeschichte „die Auslegung und *Verwirklichung des allgemeinen Geistes*" (64) sei. Dabei durchläuft der Weltgeist vier Gestaltungen, die bestimmten Prinzipien folgen (65). In der Weltgeschichte „erhält dasjenige notwendige Moment der Idee des Weltgeistes, welches gegenwärtig *seine* Stufe ist, sein *absolutes Recht*, und das darin lebende Volk und dessen Taten erhalten ihre Vollführung und Glück und Ruhm" (66). Nach Hegel sind es vier Völker bzw. Reiche, die dem Weltgeiste dazu dienen, „sich den Übergang in seine nächste höhere Stufe" (67) vorzubereiten und zu erarbeiten. „Nach diesen vier Prinzipien sind der welthistorischen Reiche die *viere:* 1. das *orientalische*, 2. das *griechische*, 3. das *römische*, 4. das *germanische*" (68).

Aus diesen skizzenhaften Ausführungen geht hervor, daß der Gegensatz zwischen Marx und Engels auf der einen und Hegel auf der anderen Seite nicht daraus resultiert, daß die ersteren Formen der Produktion und letzterer politische Formen als Kriterien der Periodisierung der Weltgeschichte verwandten, sondern daß bei Hegel die „Staaten, Völker und Individuen" „bewußtlose Werkzeuge" (69) des Weltgeistes sind, während Marx und Engels „von den wirklichen lebendigen Individuen selbst" (70) ausgingen und die Gedanken dieser Individuen — auch den gedachten Weltgeist — aus ihrem materiellen Lebensprozeß ableiteten.

Das Hegelsche Periodisierungsschema ist Bestandteil seines philosophischen Systems. Wenn Geiss behauptet, Marx und Engels hätten dieses Schema „materialistisch ausgefüllt", dann deutet er sie zu Erfüllungsgehilfen der deutschen idealistischen Philosophie um und stellt sie — da es ihm ja scheint, als hätten sie das Hegelsche Schema prinzipiell akzeptiert — in die antik-christliche Tradition, die er auch Hegel unterstellt. Dagegen legt Engels in seiner Arbeit „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie", die Geiss mehrfach erwähnt, Wert auf die Unterscheidung von System und dialektischer Methode Hegels. Während das erstere ziemlich konservativ gewesen sei, habe die letztere als „einzig Absolutes" ihren eigenen revolutionären Charak-

63 G.W.F. Hegel: Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte. Theorie Werkausgabe, Frankfurt/M. 1970, Bd. 12, S. 11, Anmerkung.

64 Ders.: Grundlinien der Philosophie des Rechts, a.a.O., Bd. 7, S. 504 (Hervorhebung im Original).

65 Ebenda, S. 508f.

66 Ebenda, S. 505.

67 Ebenda.

68 Ebenda, S. 509.

69 Ebenda, S. 505.

70 Marx/Engels: „Die deutschen Ideologie", a.a.O., S. 27.

ter gelten lassen (71). Das Hegelsche System, das wegen seiner endlichen Geschichtsvorstellung mit der dialektischen Methode in Widerspruch gerät, empfiehlt sich also nicht für die Aufhebung — im Hegelschen Sinne— in einer fortgeschritteneren Theorie, ja Engels bezeichnet es sogar als „kolossale Fehlgeburt" (72). Er betont jedoch, daß es Hegels großes Verdienst gewesen sei, „die ganze natürliche, geschichtliche und geistige Welt als ein Prozeß, d.h. als in steter Bewegung, Veränderung, Umbildung und Entwicklung begriffen" und den Versuch unternommen zu haben, „den inneren Zusammenhang in dieser Bewegung und Entwicklung nachzuweisen" (73). Damit „erschien die Geschichte der Menschheit . . . als der Entwicklungsprozeß der Menschheit selbst, dessen allmählichen Stufengang durch alle Irrwege zu verfolgen und dessen innere Gesetzmäßigkeit durch alle scheinbaren Zufälligkeiten hindurch nachzuweisen jetzt die Aufgabe des Denkens wurde" (74). Engels stellt weiter fest, daß Hegel diese Aufgabe zwar nicht gelöst habe, daß es jedoch „sein epochemachendes Verdienst war, sie gestellt zu haben" (75).

Was Engels hier rühmt, ist nichts anderes als die dialektische Methode, die bei Hegel jedoch noch idealistisch ist und daher auf prinzipielle Erkenntnisgrenzen stößt. Sie mußte wesentliche Veränderungen erfahren, wie Marx betont: „Meine dialektische Methode ist der Grundlage nach von der Hegelschen nicht nur verschieden, sondern ihr direktes Gegenteil. Für Hegel ist der Denkprozeß, den er sogar unter dem Namen Idee in ein selbständiges Subjekt verwandelt, der Demiurg des Wirklichen, das nur seine äußere Erscheinung bildet. Bei mir ist umgekehrt das Ideelle nichts anderes als das im Menschenkopf umgesetzte und übersetzte Materielle" (76). Und Engels wirft Eugen Dühring vor, daß er „den Schnitzer beging, die Marxsche Dialektik mit der Hegelschen zu identifizieren" (77).

Dem aus dem oberflächlichen Umgang mit dem Quellenmaterial resultierenden Unverständnis der materialistischen Geschichtsauffassung entspringt Geiss' Aussage, Marx und Engels hätten „die Formen der Produktion als Kriterien zur Strukturierung des historischen Prozesses" genommen. Diese unklare Formulierung wird verständlicher, wenn Geiss die Industrialisierung „die bisherige agrarische Gesellschaft" „umstürzen läßt (78) und später zwischen den „beiden elementaren Formen materieller Produktion, die in unserer Zeit aufeinanderprallen" (79), der agrarischen und der industriellen nämlich, einen „spannungsproduzierenden" Widerspruch behauptet (80). Dieser Widerspruch wird zusammen mit der Vermehrung der Bevölkerung und der Produktion (81) zur Triebkraft der Geschichte erhoben.

Doch auch Geiss ahnt etwas von der dialektischen Beziehung zwischen Pro-

71 F. Engels: „Ludwig Feuerbach . . . ", a.a.O., S. 268–271.
72 Ders.: „Anti-Dühring", a.a.O., S. 23.
73 Ebenda, S. 22f. Die im Original am Ende des Zitats befindliche Anmerkung der Herausgeber wurde ausgelassen; sie enthält ein Zitat aus dem ersten Entwurf der Einleitung mit ähnlichem Inhalt.
74 Ebenda, S. 23.
75 Ebenda.
76 K. Marx: Das Kapital, Bd. I, a.a.O. , S. 27.
77 F. Engels: Anti-Dühring, a.a.O., S. 115.
78 Geiss, a.a.O., S. 7.
79 Ebenda, S. 18.
80 Ebenda, S. 19f.
81 Ebenda, S. 7, 21.

duktivkräften und Produktionsverhältnissen, die nach Marx und Engels die entscheidende allgemeine formationsübergreifende Triebkraft der Geschichte ist, aber er vermag diese Beziehung in ihrer wesentlichen Bedeutung theoretisch und begrifflich nicht zu durchdringen. Zunächst stellt er fest, daß Marx und Engels als „elementare Voraussetzung für die Geschichte nicht nur die Existenz des Menschen . . ., sondern auch Umfang und Art der materiellen Produktion, mit der er seine Existenz fristet" (82), ansahen. Diese Aussage erscheint auch Geiss „wesentlich und eigentlich kaum bestreitbar" (83). Er erwähnt allerdings nicht, daß Marx und Engels die Ausführungen über derartige Selbstverständlichkeiten als ironische Spitze gegen die „voraussetzungslosen Deutschen" (84) richteten. Sobald es jedoch über diese Voraussetzungen hinausgeht, befallen Geiss Zweifel: „Zweifelhafter (was soll hier der Komperativ? W.A.), weil in ihrer zugespitzten Abstraktion so nicht haltbar und auch prompt der späteren Dogmatisierung ausgeliefert, ist die These, daß ‚alle Kollisionen der Geschichte ihren Ursprung in dem Widerspruch zwischen den Produktivkräften und der Verkehrsform' (d.h. in dem Begriff der Produktionsverhältnisse des späteren Marx) hätten, und dieser Widerspruch müsse ‚jedesmal in einer Revolution eklatieren' " (85). Sowohl die Behauptung, Marx und Engels hätten „jedoch ihr Manuskript seinerzeit nicht veröffentlicht, wohlweislich . . ." (86), als auch die Formulierung, diese „These" sei „auch prompt der späteren Dogmatisierung ausgeliefert" worden — auch hier wartet der Leser vergeblich auf eine Erläuterung —, legen die Vermutung nahe, Marx und Engels seien später von dieser Auffassung abgerückt. Impliziert ist der Verdacht, diese Erkenntnis sei gegen den Willen der Klassiker von „ihren übereifrigen Nachbetern" (87) zum Bestandteil der Theorie erhoben worden.

Eine nähere Untersuchung zeigt allerdings, daß hier die Rhetorik der wissenschaftlichen Argumentation hilfreich beispringen muß. Es bleibt zunächst festzuhalten, daß Marx und Engels sehr wohl die Absicht hatten, „Die Deutsche Ideologie" zu veröffentlichen und daß es im Gegensatz zu dem, was Geiss seine Leser glauben machen möchte, zu jener Zeit ausschließlich äußere Gründe waren, die eine Drucklegung verhinderten (88). Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß Marx und Engels später, als die äußeren Umstände es zugelassen hätten, auf eine Veröffentlichung verzichteten, weil ihr Erkenntnisstand erheblich fortgeschritten war und sie vieles, was in der „Deutschen Ideologie" nur angedeutet oder erst keimhaft angelegt war, klarer formulieren konnten. Sie räumen ihren in der „Deutschen Ideologie" sich manifestierenden unentwickelten Erkenntnisstand im einzelnen zwar ein (89), rücken aber keineswegs von den dort dargestellten Grunderkenntnissen ab, sondern

82 Ebenda, S. 6.
83 Ebenda.
84 Marx/Engels: „Die deutsche Ideologie", a.a.O., S. 28. Dort auch das von Geiss nicht nachgewiesene Zitat. Mit den „voraussetzungslosen Deutschen" sind die Junghegelianer gemeint; vgl. ebenda, S. 17ff.
85 Geiss, a.a.O., S. 6f. Das Marx/Engels-Zitat findet sich in: MEW, Bd. 3, S. 73 f.
86 Geiss, a.a.O., S. 7.
87 Ebenda, S. 9.
88 K. Marx: Vorwort „Zur Kritik der Politischen Ökonomie", a.a.O., S. 10: „Das Manuskript . . . war längst an seinem Verlagsort in Westphalen angelangt, als wir die Nachricht erhielten, daß veränderte Umstände den Druck nicht erlaubten."
89 Vgl. z.B. F. Engels: „Ludwig Feuerbach . . . ", a.a.O., S. 264.

beurteilen ihr Werk — trotz aller Einschränkungen — durchaus positiv, wenn z.B. Marx feststellt, daß sie ihren „Hauptzweck erreicht hatten—Selbstverständigung" (90), oder Engels diese Schrift bei allen Abstrichen als „Darlegung der materialistischen Geschichtsauffassung" (91) bezeichnet.

Übrigens bin ich sicher, daß Geiss, wenn ihm auch nur eine Stelle in den Werken von Marx und Engels bekannt wäre, die seine mindestens extensive Interpretation stützen könnte, d.h. seine Zweifel an der Bedeutung des Widerspruchs von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen bestätigen würden, er diese auch zitiert hätte. Indes ist die Suche nach derartigen Zitaten ein müßiges Unterfangen, da Marx und Engels bis in ihre späten Werke bei der Geiss zweifelhaft scheinenden Auffassung bleiben. So schriebt Marx: „Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein." (92) Oder an anderem Ort: „Auf einer gewissen Stufe der Reife angelangt, wird die bestimmte historische Form (des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, W.A.) abgestreift und macht einer höheren Platz. Daß der Moment einer solchen Krise gekommen, zeigt sich, sobald der Widerspruch und Gegensatz zwischen den Verteilungsverhältnissen, daher auch der bestimmten historischen Gestalt der ihnen entsprechenden Produktionsverhältnisse einerseits und den Produktivkräften, der Produktionsfähigkeit und der Entwicklung ihrer Agentien andererseits Breite und Tiefe gewinnt. Es tritt dann ein Konflikt zwischen der materiellen Entwicklung der Produktion und ihrer gesellschaftlichen Form ein." (93)

Geiss hat sich mit diesen Erkenntnissen, die eine zentrale Rolle in der Theorie von Marx und Engels einnehmen, ungenügend auseinandergesetzt. Daher gibt er auch die von ihm ausgewählten geschichtsbildenden Faktoren — Bevölkerungsvermehrung, Produktionserhöhung — und seine eigenen Kriterien zur Unterteilung der Weltgeschichte — präagrarische, agrarische und industrielle Produktionsform — als Kategorien aus, die für Marx und Engels zumindest eine ähnlich zentrale Bedeutung behabt hätten wie für ihn selbst. Aus diesem Grunde soll im folgenden geprüft werden, welche Bedeutung die Klassiker diesen Kategorien beimaßen und wie sie sie in die Theorie eingebunden haben, um ihre Verabsolutierung zu verhindern. Gerade Geiss, der doch pauschal *den* Marxisten ein zu abstraktes Vorgehen, eine Vernachlässigung der Fülle des historischen Materials vorwirft, spricht völlig abstrakt und beziehungslos von der Vermehrung der Bevölkerung, wohingegen die Bevölkerung für Marx eine relative Größe darstellt: „Wie für die Teilung der Arbeit innerhalb der Manufaktur eine gewisse Anzahl gleichzeitig angewandter Arbeiter die materielle Voraussetzung bildet, so für die Teilung der Arbeit innerhalb der Gesellschaft die Größe der Bevölkerung und ihre Dichtigkeit, die hier an die Stelle der Agglomeration in derselben Werkstatt tritt. Indes ist diese Dichtigkeit etwas Re-

90 K. Marx: Vorwort „Zur Kritik der Politischen Ökonomie", a.a.O., S. 10 (Hervorhebung vom mir, W.A.).

91 Vgl. Anm. 89.

92 K. Marx: Vorwort „Zur Kritik der Politischen Ökonomie", a.a.O., S. 9.

93 Ders.: Das Kapital, Bd. III, a.a.O., S. 891. Die im Original befindliche Anmerkung 57 wurde ausgelassen, da sie für diesen Zusammenhang irrelevant erscheint.

latives. Ein relativ spärlich bevölkertes Land mit entwickelten Kommunikationsmitteln besitzt eine dichtere Bevölkerung als ein mehr bevölkertes Land mit unentwickelten Kommunikationsmitteln, und in dieser Art sind z.B. die nördlichen Staaten der amerikanischen Union dichter bevölkert als Indien." (94) Größe und Dichte der Bevölkerung wurden von Marx und Engels also nur im Zusammenhang mit der Produktivkraftentwicklung betrachtet. Diese wiederum wurde von ihnen in dialektischer Beziehung zu den Produktionsverhältnissen gesehen. Wenn Geiss diese Beziehungen zwischen den verschiedenen Elementen der konkreten Totalität nicht beachtet, begeht er einen Fehler, der seiner Alternative Züge eines positiv gewendeten Malthusianismus verleiht und für die die Marxsche Malthus-Kritik auch Gültigkeit hat: „Er ist es, der abstrahiert von diesen bestimmten historischen Gesetzen der Populationsbewegungen, die da die Historia der Natur des Menschen, die *natürlichen* Gesetze sind, aber nur natürliche Gesetze des Menschen auf bestimmter historischer Entwicklung, mit der durch seinen eignen Geschichtsprozeß bestimmter Entwicklung der Produktivkräfte." (95)

Ähnliches gilt auch für die „Vermehrung der Produktion", die ja immer nur in Verbindung mit Produktivkräften und Produktionsverhältnissen gesehen werden kann, zumindest wenn man sich auf Marx und Engels berufen möchte.

Bei der Auswahl der Kriterien „agrarische" bzw. „industrielle Produktionsform" begeht Geiss den Fehler „einer Verwechslung und Identifizierung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses mit dem einfachen Arbeitsprozeß, wie ihn auch ein abnorm isolierter Mensch ohne alle gesellschaftliche Beihilfe verrichten müßte. Soweit der Arbeitsprozeß nur ein bloßer Prozeß zwischen Mensch und Natur ist, bleiben seine einfachen Elemente allen gemein. Aber jede bestimmte historische Form dieses Prozesses entwickelt weiter die materiellen Grundlagen (Produktivkräfte, W.A.) und gesellschaftlichen Formen (Produktionsverhältnisse, W.A.) desselben" (96)

Für Marx und Engels war also der Grad der Naturbeherrschung bzw. Produktivkraftentwicklung nur im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Verhältnissen, innerhalb derer sie sich bewegten, von Interesse.

Geiss reißt also ohne hinreichende wissenschaftliche Begründung einzelne Elemente der Theorie von Marx und Engels aus ihrem inhaltlichen Zusammenhang und versucht, sie gegen diesen Zusammenhang zu interpretieren. Diesen genuin unwissenschaftlichen Umgang mit dem zur Verfügung stehenden Quellenmaterial versucht er von der Form her zu decken, indem er Vertretern der marxistischen Theorie eine „kompilatorische Zitiermethode"(97) vorwirft. Inhaltlich schlägt er mit dem so gewonnenen wissenschaftlichen „Flickentuch" auf den Marxismus ein — obwohl er doch den „Marxismus" treffen wollte. Es zeigt sich dabei, daß er eine tiefe Aversion gegen theoretische Präzision und Systematik hat. Diese rational kaum völlig faßbare Abneigung treibt ihn zu sonderlichen Behauptungen. So weiß er von Marxisten zu berichten, die nicht

94 Ders.: Das Kapital, Bd. I, a.a.O., S. 373. Die im Original befindliche Anmerkung 52, in der Marx zur Unterstützung seiner Auffassung Zitate von James Mill und Th. Hodgskin anführt, wurde ausgelassen. Die am Ende des Zitates im Original befindliche Anmerkung 53 wurde ebenfalls ausgelassen. In ihr erläutert Marx seine Ansicht an einem Beispiel aus Indien.

95 Ders.: Grundrisse . . . , a.a.O., S. 500.

96 Ders.: Das Kapital, Bd. III, a.a.O., S. 890 f.

97 Geiss, a.a.O., S. 12, Anmerkung 28.

historisch vorgehen, „sondern (meist ohne besondere Geschichtskenntnisse) nur theoretisch und systematisch, was prompt zur Dogmatisierung führt"(98). Wissenschaftstheorie als Haupthindernis der Wissenschaftlichkeit? Daß Geiss seine Verstümmelung der Theorie von Marx und Engels als „Weiterentwicklung des Marx-Engelschen Ansatzes"(99) bezeichnet, ist wohl unschwer auf seine flüchtige Bekanntschaft mit diesem Ansatz zurückzuführen. Führt man sich angesichts dieser Umstände vor Augen, daß Geiss sich zum Beschützer von Marx und Engels „vor ihren übereifrigen Nachbetern"(100) ernennt, daß er weiter das seines Erachtens zu grobe 5- (bzw. 6-) Stadien-Schema mit Hilfe „nuancierende(r) Überlegungen"(101) durch ein Drei(!)-Stadien-Schema ersetzt, in dessen letzter Phase Kapitalismus und Sozialismus traulich vereint werden, nur noch durch ihr Alter unterschieden (102), dann fällt es schwer, den Gedanken an die Bemerkung von Friedrich Engels über Eugen Dühring zu unterdrücken, der zu Engels' Überraschung zu den Schluß kommt, „daß für den Marxschen Standpunkt ‚schließlich alles Eins ist', daß für Marx also auch z.B. Kapitalisten und Lohnarbeiter, feudale, kapitalistische und sozialistische Produktionsweise, ‚alles Eins ist', ja am Ende wohl gar auch Marx und Herr Dühring ‚alles Eins' "(103).

Die Abfolge der ökonomischen Gesellschaftsformationen

Der Gang der menschlichen Geschichte folgt nach Marx und Engels einer „inneren Gesetzmäßigkeit"(104) und „alle nacheinander folgenden geschichtlichen Zustände" sind „nur vergängliche Stufen im endlosen Entwicklungsgang der menschlichen Gesellschaft vom Niedern zum Höhern"(105). Dies gilt dann folgerichtig auch für die Produktionsweisen und die auf ihrer Grundlage sich bildenden ökonomischen Gesellschaftsformationen, nicht wie sie behauptet werden, sondern wie sie tatsächlich in der Historie aufeinanderfolgen.

Über die Merkmale der klassenlosen Urgemeinschaft, die den Klassengesellschaften vorausging, erlangte die Wissenschaft im vergangenen Jahrhundert erst relativ spät Erkenntnisse. Aus diesem Grund und weil — auch durch die Notwendigkeit der praktischen Politik erzwungen — Marx und Engels ihr Augenmerk vorrangig auf die Entstehung und den sich abzeichnenden Verfall der kapitalistischen Gesellschaftsformation richteten, wird die Urgemeinschaft in ihren Werken nicht sehr häufig erwähnt. Dennoch schenkten beide den wissenschaftlichen Bemühungen um diesen Gegenstand große Aufmerksamkeit. Als Engels 1884 „im Anschluß an Lewis H. Morgans Forschungen"

98 Ebenda, S. 13.
99 Ebenda, S. 7.
100 Ebenda, S. 9.
101 Ebenda, S. 5.
102 Ebenda, S. 19: „Abgekürzt (sic!) ließe sich daher die jüngste Gesellschaftsformation als industriell-republikanisch-demokratisch bezeichnen, jedoch mit zwei Varianten (sic!), einer älteren (bürgerlich-kapitalistischen) und einer jüngeren (proletarisch-sozialistischen)".
103 F. Engels: „Anti-Dühring", a.a.O., S. 115.
104 Ebenda, S. 23.
105 Ders.: „Ludwig Feuerbach . . . ", a.a.O., S. 267.

(106) sich mit diesem Thema ausführlich befaßte, konnte er auf umfangreiche Vorarbeiten von Marx zurückgreifen (107), der Morgans Erkenntnisse als bedeutungsvoll für die materialistische Geschichtsauffassung ansah. (108) Die Bedeutung der Forschungsergebnisse Morgans liegt darin, daß sie aufzeigen, wie sich aus der klassenlosen Urgemeinschaft die Klassengesellschaften entwickelten, aus denen dann auf höherer Ebene eine Gesellschaft hervorwächst, die die Klassenherrschaft überwunden hat (109). Auch Geiss wird nicht bestreiten können, daß diese Entwicklung nach Marx und Engels *notwendig* und *gesetzmäßig* erfolgt, wenn er sich nicht in offenen Gegensatz zu ihnen bringen will. Es stellt sich als präziser gefaßt das Problem, ob es innerhalb der Klassengesellschaft bestimmte, in letzter Instanz durch „die Form, worin . . . Mehrarbeit dem unmittelbaren Produzenten . . . abgepreßt wird"(110), unterschiedene ökonomische Gesellschaftsformationen gibt, ob eine bestimmte Aufeinanderfolge dieser Gesellschaftsformationen gesetzmäßig erfolgt, und welche raumzeitliche Gültigkeit diese Gesetzmäßigkeit hat.

Kriterium zur Unterscheidung der verschiedenen ökonomischen Gesellschaftsformationen, welche die Klassengesellschaft durchläuft, ist für Marx und Engels das Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnis, wie es durch „die spezifische ökonomische Form, in der . . . Mehrarbeit aus dem unmittelbaren Produzenten ausgepumpt wird"(111), bestimmt ist. Demzufolge schreibt Engels mit aller nur wünschenswerten Klarheit: „Die bisherige sich in Klassengegensätzen bewegende Gesellschaft hatte den Staat nötig, daß heißt eine Organisation der jedesmaligen ausbeutenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer äußern Produktionsbedingungen, also namentlich zur gewaltsamen Niederhaltung der ausgebeuteten Klasse *in den durch die bestehende Produktionsweise gegebnen Bedingungen der Unterdrückung (Sklaverei, Leibeigenschaft oder Hörigkeit, Lohnarbeit).* Der Staat war der offizielle Repräsentant der ganzen Gesellschaft, ihre Zusammenfassung in einer sichtbaren Körperschaft, aber er war dies nur, insofern er der Staat derjenigen Klasse war, welche selbst für ihre Zeit die ganze Gesellschaft vertrat: im Altertum Staat der sklavenhaltenden Staatsbürger, im Mittelalter des Feudaladels, in unserer Zeit der Bourgeoisie."(112)

106 Ders.: „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums . . . ", a.a.O., S. 25.
107 Ebenda, S. 27.
108 Ebenda: „Es war kein Geringerer als Karl Marx, der sich vorbehalten hatte, die Resultate der Morganschen Forschungen im Zusammenhang mit den Ergebnissen seiner – ich darf innerhalb gewisser Grenzen sagen unserer – materialistischen Geschichtsuntersuchung darzustellen und dadurch erst ihre ganze Bedeutung klarzumachen."
109 Zum großen „Dreischritt" der menschlichen Geschichte siehe vorliegende Arbeit: „Der marxistische Fortschrittsbegriff". Als Belege bei den Klassikern z.B. MEW, Bd. 20, S. 261–264; MEW, Bd. 21, S. 168, 172f.
110 K. Marx: Das Kapital, Bd. I, a.a.O., S. 231.
111 Ders.: Das Kapital, Bd. III, a.a.O., S. 799; siehe hierzu auch das vorher nachgewiesene Zitat.
112 F. Engels: „Anti-Dühring", a.a.O., S. 261. (Hervorhebung von mir, W.A.) Vgl. außerdem: ders.: „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums . . . ", a.a.O., S. 170; K. Marx: Das Kapital, Bd. I, a.a.O., S. 354, Anmerkung 24 und S. 562; ders.: Das Kapital, Bd. III, a.a.O., S. 186f., 827, 839; ders.: Theorien über den Mehrwert, 2. Teil, a.a.O., S. 148; 3. Teil, a.a.O., S. 391. Zumindest die beiden erstgenannten Schriften erwähnt auch Geiss mehrfach . . . .

Nicht durch die „Aufspürung" dieser Zitate, sondern durch diese Zitate *und* ihren Kontext dürfte es unzweifelhaft sein, daß das angeblich „aus Marx herausgepreßte ‚marxistische' Periodisierungsschema"(113), das Geiss Stalin unterschiebt, in Wirklichkeit sehr wohl auf Marx und Engels zurückgeht. Danach ist nicht nur berechtigt, sondern notwendig, zwischen Sklavenhalterordnung und Feudalismus zu unterscheiden, denn es ist ein qualitativer Unterschied, ob der unmittelbare Produzent als Produktionsmittel dient (114), oder ob er zumindest „einen Teil der Woche mit faktisch oder juristisch ihm gehörigen Arbeitswerkzeugen (Pflug, Vieh etc.) den ihm faktisch gehörigen Boden bestellt"(115) und damit überhaupt erst zum Träger der Produktivkraftentwicklung werden kann, trotz aller persönlichen Abhängigkeit. Demgegenüber tritt die Tatsache, daß beide Typen von gesellschaftlichen Produzenten hauptsächlich agrarisch tätig sind, in den Hintergrund (116), da sich die agrarische Produktionstätigkeit nur auf die „stoffliche" Seite des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, auf die Auseinandersetzung mit der Natur bezieht, die gesellschaftliche Form aber unbeachtet läßt.

Die „asiatische Produktionsweise" wurde bewußt bisher ausgeklammert, da auch in der marxistischen Geschichtswissenschaft noch einige wichtige Fragen im Zusammenhang mit diesem Gegenstand ungeklärt sind. Es ist aber für Geiss' oberflächliche Behandlung des gesamten Themas charakteristisch, daß er nicht den geringsten Versuch unternimmt, etwas zur Klärung dieser Fragen beizutragen, ja, daß er den Begriff noch nicht einmal inhaltlich zu klären versucht, sondern das Problem kurzerhand damit abtut, daß er „die von Marx erfundene Verlegenheitskategorie der ‚asiatischen Produktionsweise' "(117) umstandslos seiner „agrarisch-aristokratisch-monarchischen" Epoche zuschlägt. Hier sollen nur mit größter Behutsamkeit einige Bemerkungen niedergelegt werden, die nicht den Anspruch erheben können, die bisherige Diskussion des Themas ausführlich wiederzugeben, geschweige denn, eine auf empirischen Untersuchungen beruhende Beantwortung der Frage zu geben, ob die „asiatische Produktionsweise" als eigenständige Gesellschaftsformation oder als konkrete historische Besonderung einer übergreifenden Gesellschaftsformation zu betrachten ist.

Zunächst ist festzustellen, daß Marx die „asiatische Produktionsweise" im Vorwort „Zur Kritik der politischen Ökonomie" in die Reihe der „progressive(n) Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation"(118) aufgenommen hat und das heißt, daß sie für ihn die erste Klassengesellschaft war — die „Urzustände" waren 1859 erst ansatzweise Gegenstand der historischen Untersuchung geworden. Übrigens werden in dem angeführten Zitat nur die Phasen aufgezählt, die die Klassengesellschaft durchläuft, während die gesellschaftlichen Verhältnisse der Urgemeinschaft ebenso wie die des Kommunismus nicht thematisiert werden.

Für Marx und Engels war das naturwüchsige Gemeineigentum, das gegenüber dem Despotismus des beherrschenden Staates die eine Seite des gesellschaftlichen Grundverhältnisses ausmacht, diejenige allgemeine Form, „wie wir sie an der Schwelle der Geschichte aller Naturvölker finden"(119). Nach

113 Geiss, a.a.O., S. 9.
114 Vgl. K. Marx: Das Kapital, Bd. I, a.a.O., S. 217, Anmerkung 17.
115 Ders.: Das Kapital, Bd. III, a.a.O., S. 798.
116 Auch hier bleibt Geiss den Erscheinungen verhaftet: siehe Geiss, a.a.O., S. 18.
117 Ebenda, S. 20.
118 K. Marx: Vorwort „Zur Kritik der Politischen Ökonomie", a.a.O., S. 9.
119 Ebenda, S. 21; vgl. auch MEW, Bd. 19, S. 317 und MEW, Bd. 22, S. 421.

dem oben genannten Kriterium zur Unterscheidung der ökonomischen Gesellschaftsformationen, die die Klassengesellschaft durchläuft, erscheint es unumgänglich, die asiatische Produktionsweise als eingeständige Gesellschaftsformation anzuerkennen, da sie durch ein Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnis gekennzeichnet ist — also nicht mehr der klassenlosen Urgesellschaft zugerechnet werden kann — und sich durch die spezifische Form dieses Verhältnisses sowohl von der antiken Sklaverei als auch dem Feudalismus — vom Kapitalismus ohnehin — unterscheidet. So schreibt Marx in dem von Engels herausgegebenen dritten Band des „Kapitals": „Es ist ferner klar, daß in allen Formen, worin der unmittelbare Arbeiter ‚Besitzer' der zur Produktion seiner eignen Subsistenzmittel notwendigen Produktionsmittel und Arbeitsbedingungen bleibt, das Eigentumsverhältnis zugleich als unmittelbares Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnis auftreten muß, der unmittelbare Produzent also als Unfreier; eine Unfreiheit, die sich von der Leibeigenschaft mit Fronarbeit bis zur bloßen Tributpflichtigkeit abschwächen kann."(120) Auf der folgenden Seite spricht er explizit den Staat in Asien als Grundeigentümer und Souverän an, demgegenüber die unmittelbaren Produzenten tributpflichtig sind.

Im Zusammenhang mit der Erörterung der Bedeutung des Kaufmannskapital bezeichnet Marx die drei Grundverhältnisse, die die vorkapitalistischen ökonomischen Gesellschaftsformationen der Klassengesellschaft kennzeichnen: „Beim Sklavenverhältnis, Leibeigenenverhältnis, Tributverhältnis (soweit primitive Gemeinwesen in Betracht kommen) ist es der Sklavenhalter, der Feudalherr, der tributempfangene Staat, welcher Eigner, also Verkäufer des Produkts ist."(121) In dieser nicht chronologischen, sondern nach dem Grad der Unfreiheit der Produzenten im Verhältnis zu ihren gegenständlichen Produktionsbedingungen sowie den Ergebnissen ihrer Produktion abgestuften Aufzählung läßt Marx keinen Zweifel daran, daß er das Verhältnis der naturwüchsig-„kommunistisch" organisierten Produktionsgemeinschaften gegenüber dem tributfordernden Staat als Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnis auffaßt, daß sich zudem vom Sklaven- bzw. Leibeigenenverhältnis unterscheidet.

Schon 1859 schrieb Marx, daß „ein genaueres Studium der asiatischen, speziell der indischen, Gemeineigentumsformen ... nachweisen (würde), wie aus den verschiedenen Formen des naturwüchsigen Gemeineigentums sich verschiedene Formen seiner Auflösung ergeben"(122). Den Typus, der der Gentilordnung folgt, bezeichnet Marx als „Ackerbaugemeinde"(123). Dieser Gemeinde wohnt ein Dualismus inne: Einerseits die Lösung von den Banden der Blutsverwandtschaft, private Nutzung von Haus und Hof und private Aneignung der Produkte der Parzellenwirtschaft, andererseits eine enge Bindung des Gemeineigentums an Grund und Boden (124). Dieser Dualismus kann sich zerstörerisch auf die Gemeinde auswirken, wodurch ihr geschichtlich die Funktion einer Übergangsphase „von der auf Gemeineigentum begründeten Gesellschaft zu der auf Privateigentum begründeten Ge-

120 K. Marx: Das Kapital, Bd. III, a.a.O., S. 798.
121 Ebenda, S. 338.
122 Ders.: „Zur Kritik der Politischen Ökonomie", a.a.O., S. 21, Anmerkung 1.
123 K. Marx: Entwürfe einer Antwort auf den Brief von V.I. Sassulitsch, MEW, Bd. 19, S. 402.
124 Ebenda, S. 403f.

sellschaft“ zukommt, welche „die Reihe der Gesellschaften, die auf Sklaverei, Leibeigenschaft (vom Kapitalismus, der als letzte Form in diese Reihe gehört, ist auf der folgenden Seite des Originals die Rede, W.A.) beruhen“ (125), umfaßt. Dieses Ergebnis ist aber nach Marx' Auffassung nicht unvermeidlich, sondern hängt vielmehr „vom historischen Milieu ab, in dem sie sich befindet“(126). Daher unterscheidet Engels auch zwei Grundformen der Entstehung des Staates. Diejenige Form, die aus der inneren Dynamik der Gentilgesellschaft resultiert, stellt er sehr ausführlich in „Der Ursprung der Familie, des Privateigentümers und des Staates“ dar. Über die andere Form äußert er sich wesentlich knapper, u.a. auch in der „Fränkischen Zeit“, wo er schildert, wie „die Wanderung (germanischer Stämme, W.A.) auf römischen Boden ... den Blutsverband des Gaues“(127) brach und ihn durch „mehr oder weniger willkürliche ... Berichtsbezirke“(128) ersetzte. „Damit war das Volk aufgelöst in einen Verband kleinerer Dorfgenossenschaften, unter denen kein oder doch fast kein ökonomischer Zusammenhang bestand, da ja jede Mark sich selbst genügte ... Und eine solche Zusammensetzung des Volks aus lauter kleinen Genossenschaften, die zwar gleiche, aber ebendeshalb keine gemeinsamen ökonomischen Interessen haben, macht eine nicht aus ihnen hervorgegangene, ihnen fremd gegenüberstehende, sie mehr und mehr ausbeutende Staatsgewalt zur Bedingung der Fortexistenz der Nation.“(129)

Im „Anti-Dühring“, an dem Marx erheblichen Anteil hat, nimmt Engels noch einmal — und zwar deutlicher — die beiden verschiedenen Entwicklungsformen auf, die sich aus dem ursprünglichen Gemeineigentum ergeben. „Die alten Gemeinwesen, wo sie fortbestanden, bilden seit Jahrtausenden die Grundlage der rohesten Staatsform, der orientalische Despotie, von Indien bis Rußland. Nur wo sie sich auflösten, sind die Völker aus sich selbst weiter vorangeschritten, und ihr nächster ökonomischer Fortschritt bestand in der Steigerung und Fortbildung der Produktion vermittels der Sklavenarbeit.“(130) Damit sind sowohl die Stagnation in Asien als auch der Übergang von der asiatischen Produktionsweise zur antiken Sklaverei angesprochen. Wo, wann und wie dieser Übergang sich vollzog, bedarf noch ausführlicher Untersuchungen, ebenso wie die Ursache der Stagnation in Asien. Es kann hier aber festgehalten werden, daß nach Marx und Engels sich die Hauptentwicklungslinie der menschlichen Geschichte nach dem Heraustreten aus der klassenlosen Urgesellschaft in asiatische, antike (sklavenhaltende), feudale und kapitalistische Produktionsweise und die ihnen entsprechenden Gesellschaftsformationen unterteilt, um nach der Überwindung der Klassenherrschaft in die „höhere Phase“ der kommunistische Gesellschaft überzugehen. Damit hat sich die Behauptung von Geiss, Marx und Engels hätte keine Periodisierung beabsichtigt (131), als haltlos erwiesen. Auch wenn die Klassiker zweifellos kein starres Periodisierungsschema konstruierten, in das sie alle konkreten

125 Ebenda, S. 404.
126 Ebenda.
127 F. Engels: „Fränkische Zeit“, MEW, Bd. 19, S. 475.
128 Ebenda.
129 Ebenda, Vgl. zur unterschiedlichen Entwicklung auch ders.: „Anti-Dühring“, a.a.O., S. 166–169.
130 F. Engels: „Anti-Dühring“, a.a.O., S. 168.
131 Geiss, a.a.O., S. 6.

historischen Erscheinungen ohne Bedenken gepreßt hätten, so ist nicht von der Hand zu weisen, daß sich die Arbeit an der periodisierungstheoretischen Entfaltung der Menschheitsgeschichte als eine gesetzmäßigen, von niederen zu höheren Formen in widerspruchsvollen Bewegungen aufsteigenden Prozessen beginnend in der „Deutschen Ideologie“ bis in die letzten Werke kontinuierlich fortsetzte. Diese Bemühungen liegt die Erkenntnis der Dialektik von Struktur und Entwicklung und der Versuch ihrer theoretischen und methodischen Erfassung zugrunde.

Mit der Frage nach einem Periodisierungsansatz ist notwendig auch die Frage verbunden, welche zeitliche und räumliche Geltung für ihn beansprucht wird (132). Es wurde bereits oben ausgeführt, daß der von Geiss unterstellte Anspruch weder von Marx und Engels noch der späteren marxistischen Geschichtstheorie und -wissenschaft geltend gemacht worden wäre. Wenngleich die geringen Kenntnisse der Marxschen Theorie, das unsystematische Vorgehen sowie die begrifflichen Unklarheiten, die Geiss offenbart, ihn letztlich an einer tieferen Einsicht in die Zusammenhänge von Genese, Struktur und Entwicklung historisch-gesellschaftlicher Systeme hindern, blitzen doch hier und da richtige Ahnungen bei ihm auf, aus denen er dann nur leider die falschen Schlußfolgerungen zieht. „Im gleichen Ausmaß, wie die Geschichte der Menschheit durch die Ausbreitung des Kapitalismus und Imperialismus, anschließend in den Gegenbewegungen des Sozialismus und Anti-Imperialismus immer mehr auch räumlich zu einem ... historischen Prozeß zusammenwuchs, wurde auch die Unzulänglichkeit der formalen Periodisierungsversuche immer deutlicher“(133). Bemerkenswert ist die Geissche Kennzeichnung des historischen Prozesses als eines auch räumlichen Zusammenwachsens. Diese Formulierung könnte sich tatsächlich auf Marx und Engels stützen, die es ja in der „Deutschen Ideologie“ als geschichtliche Tat des Menschen bezeichneten, die Geschichte immer mehr zur Weltgeschichte zu machen (134).

Die ursprünglichen Gentilgesellschaften waren selbstgenügsame Organismen, die die Bezeichnung „Gesellschaft“ in ihrem späteren Sinne noch gar nicht zu Recht tragen. Sicher hat es auch zwischen den einzelnen Stämmen kriegerische Auseinandersetzungen gegeben: um Wasserstellen, bessere Jagdgründe etc. Diese Auseinandersetzungen waren jedoch meist nicht mit der Unterwerfung einer der beteiligten Gruppen verbunden und eine Versklavung unterlegener Kriegsgegener aus ökonomischen Gründen war auch in der Auflösung dieser Gemeinschaften die Ausnahme. Der Oktroi einer anderen Produktionsweise aber stand überhaupt nicht in Frage, da sie ja bei allen gentilorganisierten Gemeinschaften gleich war.

Aber schon mit dem Aufkommen der asiatischen Produktionsweise, die durch einen den ursprünglichen Gemeinschaften aufgezwungenen despotischen Staat gekennzeichnet ist, wird die räumliche Expansion und damit die Tendenz zur territorialen Vereinheitlichung einer bestimmten Gesellschaftsorganisation zu einem wichtigen, nicht mehr bloß zufälligen Merkmal.

Der Expansionsdrang der antiken Sklavenhaltergesellschaft wird durch die Entwicklung des römischen Imperiums illustriert. Selbst wenn nicht in allen eroberten oder abhängigen Gebieten die Sklaverei die Basis der Produktion wurde, so genügte doch die Abhängigkeit von Rom, um in seinem Einflußgebiet die Produktionsweise, die seine gesellschaftliche Grundlage bildete, zu

132 Geiss, a.a.O., S. 6.
133 Ebenda.
134 Marx/Engels: „Die deutsche Ideologie, a.a.O., S. 31.

der für alle anderen in letzter Instanz maßgeblichen zu machen.

Der europäische Feudalismus dehnte seinen Einfluß noch weiter aus und verbreitete die ihm zugrunde liegende Produktionsweise. Man denke nur an die Einführung des Encomienda-Systems in den amerikanischen Gebieten unter spanischer Herrschaft, von dem die Landwirtschaft verschiedener südamerikanischer Staaten noch heute Überreste erkennen läßt — z.B. Chile bis zum Anfang und teilweise auch noch während der demokratischen Regierung Salvador Allendes und jetzt nach der Konterrevolution und der Restauration der vorherigen Ausbeutungsverhältnisse.

Aber der Feudalismus, der diese Verbreiterung einer zusammenhängenden geschichtlichen Entwicklung initiierte, hatte bereits den Zenit seiner Entwicklung überschritten. Ging es doch in den Kolonien weniger um den Gewinn von Land, als vielmehr um die Erbeutung von Gold, das als Zahlungsmittel dienen sollte. Mit der Notwendigkeit für den feudalen Staat, sich Geld zu beschaffen, kündigt die Bourgeoisie ihr Aufkommen und ihren baldigen Siegeszug an. Kaum hat die Bourgeoisie nur in einigen Staaten die feudalen Fesseln abgeschüttelt, als sie die Geschichte in einem nie zuvor gekannten Maße zu dynamisieren beginnt und daran geht, ihre historische Aufgabe — die Schaffung des Weltmarktes — zu erfüllen (135). Marx sagt sogar: „Der Weltmarkt bildet selbst die Basis dieser Produktionsweise"(136).

Geiss' tatsächlich nur formale, an der „Form der Produktion" im Wortsinn, d.h. an der materialen Gestaltung der Produktionsmittel („Industrie") orientierte Sicht der Weltgeschichte geht notwendig an der Erkenntnis der Wirklichkeit vorbei, wenn er den Grad der Fortgeschrittenheit der Industrialisierung zum Kriterium dafür erhebt, wieweit eine bestimmte Produktionsweise verbreitet ist. Ekuador mit riesigen Bananenplantagen produziert wesentlich auf agrarischen Sektor. Die „Spannungen" zwischen Teilen des Volkes und den USA resultieren aber nicht aus Widersprüchen zwischen dem landwirtschaftlichen Sektor der Produktion im Ekuador und der industriellen Produktion in den USA, sondern vielmehr aus der Tatsache, das Monopole mit Hauptsitz in den USA und Unterstützung der US-Streitkräfte sowie der herrschenden Klasse in Ekuador das Volk einerseits auf diese einseitige Produktion festlegen und damit eine Entwicklung aus der „Unterentwicklung" hemmen und andererseits die unmittelbaren Produzenten ausbeuten. Die hier erzeugten Produkte werden für den kapitalistischen Weltmarkt produziert, d.h. sie nehmen Warencharakter an. In dem Moment, wo sie für den Markt produziert werden, ist es aber gleichgültig, ob sie von Jägern oder Sammlern, aus Sklavenarbeit, einer Form von Fronarbeit oder „freier Lohnarbeit" stammen: Immer haben die Gesetze des kapitalistischen Marktes für sie die gleiche Gültigkeit und damit wirken diese Gesetze auf ihre Produzenten zurück.

Ebenso, wenn auch in unmittelbar politischer terroristischer und nicht sozialökonomischer Form, werden u.a. kolumbanische Indianer mit der kapitalistischen Produktionsweise konfrontiert. Auf sie wird Jagd gemacht wie auf wilde Tiere, um ihr Gebiet zu entvölkern mit dem Ziel, den Boden oder dort vorkommende Naturschätze der Ausplünderung verfügbar zu machen (137). Wenn auch in sehr verschiedener Form und mit sehr verschiedenen

135 K. Marx: Das Kapital, Bd. III, a.a.O., S. 260.

136 Ebenda, S. 345.

137 „Unsere Zeit", Neuss, 6. Jahrgang, Nr. 39 von 27.9. 74 brachte eine Bericht der französischen Nachrichtenagentur AFP, in dem von einem – erneuten! – Massaker an Indianern in Kolumbien die Rede ist. „Danach sind 25 Frauen, Männer und Kinder vom Stamm der ‚Macu' durch Latifundienbesitzer auf einer Hacienda im Osten Kolumbiens erschossen worden. ... Die Täter hatten zu ihrer Verteidigung ausgesagt: ‚Die Tötung von Indianern wird in dieser Gegend seit langem als Sport betrieben, da diese nicht als menschliche Wesen angesehen werden. Durch die Ermordung der Indianer wird Land herrenlos, das sich die Grundbesitzer aneignen."

Folgen für die Betroffenen, sind es heute — wenn überhaupt — nur verschwindende ethnische Minderheiten außerhalb der sozialistischen Staaten, die sich den Einflüssen der kapitalistischen Produktionsweise entziehen können. Die Frage, wie sich die Überlegenheit und Durchsetzung einer Produktionsweise messen läßt (138), kann durchaus empirisch beantwortet werden. Nach der Seite des Arbeitsprozesses betrachtet stehen unter anderen folgende Kriterien zur Verfügung: Die herrschende Produktionsweise bringt den größten Anteil am gesellschaftlichen Produkt hervor, sie subsumiert unter sich den größten Teil des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters, sie hat den höchsten Vergesellschaftungsgrad der Produktion, den entwickeltesten Grad der Arbeitsteilung und den höchsten Stand der Produktivkräfte erreicht und stellt die größten Produktionseinheiten.

Damit stellt sich allerdings auch unter diesem Aspekt der historischen Entwicklung ein qualitiativer Unterschied zwischen der kapitalistischen und kommunistischen Gesellschaft heraus. Unter der Herrschaft der Monopole sind fast alle Menschen in den nichtsozialistischen Ländern Betroffene, aber nur wenige Nutznießer dieser Produktionsweise. Die vielen Antagonismen, die außer dem Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital für diese Produktionsweise spezifisch sind, werden trotz allen das Gegenteil beteuernden Reden der Verteidiger dieses Systems ganz offensichtlich nicht aufgehoben.

Die Entwicklung innerhalb der sozialistischen Staaten — allmählicher Ausgleich der Disproportionen zwischen Stadt und Land, allgemeine Anhebung des Bildungsniveaus, immer besser werdende Befriedigung der gesellschaftlichen und individuellen Bedürfnisse durch die zentral geplante Wirtschaft — zeigt, daß die nicht nur von Geiss als „Weltanschauung mit heilsgeschichtlichen Dimensionen" verunglimpfte Überzeugung der Marxisten, der Ausgleich der oben genannten Disproportionalitäten sei weltweit erst durch eine ebenfalls weltweite Durchsetzung der sozialistisch-kommunistischen Gesellschaftsformation möglich, auch in der Praxis ihre Probe bestanden hat. Erst in diesem Stadium wird die Geschichte zur Weltgeschichte, weil nun alle Menschen ihre Geschichte in zunehmenden Maße im Interesse der Gesellschaft *und* der Individuen planen können.

An dieser Stelle scheint es angebracht, auf den Vorwurf der endlichen Geschichtsauffassung einzugehen, der im Unkenntnis oder bewußter Entstellung des Marxismus von seinen Gegnern gehen ihn erhoben wird. Anders gefaßt lautet die Frage, welche Veränderungen die sozial-ökonomische Basis einer ökonomischen Gesellschaftsformation erfahren kann, ohne daß damit ein qualitativer Umschlag in eine andere Gesellschaftsformation erfolgt. Bereits im „Kommunistischen Manifest" schreiben Marx und Engels: „Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtlichen gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren. Unveränderte Beibehaltung der alten Produktionsweise war dagegen die erste Existenzbedingung aller früheren industriellen

138 Geiss, a.a.O., S. 19.

Klassen"(139). Ähnlich, aber präziser gefaßt heißt es im „Kapital": „Die moderne Industrie betrachtet und behandelt die vorhandene Form eines Produktionsprozesses nie als definitiv. Ihre technische Basis ist daher revolutionär, während die aller früheren Produktionsweisen wesentlich konservativ war" (140).

Neben der tendenziellen Entwicklung der Geschichte zur Weltgeschichte zeichnet sich also bereits in der kapitalistischen Gesellschaftsformation eine steigende Flexibilität ab, die eine Angleichung der Produktionsverhältnisse an die Produktivkraftentwicklung in einem Maße erlaubt, das in früheren Gesellschaftsformationen undenkbar war. Dabei entwickeln sich im Kapitalismus der freien Konkurrenz durch die Konzentration und Zentralisation des Kapitals die Monopole, die zur Grundlage der gesamten Produktion werden und damit den Imperialismus hervorbringen. Durch die wissenschaftliche und technische Revolution ergaben sich weitere erhebliche Veränderungen. Diese Entwicklung, die — bis auf den staatsmonopolistischen Kapitalismus — von Lenin analysiert wurde (141), haben schon Marx und Engels in ihren Grundzügen vorausgesehen (142).

Welche Entwicklungsmöglichkeiten gibt es in der sozialistisch-kommunistischen Gesellschaftsformation? Engels schreibt an Otto von Boenigk: „Die sogenannte ‚sozialistische Gesellschaft' ist nach meiner Ansicht nicht ein ein für allemal fertiges Ding . . . "(143). Und in einem Brief an Conrad Schmidt kritisiert er in der „Volkstribüne" veröffentlichte Diskussionsbeiträge „über die Verteilung der Produkte in der künftigen Gesellschaft' '(144). Dabei betont er: „Aber bei allen Beteiligten erscheint die ‚sozialistische Gesellschaft' nicht als ein in fortwährender Veränderung und Fortschritt begriffenes, sondern als ein stabiles, ein für allemal fixiertes Ding . . ."(145). Der Sozialismus/Kommunismus wird zwar voraussichtlich die letze Gesellschaftsformation sein, aber damit ist die materialistische Geschichtsauffassung keineswegs endlich, denn nach Marx und Engels beginnt erst mit dieser Gesellschaftsformation die menschliche Geschichte wirklich.(146) Die Veränderungen, die notwendig sind, um die Produktionsverhältnisse im Sozialismus/Kommunismus der Produktivkraftentwicklung anzupassen, sind theoretisch unbegrenzt, da sie nicht durch ein bestimmtes Klasseninteresse behindert werden, sondern im gesellschaftlichen Interesse und unter gesellschaftlicher Kontrolle erfolgen.

139 Marx/Engels: „Manifest der Kommunistischen Partei", MEW, Bd. 4, S. 465.

140 K. Marx: Das Kapital, Bd. I, a.a.O., S. 510f.

141 W.I. Lenin: „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", Lenin Werke, Berlin/DDR 1972, Bd. 22, besonders S. 204–206.

142 Siehe z.B. F. Engels: „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft", MEW, Bd. 19, S. 220–223; K. Marx: Das Kapital, Bd. III, a.a.O., S. 452–457. A.a.O. dürfte Geiss auch Aufklärung über den Zusammenhang erhalten, der „privates Eigentum *an*" den und „private Verfügung *über* die Kapitalien" (Geiss, l.c., S. 18) verbindet. Dort kann der unbefangene Leser auch feststellen, daß Marx und Engels „die revolutionierenden Konsequenzen der Industrialisierung" (Geiss, a.a.O., S. 5) weit besser *verstanden* als Geiss heute ahnt.

143 F. Engels an Otto Boenigk, 21. August 1890, MEW, Bd. 37, S. 447.

144 F. Engels an Conrad Schmidt, 5. August 1890, a.a.O., S. 436.

145 Ebenda.

146 K. Marx: Vorwort „Zur Kritik der Politischen Ökonomie", a.a.O., S. 9: „Mit dieser Gesellschaftsformation (der kapitalistischen, W.A.) schließt daher die Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft ab."

AUTORENVERZEICHNIS

Wolfgang Ackermann
Jg. '44, Studium der Amerikanistik/Anglistik und Germanistik an der Universität Bremen

Wilhelm Raimund Beyer
Jg. '02, Prof.Dr., Präsident der Internationalen Hegelgesellschaft, z.Z. in Salzburg.

Christoph Butterwegge
Jg. '51, Studium der Philosophie, Psychologie und Sozialwissenschaft, Dipl.Sozialwissenschaftler, z.Z. Doktorand an der Universität Bremen

Sebastian Herkommer
Jg. '33, Prof.Dr.phil., seit 1971 Professor für Soziologie am Institut für Soziologie der FU Berlin(West)

Urs Jaeggi
Jg. '31, Prof.Dr.phil., seit 1972 Professor für Soziologie am Institut für Soziologie der FU Berlin(West)

Robert Katzenstein
Jg. '28, Dr.oec., habil., Lehrbeauftragter am FB 15 (Politische Wissenschaft) der FU Berlin(West)

Jutta Kolkenbrock-Netz
Jg. '48, z.Z. Promotion (Germanistik) an der Ruhruniversität Bochum

Lucien Sève
Mitarbeiter bei einigen französischen Zeitschriften (u.a. bei La Nouvelle Critique), ist bei uns breiteren Kreisen bekannt geworden durch sein Buch „Marxismus und Theorie der Persönlichkeit"

Günter Matthias Tripp
Jg. '37, Dr.phil., habil., Privatdozent (Philosophie - Erkenntnistheorie) am Institut für Psychologie (FB 11) der FU Berlin(West)

Hans-Jörg Rheinberger
Jg. '46, M.A. (Phil.), z.Z. Studium der Biologie am FB 23 der FU Berlin(West)

Winfried Wotschack
Jg. '42, Dipl.Soziologe, z.Z. Doktorand an der FU Berlin(West)

Luigi Longo

Die Internationalen Brigaden in Spanien

deb

287 S. DM 14,80

Philosophisches Wörterbuch

2 Herausgeber Georg Klaus Manfred Buhr

1394 S. DM 32,00

W. RUGE

WEIMAR

REPUBLIK AUF ZEIT

388 S. DM 14,80

Wilhelm Zimmermann

Der grosse deutsche Bauernkrieg

deb

810 S. DM 12,80

Brecht

Sein Leben und Werk

Bunge·Hecht·Rülicke

333 S. DM 9,00

deb

Ernst Schumacher

Die dramatischen Versuche Bertolt Brechts 1918-33

597 S. DM 20.00

George Thomson

Aischylos und Athen

deb

515 S. DM 19,80

Werner Mittenzwei

Brecht

Von der „Maßnahme" zu „Leben des Galilei"

424 S. DM 14,80

JÜRGEN

KUCZYNSKI

ZUR GESCHICHTE DER BÜRGERLICHEN POLITISCHEN ÖKONOMIE

deb

589 S. DM 20,00

A. S. Makarenko

Eine Auswahl

556 S. DM 9,80

Braunsdorf · Löffler

KAPITALBEGRIFF UND **MONOPOL**

Zur Kritik an:
Altvater · Ebbighausen
Jordan · Neususs
Projekt Klassenanalyse
Rosdolsky · Reichelt
Schubert · Wirth · u.a.

244 S. DM 12,80

George Thomson

Frühgeschichte Griechenlands und der Ägäis

563 S. DM 17,80

deb verlag das europäische buch

1 Berlin 12, Knesebeckstr. 3